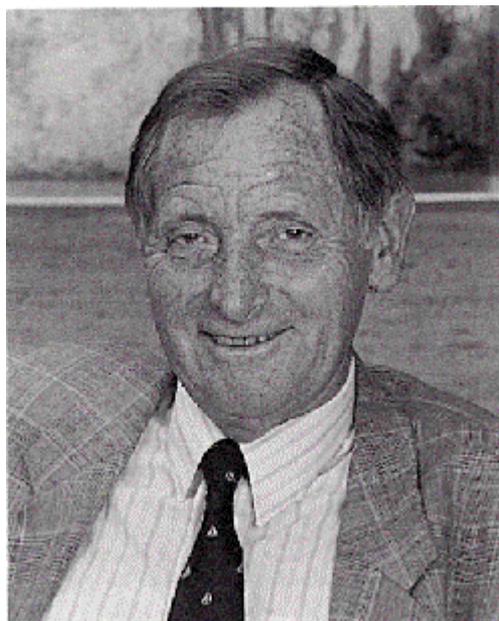


Vorwort	4
1 Entwicklungen.....	6
1.1 Rechtsextremismus.....	6
1.1.1 Entwicklungstendenzen	6
1.1.2 Konzeptionelle und informationelle Vernetzung.....	9
1.1.3 Fremdenfeindliche Straftaten.....	11
1.1.4 Bericht des Justizministeriums NRW	14
1.1.5 Mitgliederzahlen.....	15
1.1.6 Prognosen 1994	15
1.2 Linksextremismus und -terrorismus	16
1.2.1 Terrorismus: Entwicklungstendenzen	16
1.2.2 Linksextremismus: Entwicklungstendenzen.....	17
1.2.3 Bericht des Justizministeriums NRW	20
1.2.4 Mitgliederzahlen.....	21
1.2.5 Prognosen 1994	21
1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus.....	21
1.3.1 Entwicklungstendenzen	22
1.3.2 Mitgliederzahlen.....	25
1.4 Politisch motivierte Gewalttaten	25
Angedrohte Straftaten	27
2 Rechtsextremismus	28
2.1 Rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen....	28
2.1.1 Anti-Antifa-Kampagne.....	28
2.1.2 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH).....	31
2.1.3 Deutsche Nationalisten (DN)	34
2.1.4 Deutsche Volksunion (DVU)	36
Agitationsfeld "Großdeutscher Expansionismus"	39
2.1.5 Deutscher Arbeitnehmer-Verband (DAV) - Vorstandsebene	41
2.1.6 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V. (DKEG)	42
2.1.7 Die Bürger.....	42
2.1.8 Die Republikaner (REP).....	43
2.1.9 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V. (FWG).....	53
2.1.10 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	54
2.1.11 Freundeskreis Deutscher Sozialisten (FDS).....	59
2.1.12 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD).....	59
2.1.13 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)	60
2.1.14 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	61
2.1.15 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	62
2.1.16 Initiative Gesamtdeutschland (IG).....	63
2.1.17 Junge Nationaldemokraten (JN)	64

2.1.18 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	65
2.1.19 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB).....	68
2.1.20 Nationaler Studentenbund Deutschland (NSBD).....	69
2.1.21 Nationalistische Front (NF).....	69
2.1.22 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO).....	70
2.1.23 Rechtsextremistische Skinheads.....	71
2.1.24 Revisionisten	77
2.1.25 Sauerländer Aktionsfront (SAF).....	80
2.1.26 Wiking-Jugend (WJ)	80
2.2 Rechtsextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien	83
2.2.1 Publikationen	83
2.2.1.1 Deutschland - Schrift für neue Ordnung	83
2.2.1.2 Europa Vorn aktuell, Europa Vorn Spezial	84
2.2.1.3 Freiheit Wattenscheid.....	85
2.2.1.4 Leitheft	86
2.2.1.5 "Wehr' Dich!"	86
2.2.2 Verlage und Vertriebe.....	86
2.2.2.1 Creative Zeiten Verlag und Vertriebs GmbH.....	86
2.2.2.2 Donner Versand	86
2.2.2.3 Landwehr-Verlag.....	86
2.2.2.4 Verlag und Versandhandel Meinolf Schönborn	87
2.2.3 Mailboxen	89
2.2.4 Nationale Infotelefone.....	90
2.2.5 Mobiltelefone, Sprechfunk	90
3 Linksextremismus und -terrorismus.....	92
3.1 Linksextremistische/-terroristische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen.....	92
3.1.1 Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah	92
3.1.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	97
3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	100
3.1.4 Marxistische Gruppe (MG).....	103
3.1.5 Militante Autonome	103
3.1.6 Revolutionäre Zellen (RZ)/ Rote Zora.....	110
3.1.7 Rote Armee Fraktion (RAF)	112
3.1.8 Rote-Armee-Fraktion - Inhaftierte	121
Erklärung der RAF vom 2. November 1993.....	124
3.1.9 Rote-Armee-Fraktion - Umfeld.....	131
3.1.10 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).....	132
3.1.11 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	133
3.2 Linksextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien	133
3.2.1 Publikationen	133

3.2.1.1 Agitare Bene.....	133
3.2.1.2 Antifaschistische Publikationen von Linksextremisten.....	133
3.2.1.3 Arranca.....	134
3.2.1.4 CLASH.....	134
3.2.1.5 Interim.....	134
3.2.1.6 radikal.....	134
3.2.2 Mailboxen.....	135
3.2.3 Infotelefone.....	137
3.2.4 Autonome Infoläden und autonome Zentren.....	137
4 Ausländerextremismus und -terrorismus	138
4.1 Türken.....	138
4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V (KAPLAN- Verband).....	138
4.1.2 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) - Türk-Föderation (Graue Wölfe).....	139
4.1.3 DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke).....	140
4.1.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML).....	141
4.2 Kurden: Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkeren Kurdistan - PKK)...	144
4.3 Palästinenser: Reaktionen auf das Gaza-Jericho-Abkommen.....	152
4.4 Iraner: Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland (IMSV).....	152
4.5 Srilanker (Tamilen): Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	153
4.6 Algerier: Islamische Heilsfront (FIS).....	153
5 Spionageabwehr.....	155
6 Wirtschafts- und Geheimschutz.....	157
7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen.....	158
7.1 Gesetzliche Grundlagen.....	158
7.2 Aufbau und Organisation.....	158
7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes.....	158
7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes.....	159
7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung.....	159
7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.....	160
7.7 Das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS).....	160
7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen.....	161
7.9 Verfassungsschutz durch Aufklärung.....	162
7.10 Kontrolle des Verfassungsschutzes.....	163
7.11 Neufassung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes..	164
8 Abkürzungsverzeichnis	166

Vorwort



Der Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 1993 erscheint im Jahr 1994, einem Jahr mit 19 Wahlen. Wird unsere Demokratie aus den anstehenden Wahlen gestärkt hervorgehen? Wie werden sich die Wahlen auf das gesellschaftliche Klima auswirken? Wird es gelingen, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft zurückzudrängen?

Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten mag im zweiten Halbjahr 1993 etwas zurückgegangen sein, aber der innere Frieden in Deutschland ist immer noch ernsthaft gefährdet. Der Brandanschlag auf die Synagoge von Lübeck im März, die Hetzjagd von Rechtsextremisten auf Ausländer am Himmelfahrtstag in Magdeburg und viele andere Übergriffe belegen das in erschreckender Weise.

Jederzeit und in jeder Stadt kann ein Ereignis wie der Brandanschlag von Solingen erneut geschehen. Nur durch glückliche Umstände kamen Menschen bei vergleichbaren Taten in jüngster Zeit nicht zu Schaden.

Die erschreckend jungen Täter greifen gefährliche Hetzparolen auf und übersteigern diese zu mörderischer Gewalt. Persönliche Zukunftsängste tragen ihren Teil zum Haß auf vermeintliche Sündenböcke bei. Stichworte sind Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, das Gefühl, den Anschluß an die Entwicklung von Gesellschaft und Arbeitswelt schon verloren zu haben. Auch für den Rechtsextremismus im Alltag gilt: Zu einer Auseinandersetzung mit der Frage, welche Probleme die Menschen verursachen, gehört die Frage, welche Probleme sie haben.

Maßnahmen des Staates reichen zur Lösung nicht aus. Wir brauchen die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger, um Ausgrenzung, Haß und Gewalt im Zusammenleben der Menschen Einhalt zu gebieten.

Mit Sorge sehe ich, daß Teile der extremistischen Linken, besonders bei den militanten Autonomen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nutzen, ihre eigene Gewaltbereitschaft zu beweisen. Es hat 1993 schwere Gewalttaten zwischen Links- und Rechtsextremisten gegeben, und die Tendenz ist steigend. Das historische Muster läßt erwarten, daß die beiden Extreme einander bald nicht mehr genügen werden, daß eine hingenommene Einübung von Gewalt sich letztlich gegen die politische Mitte richtet. Deshalb müssen wir alles daran setzen, Gewaltaktionen schon in der Vorbereitung zu erkennen und die Ausführung zu verhindern.

Polizei und Verfassungsschutz wissen mit Gewalttaten und Extremisten rechtsstaatlich und konsequent umzugehen. An Politik und Gesellschaft ist es, stillschweigende Rechtfertigung, Billigung und Ermutigung durch vermeintliche Biedermänner und Bürger zu entlarven und den erkannten Sympathisanten entschieden und vernehmlich entgegenzutreten.

Große Sorge bereitet mir das Kurdenproblem, das uns in Deutschland so lange beschäftigen wird, bis der Konflikt in der Südosttürkei durch eine politische Lösung beendet wird. Diese Auseinandersetzungen belasten den inneren Frieden in Deutschland, denn von den 1,9 Millionen türkischen Staatsbürgern in Deutschland sind fast eine halbe Million Kurden. Nur ein sehr kleiner Teil der Kurden in Deutschland rechnet zum Umfeld der PKK, der in Deutschland seit November 1993 verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, doch die meisten identifizieren sich mit dem Schicksal der Kurden in ihrer Heimat. Die PKK hat sich zur gefährlichsten extremistischen Organisation von Ausländern in Deutschland entwickelt. Die Polizei wird weiterhin das Verbot der PKK durchsetzen und ihre Straftaten verfolgen. Friedliche Demonstrationen allerdings stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes. Ich werde mich weiterhin für das friedliche Zusammenleben von Türken, Kurden und Deutschen bei uns einsetzen. Gesicherte Rechte für die Kurden in der Türkei und in ihren anderen Heimatländern liegen in unserem Interesse. Ansonsten wird es auch in Deutschland keinen Frieden geben.

Unsere Demokratie bedarf der aktiven Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger - zur Wahrung des inneren und äußeren Friedens und für eine menschlichere Zukunft. Darum schauen Sie bitte nicht weg, wenn Menschen mißhandelt und Menschenrechte mißachtet werden.

Düsseldorf, im Mai 1994

(Dr. Herbert Schnoor)

1 Entwicklungen

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Entwicklungstendenzen

Zwei Ereignisse hatten im Jahr 1993 erhebliche Auswirkungen auf die Berichterstattung und die innenpolitische Diskussion über den Rechtsextremismus: der Brandanschlag in Solingen und der Aufmarsch von Neonazis in Fulda. Weniger Beachtung fand daneben die Entwicklung der "Republikaner" (REP) zur stärksten Kraft im rechtsextremistischen Spektrum.

Das Fanal von Solingen

Am 29. Mai 1993 kamen bei dem Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie in Solingen fünf Menschen ums Leben. Die Tatverdächtigen waren bis auf einen nicht Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen. Der Brandanschlag und die vielfältigen internationalen Reaktionen gingen weit über das hinaus, was nach den Brandanschlägen von Hoyerswerda, Rostock und Mölln zu verzeichnen gewesen war. Das Ausmaß der Betroffenheit über die Tat und die nachfolgende Welle von fremdenfeindlichen Straftaten gegen Ausländer in Deutschland haben die gesellschaftlich-politische Bewertung des aktuellen Rechtsextremismus deutlich beeinflußt.

Mit dem Brandanschlag von Solingen ließ sich das Ausmaß von latenter Fremdenfeindlichkeit und alltäglichem Rechtsextremismus nicht länger relativieren. Seit Solingen ist klar geworden, daß es jederzeit und an jedem Ort zu derartigen Ausbrüchen kommen kann. Die Auswirkungen für die Betroffenen, für das friedliche Zusammenleben in Deutschland und in der internationalen Völkergemeinschaft sind unabsehbar.

Die Brandanschläge von Hoyerswerda und Rostock richteten sich gegen Asylbewerber, nicht gegen schon lange hier lebende Arbeitsimmigranten. Der erste tödliche Brandanschlag auf langjährig hier lebende Ausländer geschah im November 1992 in Mölln. Spätestens nach dem Brandanschlag von Solingen ist offenkundig, daß rechtsextremistische Agitation gegen Asylbewerber ein Klima erzeugt, in dem alle Fremden, unabhängig von ihrem Status, Opfer von fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten werden können.

Die Tat von Solingen hat neben Betroffenheit und Entsetzen ein hohes Maß an gesellschaftlichen und politischen Gegenreaktionen geweckt. Die Gefahren, die vom organisierten und unorganisierten Rechtsextremismus drohen, sind seitdem ins allgemeine Bewußtsein gedrungen.

Der Anschlag von Solingen spiegelt sich auch in den Statistiken über fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten wider: Er hatte zunächst eine Fanalwirkung und löste in ganz Deutschland eine Welle fremdenfeindlicher Straftaten, vom verbalen bis zum körperlichen Angriff, aus. Im Juni 1993 erreichte diese Welle ihren Höhepunkt. Danach ging die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte nachhaltig zurück. Zur Entwarnung besteht aber kein Anlaß. Jederzeit kann es zu einer neuen Gewalttat kommen, die eine neue Welle von Gewalt, Volksverhetzung und Beleidigungen auslöst.

Das Signal von Fulda

Am 14. August 1993 marschierten rund 500 Neonazis zum Teil in Braunhemden und mit Fahnen, die denen der Nationalsozialisten ähnelten, durch Fulda. Die

Fernsehbilder dieses Aufmarsches erinnerten an die nationalsozialistische SA und haben das aktuelle Bild des Rechtsextremismus in der öffentlichen Meinung geprägt. Die Signalwirkung dieses Aufmarsches und die Reaktionen im In- und Ausland werden bis heute von der Neonaziszene als Triumph über den demokratischen Staat und als ein Signal für eine Aufwärtsentwicklung bewertet.

Fulda war aber auch ein Signal für Staat und Gesellschaft. Trotz einer Vielzahl von bundesweiten Anmeldungen hat es seit Fulda fast keine Demonstration derartiger Gruppierungen mehr gegeben, sie wurden durch Versammlungsverbote und andere polizeiliche Maßnahmen verhindert. Auch der Versuch, den Aufmarsch von Fulda am Volkstrauertag im brandenburgischen Halbe zu wiederholen, scheiterte. Ersatzversammlungen wurden verboten, anreisende Teilnehmer wurden an den festgestellten Treffpunkten aufgehalten, es kam zu Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Festnahmen. Der Staat hat nach dem Aufmarsch von Fulda gegenüber der Neonaziszene klare Zeichen gesetzt.

Allerdings können repressive Maßnahmen nicht die politisch programmatische Auseinandersetzung ersetzen. Trotz aller Verbotsmaßnahmen ist das Gedanken- gut noch in den Köpfen der Betroffenen. Die Angehörigen der Neonaziszene fühlen sich nicht widerlegt, vielmehr bestätigt. Sie sehen sich als Märtyrer. Die Möglichkeiten für legale politische Aktivitäten sind zwar drastisch eingeschränkt worden, das schweißt aber auch zusammen. In Teilen der Neonaziszene wachsen Aggressivität und Gewaltbereitschaft.

Ein Resultat des Aufmarsches von Fulda war der Verbotsantrag von Bundesregierung und Bundesrat gegen die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) im September 1993 beim Bundesverfassungsgericht, den Nordrhein-Westfalen schon seit 1986 gefordert hat. Das beantragte Parteiverbot ist die einschneidendste staatliche Maßnahme gegen eine Partei. Es ist das erste Verbotverfahren seit dem KPD-Verbot von 1956.

Neonazis bleiben zersplittert

Die Neonazis konnten auch 1993 ihre organisatorische Zersplitterung nicht überwinden. Dafür gibt es bei ihnen zuviele Personen, die führen wollen. Das der FAP drohende Parteiverbot führt bei den Neonazis jedoch zu Überlegungen, wie sie ohne faßbare Organisationsstruktur einen Zusammenhalt erreichen können, der effektive Arbeit ermöglicht.

Sie suchen zunehmend nach Ausweichmöglichkeiten, um sowohl den Staatsorganen als auch dem politischen Gegner künftig weniger Angriffsflächen zu bieten. Der massive staatliche Druck hat insofern einen gewissen Zwang zum Zusammenrücken auf die "Szene" ausgeübt. So beginnt die Abgrenzung bisher konkurrierender Gruppen gegeneinander zu verschwimmen. In den Vordergrund treten statt dessen Überlegungen, eine gemeinsame politische Plattform zu finden und eine einheitliche "Aktionsfront" zu schaffen. Diese Entwicklung ist in der Öffentlichkeit unter dem Stichwort "Vernetzung" diskutiert worden.

Nationalistische Parteien: "Republikaner" erstarkt

Die rechtsextremistischen, nationalistischen Parteien wie die REP, DVU, NPD und Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) haben den Aufmarsch von Fulda und den Brandanschlag von Solingen genutzt, um sich verbal von Neonazis und Gewalttätern abzugrenzen. Sie haben sich als Biedermänner dargestellt. Deshalb haben diese beiden Ereignisse ihnen nicht geschadet. Tatsächlich sind sie aber geistige Brandstifter. Mit ihrer ständigen fremdenfeindlichen Agitation säen sie Zwietracht und bereiten damit den Boden für Haß und Gewalt. Eine mehr inhaltli-

che und politische Auseinandersetzung mit den Forderungen und Programmen dieser sich bürgerlich gebenden Rechtsextremisten ist im Jahr 1993 ausgeblieben. Die REP haben ihre Position als größte rechtsextremistische Partei im Jahre 1993 ausgebaut. Sie konnten ihre Mitgliederzahlen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit erheblich steigern. Ihre Organisation ist in NRW zwar nicht flächendeckend, im Vergleich zu den anderen rechtsextremistischen Parteien aber deutlich besser entwickelt. Die REP sind überzeugt, daß sie aus eigener Kraft - ohne eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien aus dem rechtsextremistischen Lager - eine Chance haben, im Jahr 1994 in das Europaparlament und in den Bundestag einzuziehen. Bestätigt sehen sie sich durch die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 19. September 1993, bei der sie mit 4,8 % nur knapp an der 5 %-Grenze scheiterten. Die Wahl hat gezeigt, daß die REP auch im Norden der Bundesrepublik die DVU überflügelt haben und von allen rechtsextremistischen Parteien die größten Wahlchancen haben.

Fortbestehende Konkurrenz und Zersplitterung der nationalistischen Parteien

Zu Absprachen über Wahlbündnisse ist es bis Anfang 1994 zwischen rechtsextremistischen Parteien nicht gekommen, obwohl die Wahlen des Jahres 1994 näher rückten. Zwischen den REP, der DVU, der NPD und der DLVH bestehen auf Bundesebene und auf Landesebene in NRW keine offiziellen Kontakte.

Aus den Wahlergebnissen bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg wird im rechtsextremistischen Lager der Schluß gezogen, daß das Wahljahr 1994 den Durchbruch auf allen parlamentarischen Ebenen bringen könnte, wenn nur die Zersplitterung überwunden werde.

Besonders Dr. FREY bemüht sich mit seiner DVU seit dem Mißerfolg in Hamburg im Gegensatz zu seiner früheren Haltung jetzt propagandistisch intensiv um ein Zusammengehen der "nationalen Kräfte". Im Herbst 1993 hat er in mehreren Ausgaben seiner "Deutschen National-Zeitung" eine Leserbefragung durchgeführt, ob eine Zusammenarbeit "der nationalen Kräfte" befürwortet werde. Er kann sich eine Zusammenarbeit mit den REP vorstellen.

Die NPD ist zu beiden Seiten offen, bietet sich sowohl den REP als auch der DVU an. Der REP-Bundesvorsitzende SCHÖNHUBER lehnt aber offiziell jede Zusammenarbeit ab.

Die DLVH versteht sich zwar selbst als rechte Sammlungspartei, konnte diesen Anspruch aber weder durch Wahlerfolge noch durch Organisationsstärke bisher einlösen. Ihre geringe, nur örtliche Bedeutung (Köln und Hagen) macht eine Zusammenarbeit mit ihr für REP und DVU wenig attraktiv.

In der Ausprägung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit drücken sich die derzeitigen Kräfteverhältnisse und das jeweilige Selbstbewußtsein aus.

Die DVU ist im Gegensatz zu den REP nicht so wählerwirksam und organisatorisch nicht ausreichend durchstrukturiert. Die NPD liegt hinsichtlich der Mitgliederzahlen und der Finanzen am Boden. Die REP sind sich ihrer Wählerwirksamkeit bewußt und lehnen in der Erwartung des alleinigen Erfolges, der ihre Position gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien vermutlich auf Dauer festigen würde, jede Zusammenarbeit ab.

Die "Neue Rechte" und ihre alten Vordenker

Die Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik läßt seit Jahren inhaltliche Veränderungen erkennen. Es vollzog sich eine Abkehr von nationalistischen und neonazistischen, volkstümelnden Motiven hin zu Themen, die auf den ersten Blick

als "links" besetzt gelten, wie z.B. Kapitalismuskritik, ökologische Probleme, staatspolitische Überlegungen. Dabei wird scheinbar die Diskussion mit Andersdenkenden gesucht.

Unter Berufung auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit werden Tabuthemen angestoßen ("Revisionismus") und vordemokratisches Gedankengut intellektualisiert aufbereitet. Letztlich wird an autoritäre Denkschulen der Weimarer Zeit angeknüpft. Im Vordergrund stehen Parlamentarismuskritik und die verschiedensten Elitetheorien. Die Ideen Carl SCHMITTs und Ernst JÜNGERs werden in die heutige Zeit transformiert, ohne ihre Rolle im Nationalsozialismus zu problematisieren. Die Publikationen der französischen "Nouvelle Droite", insbesondere von Alain de BENOIST, spielen eine wesentliche Rolle bei dem Versuch, rechtsextremistisches Gedankengut ideologisch zu modernisieren. Träger dieser oft auch als rechte Kulturrevolution bezeichneten Gedanken sind Schriften wie Criticon, Junge Freiheit, Nation und Europa, Europa vorn. Die größte Verbreitung hat die Junge Freiheit, die seit Anfang 1994 in Potsdam wöchentlich herausgegeben wird. Ihre Redakteure stehen den REP nahe. Die Schranken zwischen Konservativen, "Neuen Rechten" und Rechtsextremisten werden bewußt verwischt. Neu an dieser Erscheinung ist, daß die Vertreter dieser Gedankenrichtungen aus der Isolation, in der sie sich mangels Interesse befanden, nunmehr heraustreten und den rechtsextremistischen nationalistischen Parteien Ansätze für ein ideologisches Fundament bieten.

1.1.2 Konzeptionelle und informationelle Vernetzung

Vernetzung durch Aktionsgemeinschaften

Wie bereits in den Vorjahren versuchten Neonazis verschiedener Gruppierungen auch 1993 bundesweit gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren. Schwerpunkte waren der 6. Todestag von Rudolf Heß am 14. August sowie der "Heldengedenktag" am 14. November 1993 in Halbe.

Mit der ständig wachsenden Teilnehmerzahl hat sich die "Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung" zur alljährlich wichtigsten neonazistischen Veranstaltung entwickelt. Auf diesem Gedenkmarsch will man die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in einem gemeinsamen, organisationsübergreifenden Aktionsbündnis beweisen. Das Treffen sollte 1993 wieder in Wunsiedel/Oberfranken stattfinden, wo Heß beerdigt ist. Wie in den vergangenen beiden Jahren rechnete man auch jetzt wieder mit einem Verbot der Veranstaltung und wollte daher rechtzeitig "Alternativen zur Verfügung stellen".

In der Vorbereitungszeit wurden in mehreren Städten Versammlungen angemeldet, die fast alle verboten wurden. Dabei handelte es sich um Ersatz-, Ausweich- und Tarnveranstaltungen. Auch in Fulda wurde eine Versammlung angemeldet, die aber in der Behörde übersehen und deshalb nicht verboten wurde.

Es gelang den Neonazis, den Aufmarschort lange zu verschleiern und die bundesweit - auch aus Nordrhein-Westfalen - anreisenden Teilnehmer mit moderner Kommunikationstechnik (Info-Telefone, Mailboxen, Mobiltelefone und Sprechfunk) zu einem zentralen Punkt zu dirigieren. Die Neonazis marschierten durch die Stadt Fulda und hielten auf dem Domplatz eine Kundgebung ab.

Der Versuch einer Wiederholung scheiterte

Die rechtsextremistische "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" war, wie auch schon in den Jahren zuvor, als Anmelder der "Heldengedenkfeier" in Halbe/Brandenburg aufgetreten. Die Organisatoren von Halbe, die vor allem in der "Wiking-Jugend" (WJ), der FAP und der "Nationalen Liste" (NL) zu suchen waren,

hatten beabsichtigt, Verbote von Gedenkveranstaltungen wie am 14. August 1993 zu unterlaufen. Sie hatten geplant, die Veranstaltungsteilnehmer auf einen für die Sicherheitsbehörden vorher nicht identifizierbaren Veranstaltungsort - wie im Falle Fulda erfolgreich praktiziert - umzulenken. Der Plan konnte nicht durchgeführt werden. Eine aufmerksame Beobachtung der Aktivitäten der Veranstalter durch die Verfassungsschutzbehörden machten es einem starken Polizeiaufgebot möglich, die "Heldengedenkfeiern" am 14. November 1993 zu verhindern. Bundesweit wurden an diesem Tag rund 200 Rechtsextremisten auf dem Weg zu geplanten "Heldengedenkfeiern" von der Polizei in Gewahrsam genommen. In NRW waren es allein 86 Personen.

Das Scheitern der mit großem Propagandaaufwand angekündigten "Gedenkfeier" in Halbe stellt für die neonazistische Szene einen deutlichen Mißerfolg dar.

Vernetzung durch politische Konzepte

Im Jahr 1993 propagierten rechtsextremistische Gruppierungen übergreifende politische Konzepte für ein gemeinsames Handeln. Das bekannteste Konzept ist die Anti-Antifa-Arbeit des Hamburger Neonazis Christian WORCH. Die Anti-Antifa-Arbeit soll Neonazis der verschiedenen Gruppierungen anlaßbezogen einen, ohne ein organisatorisches Korsett zu sein. Organisatorisch ungebundene Aktivitäten sind mit Verbotsmaßnahmen kaum angreifbar. Deshalb steht ein historischer Schritt rückwärts ins Haus: Von der Partei wieder zur "Bewegung", wie bereits von Michael KÜHNEN zum Teil mit Erfolg praktiziert.

Wegen der Nähe der Neonazis zum Nationalsozialismus, die sich durch Parolen und Symbole dokumentiert, richtet sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit besonders auf die Neonazis. Es tritt eine Lupenwirkung ein: sie erhalten gerade durch die Darstellung in den Medien eine Bedeutung, die ihnen objektiv nicht zukommt.

In dieses politische Konzept der Zusammenarbeit gehört auch die Broschüre "Der Einblick", die im November 1993 bekannt wurde. Hierin werden personenbezogene Daten von politischen Gegnern mit dem Ziel veröffentlicht, die Betroffenen persönlich angreifbar zu machen, einzuschüchtern und körperlich zu bedrohen. "Der Einblick" stammt nach dem bisherigen Erkenntnisstand zwar nicht aus dem Umfeld WORCHs. Die Verfasser greifen jedoch seine Idee auf, gemeinsames Handeln von militanten Rechtsextremisten zu fördern. Es ist nicht auszuschließen, daß etliche Neonazis in diesem Sinne zu militanten Aktionen gegen politische Gegner übergehen.

Vernetzung durch Kommunikationstechnik

Seit 1993 gibt es eine intensive Diskussion über eine Vernetzung von Rechtsextremisten durch moderne Kommunikationstechnik. Der versuchte Aufmarsch der Neonazis am Volkstrauertag im brandenburgischen Halbe ist trotz der eingesetzten Technik mißlungen, weil sich Polizei und Verfassungsschutz auf die neue Taktik und die neuen Techniken eingestellt haben. Derzeit ist festzustellen:

Eine zentrale Steuerung der militanten Rechtsextremisten besteht bisher nicht. Anti-Antifa-Aktivitäten sind die derzeit maßgeblich bestimmenden Gefährdungskomponenten im deutschen Rechtsextremismus. Die von dem Hamburger Neonazi WORCH angestrebte Vernetzung im konzeptionellen Sinne wird weiterhin Beobachtungsschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörden sein.

Die moderne Kommunikationstechnik ist besonders für einen schnellen und flexiblen überregionalen Informationsaustausch interessant. Es entstehen neue Möglichkeiten der Strukturierung und Vernetzung. Dies haben inzwischen auch die

Rechtsextremisten erkannt. Die relativ niedrigen Investitions- und Betriebskosten werden, wie in fast allen Gesellschaftsbereichen, auch im Rechtsextremismus zu einer noch stärkeren Bedeutung dieser neuen Kommunikationsform führen. Die Nutzung der modernen Kommunikationstechnik verlangt von den Sicherheitsbehörden noch schnelleres und flexibleres Handeln, stellt aber noch keine qualitative Veränderung der Gefahren des Rechtsextremismus dar.

Trotz aller Zersplitterung der Szene haben das Anti-Antifa-Konzept und "Der Einblick" sowie die Gemeinschaftsaktionen von Fulda und Halbe das Gefühl der Neonazis zusammenzugehören, im Jahre 1993 beträchtlich verstärkt.

1.1.3 Fremdenfeindliche Straftaten

Die Polizeibehörden haben 1993 insgesamt 2.346 fremdenfeindliche Straftaten in Nordrhein-Westfalen registriert. Der Anteil der Gewalttaten an diesen fremdenfeindlichen Straftaten (zu den Begriffen siehe Textkasten) betrug 489.

Begriffe

Die Polizeibehörden bezeichnen als "**Fremdenfeindliche Straftaten**" solche Delikte, die in der Zielrichtung gegen Personen begangen werden, denen Täter (aus intoleranter Haltung heraus) aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes ein Bleibe- oder Aufenthaltsrecht in der Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik, bestreiten

oder

gegen sonstige Personen oder Institutionen/Objekte/Sachen begangen werden, bei denen Täter aus fremdenfeindlichen Motiven heraus handeln.

Gewalttaten sind ein Teil der fremdenfeindlichen Straftaten. Sie umfassen folgende Deliktbereiche: Tötung, Körperverletzung, Brandstiftung, Landfriedensbruch, gewalttätige Sachbeschädigung.

Durch die Straftaten gegen Fremde wurden 6 Menschen getötet und 306 verletzt. Allein bei dem Brandanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 wurden 5 Menschen getötet und sieben Menschen schwer verletzt. Am 9. März 1993 starb ein türkischer Mitbürger an den Folgen einer Scheinhinrichtung mit einer Schreckschußpistole, die zwei 21jährige Deutsche in Mülheim an der Ruhr verübten. Durch die Aufregung erlitt das Opfer einen Herzinfarkt und starb noch am Tatort. Im Jahr 1992 wurde 1 Mensch getötet und 135 wurden verletzt.

Die fremdenfeindlichen Straftaten verteilten sich 1993 und 1992 folgendermaßen auf die einzelnen Deliktbereiche:

Deliktbereiche	1993	1992	%
1 Tötungsdelikte *)	7	3	
2 Körperverletzungsdelikte	262	169	
3 Brandanschläge	61	109	
4 Landfriedensbrüche	2	16	
5 Gewalttätige Sachbeschädigung	157	256	
1 - 5 Zwischensumme Gewalttaten	489	553	-11,6
6 Sonstige Sachbeschädigungen	89	163	
7 Propagandadelikte	467	343	
8 Bedrohungen/Nötigungen	557	288	
9 Sonstige	744	427	
1 - 9 SUMME	2346	1774	+ 32,2

*) Einschließlich Tötungsversuche

	1993	1992
Getötete	6	1
Verletzte	306	135

Die Tabelle zeigt in den einzelnen Deliktbereichen 1993 erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Zwei gegensätzliche Entwicklungen sind festzustellen: Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten betrug 1992 1.774 und stieg 1993 somit um 572 oder 32,2 %. Gleichzeitig ging aber die Zahl der Gewalttaten von 553 im Jahr 1992 um 64 oder 11,6 % auf 489 im Jahr 1993 zurück.

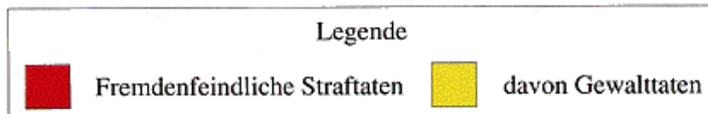
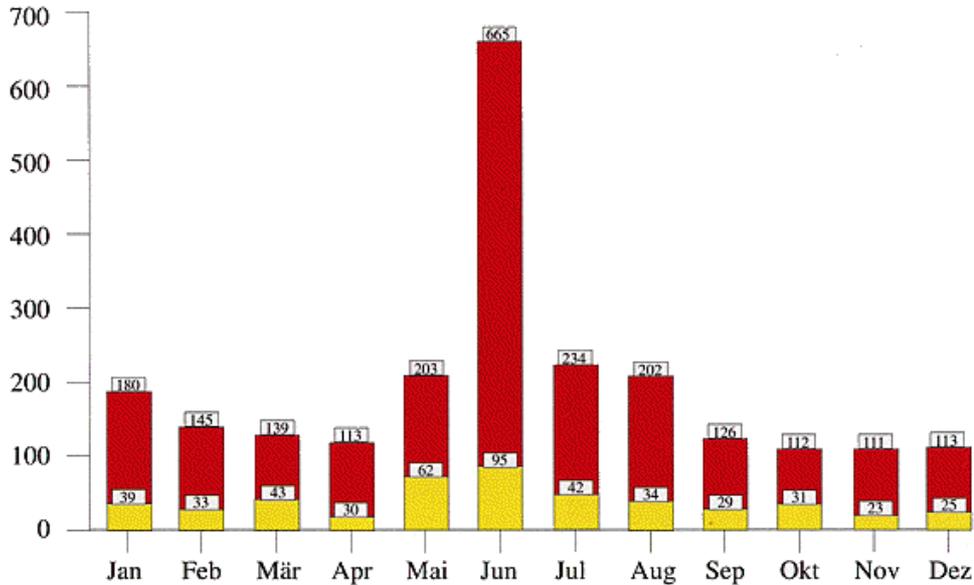
Der scheinbare Widerspruch zwischen dem Rückgang der Gewalttaten und dem erheblichen Anstieg der Zahl der Getöteten und Verletzten 1993 erklärt sich durch unterschiedliche Entwicklungen in den Deliktbereichen. Während die Tötungs- und Körperverletzungsdelikte deutlich zunahm, gingen besonders die gewalttätigen Sachbeschädigungen und Brandanschläge zurück. Außerdem ist zu beachten, daß bei einer einzelnen Straftat mehrere Menschen verletzt oder getötet werden sein können, die Tat aber als ein Delikt in die Statistik eingeht.

Insgesamt ist 1993 eine Steigerung der Gewaltintensität gegenüber dem Vorjahr bei einem gleichzeitigen Rückgang der Gesamtzahl der Gewaltdelikte festzustellen. Die Gewalt gegen Menschen ist deutlich angestiegen, die Gewalt gegen Sachen stark zurückgegangen.

Die wellenartige Entwicklung der fremdenfeindlichen Straftaten im Jahresverlauf setzte sich auch 1993 fort. Es zeigt sich, daß jeder besonders spektakuläre fremdenfeindliche Anschlag eine Welle weiterer Übergriffe nach sich zieht. Das war erstmals nach den Ausschreitungen von Hoyerswerda im Oktober 1991 zu beobachten. Danach ging die Zahl der Straftaten zurück und stabilisierte sich - allerdings schon auf höherem Niveau als zum Jahresbeginn 1991. Die Anzahl der Straftaten stieg Ende 1992 nach den Anschlägen in Rostock und Mölln erneut an und erreichte mit 400 bzw. 399 Straftaten im November und Dezember 1992 einen Höhepunkt. In den ersten Monaten des Jahres 1993 ging die Zahl der Straftaten stark bis auf 113 im April zurück. Nach dem Anschlag in Solingen am 29. Mai 1993 kam es im Juni zu einer Welle fremdenfeindlicher Straftaten, die mit 668 den

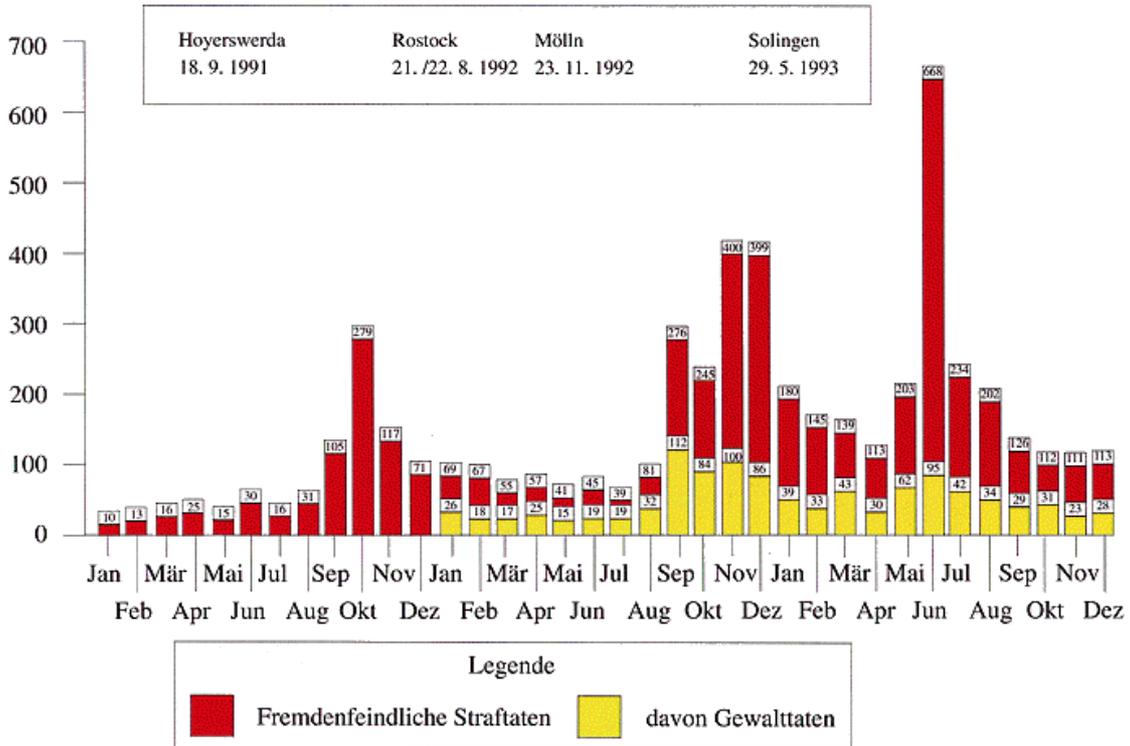
absoluten Höhepunkt der bisherigen statistischen Erfassung erreichte. Die zweite Jahreshälfte läßt einen deutlichen Rückgang der Straftaten erkennen. Das Niveau lag am Jahresende 1993 aber immer noch über dem des Jahresanfangs von 1992. Die Grafiken machen den wellenartigen Verlauf mit der extremen Entwicklung nach dem Anschlag in Solingen deutlich. Die Gewalttaten folgten 1993 in etwa diesem Verlauf, steigen allerdings lange nicht so steil an wie die übrigen Straftaten.

Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen 1993



Stand: LKA NRW 18.März 1994

Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen 1991* bis 1993



* Gewalttaten wurden 1991 noch nicht separat ausgewiesen
Stand: BKA Jahresbericht 1993; LKA NRW 18. März 1994

Statistisch scheint nach der Anschlagwelle vom Juni 1993 eine Trendwende eingetreten zu sein. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß nach einer neuen Gewalttat mit Fanalwirkung eine weitere Welle von fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten folgt.

Für 1993 wurden dem Landeskriminalamt insgesamt 1.066 Tatverdächtige gemeldet, davon 77 Frauen (Stand: 18. Januar 1994). Die Dominanz männlicher Tatverdächtiger setzt sich mit 92,8 % somit auch 1993 fort.

Die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen gehörte keiner Organisation oder Gruppe an.

1993 wurden insgesamt 93 Skinheads im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten festgenommen. Das sind 8,8 % der Tatverdächtigen. 1992 waren noch 15,5 % der Tatverdächtigen Skinheads.

Zu rechtsextremistischen Gruppen oder Organisationen gehörten 64 Tatverdächtige, also 6 %. 53 % der Tatverdächtigen waren vor der Tat nicht polizeilich in Erscheinung getreten. Über 14,3 % der Täter lagen bereits Erkenntnisse in staatschutzmäßiger Hinsicht vor.

1.1.4 Bericht des Justizministeriums NRW

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen verzeichneten 1993 eine erhebliche Zunahme der Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1993 insgesamt 6.238 (1992: 2.358) einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 443 (233) Verfahren gegen 802 (414) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 315 (219) Personen; 26 (8) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 58 (70) Personen

wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.1.5 Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen (einschließlich neonazistische Skinheads) betragen 1993:

Organisationen, Gruppierungen	1993	1992
DVU (einschl. DVU e.V. und "Aktionsgemeinschaften")	5000	5000
REP	2500	2100
NPD	700	700
JN	30	50
Neonazistische Skinheads	400	400
FAP	160	160
DLVH	150	200
Sonstige Neonazis	140	140
WJ	80	70
Sonstige	200	130
Doppelmitgliedschaften	-150	-150
SUMME	9210	8800

Die rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen weisen in der Gesamttendenz konstante Mitgliederzahlen auf. Lediglich bei den REP ist ein deutlicher realer Zuwachs festzustellen, der sich auch entscheidend auf die Zunahme der Gesamtzahl auswirkt.

1.1.6 Prognosen 1994

Durch die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Neonazis ist einerseits eine Verunsicherung der "Szene" erreicht worden, andererseits aber keineswegs das dauerhafte Unterbinden rechtsextremistischer Aktivitäten. Erkennbar ist vielmehr das Bemühen dieser Rechtsextremisten, staatlichen Maßnahmen künftig weniger Angriffsflächen zu bieten, sich dabei jedoch nicht in die Illegalität drängen zu lassen, um politisch aktiv weiterarbeiten zu können.

Die Entwicklung neuer Organisations- und Agitationsformen wird dabei in erster Linie von jungen Neonazis getragen, die offenbar - auch im parteinahen Bereich - schneller bereit sind, traditionelle Schranken und Trennungslinien zwischen den Organisationen zu überwinden. Dieses Potential scheint aber auch zu einem spürbar militanteren Vorgehen entschlossen zu sein. Inwieweit sich daraus - vor allem als Reaktion auf weitere repressive Maßnahmen - illegale/terroristische Strukturen herausbilden werden, kann noch nicht beurteilt, muß aber für die Zukunft ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Im Wahljahr 1994 werden rechtsextremistische Parteien bei den Wahlen auf allen politischen Ebenen antreten. Ihr Optimismus, die 5 %-Grenze zu überschreiten, ist groß. Eine Zusammenarbeit rechtsextremistischer Gruppierungen ist trotz der Diskussion über die Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl nicht zu erwarten. Die Persönlichkeiten der Parteivorsitzenden SCHÖNHUBER und Dr. FREY sowie finanzielle Interessen an der zu erwartenden Wahlkampfkostenerstattung stehen einer Zusammenarbeit entgegen. Der Hamburger Neonazi Christian WORCH

glaubt allerdings, daß die Rechtsextremisten bei der Bundestagswahl über die Partei- und Organisationsgrenzen hinweg die REP wählen, um deren Einzug in das Parlament zu sichern. Unter den dann mindestens 30 Abgeordneten "werden wir dann schon den einen oder anderen Rechtsabweichler finden".

Bei den Kommunalwahlen, bei denen die rechtsextremistischen Parteien mangels Kandidaten und Organisation nicht flächendeckend antreten können, kann ein gegenseitiger Kandidaturverzicht nicht ausgeschlossen werden.

Die rechtsextremistischen Parteien werden weiter versuchen, mit einer Konzentration auf die Themenbereiche "Ausländer" und "Asylbewerber" Wahlkampf zu betreiben und Wahlerfolge zu erzielen. Eine Ausdehnung der Agitation auf ausländische Arbeitnehmer und Immigranten sowie eine sozial begründete Ausgrenzung von Minderheiten von (z.B. Behinderte, Homosexuelle und andere) zeichnet sich ab. Aber auch andere Themen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltschutz oder Verkehrspolitik werden voraussichtlich in den Wahlkämpfen rechtsextremistischer Parteien angesprochen. Die Themen erweisen sich bei näherer Betrachtung allerdings meistens als Variationen der Forderung "Ausländer raus".

Die Schwächen der rechtsextremistischen Agitation liegen in den wahrheitswidrigen Argumenten. Sie setzt schlicht auf nationalen Egoismus gegen internationale Arbeits- und Lastenteilung und vernachlässigt die vielfältigen Verflechtungen in Kultur, Wirtschaft und Politik. Mißachtung der Menschenwürde und Relativierung demokratischer Prinzipien verbinden sich mit erwiesener Inkompetenz und dem Mißbrauch öffentlicher Mittel fast überall, wo Rechtsextremisten in Parlamenten und Räten sitzen.

1.2 Linksextremismus und -terrorismus

1.2.1 Terrorismus: Entwicklungstendenzen

Die Entwicklung im Bereich des linksextremistischen Terrorismus wurde 1993 im wesentlichen durch drei Ereignisse bestimmt:

- den Sprengstoffanschlag der Roten Armee Fraktion (RAF) auf den Neubau der Justizvollzugsanstalt Weiterstadt im März 1993,
- die Festnahme der mutmaßlichen RAF-Terroristin Birgit HOGEFELD und den Tod des mutmaßlichen RAF-Mitgliedes Wolfgang GRAMS im Juni 1993 in Bad Kleinen sowie
- den im Oktober 1993 von der Mehrheit der RAF-Häftlinge erklärten 'Bruch' mit der Kommandoebene der RAF, den Inhaftierten DELLWO, FOLKERTS und TAUFER sowie der in Bad Kleinen festgenommenen Birgit HOGEFELD.

Der Sprengstoffanschlag in Weiterstadt bildete die erste terroristische Aktion der RAF-Kommandoebene seit ihrer im April 1992 erklärten Entscheidung, "die Eskalation zurückzunehmen" und "Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat" vorläufig auszusetzen. Mit diesem Anschlag hat die RAF-Kommandoebene ihre Handlungsfähigkeit und Gefährlichkeit erneut unter Beweis gestellt.

Die Ereignisse von Bad Kleinen lösten im RAF-Umfeld sowie im sonstigen linksextremistischen Spektrum zahlreiche Protestaktionen aus. Die RAF-Kommandoebene äußerte sich in einer im Juli 1993 bekannt gewordenen Erklärung; sie wolle zwar an der mit der Deeskalationserklärung vom April 1992 eingeleiteten politischen Neuorientierung festhalten, die "Ausgangsbedingung", so ihre Erklärung vom Juli 1993, sei aber eine neue: "Wolfgang" (GRAMS) sei "hingerichtet worden".

Einen tiefen, in der Entwicklung der RAF bisher einmaligen Einschnitt markiert die Erklärung des inhaftierten RAF-Mitglieds Brigitte MOHNHAUPT vom Oktober 1993, in der diese zugleich für zehn weitere inhaftierte Mitglieder der RAF (sog. Hardliner) den "Bruch" mit der RAF-Kommandoebene, der in Bad Kleinen festgenommenen Birgit HOGEFELD sowie den in der Justizvollzugsanstalt Celle einsitzenden RAF-Mitgliedern DELLWO, FOLKERTS und TAUFER erklärt, weil die Gefangenen in Celle hinter dem Rücken der anderen Gefangenen und "mit Einverständnis der Illegalen" (RAF-Kommandoebene) in einem "Deal" mit dem Staat die Bereitschaft zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes der RAF im Falle einer "politischen Lösung" der Gefangenenfrage signalisiert hätten. Diese Erklärung stellt den Endpunkt einer Entwicklung zur Spaltung im RAF-Gefüge dar, die sich bereits längere Zeit angedeutet hatte. Sie wirkte sich auf das RAF-Umfeld polarisierend aus. Im RAF-Umfeld, das dem Anschlag in Weiterstadt zunächst uneingeschränkt Beifall gezollt hatte, nahm die Kritik an der von der RAF-Kommandoebene 1992 erklärten Rücknahme der Eskalation, insbesondere nach den Ereignissen in Bad Kleinen und nach Bekanntwerden des vermeintlichen "Deals", deutlich zu. Die Gefahr, daß die Position der "Hardliner" unter den RAF-Häftlingen im RAF-Umfeld sowie im sonstigen militanten linksextremistischen Spektrum Resonanz findet und zur Bildung neuer terroristischer Gruppen führt, ist unverkennbar. Ein im November 1993 ausgeführter Schußwaffenanschlag auf das Gebäude des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln, zu dem sich zunächst "militante aus dem antiimperialistischen widerstand" bekannt hatten und für den im Dezember 1993 eine "antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah" die Verantwortung übernahm, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Weitere Aktionen dieser Gruppe, die bis zu Mordanschlägen führen können, sind zu befürchten. Revolutionäre Zellen (RZ) haben in Nordrhein-Westfalen auch 1993 keine Anschläge verübt. Der Sprengstoffanschlag auf eine Stromversorgungsstation des Grenzschutzamtes Frankfurt/Oder sowie der Brandanschlag auf Dienstfahrzeuge des Bundesgrenzschutzes am Flughafen Rothenburg bei Görlitz Anfang Oktober 1993, zu dem sich unbekannte Täter unter der Bezeichnung Revolutionäre Zellen zu Wort gemeldet hatten, sprechen jedoch für anhaltende Virulanz des RZ-Terrorismus. Eine zweibändige Dokumentation des linksextremistischen Spektrums über die RZ soll offenbar neues Interesse im militanten linksextremistischen Spektrum wecken; eine von der linksterroristischen Frauengruppe "Rote Zora" herausgegebene Schrift vom Dezember 1993 deutet auf fortdauernde Gewaltbereitschaft dieser terroristischen Vereinigung hin.

1.2.2 Linksextremismus: Entwicklungstendenzen

Bei den militanten Autonomen standen im Jahr 1993 zwei Schwerpunkte im Vordergrund, die miteinander in Verbindung stehen:

- Aktionen (insbesondere gewalttätige) im Rahmen ihrer "Antifaschismus-/ Antirassismuarbeit" wurden fortgesetzt, bundesweite Versuche zur Schaffung verbindlicherer Organisationsstrukturen wurden unternommen.
- Die Parteien und Organisationen des "orthodoxen" linksextremistischen Spektrums konnten 1993 ihre politische Neuorientierung weitgehend abschließen. Der organisatorische Niedergang wurde gestoppt, in Teilbereichen ein bescheidener Neuanfang versucht.

Die sich durch den Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" bestätigt sehende MLPD konnte eine insgesamt stabile politische und organisatorische Entwicklung

verzeichnen. Die sonstigen Parteien der "dogmatischen Neuen Linken" in Nordrhein-Westfalen stagnieren oder haben Mitglieder verloren.

Die militanten Autonomen im Jahr 1993

Bei den militanten Autonomen stand im Rahmen der "Antifaschismus-/Antirassismuserbeit" 1993 zunächst der offen propagierte "Kampf gegen faschistische Organisationen" sowie die an die staatlichen Organe gerichtete Forderung, faschistische Organisationen zu verbieten, im Vordergrund. Auch der Staat, seine Repräsentanten und seine Einrichtungen wurden mit dem Thema "Antifaschismus/Antirassismus" in Verbindung gebracht: Die Auseinandersetzung von Staat und Gesellschaft mit rechtsextremistischen Gruppierungen sei nicht ernsthaft und nur halbherzig.

Gewalt durch "antifaschistische Selbsthilfe"

Über das gesamte Jahr 1993 erstreckten sich "Aktionen" des autonomen Spektrums unter dem Stichwort "antifaschistische Selbsthilfe" als Teilaspekt des "Antifaschismuskampfes". Hierunter versteht die Szene auch gewaltsame Aktionen gegen Rechtsextremisten, aber auch gegen staatliche Einrichtungen und deren Repräsentanten sowie gegen Wirtschaftsunternehmen, die mit dem Thema "Faschismus" in Verbindung gebracht werden.

Damit will die Szene den von Rechtsextremisten ausgehenden Angriffen auf Ausländer- und Asylbewerber ein "militant offensives Konzept" entgegensetzen. Dabei bekommen Ereignisse, wie der Anschlag von Solingen, eine besondere Bedeutung und heizen die Stimmung an.

Auseinandersetzungen "Links/Rechts" gestiegen

Die seit längerem erkennbaren Aufschaukelungstendenzen in den Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen "Antifa"-Gruppen und rechtsextremistischen Gruppen/Personen haben inzwischen ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht.

Mit dem Anstieg ausländerfeindlicher Straftaten durch Rechtsextremisten verschärfte sich 1993 der "antifaschistische Kampf" der Autonomen gegen "Faschisten" und führte zu einer zunehmend gewalttätiger geführten Konfrontation beider Lager.

Die potentiell gewalttätige Formierung von Neonazis unter dem Stichwort "Anti-Antifa-Kampagne" gegen Linksextremismus ist seit dem Frühjahr 1992 bekannt. Die Praxis der Linksextremisten, Namen, Bilder und Adressen der anderen Seite in Szeneschriften und Flugblättern zu veröffentlichen und unverhohlen zu militanten Aktionen aufzurufen, wird inzwischen von den Neonazis aufgegriffen und gegen linke Gegner ("linke Zecken") angewandt. Damit hat die Gefahr gegenseitiger Angriffe aus dem links- und rechtsextremistischen Lager erheblich zugenommen.

"Anti-Lager-Kampagne" wurde fortgesetzt

Im Rahmen der im Herbst 1992 begonnenen "Anti-Lager-Kampagne" richteten sich Aktivitäten des autonomen Spektrums gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und gegen die Umsetzung der Asylrechtsänderungen. Unter maßgeblicher Beteiligung von autonomen Gruppen wurde auf regionalen und bundesweiten Treffen die Durchführung von "Aktionen" im 1. Halbjahr 1993 vereinbart gegen die "Betreiber" von Sammellagern für Asylbewerber (z.B. Kommunen und Wohlfahrtsverbände wie DRK und AWO) und sogenannte "Schreibtischtäter", gegen die ab 1. April 1993 erwarteten Verschärfungen der

"Lagerkontrollen"(im Sinne von Aktionen zur Durchbrechung der von den Initiatoren unterstellten Isolation von Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte). Im Rahmen dieses Aktionsplanes wurden auch in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Plakataktionen, Farbsprühaktionen und Demonstrationen durchgeführt. Nachdem am 1. Juli 1993 die geänderten Asylrechtsregelungen in Kraft traten, vereinbarten u. a. autonome und linksextremistisch beeinflusste "Antirassismusgruppen" eine landesweite "Aktionswoche gegen Abschiebeknäste und -lager" ab dem 3. Oktober 1993.

Mobilisierung gegen die Änderung des Artikels 16 GG

Ein wichtiger Agitationsschwerpunkt im 1. Halbjahr 1993 war für das linksextremistische Spektrum eine breit angelegte Mobilisierung gegen die Abstimmung über die Änderung des Artikels 16 Grundgesetz (GG). Diese Mobilisierung wurde von Autonomen, Angehörigen des terroristischen Umfeldes und Angehörigen ausländischer linksextremistischer Gruppen unterstützt. Mit Plakataktionen, in autonomen und sonstigen linksextremistischen Szeneschriften, im Kommunikationssystem "Spinnennetz" und in Beiträgen von autonomen Radiogruppen bei privaten Rundfunksendern wurde zu vielfältigen Aktionen am Tag "X" (26. Mai 1993; Tag der 2. und 3. Beratung sowie der Abstimmung über die Änderung des Artikels 16 GG im Deutschen Bundestag) aufgerufen.

An den angekündigten Blockaden und demonstrativen Aktionen nahmen am 26. Mai 1993 in Bonn insgesamt ca. 8.000 Personen teil, von denen ca. 3.500 dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum zugeordnet wurden. Nach anfangs friedlichem Verlauf der Demonstration kam es durch Gruppen gewaltbereiter Störer zu Sachbeschädigungen und Übergriffen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Die Ereignisse in Bonn wurden in mehreren Städten des Bundesgebietes von demonstrativen Aktionen begleitet.

Kampagne "Stoppt Nazizeitungen"

Weitere Aktivitäten wurden in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der seit Mitte 1992 von Berliner autonomen Antifaschisten ausgehenden bundesweiten Kampagne "Stoppt Nazizeitungen" festgestellt. Ziel ist es, Anschriften der Verkaufsstellen "faschistischer" Zeitungen zu erfassen und zentral zu melden, um den Verkauf zu stören oder ganz unterbinden zu können (zum Beispiel durch Drohschreiben, Demonstrationen bzw. Blockaden wie u.a. im Januar 1993 in Köln und im November in Bonn). In einem Flugblattaufwurf dazu heißt es: "Ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen von den jeweiligen Antifas gezogen werden, bleibt ihnen natürlich in jedem Fall selbst überlassen. Zum Beispiel ob legale oder illegale Aktionen folgen, darauf haben wir weder Einfluß, noch wollen wir uns in die dortigen Vorgehensweisen mit erhobenem Zeigefinger einmischen".

Erste überörtliche organisatorische Strukturen

Die bisher gescheiterten Versuche einzelner Gruppen der Szene, verbindliche Strategien zu entwickeln und Organisationsstrukturen zu schaffen, finden vor dem Hintergrund gesteigerter Auseinandersetzungen mit dem "Faschismus" zunehmende Akzeptanz. Dabei bedient man sich inzwischen moderner Kommunikationsmittel wie z. B. Mailboxen. Über das Thema "Antifaschismus/Antirassismus" ist es einigen "autonomen Antifa-Gruppen" gelungen, die "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) zu gründen. Einige Gruppen lehnen jedoch die Organisation als verfrüht oder aus ihrem "autonomen Selbstverständnis" grundsätzlich ab.

Weitere Aktivitäten Autonomer wurden 1993 festgestellt

- zur Schaffung "autonomer Zentren",
- im Bereich des "militanten Tierschutzes",
- im Zusammenhang mit Aktionen des "RAF-Umfeldes"
- im Zusammenhang mit Demonstrationen und Kundgebungen anlässlich von 1. Mai-Veranstaltungen, mit der Aktion "Solidarität mit Bischofferode" und mit Protestaktionen anlässlich des Tages der Deutschen Einheit.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Mit der Verabschiedung der "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP" im Januar 1993 ist die durch den Verfall des "Realen Sozialismus" notwendig gewordene Positionsbestimmung der DKP weitgehend abgeschlossen. Auch die Mitgliederentwicklung hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Nach der Selbsteinschätzung der DKP hat die Partei auf dem Weg zu einem neuen Parteiprogramm durch die Thesen "eine gemeinsame Diskussionsgrundlage bekommen, um sich angesichts der riesigen Umwälzungen unserer Tage eine programmatische Position neu zu erarbeiten" ... "Die 'Thesen' haben mit dazu beigetragen, daß die Partei sich langsam ideologisch konsolidiert". Diese "langsame ideologische Konsolidierung" bedeutet politisch ein Zurück zu alten Zielen.

Die rückwärtsgerichtete ideologische Betrachtungsweise der DKP stellt für die Partei ein bedeutsames Hemmnis in der Bündnispolitik dar. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß auch 1993 vorhandene politische Gegensätze keinen Hinderungsgrund für ein Zusammengehen autonomer, orthodoxer und sonstiger links-extremistischer Kräfte aus konkretem Anlaß bildeten. Obwohl die Bemühungen um den Aufbau einer gemeinsamen politischen und organisatorischen Basis im Bereich des Linksextremismus keine nennenswerten Fortschritte gemacht haben, sind fast alle Kräfte im Bereich des Linksextremismus heute bereit, themen- und aktionsbezogen zusammenzuarbeiten, insbesondere im Bereich Antifaschismus.

"Dogmatische Neue Linke"

Im Bereich der "Dogmatischen Neuen Linken" sind die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) nennenswerte Organisationen.

Die MLPD trägt immer noch Züge einer Kaderpartei mit geringem Bekanntheitsgrad. Um diesen zu steigern, nutzte sie zur Agitation soziale Konflikte, wie z. B. den Kampf um den Erhalt des Kaliwerks in Bischofferode. Mit Veranstaltungen zum Gedenken an Mao Tse-tung (November 1993 in Bottrop und Gelsenkirchen) unter Beteiligung ausländischer Gäste aus zahlreichen Ländern unternahm sie den Versuch, sich als Partei von internationaler Geltung darzustellen. Bei solchen Anlässen konnte die MLPD zum Teil mehr als tausend Teilnehmer mobilisieren. Ein sichtbarer Einfluß auf die Mitgliederentwicklung ist hiervon nicht ausgegangen. Der MLPD wird es vermutlich auch in naher Zukunft nicht gelingen, die weitgehende Isolierung in der Öffentlichkeit zu durchbrechen.

Die ideologisch uneinheitliche VSP hat die Tendenz zur Fraktionierung. Die VSP verfügt nicht über die nötige organisatorische Kraft für publikumswirksame Veranstaltungen. Daher ist auch ihr Bekanntheitsgrad gering. Ein Zerfall der Partei ist nicht unwahrscheinlich.

1.2.3 Bericht des Justizministeriums NRW

Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften 1993 insgesamt 740 (1992: 475) Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1993 ist in 88 (67) Verfahren gegen 116 (83) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafgebefehls gestellt worden. 18 (49) Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 3 (2) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 21 (41) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.2.4 Mitgliederzahlen

Die wichtigsten Parteien und Gruppierungen im linksextremistischen Bereich hatten 1993 etwa 3.700 Mitglieder in NRW. Darin enthalten sind 450 militante Autonome.

Organisationen, Gruppierungen	1993	1992
Militante Autonome	450	450
DKP	2050	2100
MLPD	600	600
MG	350	350
SDAJ	150	100
VSP	100	120
S U M M E	3700	3670

Bei den Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben. Darüber hinaus gibt es weitere kleinere linksextremistische Gruppierungen, deren Mitgliederzahlen nicht auch nur annähernd geschätzt werden können.

Insgesamt sind die Mitgliederzahlen im linksextremistischen Bereich in Nordrhein-Westfalen 1993 gegenüber 1992 im wesentlichen konstant geblieben.

1.2.5 Prognosen 1994

Die Gefahr linksterroristischer Anschläge besteht, teilweise unter neuen Vorzeichen, fort.

In der Folge der Aufschaukelung von gewaltsamen Auseinandersetzungen des links- und rechtsextremistischen Spektrums wird die angekündigte Teilnahme rechtsextremistischer Parteien an den Wahlen 1994 zu einer spürbaren Steigerung militanter Auseinandersetzung im Wahlkampf führen. Dabei ist mit Gewaltanwendung auch gegen Personen zu rechnen.

Aus dem linksextremistischen Parteienspektrum beabsichtigen DKP und MLPD, sich an den Wahlen 1994 zu beteiligen. Möglicherweise werden Kandidaten der DKP auf offenen Listen der PDS kandidieren.

Gegen den EU-Gipfel am 9. und 10. Dezember 1994 in Essen mobilisiert seit Dezember 1993 ein Bündnis, dem unter anderem Gruppierungen des gesamten linksextremistischen Spektrums angehören. Beschlossen wurden die Durchführung eines "internationalen Gegenkongresses", einer "Gegendemonstration" und von "Aktionstagen". Mit Störungen von Gewaltbereiten - insbesondere aus dem autonomen Spektrum - ist zu rechnen.

1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus

1.3.1 Entwicklungstendenzen

Das Erscheinungsbild des Ausländerextremismus im Jahr 1993 war von den zwei Anschlagswellen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem nachfolgenden Verbot dieser Organisation geprägt sowie von gewalttätigen Auseinandersetzungen nationalistischer und linksextremistischer ausländischer Gruppierungen nach dem Brandanschlag am 29. Mai 1993 in Solingen.

Die Aktivitäten der PKK und ihrer Nebenorganisationen in Deutschland standen 1993 in einem engen Zusammenhang mit der Eskalation des türkisch-kurdischen Konflikts in der Türkei. Mitte März hatte die PKK-Führung gegenüber der türkischen Regierung einen einseitigen Waffenstillstand erklärt. Die türkische Regierung lehnte ihrerseits einen Waffenstillstand ab, die türkischen Sicherheitskräfte setzten ihre militärischen Aktionen gegen die Guerilla der PKK fort. Die PKK nutzte ihr Waffenstillstandsangebot propagandistisch, um die Solidarität der anderen türkisch-kurdischen Parteien zu erzwingen. Der von der PKK einseitig erklärte Waffenstillstand wurde von ihr am 27. Mai 1993 beendet und am 8. Juni 1993 öffentlich aufgekündigt. Seitdem sind die Kämpfe zwischen PKK und türkischen Sicherheitskräften voll entbrannt und halten bis heute an.

Die Bemühungen um eine gemeinsame Plattform der türkisch-kurdischen Parteien führten u.a. zu einer gemeinsamen Demonstration aller kurdischen Organisationen in Deutschland am 29. Mai 1993 in Bonn. Mit einer ersten Anschlagsserie gegen türkische Einrichtungen am 24. Juli 1993 reagierte die PKK in Europa auf das Wiederaufflammen der Kämpfe in der Türkei, mit der zweiten Serie am 4. November 1993 auf die Zerstörung der Stadt Lice durch türkische Sicherheitskräfte im Oktober 1993.

Am 26. November 1993 untersagte das Bundesministerium des Innern der PKK und ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) die Betätigung im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes und verbot 33 PKK-Nebenorganisationen, davon 13 in Nordrhein-Westfalen. Die PKK und andere kurdische Organisationen reagierten auf das Verbot vornehmlich mit Protestkundgebungen. Zu größeren Ausschreitungen kam es infolgedessen 1993 jedoch nicht. Es bleibt abzuwarten, ob die anderen kurdischen Organisationen eigenes politisches Profil gegenüber der PKK entwickeln können oder ob sie sich weiterhin mit einer nur wenig reflektierten scheinbar gemeinsamen kurdischen Sache unter Einschluß der PKK identifizieren.

Das Verbot hat, wie vom Verfassungsschutz erwartet, die Arbeit der PKK zwar nicht verhindern, aber immerhin einschränken können. Auch die Spendensammelaktion 1993 wurde erschwert, was zu Einnahmeausfällen führte. Die PKK versucht, ihre politische Tätigkeit in Deutschland - wenn auch konspirativer - fortzusetzen. Es gibt Anzeichen für den Aufbau von Ersatzstrukturen für die verbotenen Vereine. Im Februar 1994 hat das Innenministerium Nordrhein-Westfalen einen Verein in Hagen als Ersatzorganisation verboten.

Gleichwohl dürfte die PKK nicht an heftigen Auseinandersetzungen mit den deutschen Sicherheitsbehörden interessiert sein, da insbesondere exekutive Maßnahmen sie in ihren Aktivitäten zur Geldbeschaffung und in ihrer politischen Arbeit empfindlich stören. Insgesamt ist es der PKK im Jahre 1993 verstärkt gelungen, sich als dominierende Vertreterin der kurdischen Interessen darzustellen, da sie nahezu allein den bewaffneten Kampf mit den türkischen Sicherheitskräften führt und hierauf ihre Propaganda abgestellt hat. Zudem hat es die PKK in den vergangenen Jahren verstanden, nennenswerte oppositionelle Regungen in den eigenen Reihen oder bei anderen kurdischen Parteien mit gewaltsamen Mitteln zu unterdrücken.

Im Vergleich zu den Aktivitäten der PKK traten Organisationen türkischer Extremisten weniger in Erscheinung.

Dies gilt auch für die nationalistische Türk-Föderation. Gleichwohl besteht bei den als "Grauen Wölfen" bekannten Anhängern auch weiterhin latente Gewaltbereitschaft. Dies zeigen ihre Übergriffe nach dem Mordanschlag von Solingen und auf Teilnehmer des kurdischen Sternmarsches nach Brüssel.

Auch 1993 machten die linksextremistischen, von ihrer Anhängerzahl nicht so bedeutenden DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke) und Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) öffentlich wenig auf sich aufmerksam. Sie sind stärker auf innerparteiliche, teilweise äußerst gewalttätige Konflikte fixiert. Anhänger der hier verbotenen linksextremistischen türkischen DEVRIMCI SOL traten mehrfach durch (räuberische) Erpressung von Landsleuten in Erscheinung. Nach der Spaltung der Organisation in zwei Lager bekämpfen diese sich zunehmend mit Waffengewalt, zuletzt auf dem Weihnachtsmarkt in Bergisch Gladbach. Die wechselseitigen Tötungsbefehle gegen die Anführer der verfeindeten Flügel lassen die Fortsetzung von Gewalttätigkeiten befürchten.

Die TKP/ML will ihren bewaffneten Kampf gegen den Heimatstaat intensivieren. Zur Finanzierung versucht sie, in Deutschland zusätzliche - illegale - Geldquellen zu erschließen. Ihre Aktivisten verhalten sich zunehmend konspirativ. Erstmals hat sie in Deutschland und in der Schweiz jeweils einen angeblichen Verräter liquidiert. Diese neue terroristische Entwicklung erinnert an die Vorgehensweise der PKK gegen abtrünnige Gesinnungsgenossen. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die "Abrechnungen" Aktivitäten der Vergangenheit gelten und nicht als Signal einer neuen Gewaltexpansion zu bewerten sind.

Von der Öffentlichkeit weniger beachtet, haben radikale islamische Fundamentalisten durch ihre erheblichen Aktivitäten weiterhin Zulauf erhalten. Die aggressive Gegnerschaft gegen grundlegende Verfassungsprinzipien wird religiös verbrämt in Veranstaltungen unverblümt vorgetragen.

Bereits 1992 war dem Fundamentalistenführer KAPLAN auf Veranlassung des Innenministeriums NRW durch den Oberstadtdirektor Köln die politische Betätigung verboten worden. Da er weiterhin öffentlich zur Gewaltanwendung und zur Vernichtung des türkischen Staates aufrief, wurde seine Ausweisung verfügt.

KAPLAN ist staatenlos, da ihn die Türkei ausgebürgert hat. Eine Abschiebung wird nur in zur Aufnahme bereite Staaten außerhalb der Türkei möglich sein. Bis dahin ist sein Aufenthalt auf Nordrhein-Westfalen beschränkt zu dulden.

Neuere Entwicklungen haben sich in Teilbereichen des Ausländerextremismus ergeben: Die Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO haben die hier lebenden Anhänger extremistischer Palästinensergruppen nachhaltig beeindruckt. Während ein Teil von ihnen das Ghaza-Jericho-Abkommen begrüßt, ein anderer es kritisch beurteilt, lehnt der gewaltorientierte Teil die Vereinbarung nachdrücklich ab und propagiert die Fortsetzung der INTIFADA gegen den israelischen Staat.

Mit terroristischen Reaktionen der "Ablehnungsfront" in Deutschland dürfte allerdings nicht zu rechnen sein, zumal sich nicht abzeichnet, daß die gewaltgeneigten Organisationen in der derzeitigen Diskussion Sympathie finden können. Erstmals wurden in Nordrhein-Westfalen auch Vertreter der Algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) aktiv, einer islamisch-extremistischen Organisation, die den Heimatstaat gewaltsam bekämpft. Die Zahl der Anhänger in Nordrhein-Westfalen ist zwar verschwindend gering, gleichwohl besteht Anlaß zur Besorgnis, da sich unter ihnen hohe Führungsfunktionäre befinden. Einem ihrer Vertreter wurde Anfang 1994 die politische Betätigung untersagt.

Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zeigte 1993 keine nennenswerten Auswirkungen. Befürchtete Zusammenstöße zwischen verfeindeten Volksgruppen blieben in Nordrhein-Westfalen aus. Tötlichkeiten zwischen einzelnen Vertretern dieser Gruppen beschränken sich auf wenige Fälle.

Auch 1993 hat sich eine besonders bedrohliche Seite des Ausländerextremismus fortgesetzt. Weiterhin können sich gewaltgeneigte Ausländerorganisationen nicht aus den Geldbeträgen finanzieren, die ihre Aktivisten leisten, die ohnehin den Großteil ihrer Zeit für die Organisation zur Verfügung stellen. Die Erschließung von Finanzquellen rückt für die - meisten - Organisationen, die Exilgruppen militant agierender Heimatorganisationen sind, noch mehr in den Mittelpunkt.

Es mehren sich Anzeichen, daß Organisationen wie PKK, DEVRIMCI SOL, TKP/ML, aber auch tamilische Separatisten usw. Spenden mit Androhung und durch Ausübung von Gewalt eintreiben. Da die Opfer weitestgehend schweigen, sind Aufklärungserfolge gering. Es wird für die Sicherheitsbehörden weiterhin darauf ankommen, Berührungspunkte abzubauen und Vertrauen aufzubauen. Die Polizeibehörden unterhalten deshalb Telefonnummern, unter denen anonyme Mitteilungen entgegengenommen werden. Auch die Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt telefonische Hinweise zu Aktivitäten extremistischer Organisationen entgegen (0211/871-2821).

Nach dem Brandanschlag am 29. Mai 1993 auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen kam es dort und in anderen Städten Nordrhein-Westfalens zu Protestaktionen und Demonstrationen. Im Anschluß an die friedlich verlaufenen ersten Trauerkundgebungen von Türken und Deutschen beteiligten sich ab Pfingstsonntag (30. Mai) in Solingen, Köln und anderenorts folgende extremistische ausländische Organisationen an Demonstrationen, die zum Teil gewaltsam verliefen:

- extrem nationalistische Türken ("Graue Wölfe"),
- DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke),
- Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten (TKP/ML),
- Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF),
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

In Solingen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Türken und ihren linksextremistischen Landsleuten. Beide Seiten waren auch beteiligt an Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei. Es kam zu Sachbeschädigungen erheblichen Ausmaßes und zu Straßenblockaden. Etwa 150 Anhänger der PKK protestierten in Hattingen und blockierten eine Straßenkreuzung. Bei der Großdemonstration am 5. Juni in Solingen, an der etwa 12.000 Türken und Deutsche teilnahmen, kam es wiederum zu Gewalttätigkeiten zwischen türkischen/kurdischen Linksextremisten und türkischen Nationalisten sowie zu Ausschreitungen gegenüber Polizeibeamten. Nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung rechtsgerichteter Türken abseits der Kundgebung blockierten die etwa 300 Teilnehmer eine Kreuzung, wobei sie Gewalt gegen die Polizei verübten. Die Demonstranten wurden vorläufig festgenommen; bei ihnen wurden Waffen, Messer und Schlagwerkzeuge sichergestellt. Allein am 5. Juni erlitten in Solingen 35 Polizeibeamte und etwa gleichviele Demonstranten Verletzungen.

"Graue Wölfe" agierten offensichtlich aus verletztem Nationalstolz. Sie mißbrauchten wie die linksextremistischen Türken und Kurden den Anschlag, um den Kampf für ihre jeweiligen Ziele öffentlichkeitswirksam zu verstärken. DEVRIMCI SOL, TKP/ML und DIDF bezeichneten in Flugschriften die Politiker in Bonn als verantwortlich für die Solinger Morde.

Außer in Solingen fanden vom 4. bis 6. Juni Mahnwachen, Aufzüge, Autokorsos und ähnliche Protestaktionen in mehr als 30 Städten Nordrhein-Westfalens statt; hieran beteiligten sich über 20.000 Menschen, weit überwiegend Türken. Bei diesen aus verständlicher Empörung spontan durchgeführten Aktionen war keine extremistische Steuerung zu erkennen.

Die Veranstaltungen, Demonstrationen und Ausschreitungen an den Tagen nach dem Brandanschlag hatten ein derartiges Ausmaß, daß die nordrhein-westfälische Polizei erstmals seit längerer Zeit von Polizeikräften anderer Länder und vom Bundesgrenzschutz unterstützt werden mußte, weil die eingesetzten Beamten die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht hatten.

1.3.2 Mitgliederzahlen

Die Zahl der ausländischen Aktivistinnen, die extremistischen Organisationen angehören, stieg in Nordrhein-Westfalen auf annähernd 15.000 (Ende 1992: 14.500). Dabei handelt es sich nur teilweise um einen gewaltorientierten Personenkreis. Insgesamt lebten 1993 rund 1,9 Mio. Ausländer in Nordrhein-Westfalen.

Aus aktuellen politischen Anlässen gelingt es den extremistischen ausländischen Organisationen immer wieder, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus in beträchtlichem Umfang Sympathisanten zu mobilisieren.

Besonders in Erscheinung getreten sind:

Organisationen, Gruppierungen	1993	1992
ADÜTDF ("Graue Wölfe")	2800	2800
KAPLAN-Verband	1450	1500
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	1000	800
TKP/ML	600	600
DEVIRIMCI SOL	170	150

1.4 Politisch motivierte Gewalttaten

Zu den politisch motivierten Gewalttaten gehören

- die schon unter 1.1.3. genannten fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten
- die Gewalttaten von Rechtsextremisten, soweit sie sich nicht gegen Fremde richten (z.B. gegen vermeintlich "Linke", gegen staatliche Einrichtungen usw.),
- die Gewalttaten von Linksextremisten (z.B. gegen vermeintlich "Rechte", gegen staatliche Einrichtungen usw.),
- die Gewalttaten von ausländischen Extremisten.

Die politisch motivierten Gewalttaten haben 1993 in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr um 128 oder 18,3 % zugenommen. Das LKA NRW registrierte für 1993 827 (1992. 699) versuchte oder vollendete Gewalttaten, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Deliktbereiche verteilen:

Deliktbereiche	1993	1992	%
Tötungsdelikte	13	3	
Körperverletzungen	358	206	
Brandanschläge	110	138	
Sprengstoffanschläge	5	0	
Gewalttätige Sachbeschädigung	345	352	
Mehrfacherfassung	- 4	0	
SUMME	827	699	+ 18,3

Terroristische Mordanschläge ereigneten sich 1993 nicht. Der Schußwaffensanschlag der (3.1.1) "Antiimperialistischen Widerstandszelle Nadia Shehadah" auf das Büro des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall am 17. November 1993 wurde in der Fallgruppe "Gewalttätige Sachbeschädigungen" erfaßt.

Tötungsdelikte

Die bekanntgewordenen 13 Totschlagsdelikte umfassen 4 vollendete und 9 versuchte Straftaten. Davon wiesen 7 fremdenfeindliche und 2 rechtsextremistische Bezüge auf. 4 Totschlagsdelikte ereigneten sich bei Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Türken (3 Fälle) sowie zwischen Türken und Kurden (1 Fall).

Körperverletzungen

Die Anzahl der registrierten Körperverletzungsdelikte ist mit 358 Fällen 1993 gegenüber 206 Fällen 1992 erheblich angestiegen. 259 dieser Straftaten wiesen fremdenfeindliche Motive auf. 46 Delikte dürften rechtsextremistisch eingestellten Tätern zuzurechnen sein. Im Zusammenhang mit der Konfrontation zwischen dem links- und rechtsextremistischen Spektrum wurden 28 Körperverletzungen bekannt. 49 Körperverletzungsdelikte wurden von Ausländern verübt und erfolgten hauptsächlich als Reaktion auf die fremdenfeindlichen Übergriffe und auf innenpolitische Konflikte in den Heimatländern.

Brandanschläge

Die Zahl von 110 registrierten Brandanschlägen 1993 ging gegenüber 1992 (138 Fälle) zurück.

64 Brandanschläge waren fremdenfeindlich motiviert und vornehmlich gegen Asylbewerberwohnheime und Wohnungen von Ausländern gerichtet. Nach dem Brandanschlag in Solingen waren allein in den Monaten Juni und Juli 30 Brandanschläge zu verzeichnen. 7 Brandanschläge wiesen rechtsextremistische Bezüge auf. Davon erfolgten 4 gegen Treffpunkte, ein Büro und eine Wohnung von Angehörigen der linksgerichteten Szene und ein Anschlag gegen die Polizeiwache in Senden.

Dem militanten linksextremistischen/autonomen Spektrum dürften 3 Brandanschläge zuzurechnen sein. Sie wurden im Rahmen des "Kampfes" gegen Kapitalismus, Faschismus und für den Tierschutz verübt.

29 Brandanschläge wurden von ausländischen Tätern/Gruppierungen durchgeführt; davon sind 26 auf Protestaktionen kurdischer und türkischer Extremisten gegen innenpolitische Ereignisse in der Türkei zurückzuführen. 2 Fälle standen in Zusammenhang mit dem Brandanschlag von Solingen. 1 Fall ereignete sich vor dem Hintergrund von Rivalitäten zwischen türkischen Organisationen.

Sprengstoffanschläge

Bei den 5 registrierten Sprengstoffanschlägen handelt es sich in zwei Fällen um fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Der Handgranatenanschlag auf das Gebäude des türkischen Generalkonsulats am 28. April 1993 in Essen dürfte von

kurdischen Extremisten verübt worden sein. 2 Sprengstoffanschläge ließen sich bisher nicht eindeutig zuordnen.

Gewalttätige Sachbeschädigungen

Bei den 345 gemeldeten gewalttätigen Sachbeschädigungen handelte es sich in 165 Fällen um fremdenfeindliche Straftaten. 22 Straftaten ließen rechtsextremistische Grundtendenzen erkennen, ohne zugleich gegen Fremde gerichtet zu sein. Vom militanten linksextremistischen/autonomen Spektrum wurden 70 Straftaten begangen, unter anderem

- als "antifaschistische" Resonanzaktionen auf den Solinger Brandanschlag (21 Fälle),
- im Zusammenhang mit der Konfrontation links/rechts (19 Fälle),
- in Verbindung mit Asylpolitik (9 Fälle) und
- in Verbindung mit Tierschutz (7 Fälle).

Die 78 von Ausländern verübten Straftaten beruhen überwiegend auf Reaktionen türkischer Bürger - besonders nach dem Solinger Brandanschlag - auf die anhaltenden fremdenfeindlichen Übergriffe (45 Fälle) sowie auf die Anschlagsserien der PKK im Juni und November 1993.

Angedrohte Straftaten

1993 wurden 942 Straftaten anonym telefonisch oder schriftlich angedroht, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde. Gegenüber den 506 Fällen im Jahr 1992 liegt ein erheblicher Anstieg um 86 % vor. Die Mehrzahl dieser Fälle stand mit der Asyl- und Ausländerthematik in Verbindung und wies fremdenfeindliche Hintergründe auf.

In 107 Fällen handelte es sich um Bombendrohungen, die vornehmlich gegen Unterkünfte von Asylbewerbern und Wohnungen von Ausländern, Personen des öffentlichen Lebens (Politiker) sowie gegen öffentliche Einrichtungen gerichtet waren.

In den übrigen 835 Fällen waren betroffen:

- vorwiegend Ausländer und Asylbewerber und deren Wohnungen bzw. Unterkünfte
- in 68 Fällen asylbefürwortende Privatpersonen und
- Angehörige des rechten bzw. linken Spektrums.

2 Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen

2.1.1 Anti-Antifa-Kampagne

Als Reaktion auf zunehmende "antifaschistische Aktionen" des linksextremistischen Spektrums gegenüber Rechtsextremisten initiierte der Funktionär der Hamburger neonazistischen "Nationalen Liste" (NL) Christian WORCH im Frühjahr 1992 im rechtsextremistischen Spektrum die "Anti-Antifa-Kampagne".

Das Ziel der Anti-Antifa-Kampagne, eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit rechter Gruppierungen auch "mit den konservativen bis bürgerlichen Teilen des 'Nationalen Lagers'" als eine Art "Volksfront von rechts" bei gemeinsamen Themen und überregionalen Aktionen zu erreichen, ist bisher noch nicht verwirklicht worden. Die Anti-Antifa kann aber als organisationsübergreifendes Bindeglied innerhalb der neonazistischen Szene angesehen werden. Nach dem Vorbild der Antifa ist die Kampagne darauf ausgerichtet, den politischen Gegner auszuforschen und durch die Veröffentlichung von Daten über Personen und Einrichtungen an der Durchführung von Aktionen zu hindern bzw. Aktionen durch vorbeugende Maßnahmen von vornherein unmöglich oder ineffizient zu machen. Die einschüchternde Wirkung von Veröffentlichungen wird bewußt in Kauf genommen.

In Nordrhein-Westfalen sind 1993 zwei Anti-Antifa-Gruppen öffentlich in Erscheinung getreten:

- Die von einem Bonner FAP-Funktionär Anfang August 1992 gegründete Anti-Antifa Bonn veröffentlichte 1993 mehrere Flugblätter, teilweise gemeinsam mit der Anti-Antifa Köln, der Anti-Antifa Rhein-Main und der Nationalen Liste aus Hamburg, in denen zur Unterstützung der Anti-Antifa-Arbeit aufgerufen bzw. Namen von Personen, Firmen und Einrichtungen als angebliche Unterstützer von Gewalt und Terror veröffentlicht wurden.
- Die Anti-Antifa Köln ist 1993 durch ein gemeinsames Flugblatt mit der Anti-Antifa Bonn, in dem ein Kölner Pfarrer der Unterstützung der "Antifaschistischen Selbsthilfe" bezichtigt wird, in Erscheinung getreten. Das Flugblatt "Kirche unterstützt Linksmilitante!" ruft zum Boykott seiner Gottesdienste und Veranstaltungen auf.

Erste überregionale Anti-Antifa-Schrift ist die über ein Postfach in Dänemark zu beziehende Publikation "Der Einblick - Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- u. Anarchoterror". Seit Mitte Oktober 1993 wurde durch Ansagetexte des "Nationalen Infotelefon Mainz" auf die Schrift hingewiesen. Sie besteht zum größten Teil aus überregionalen Adressenlisten und Flugblättern, die teilweise schon älteren Datums sind. Der Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Adressen liegt in den Städten Bochum, Bonn und Dortmund.

Im ersten Teil der Schrift versuchen die Verfasser ihr Vorgehen als Reaktion auf zunehmenden "Rotfront- und Anarchoterror" zu rechtfertigen. Im weiteren Textverlauf fordern sie indirekt zu Gewalttaten auf, um damit aktive Gegner des Rechtsextremismus zu verunsichern. Den Verfassern geht es nicht nur um die Bekämpfung der "linken Antifa und der militanten Anarchoszene", sondern auch um "geistige Brandstifter" wie Professoren, Richter, Anwälte, Literaten, Journalisten, Angehörige von Parlamenten und Beamte. Allgemein wird das Anti-Antifa-Konzept im rechtsextremistischen Bereich, insbesondere im neonazistischen Spektrum, posi-

tiv aufgenommen. Hier zeigt sich auch deutlich eine Reaktion auf den gesellschaftlichen und staatlich-institutionellen Verfolgungsdruck. Vor Gewalttaten (z.B. schweren Körperverletzungen und Anschlägen) schreckt man aber größtenteils noch aus Angst vor einer Eskalation in der Auseinandersetzung mit der Antifa sowie der Erwartung erheblicher Strafen zurück. Sollte der gesellschaftliche und staatliche Verfolgungsdruck weiter zunehmen und eine Eskalation durch Gewalttaten autonomer Gruppierungen hinzukommen, könnten einzelne militante Rechtsextremisten auch terroristische Aktivitäten entwickeln.

Dokumentation

Auszug aus:

"DER EINBLICK - Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- u. Anarchoterror" (S. 2 - 4 gekürzt; Fehler des Originals wurden übernommen)

"Da ist sie nun, die erste Ausgabe: DER EINBLICK, die Widerstandszeitschrift gegen den zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror. ... Der Name unserer Zeitschrift wurde ursprünglich von jungen Kameraden aus dem Rhein-Main-Gebiet übernommen. Dort wurde die Idee geboren eine überregionale ANTI-ANTIFA-Zeitschrift zu erstellen. ... Der übergreifende Name: ANTI-ANTIFA ist ebenfalls keine Errungenschaft unseres Geistes sondern vielmehr ein schon bestehender Begriff. Da diese Bezeichnung (GEGEN-GEGEN) schon inhaltlich sehr destruktiv gehalten wurde und dies uns konstruktiven Kräften in der Regel nicht eigen ist, wollten wir anfangs ANTI-ANTIFA durch eine neue Begriffsgestaltung ersetzen. Da dieser Begriff aber mittlerweile zu einem gewissen Ärgernis in der militanten Anarchoszene wurde, haben wir auch hier Verzicht geübt und für die Zweckmäßigkeit Positionen aufgegeben. ... Das schönste Geschenk für den EINBLICK wäre die Tatsache, daß wir ihn nicht mehr bräuchten. Dies wäre der Fall, wenn sich jegliche Informationen nur noch über die lokalen ANTI-ANTIFA-Gruppen ... abspielen würden und somit eine zentralistische Publikation überflüssig würde. Die andere zwingende Möglichkeit wäre die endgültige Zerschlagung von Anarchos, Rot-Front und Antifa sowie die Ausschaltung aller destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte in Deutschland. ...

Die Antifa bespitzelt, fotografiert, veröffentlicht, greift an, verletzt, ja sie mordert Andersdenkende und versucht die Existenz der entsprechend 'Entdeckten' zu ruinieren. ... Zur geistigen Auseinandersetzung sind sie schon lange nicht mehr fähig.

Während Antifaschisten keinen Moment in der Öffentlichkeit auslassen um sich gegen den 'gläsernen Menschen' zu wehren, spionieren sie im gleichen Atemzug in den Schlafzimmern von Mitgliedern der REPUBLIKANER, der DVU und suchen dort nach den kleinsten Krümmeln von Rassismus, Faschismus, Nazismus, eben solchen Krümmeln, die auch gerne vom 'Normalbürger' geächtet werden. ... Unser Beobachtungsmedium soll in erster Linie nicht der Mode-Linke oder der Lichterkettenidiot sein. Nein, unser Augenmerk richtet sich gerade auf jene Personen, die mit Beharrlichkeit und Gewaltbereitschaft, mit der Persönlichkeit verletzenden Gier nach 'Aufdeckung' und Öffentlichmachung linksorientierte Selbstbefriedigung betreiben, indem sie nationalgesinnte Deutsche, junge und ältere Patrioten, Nationalisten jeglicher Form, konservative und wertebeständige Kräfte angreifen, verletzen, letztendlich sogar töten. ... Die geistigen Brandstifter und (Ver)führer der verhetzten Jugend im schwarzen Block sind die Verbrecher in den Universitätssälen, die 'Pseudo'-Dichter und Denker der linken Kommerzmafia, die mit der Auspeitschung jeglichen Deutschtums ihr widerliches Leben finanzieren und somit

zum Haßklima gegen alles Normale und Anständige beitragen. Ja, die Herren Literaten, Professoren, Richter, Anwälte, die letzten Überbleibsel einer zumal gescheiterten 'Pseudo'revolution anno 1968 gehören zu den Einheizern des Antinationalismus. ... Auch ihnen wollen wir 'unruhige' Nächte bescheren und nicht zuletzt den gleichredenden Inquisitoren der bundesrepublikanischen Denkfabriken dem Berufsstand der Journalisten, die zum größten Teil freiwillig wohl 'mehr' tun um uns zu ketzern und keinen Augenblick auslassen um unser Vaterland in den dreckigen Schmutz ihrer teuflischen Phantasie zu ziehen. ... DER EINBLICK ist eine Zeitschrift für die stets vom linken Terror gefährdeten Mitglieder und Funktionäre von konstruktiven Verbänden und Parteien. ... Diese Veröffentlichungen müssen entsprechende Konsequenzen für unsere Gegner haben. ... Wir müssen an uns selbst arbeiten und in enormer Selbstdisziplin Gegenaktionen planen und letztendlich erfolgreich durchführen. ... Nur in einem ehrlichen Umgang mit uns und mit dem uns zur Verfügung stehenden Stamm an Aktivisten kann man eine erfolgreiche Arbeit vor Ort erreichen. Dummes und langatmiges Geschwätz ist ebenso unangebracht wie Alkoholgenuß vor und während ANTI-ANTIFA-Aktionen. ... Wir werden es hier tunlichst vermeiden zur Gewalt im Sinne von Körperverletzungen, Tötungen usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit dem ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht. Wir hoffen nur, IHR GEHT DAMIT UM !!! In linken Szeneblättern erscheinen ständig Papiere die zur Ermordung von 'Faschisten' aufrufen und selbst die Rote Armee Fraktion (RAF) gibt ihren bewaffneten antiimperialistischen Freiheitskampf gegen ein 'faschistoides System' vorläufig auf, um nun verstärkt Funktionäre und Vertreter rechtsgerichteter Parteien anzugreifen. ... Laßt uns deshalb auch ALLE gemeinsam - jeder nach seiner eigenen persönlichen Kraft - die kriminellen Gegner entlarven und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestrafen."



2.1.2 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz	
NRW:	Köln
Bund:	Villingen-Schwenningen
Vorsitzende	
NRW:	Markus BEISICHT
Bund:	Harald NEUBAUER (MdEP), Jürgen SCHÜTZINGER, Ingo STAWITZ (MdL Schleswig-Holstein)
Mitglieder	1993 1992
NRW:	ca. 150 ca. 200
Bund:	ca. 800 ca. 800
Publikation:	Deutsche Rundschau Auflage 8.000 erscheint monatlich Rhein-Ruhr-Blitz, Mitteilungsblatt des Landesverbandes NRW; erstmals im Dezember 1993 erschienen Dornspitzen, Publikation der DLVH im Rat der Stadt Köln

Organisation

Die DLVH verfügt bundesweit über 7 Landesverbände. Wie auf Bundesebene vollzieht sich auch in NRW der organisatorische Aufbau schleppend. Regionale Schwerpunkte sind Köln und Hagen. In beiden Städten besteht ein Kreisverband. In Köln ist die DLVH mit 2 Mitgliedern im Rat der Stadt vertreten. Auf dem Landesparteitag am 4. September wurde Markus BEISICHT in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Es ist auch Vorsitzender der DLVH-Fraktion im Rat der Stadt Köln, die sich nach der Kommunalwahl 1989 von der Ratsfraktion der REP abspaltete. Gleichberechtigte Bundesvorsitzende sind Harald NEUBAUER (München), Mitglied des Europa-Parlamentes, Jürgen SCHÜTZINGER (Villingen-Schwenningen) und Ingo STAWITZ (Kiel), ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkunion (DVU) im schleswig-holsteinischen Landtag.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Im März 1993 startete die Fraktion der DLVH im Rat der Stadt Köln eine regelrechte Menschenjagd. Gegen Aussetzung einer Belohnung von 1.000 Mark, die später auf 5.000 Mark erhöht wurde, rief sie zur Angabe von Hinweisen auf den Verbleib einer Roma-Frau auf. Die Frau war ausgewiesen worden und mit Hilfe einer Bürgerinitiative illegal zu ihrer Familie nach Köln zurückgekehrt. Die DLVH kündigte an, 50.000 dieser Flugblätter verteilen zu wollen. Flugblätter und Plakate wurden von der Polizei beschlagnahmt. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden stellte Strafantrag wegen Volksverhetzung. Das Landgericht Köln verbot am 17. März 1993 der DLVH, die Frau per "Steckbrief" suchen zu lassen. Die Verantwortlichen wurden am 31. Januar 1994 zu Geldstrafen verurteilt.

Seit Frühjahr 1993 meldete die DLVH in Köln über 30 Versammlungen an, um Aufmerksamkeit zu erregen. Dem gleichen Zweck dienten irreführende Pressemitteilungen über nicht stattgefundene Ereignisse. Die angemeldeten Versammlungen wurden alle verboten.

Prognose 1994

Der DLVH Kreisverband Köln will sich an der Kommunalwahl in Köln unter dem Motto "Allein gegen die Mafia" beteiligen. Ansonsten kandidiert die DLVH voraussichtlich nur in Hagen. Der Bundesvorstand hat sich gegen eine Beteiligung an der Europa- und Bundestagswahl entschieden.

Politische Ziele

Das bewußt zurückhaltend formulierte Parteiprogramm vom 3. Oktober 1991 enthält Anhaltspunkte für eine nationalistische, rassistische und völkisch-kollektivistische Grundhaltung. So lehnt die DLVH "Gleichmacherei, Überfremdung und Bevormundung" ab, bekennt sich zur Völkervielfalt und betont die "Eingebundenheit des Menschen in Volk und Heimat" sowie die "Unterschiedlichkeit der Menschen und Nationen". Nach Auffassung der DLVH hat der Staat die Freiheit des Einzelnen dort zu begrenzen, wo "die Rechte anderer und der Bestand der Gemeinschaft gefährdet sind". Der zunehmende Mangel an Wertvorstellungen und moralischen Grundsätzen verursache Schäden am "Gemeinschaftsbewußtsein"; Gruppenegoismen der Parteien und Verbände überlagerten vielfach die "Verantwortung für das Ganze". Außerdem fordert die DLVH eine wahrheitsgemäße Geschichtsschreibung, die sich nicht für "Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen" lasse; Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung dürften nicht zur "politischen Erpressung" führen.



Asyl- betrüger RAUS

***Für eine inländer-
freundliche Politik!***

Ihrem Selbstverständnis als "Sammlungsbewegung" entsprechend strebt die DLVH eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien des "rechten Lagers" an. Der Bundesvorsitzende Harald NEUBAUER bezeichnete es als Grundanliegen der Partei, eine Vereinigung der demokratischen "Rechten" anzustreben. Die Aussichten auf Erfolg der DLVH hängen entscheidend davon ab, inwieweit es ihr gelingt, die Anhänger der DVU, der NPD und anderer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen für sich zu gewinnen. Hierfür gibt es jedoch keine Anzeichen: Nachdem sich DVU und NPD weiterhin ablehnend gegenüber der DLVH verhalten, bleibt diese isoliert und bedeutungslos.

Dokumentation

Flugblatt zu einer "Aktion gegen HEUCHELEI"

"Seit Jahren wird die Hilfsbereitschaft der Deutschen schamlos ausgenützt und mißbraucht. Der Asylbetrug kostet den deutschen Bürger ... jährlich ca. DM 35 Milliarden Es ist an der Zeit, den überfremdungssüchtigen Buß- und Abbitteaposteln ihren eigenen Spiegel vorzuhalten. Sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen und sich an der Privatisierung des Asylbetrugs beteiligen. Ganz schnell wird die Maske der Scheinheiligkeit fallen."

Auf der Rückseite des Flugblattes befindet sich eine "an das örtliche Sozialamt" gerichtete "Paten- und Bürgerschaftserklärung" zur Aufnahme von Asylbewerbern:

"... Mir ist bewußt, daß die Mehrheit der Deutschen anderer Meinung ist. Aber mein Gewissen und die Schuld, die das deutsche Volk in der Vergangenheit auf sich geladen hat, verbietet eine Grundgesetzänderung in der Frage des Asylrechts. Wir sind und bleiben verpflichtet, politisch Verfolgte aus aller Welt aufzunehmen Da ich aber nicht nur reden und von anderen Opfer fordern, sondern selbst Vorbild sein will, erkläre ich hiermit ... meine Bereitschaft, für eine Familie von Sinti - Roma - Libanesen - Ghanesen - Tamilen - Kurden - Türken - Liberianern - Sikhs - Singhalesen - Zulus - Vietnamesen - Honkong - Chinesen ... die Patenschaft und Bürgerschaft zu übernehmen und

- *sie in meiner Wohnung/Haus/Ferienapartment/Gartenhaus ... unterzubringen*
- *sie in meinem Garten/Park/Wochenendgrundstück campieren zu lassen*
- *...*
- *sie rundum zu betreuen und in die deutschen Sitten und Gebräuche einzuweisen, daß sie nicht unzufrieden werden*
- *für eventuell von ihnen begangene Straftaten die Mitverantwortung zu übernehmen, zum Beispiel durch Bezahlung der Anwaltskosten"*

2.1.3 Deutsche Nationalisten (DN)

Sitz

NRW: bisher nicht; Gründungsversuch 1993 gescheitert

Bund: Mainz

Vorsitzende

NRW: Robert LANGNICKEL (betreibt die Gründung)

Bund: Michael PETRI

Mitglieder 1993

Bund: ca. 50

Organisation

Die für den 3. Dezember 1993 geplante Gründung eines DN-Landesverbandes NRW in Dortmund kam nicht zustande. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung nahm die Polizei 34 Personen der "rechten Szene" sowie 42 Personen der "linken Szene" fest und verhinderte somit gewaltsame Auseinandersetzungen.

Die DN wurde im Juni 1993 als bundesweite Organisation gegründet. Es existieren die Landesverbände der DN Rheinland-Pfalz und Hessen.

Personal

Führender Aktivist der DN in NRW ist Robert LANGNICKEL aus Dortmund, ehemaliges Mitglied der 1992 verbotenen "Nationalen Offensive" (NO). DN-Bundvorsitzender ist Michael PETRI aus Mainz. Er war zuvor Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der im Dezember 1992 verbotenen "Deutschen Alternative" (DA).

Flugblatt der "Deutschen Nationalisten"

Flugblatt der „Deutschen Nationalisten“

Was uns Deutschen bevorsteht -

Eine Blütenlese aus Zeitungen und Fernsehen - nach Solingen

Bündnis türkischer Einwanderer in Hamburg fordert:

Verbot aller neonazistisch-rechtsextremistischen Parteien und Organisationen.

Rassismus unter Strafe stellen.

Antisemitismus unter Strafe stellen.

Fremdenhaß unter Strafe stellen.

Fremdenliebe befehlen.

Runder Tisch mit Einwanderern, um Rassismus zu bekämpfen.

Einführung doppelter Staatsbürgerschaft. -

Voscherau

fordert Mut zu drakonischer Härte - gegen Deutsche.

Einführung doppelter Staatsbürgerschaft bedeutet:

Türken können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Neger können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Zigeuner können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Juden können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Tamilen können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Kongolesen können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Araber können überall in Deutschland wählen und gewählt werden

Sämtliche Ausländer aus aller Herren Länder können überall in Deutschland wählen und gewählt werden.

Die von Ausländern beherrschten und unterwanderten Regierungen in Bund und Ländern sind zum Generalangriff gegen das deutsche Volk angetreten! Ausrottung des deutschen Volkes ist ihr Programm!

Deutsches Volk, wehr dich! - sonst wirst du ausradiert!

Rassenkrawalle in Los Angeles - **Rassenkrawalle in Solingen**

Türken beherrschen die Straße

Türken werfen Schaufenster ein

Türken plündern

Türken schwören Rache

Türken blockieren Autobahnen

Türken wollen deutsche Parteien verbieten

Türken diktieren deutscher Regierung das Handeln

Türken erklären Deutschland zum Einwanderungsland

2 Millionen Türken kämpfen gegen das deutsche Volk

Türken mobilisieren Geheimarmee

Türken erhalten doppelte Staatsbürgerschaft

Türken dürfen überall in Deutschland wählen

Weizsäcker stellt sich auf die Seite der Türken

Kohl stellt sich auf die Seite der Türken

Süßmuth stellt sich auf die Seite der Türken

Das Fernsehen stellt sich auf die Seite der Türken

Die Presse stellt sich auf die Seite der Türken

Das deutsche Volk ist ganz auf sich allein gestellt

Deutsche, wehrt euch!

DEUTSCHE NATIONALISTEN - D.N.

V.i.S.d.P. und Kontaktanschrift: Michael Petri

Finanzen

Die DN finanziert sich durch Mitgliederbeiträge in Höhe von 15 DM monatlich.

Prognosen 1994

Mit einem neuen Gründungsversuch des DN-Landesverbandes NRW ist zu rechnen.

Politische Ziele

Das DN-Programm postuliert: "Keine Zusammenarbeit Deutschlands mit kommunistischen, imperialistischen und kapitalistischen Staaten". Die DN fordert überdies die staatliche Kontrolle der "Zinswirtschaft ..., um Wucher zu verhindern." Darüber hinaus müsse eine Ausländerrückführung geplant durchgeführt werden, "da Deutschland sonst eine multikulturelle und multikriminelle Gesellschaft droht".

2.1.4 Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz

NRW: Hamm
Bund: München

Vorsitzende

NRW: Hans Dieter WIEGRAEFE
Bund: Dr. Gerhard FREY

Mitglieder 1993 1992
NRW: ca. 5.000 ca. 5.000
Bund: ca. 26.000 ca. 26.000

Publikation: Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA)
Auflage 60.000
erscheint wöchentlich
Deutsche Nationalzeitung (DNZ)
Auflage 80.000
erscheint wöchentlich

Organisation

Die DVU hat ihre Parteiorganisation in Nordrhein-Westfalen 1993 durch die Gründung weiterer Kreisverbände ausgebaut. Dennoch ist ihre politische Bedeutung in Nordrhein-Westfalen gering. Ihre Hauptstärke liegt in den Medien ihres Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY aus München. Insgesamt ist die DVU eine von ihrem Bundesvorsitzenden zentralistisch, dirigistisch und autoritär geführte Partei. Sie verfügt zwar in fast allen Ländern über Landesverbände, deren organisatorische Struktur aber kaum ausgebildet ist. Dies liegt ganz im Sinne des Bundesvorsitzenden, der großes Interesse daran hat, die Fäden in der Hand zu behalten. Ein Indiz für die "Alleinherrscher-Position" des Dr. FREY ist die in der Satzung der DVU festgeschriebene Regelung, daß alle Mitgliedsbeiträge aus den Landesverbänden an die Parteizentrale abzuführen sind. Von den Landesverbänden benötigte Geldmittel müssen bei der Zentrale beantragt werden.

Schon 1971 wurde die "Deutsche Volksunion e.V. (DVU e.V.)" als "Sammelbecken aller National-Freiheitlichen Rechten" gegründet. Aufgrund einer im Dezember 1988 durchgeführten Satzungsänderung sind alle Mitglieder des DVU e.V. gleichzeitig Mitglied in der DVU, sofern sie über 16 Jahre alt sind und nicht ausdrücklich widersprechen.

Die Zielsetzung des Vereins ist identisch mit der der DVU. Eigene Aktivitäten sind nicht zu verzeichnen. Der DVU e.V. sind folgende Aktionsgemeinschaften angegliedert:

- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)
- Aktion Oder-Neiße (AKON)

- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)
- Ehrenbund Rudel (ER)
- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)
- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA).

Auch diese Aktionsgemeinschaften entfalten keine eigenen Aktivitäten.

Personal

Die Zahl der aktiven Mitglieder und Funktionäre ist verhältnismäßig gering. Wesentliche Funktionen besetzt der Bundesvorsitzende nur mit Personen seines Vertrauens.

Finanzen

Die Finanzierung der Partei erfolgt gemäß ihrer Finanzordnung durch Beiträge, Spenden und Sammlungen. Faktisch finanziert sich die DVU durch den Medienkonzern des Bundesvorsitzenden und die öffentliche Wahlkampfkostenerstattung. Die DVU sieht in der Regel von einer Wahlbeteiligung ab, wenn keine Kostenerstattung zu erwarten ist. Eine wichtige Einnahmequelle stellt der Verkauf der Wochenzeitungen dar, in denen gleichzeitig massiv Werbung für Bücher, Münzen, Medaillen, Schallplatten und Videokassetten mit politischen Inhalten betrieben wird, die über Dr. FREYs Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) bezogen werden können.

Nach eigenen Angaben hat die DVU die letzten Wahlkämpfe mit 11 Mio DM Schulden abgeschlossen. Die Summe werde gegenwärtig von Dr. FREY finanziert, der in seinen Wochenzeitungen wiederholt zu Spenden für die kommenden Wahlkämpfe aufruft. Nicht unberücksichtigt bleiben darf das Privatvermögen des vielfachen Millionärs Dr. FREY. Es ist nicht zu klären, ob Dr. FREY die DVU finanziell fördert oder umgekehrt.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 19. September 1993 scheiterte die DVU mit 2,8 % deutlich an der 5 %-Grenze. Daraufhin erklärte Dr. FREY wiederholt seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den REP, aber auch mit anderen Gruppierungen des "rechten Lagers". Auf dieses Angebot ist 1993 niemand eingegangen. Ergebnisse der in der DNZ durchgeführten "Urabstimmung der Rechten" wurden in der Ausgabe der DNZ vom 11. Februar 1994 veröffentlicht. Danach haben sich "abertausende Rechte" beteiligt. Nahezu einhellige Zustimmung habe es für die Forderungen zur Zusammenarbeit gegeben, lediglich drei Einsendungen seien dagegen gewesen. Die Gemeinsamkeit der Rechten sei nicht nur mit erdrückender Mehrheit von Einsendern befürwortet, die sich als parteifrei bezeichneten, sondern auch von Mitgliedern der DVU, der REP, der NPD und anderer Organisationen der "demokratischen Rechten".

Urabstimmung der Rechten

Im Oktober 1993 kündigte die NPD der DVU die langjährige Zusammenarbeit bei Wahlen auf. Grund hierfür waren Streitigkeiten zwischen dem NPD-Vorsitzenden Günter DECKERT und Dr. FREY während des Hamburger Wahlkampfes, unter anderem weil dieser der NPD mehrere Spitzenfunktionäre abgeworben hatte. Die DVU pflegt Kontakte zum Vorsitzenden der "Liberaldemokratischen Partei Rußlands" (LDP), Vladimir SCHIRINOWSKY, der am DVU-Bundesparteitag am 3. Oktober in Passau teilnahm. Die Wochenzeitungen DNZ und DWZ/DA berichten in ihren Ausgaben vom 30. April 1993 von einem Besuch Dr. FREYs bei der LDP und ihrem Vorsitzenden in Moskau.

Aus: "Deutsche Nationalzeitung"

Urabstimmung der Rechten

Gemeinsam oder Gegeneinander?

Das Wahlergebnis von Hamburg (weder DVU noch Rep. erreichten den Einzug in die Bürgerschaft, errangen zusammen jedoch annähernd 8 Prozent der Wählerstimmen) hat unter Mitgliedern, Anhängern und Wählern der Rechten zu engagierten Diskussionen über den weiteren Weg geführt. DVU-Bundesvorsitzender Dr. Frey hat sein Angebot an den Vorsitzenden der Republikaner, Schönhuber, bekräftigt, das Trennende zu überwinden und künftig eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Sagen auch Sie Ihre Meinung. Zutreffendes bitte ankreuzen.

- Ich fordere: Kein Gegeneinander mehr der Rechten bei Wahlen! Es muß eine gemeinsame Strategie der demokratischen Rechten erarbeitet werden.**
- Die demokratische Rechte soll zusammenwirken!**
- Ich bin der Meinung, daß sich die rechten Parteien weiterhin auf eigene Faust um Erfolg bemühen sollten.**
- Ich gehöre keiner Organisation an.
- Ich bin Mitglied der _____

Ich abonniere die nationalen Wochenblätter der demokratischen Rechten:

- DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG Abo-Gebühr:
- DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG monatl. DM 10,-

Ich übernehme _____ (Stückzahl einsetzen) Patenschaftsabonnements der

- Deutschen National-Zeitung Deutschen Wochen-Zeitung
- Die Wahl des/der Beschenkten überlasse ich dem DSZ-Verlag
- Die Anschriften des/der Beschenkten teile ich Ihnen auf einem gesonderten Blatt mit.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Datum _____ 1. Unterschrift _____

Sie haben das Recht, die Bestellung binnen einer Woche schriftlich zu widerrufen. Der Lauf der Widerrufsfrist beginnt mit dem auf die Bestellung folgenden Tag. Die Widerrufsfrist wird gewährt durch rechtzeitige Absendung des Widerrufs an den DSZ-Verlag, Paosostr. 2, 81238 München.

Datum _____ 2. Unterschrift _____

Bitte einsenden an Deutsche National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung, Paosostr. 2, 81238 München.

Prognose 1994

Die DVU wird voraussichtlich nicht an der Europawahl und an der Bundestagswahl teilnehmen.

Politische Ziele

Das mit zwei DIN-A4-Seiten extrem kurze Programm der DVU spiegelt das Bemühen der Partei wider, dem Staat keine Angriffsfläche zu bieten. In der Partei ergeben sich die politischen Positionen aus den Medien ihres Vorsitzenden.

Agitationsfeld Ausländerfeindlichkeit

In den Wochenzeitungen DWZ/DA und DNZ nimmt die ausländerfeindliche Agitation breiten Raum ein. Es zählt zur Methodik der Blätter, ausländerfeindliche Gewalttaten zu relativieren und ihnen weitgehend die rechtsextremistische Motivation abzusprechen. Unter der Überschrift "Anti-deutsche Lichterketten" behauptet zum Beispiel die DNZ in ihrer Ausgabe vom 5. Februar 1993, Veranstaltungen gegen "angeblichen Ausländerhaß" jagten sich in der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere durch die "sogenannten Lichterketten" werde der völlig falsche Eindruck erweckt, es gebe in Deutschland Ausländerfeindlichkeit.

In Wahrheit würden wenige tausend irrenhausreife Kriminelle durch eine sich übersteigernde Medien-Hysterie zu Straftaten veranlaßt, die die Verbrecher ins ersehnte Rampenlicht stellten. Diese Veranstaltungen richteten ungeheuren Schaden an, der von antideutschen Kräften ins Gigantische vergrößert werde. Die DNZ vom 5. Februar 1993 verweist in diesem Zusammenhang auf den Fackelzug am 30. Januar 1933 und die "Lichteffekte der NS-Parteitagung", die antideutsche Gefühle im Ausland angestachelt hätten.

Agitationsfeld Revisionismus und "Umerziehung"

Ein Agitationsfeld der DVU ist die Leugnung der deutschen Kriegsschuld und der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die demokratische Entwicklung nach 1945 wird diffamierend als "Umerziehung" bezeichnet. Die Verurteilung des Nationalsozialismus und das Bekenntnis zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland wird als "undeutsch" und als historische Diskontinuität kritisiert.

Agitationsfeld "Großdeutscher Expansionismus"

Zahlreiche Artikel in den Wochenzeitungen (DNZ, DWZ/DA) widmen sich der Forderung nach einer Vereinigung Nordostpreußens mit der Bundesrepublik Deutschland, der Verwirklichung eines "Großdeutschland". Dabei spielt die seit 1992 bestehende Verbindung Dr. FREYS zum Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Rußlands, Vladimir SCHIRINOWSKY, eine große Rolle. SCHIRINOWSKY will Rußland in den Grenzen von 1917 wiederherstellen, was praktisch eine Aufteilung Osteuropas zwischen Rußland und Deutschland zu Lasten Polens und des Baltikums und anderer osteuropäischer Staaten bedeuten soll.

Milliarden Mark für Scheinasylanten

Was sie uns wirklich kosten **Seite 3**

Deutsche R 2295
National-Zeitung
Nr. 7 / 43. Jahrgang 1,00 DM / 12,- Ds **freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich** DZ-Verlag · D-8000 München 0

Böse Deutsche – gute Ausländer?

Dolchstoß gegen Haider? Heuchelei bei Lichterketten

Kohls Todsünden

Wird Schäuble Kanzler? **Seite 3**

Deutsche R 2295 C
National-Zeitung
Nr. 12 / 43. Jahrgang 1,00 DM / 12,- Ds **freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich** DZ-Verlag · D-8000 München 0

Ausländerparteien in Deutschland?

Bubis als Bundespräsident? Bürgerkrieg droht

Gewinnt Heitmann doch?

Trotz Lügenkampagne **(Seite 3)**

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 48 / 36. Jahrgang - 26. November 1993 **Deutscher Anzeiger** 1 SZ-Ver 2-8 98 chen
R 2 3 C
2,- DM / 15,- Ds

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

Deutschland als Zahlmeister *Schäuble als Kanzler?*

Wie uns „Europa“ auspreßt

KZ-Schwindel aufgedeckt

Die antideutschen Lügen **(Seite 3)**

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 42 / 36. Jahrgang - 15. Oktober 1993 **Deutscher Anzeiger** DZ-Verlag · 81238 München
R 2343 C
2,- DM / 15,- Ds

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

Kohl Bundespräsident? *Jüdischer Weltkongreß verdammt Heitmann*

Wenn Heitmann untergeht

Dokument

In einem Flugblatt mit dem Titel "DVU aktuell Deutsche Volksunion - Die stärkste rechte Kraft" fordert die Partei "Ausländer-Begrenzung jetzt! ... Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben." Weiter enthält das Flugblatt die Forderung

*"Wir sind kein Einwanderungsland
Deutschland den Deutschen
Scheinasylanten müssen abgeschoben werden
Kein Wahlrecht für Ausländer
Kriminelle Ausländer jetzt ausweisen
Kein Zustrom von Hunderttausenden Zigeunern"*

2.1.5 Deutscher Arbeitnehmer-Verband (DAV) - Vorstandsebene

Die Anhaltspunkte dafür, daß vom DAV-Vorstand rechtsextremistische Bestrebungen ausgehen, haben sich verfestigt, so daß eine Beobachtung der Vorstandsebene durch die Verfassungsschutzbehörde NRW seit Januar 1993 erfolgt. Für diese Einschätzung war insbesondere die 5. Generalversammlung des DAV am 8. November 1992 in Waltrop maßgebend. Wesentliche Positionen im DAV sind von NPD-Mitgliedern besetzt. NPD-Gedankengut wird in der Mitgliederzeitschrift "Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung" (DAZ) verbreitet.

Der Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat dem DAV mit Schreiben vom 15. März 1993 mit sofortiger Wirkung das Vorschlagsrecht für die Ernennung von ehrenamtlichen Richtern an Arbeitsgerichten aberkannt. Das Ministerium begründete seine Entscheidung mit der Nähe des DAV zu Parteien mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung. Die grundsätzliche Forderung, daß die vorschlagsberechtigten Organisationen sich jederzeit auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen, sei im Falle des DAV nicht mehr erfüllt. Das Landesarbeitsgericht Hamm hatte im Januar 1993 im Wege der einstweiligen Anordnung dem Antrag des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums entsprochen, den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden NRW und Bundesorganisationsleiter des DAV, Peter MARKERT, wegen rassistischer und ausländerfeindlicher Äußerungen seines ehrenamtlichen Richteramtes am Arbeitsgericht Bochum zu entheben.

Mit Schriftsatz vom 17. Mai 1993 hatte der DAV beim Verwaltungsgericht Düsseldorf beantragt, dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen im Wege einer einstweiligen Anordnung nach § 123 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zu untersagen, den DAV mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 4. Februar 1994 den Antrag abgewiesen (AZ: 1 L 3495/93).

In der Entscheidung des Verwaltungsgerichts heißt es unter anderem:

"... Zu den Strukturprinzipien dieser freiheitlich demokratischen Grundordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1952 - 1 BvB 1/51 - BVerfGE 2, (12f.)).

Nach diesen Maßstäben ist bei der im Verfahren gemäß § 123 VwGO allein möglichen summarischen Prüfung die gezielte Beobachtung des Antragstellers durch die Verfassungsschutzbehörde des Antragsgegners rechtlich zulässig. Derzeit liegen ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, auf denen sich der Verdacht zu

gründen vermag, daß von dem Antragsteller Bestrebungen ausgehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Den von den Beteiligten im gerichtlichen Verfahren vorgelegten Unterlagen ist zu entnehmen, daß tragende Konstitutionsprinzipien des Grundgesetzes wie die Achtung der Menschenwürde als Mittelpunkt des Wertsystems der Verfassung und das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse, des Glaubens oder der Nationalität vom Antragsteller fortlaufend mißachtet werden.

In der Mitgliederzeitschrift des Antragstellers 'Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung' (DAZ), die sechsmal jährlich erscheint, nimmt der Aufenthalt von Ausländern - insbesondere von Asylbewerbern - in der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Bedeutung ein. ...

Die Berichte und Stellungnahmen, die der Antragsteller sich zurechnen lassen muß, sind gekennzeichnet durch pauschale Diffamierungen und Hetzparolen, die die Ausländer als unterwertig, Sozialbetrüger, Nichtsteuer und Kriminelle behandeln. ...

Weitere Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne von §3 Abs. 1 VSG NW ergeben sich daraus, daß der Antragsteller Mitgliedern und Sympathisanten von Organisationen, die ihrerseits verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen, die Möglichkeit zur Mitarbeit herausragender Position bietet. ..."

2.1.6 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V. (DKEG)

Das DKEG mit Sitz in München wurde 1950 auf Initiative des ehemaligen Reichsfachschaftsleiters für Lyrik in der NS-Reichsschrifttumskammer und Mitglieds der Obersten SA-Führung für kulturelle Belange, Dr. Herbert BÖHME, gegründet. Ziele waren die "Neubildung volkshaften Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins" und die "Pflege volkshaft konservativer Literatur". Gemäß seiner Satzung will das DKEG die "aus eigenem Lebensraum und seiner Charakter- und Schöpferbildung entstehende Kunst" fördern. Dementsprechend versammelten sich in seinen Reihen viele Dichter und Schriftsteller, die sich in die Dienste des NS-Staates gestellt hatten und denen das DKEG nach 1945 ein Forum bot.

Präsident ist seit 1971 Karl Günter STEMPEL. Organisatorisch gliedert sich das DKEG zur Zeit in 19 Pflegestätten, die in eigener Regie Veranstaltungen abhalten. Eine Veranstaltung mit einer gewissen Außenwirkung ist die alljährlich im November stattfindende "Gedenkstunde zu Ehren der Toten beider Weltkriege" auf dem Friedhof in Hövelhof/ Kreis Paderborn. Außer den seit langem an dieser Veranstaltung teilnehmenden ca. 100 - 120 älteren Personen, wird die Veranstaltung seit einigen Jahren, mit steigender Tendenz, auch von Neonazis besucht.

2.1.7 Die Bürger

Sitz:	Köln
Vorsitzender:	Friedrich RING
Mitglieder:	1993 ca. 50
Publikation:	Bürger-Forum erscheint monatlich Auflage 7.000

Organisation

"Die Bürger - die national-liberale Partei für Deutschland" sind aus der "Deutschen Autofahrer-Interessengemeinschaft" (DAFIG), diese wiederum aus "WOTANS-WÖLFEN", hervorgegangen. Bei der DAFIG handelt es sich um eine Organisation,

die im November 1988 von dem heutigen Vorsitzenden der Partei "Die Bürger", Friedrich RING, in Köln gegründet worden war. Nach Aussage von RING war Zielgruppe der DAFIG der klein- und mittelständische Unternehmer. Es sollten Mitglieder gewonnen werden, die mit der DAFIG "ein Höchstmaß an Sicherheit, Gerechtigkeit, Geborgenheit, Glück und Würde für jeden Deutschen" anstreben. Bei "WOTANS-WÖLFEN" handelte es sich um eine heute nicht mehr existierende Kultgemeinschaft, in der einem obskuren Germanenkult gefrönt wurde. Anlässlich der Kommunalwahlen in NRW am 1. Oktober 1989 hat sich die DAFIG mit den REP in Köln zusammengeschlossen, weil man darin die einzige Möglichkeit sah, die 5 %-Hürde zu nehmen und so politisch Einfluß zu gewinnen. Nachdem das Ziel erreicht war, trennte man sich wieder und trat danach als eigenständige Fraktion "Die Bürger" auf. Es besteht ein Landesverband in Hessen.

Mitglieder

Der Bundesvorstand (Parteirat) umfaßt 14 Personen, die gesamte Mitgliederschaft dürfte ca. 50 Personen betragen. "Die Bürger" sind mit 3 Mitgliedern im Rat der Stadt Köln vertreten.

Die Partei wird sich voraussichtlich an der Kommunalwahl 1994 in Köln beteiligen, möglicherweise auch im Rahmen einer Listenverbindung mit der DLVH.

Politische Ziele

Für das Parteiprogramm der Partei "Die Bürger" kennzeichnend ist die Betonung alles "Deutschen" gegenüber Angehörigen anderer Kulturkreise. Die besondere Betonung des "Deutschen" läßt es zweifelhaft erscheinen, ob das Grundgesetz auch für "Ausländer" Anwendung finden soll. Diese Zweifel werden erhärtet durch ein 1993 verbreitetes Flugblatt, das "Arbeit und Wohnung zuerst für dt. Bürger" fordert. Anhaltspunkte für die tatsächlichen Absichten der Partei ergeben sich auch aus der monatlich erscheinenden Publikation "Bürger-Forum" sowie aus den von der Partei herausgegebenen Flugblättern. Beherrschendes Agitationsthema ist die Ausländer- und Asylbewerberproblematik. Dabei wird in aggressiver und rassistischer Form zur Asylfrage Stellung genommen. So wurde ein Mitglied der Kölner Ratsfraktion "Die Bürger" am 9. März in zweiter Instanz wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3.600 DM verurteilt, der behauptet hatte, daß "Invasionsströme von Asylanten in der Einwohnerzahl einer Großstadt jährlich in Deutschland einfallen und uns ausplündern."

2.1.8 Die Republikaner (REP)

Sitz

NRW: Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)

Bund: Bonn (Bundesgeschäftsstelle)

Vorsitzende

NRW: Uwe GOLLER

Bund: Franz SCHÖNHUBER

Mitglieder 1993 1992

NRW: ca. 2.500 ca. 2.100

Bund: ca. 23.000 ca. 18.000

Publikationen der Bundespartei:

"Der Republikaner"
erscheint monatlich
unterschiedliche Auflagenhöhe

Publikationen des Landesverbandes NRW:

"NRW REP-Ort, Freiheitliches Magazin der Republikaner NRW"

erscheint unregelmäßig

wird an Funktionsträger verteilt

"Rechts-Gedacht"

erscheint unregelmäßig

herausgegeben vom Landesvorsitzenden

"Republikanischer Jugendreport"

(seit April 1993)

Herausgeber: Jugendarbeitskreis

des Landesverbandes NRW,

erscheint unregelmäßig

Lokale Publikationen (Beispiele):

"Hamm REPort"

"Siegburger Rathaus REPort"

"Leverkusener Reptilchen"

Mitglieder

Die parteieigenen Angaben über den Mitgliederbestand des Landesverbandes NRW bewegen sich um ca. 3.000. Diese Angaben erscheinen jedoch zu hoch. Derzeit dürfte der Landesverband ca. 2.500 Mitglieder haben. Die Zunahme des Mitgliederbestandes beruht vermutlich auf Erfolgen der Partei bei den Wahlen in Hessen und Hamburg sowie auf ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Organisation

Der Landesverband ist in 6 Bezirksverbände gegliedert, die nur teilweise funktionsfähig sind. Trotz erheblicher Anstrengung ist es den REP in Nordrhein-Westfalen nicht gelungen, eine flächendeckende Organisation zu erreichen. In einigen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten existieren derzeit keine Kreisverbände bzw. ist der Bestand solcher Verbände fraglich. In anderen Kreisverbänden sind die sichtbaren Aktivitäten der REP im Laufe des Jahres 1993 fast völlig eingestellt worden. Die wichtigsten Großstädte in Nordrhein-Westfalen werden jedoch organisatorisch abgedeckt. Der erreichte Mitgliederzuwachs hat nicht zu einer organisatorischen Stärkung der Partei geführt.

Personal

Die Zahl der aktiven Funktionäre der REP hat sich nicht spürbar vergrößert. Sie dürfte zwischen 100 und 200 Personen liegen. Der Ausschluß oder Austritt etlicher mißliebiger Funktionäre oder von Funktionären in Opposition zur Mehrheit des Landesvorstandes hat etliche Kreisverbände geschwächt. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, nicht zuletzt um die Person des Landesvorsitzenden GOLLER, wurden gegen Ende des Jahres 1993 im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zurückgestellt.

Finanzen

Die Einnahmen des Landesverbandes NRW resultieren im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und der Wahlkampfkostenerstattung. Der Landesverband stützt sich weiterhin auf Spenden.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Nach konspirativen Vorbereitungen führte der Landesverband am 27. März 1993 seinen Landesparteitag in Senden (Kreis Coesfeld) in einem Zelt auf dem Grund-

stück der stellvertretenden Landesvorsitzenden durch. Während der Landesvorsitzende Uwe GOLLER mit einem Stimmenanteil von 77 % in seinem Amt bestätigt wurde, ergaben die übrigen Wahlen erhebliche personelle Veränderungen in der Besetzung der Vorstandsämter. Dem Landesvorstand gehört als Beisitzer der Bezirksvorsitzende Niederrhein an, der in öffentlichen Erklärungen das Demokratieprinzip in Frage gestellt hatte:

"Der Gedanke, das ganze Volk über das allgemeine Wahlrecht am politischen System zu beteiligen, wird wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten".

Der mit besonders aggressiven und ausländerfeindlichen Flugblättern wiederholt hervorgetretene Vorsitzende des REP-Kreisverbandes Mark wurde mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Landesschatzmeister gewählt.

Im August 1993 beauftragte der Landesvorsitzende GOLLER den Bezirksvorsitzenden Niederrhein schriftlich mit der Aufstellung einer Ordner- oder Schutztruppe, "die an den Externsteinen vereidigt werden sollte". Das Vorhaben wurde bisher nicht verwirklicht, nachdem es öffentlich bekannt geworden war.

In der Landeskonferenz am 26. September 1993 in Hamm stellte GOLLER den Kreisvorsitzenden des Landesverbandes NRW das Konzept der Wahlkampforganisation vor. Ein Agitationsschwerpunkt wird die von den REP behauptete Gefährdung der Inneren Sicherheit durch Ausländerkriminalität sein.

Beim Bundesparteitag in Rastatt am 31. Oktober und 1. November 1993 wurde GOLLER auf Platz 5 der Bundesliste für die Europawahl gewählt. SCHÖNHUBER erklärte den Einzug der REP ins Europaparlament mit 10 % der Stimmen zum Wahlziel Nummer eins. Im "Rep-Ort-Magazin" Nr. 8 schreibt GOLLER in seinem Artikel "Jetzt geht es um Mandate": "Die Partei hat in der Vergangenheit bitter erfahren müssen, daß Mandate oft lediglich der persönlichen Bereicherung dienen." Die REP dürfen in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden.

Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) hat mit Beschluß vom 13. Januar 1994 im Eilverfahren den Antrag der REP - Landesverband NRW - auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 25. März 1994 im Hauptsacheverfahren entschieden, daß die Verfassungsschutzbehörde NRW die REP weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und im Verfassungsschutzbericht erwähnen darf.

Das OVG hat festgestellt, daß derzeit ausreichende Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht begründen, daß von den REP Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgehen. Wesentliche Konstitutionsprinzipien wie die Achtung der Menschenwürde und das Verbot der Diskriminierung würden von den REP, insbesondere von Untergliederungen, fortlaufend mißachtet. Ihre Stellungnahmen seien gekennzeichnet durch pauschale Diffamierungen und Hetzparolen, wonach Ausländer unterwertig, Sozialbetrüger, Nichtsteuer und Kriminelle seien. Äußerungen des Landesvorsitzenden GOLLER wertete das OVG als Anzeichen, daß es sich hierbei nicht um Entgleisungen von einzelnen Personen oder unbedeutenden Gruppen in der Partei handelt, sondern um programmatische Äußerungen, die die politischen Ziele und die Tagespolitik der Partei bestimmen. Der OVG-Beschluß ist unanfechtbar.

Maßgebliche Autoren der vom OVG beanstandeten Aussagen wurden auf der Landesmitgliederversammlung der REP in Nordrhein-Westfalen am 27. Februar 1994 in Senden auf vorderste Plätze der Landesliste für die Bundestagswahl 1994 gewählt.

Die REP-Fraktionen in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1989 wurden die 75 REP-Mandatsträger in 23 Kreistage und Stadträte sowie 44 Vertreter in 10 Bezirksvertretungen gewählt. Die meisten REP-Fraktionen sind durch Austritte und Abspaltungen bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt. Als Beispiele für REP-Abspaltungen gelten:

Düsseldorf	Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V. (FWG)
Köln	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
Märkischer Kreis	Konservativ-Soziale Fraktion
Dortmund	Konservativ-Soziale Fraktion
Hagen	Unabhängige Bürgerfraktion Hagener Liste
Marl	Freie Ratsfraktion Marl
Hürth	Unabhängige Hürther Bürger.

Die REP mußten endgültig ihre Sitze im Kreistag von Recklinghausen räumen, weil sie bei der Kandidatenaufstellung im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 Unterschriften gefälscht bzw. erschlichen hatten. Die Aufhebung der Wahl von 1989 und die Neuwahl von 1990 wurden durch Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. März 1993 bestätigt.



DER REPUBLIKANER

Europa – JA, Maastricht – NEIN
Für die Erhaltung des
Nationalstaates Deutschland!

10/93 Oktober 1993 Preis: 3,00 DM Offizielles Organ der Bundespartei 10. Jahrgang Z 11263 E

1994 – ein gigantischer Wahlbetrug droht!

Deutsche, laßt Euch nicht verkohlen

Franz Schönhuber, MdEP und Bundesvorsitzender

Was Herr Werthebach über den Unterschied zwischen rechts reden und rechts handeln gesagt hat, wird die Strategie der Unionsparteien im Wahljahr 1994 sein. Versprechen vor der Wahl, vergessen nach der Wahl. Dem Wähler soll rechter Sand in die Augen gestreut werden, damit er den Betrug nicht sehen kann.

Um uns Republikaner niederzuzhalten, wird den etablierten Parteien jedes Mittel recht sein. Das infamste Argument ist

dabei die Behauptung, weitere REP-Erfolge würden dem Ansehen Deutschlands im Ausland schaden und Arbeitsplätze gefährden. Das stimmt nicht. Wer aber dieses Argument benützt, räumt ein, daß wir in unseren Handlungen nicht souverän sind und uns in der Lage von Helflingen befinden, die ständig um das Wohlwollen der Wärter betteln müssen. Bestimmte Kreise des Auslandes aber haben diese Argumente gerne übernommen, um Deutschland weiter unter Druck zu setzen und dann

und wann auch finanziell erpressen zu können.

Kanzler der amerikanischen Ostküste?

Ein Dr. Kurt Schumacher hätte sich dies nicht gefallen lassen und nicht von ungefähr nannte er Konrad Adenauer „Kanzler der Alliierten“. Was würde er heute zu Helmut Kohl sagen?

Unbestreitbar ist, daß nicht wenige Deutsche in Kohl den

„Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind. Hinterher ist es immer möglich, sie elegant abzuservieren. Denn mit Hilfstrophen darf man nicht zimperlich sein.“

Franz Josef Strauß
Bad Reichenhall, 1970

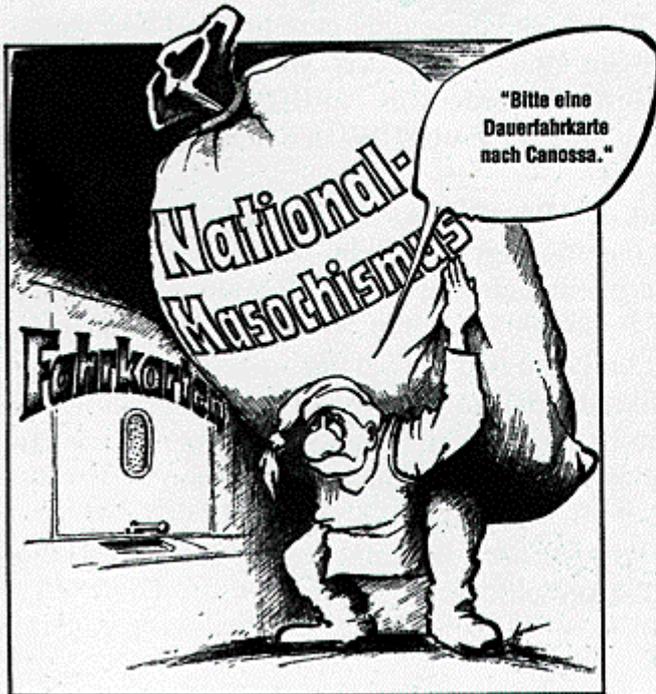


In der „Süddeutschen Zeitung“ sagte Werthebach zum Wahlkampf von Peter Goserwiler und der Beflechtung, die CSU-Politik könne sich nach rechts verlagern:

„Rechts reden sei das eine, rechte Politik das andere.“

Dr. Eckhart Werthebach,
15. 9. 1993

Präsident des Bundesamtes
für Verfassungsschutz



verlängerten Arm der amerikanischen Ostküste sehen.

Wer sich aber in Deutschland gegen eine Vergangenheitsbewältigung auflehnt, die als Vorwand zur permanenten Erpressung dient, wird zum Abschluß freigegeben.

Der Kommentator der führenden deutschen Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ schrieb in einer beachtenswerten Stellungnahme zu den Angriffen auf den sächsischen Justizminister Steffen Heltmann unter anderem: „... Und wenn der Vorsitzende des Zentralrates der Juden einmal das Verdikt „Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen“ gesprochen hat, was bleibt einem Politiker dann noch anderes als Bußfertigkeit oder Resignation.“ Über den Umgang mit der NS-Vergangenheit heißt es weiter in dem Artikel: „Wer darüber nicht auf einem Luftkissen unverbindlichen und folgenlosen Schuld- und Verantwortungsgerades schwebt, wird gnadenlos zerrissen. Aber dieser geschichtspolitische Stumpfsein ist eine politische Realität, mit der man rechnen muß.“

Hier ging die „Frankfurter Allgemeine“ an die äußerste Grenze, was in Deutschland gerade noch möglich ist.

Bewahrung der Würde
Für uns gilt diese Grenze nicht. Wir wollen den „Stumpfsein“ nicht hinnehmen. Es wäre nämlich ein schrecklicher Irr-

tum, wenn die Deutschen glauben, den historisch nicht zu leugnenden oder zu relativierenden Genozid an den Juden dadurch zu bewältigen, daß wir nun in jedem Juden einen Heiligen und in Ignaz Bubis eine Art Erzenkel Gabriel sehen. Die jüdische Religion kennt kein Verzeihen. Duran hat Staatspräsident Herzog bei seinem Deutschlandbesuch unmißverständlich erinnert. Damit müssen wir leben. Aber das darf nicht bedeuten, daß wir unsere menschliche Würde an der politischen Garderobe abzugeben und ein Leben lang in Sack und Asche herumzulaufen haben. Ich jedenfalls will mich nicht ducken müssen, wenn Herr Bubis grollt. Seine Worte sind für mich kein Evangelium. Wer in die politische Arena geht, darf keine Sonderrechte in dem Sinne beanspruchen, daß man ihm die linke Backe hinzuhalten hat, wenn er einen auf die rechte schlägt.

Die Arroganz der Medien

Aber ohne moralische Erneuerung unseres Volkes werden wir nie zu einem normalen Selbstbewußtsein kommen. Die Medien tun alles, um dies zu verhindern. Die Arroganz der Medienmächtigen ist unerträglich geworden. Sie sind die Speerspitze gegen uns. Was werfen sie uns vor: wir seien Anhänger der einfachen Lösungen. Wo aber steht geschrieben, daß einfache

Fortsetzung auf Seite 2

Die verbliebenen Fraktionen sind teilweise durch Personalquerelen gelähmt. So beauftragte der REP-Kreisvorsitzende in einer Großstadt des Ruhrgebiets zwei Schläger damit, den REP-Fraktionsvorsitzenden zu verprügeln. Im Rhein-Sieg-

Kreis kamen mehrere Mandatsträger ihrem Parteiausschluß durch Austritt zuvor. Von ca. 120 Kommunalmandaten sind noch ca. 50 verblieben.

Gewaltbereitschaft

Innerhalb der Mitgliedschaft des REP-Landesverbandes NRW kam es zu etlichen Vorkommnissen im Jahr 1993, die Gewalt oder Gewaltbereitschaft erkennen lassen:

- am 9. März 1993 verstarb in Mülheim an der Ruhr ein herzkranker türkischer Staatsangehöriger an einem Herzinfarkt nach einer "Scheinhinrichtung" durch zwei Mitglieder des REP-Kreisverbandes Mülheim. Beide Angeklagten wurden zu je vier Jahren Haft verurteilt. Ein Urteil ist noch nicht rechtskräftig;
- ein Mitglied des Kreisverbandes Wuppertal wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Geldstrafe verurteilt;
- zwei Mitglieder des Kreisverbandes Dortmund, darunter ein Mitglied des Kreisvorstands, waren in eine Messerstecherei mit ausländerfeindlichem Hintergrund verwickelt, wobei das Opfer selbst kein Ausländer war. Gegen einen Täter wurde 1993 Anklage wegen versuchten Totschlags erhoben;
- in Gelsenkirchen wurde ein ehemaliges REP-Ratsmitglied massiv zur Mandatsniederlegung genötigt und bedroht;
- beim damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Herford wurden im April 1993 bei einer Hausdurchsuchung von der Polizei Waffen und Munition sichergestellt;
- ein Mitglied des Bezirksvorstandes Mittelrhein soll 1991 Beihilfe zu einem Angriff auf ein Asylbewerberwohnheim im Raum Bergheim geleistet haben. Dies wurde Parteigremien der REP Ende 1993 bekannt. Weder Bezirks- noch Landesvorstand brachten den Vorfall zur Anzeige, um die Partei nicht in Mißkredit zu bringen. Wegen der Behandlung dieses Vorfalls kam es zu schweren innerparteilichen Zerwürfnissen. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an.

Einige Betroffene wurden nach Bekanntwerden dieser Vorkommnisse aus der Partei ausgeschlossen.

Prognose 1994

Die REP werden 1994 an allen Wahlen in Nordrhein-Westfalen teilnehmen. Sie erwarten in einer "Verpflichtungserklärung von Kandidaten in Aufstellungsversammlungen", daß im Falle eines Parteiaustritts das Mandat zurückgegeben wird. Dies ist ein Verstoß gegen den in Artikel 38 Grundgesetz niedergelegten Grundsatz des freien Mandats. Die Verpflichtungserklärung wurde in der Zeitung "Der Republikaner" Nr. 11/93 abgedruckt.

Bei den Kommunalwahlen werden sie außerstande sein, flächendeckend genügend Kandidaten aufzustellen. Sie werden jedoch bis auf wenige Ausnahmen in den wichtigsten Großstädten in Nordrhein-Westfalen kandidieren.

Der Landesverband wird sich im Wahlkampf um Geschlossenheit bemühen. Dennoch sind personelle Veränderungen nicht auszuschließen, wenn sich weitere Kontroversen an dem umstrittenen Landesvorsitzenden GOLLER entzünden sollten.

In einigen Kreisverbänden ist ein Zulauf von jüngeren Mitgliedern mit einem festen rechtsextremistischen Weltbild festzustellen, da die REP als chancenreichste Partei im rechtsextremistischen Spektrum gelten. Es bleibt abzuwarten, ob dies Auswirkungen auf die politisch-programmatische Entwicklung der Partei haben wird.

Politische Ziele

Am 26./27. Juni 1993 führten die REP ihren Bundesparteitag in Augsburg durch, auf dem das Parteiprogramm 1993 verabschiedet wurde.

Der Landesverband NRW ist nach wie vor bemüht, außerdem eigenständige programmatische Grundsätze zu entwickeln. Der Landesvorsitzende GOLLER stellt im Rahmen seiner Schriftenreihe "Rechts-Gedacht" in dem Diskussionspapier "Rückkehr zu einfachen Lösungen" "Die Genialität der Simplifizierung" vor als "das Erfolgsrezept der Republikaner für die Zukunft".

"Wir müssen Emotionen wecken und auf der Gefühlsklavatur unser Lied spielen. Die Mehrheit des Volkes verlangt die Simplifikation...". Ziel sei es, "als eine Partei eine Gefühlseinheit mit der Seele des Volkes herzustellen."

In seinem Rundschreiben "Gedankenflug 1993" erklärte GOLLER, man wolle "die Volksgemeinschaft, in der Solidarität nicht ein verschwommenes sozialistisches Gebilde" sei, sondern "tägliche Wirklichkeit"... "Wir schaffen die Volksgemeinschaft, die von den Etablierten geleugnet und zerstört wird."

Im "NRW Rep-Ort" Nr. 9/93 (Seiten 1, 5) sehen sich die "Republikaner" als "Gesinnungsgemeinschaft", deren "historische Mission" in der "Rettung des deutschen Vaterlandes" besteht. Den demokratischen Parteien fehle die "nationale Perspektive, der Glaube an die Kraft der deutschen Schicksalsgemeinschaft".



Dokumentation

Auszüge aus dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 13. Januar 1994

"... . Derzeit liegen ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, auf denen sich der Verdacht zu gründen vermag, daß von dem Antragsteller Bestrebungen ausgehen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind. Den vom Antragsgegner im gerichtlichen Verfahren vorgelegten Unterlagen ist zu entnehmen, daß tragende Konstitutionsprinzipien des Grundgesetzes wie die Achtung der Menschenwürde als Mittelpunkt des Wertesystems der Verfassung (vgl. z.B. BVerfG, Beschluß vom 19. Oktober 1971 - 1 BvR 387/65 -, BVerfGE 32, 98 (108); Beschluß vom 17. Januar 1979 - 1 BvR 241/77 -, BVerfGE 50, 166 /175)) und das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse, des Glaubens oder der Na-

tionalität vom Antragsteller - insbesondere von dessen Untergliederungen - fortlaufend mißachtet werden.

In dem Propagandamaterial der Partei "DIE REPUBLIKANER" nimmt der Aufenthalt von Ausländern - insbesondere von Asylbewerbern - in der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Bedeutung ein. Die Stellungnahmen des Antragstellers zu diesem Thema sind gekennzeichnet durch pauschale Diffamierungen und Hetzparolen, die die Ausländer als unterwertig, Sozialbetrüger, Nichtsteuer und Kriminelle behandeln. Beispiele hierfür sind

- *das vom Ortsverband Plettenberg als Flugblatt verbreitete "Neue Deutschland-Lied von heute" mit folgendem Text:*

*"Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt.
Polen, Türken, Libanesen, alles lebt von unserem Geld!
Dann die Perser, Jugoslawen, auch die Schwarzen noch dazu.
Deutschland, Deutschland über alles, denn Du bist die beste Kuh.
Nix verstehen, weil ich Türke, aber Kasse immer stimmt.
Deutschland, Deutschland über alles, zahlt sehr gutt für jedes Kind.
Wozu soll ich hier noch schaffen, das erledigt doch mein Glied.
Deutschland, Deutschland über alles, ach, wie schön ist dieses Lied.
Ja, die Roten und die Grünen machen es uns wirklich leicht.
Was die REPs verwehrten, haben wir jetzt schnell erreicht.
Wenn wir erst zur Urne schreiten mit dem Zettel in der Hand.
Deutschland, Deutschland über alles, bald gehört uns dieses Land."*

- *das ebenfalls vom Ortsverband Plettenberg verbreitete Flugblatt mit folgendem Inhalt:*

"... Noch mehr Ausländer in unser Land - bedeutet gleichzeitig noch mehr Kriminalität! Mehr Verbrechen! Mehr Rauschgift! Mehr Mord! Mehr Erpressung! Mehr Diebstahl! ... Wir REPUBLIKANER haben für Russen und Polen ein Rezept: Bleibt hier weg! Ihr habt in Deutschland nichts zu suchen! ..."

- *das vom Kreisverband Mark verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:*

"... Zigeunermassen, die sich heutzutage durch Deutschland wälzen ... Die Verfolgung, die sie in ihren Heimatländern in der Tat nicht selten erlitten, hat aber in vielen Fällen keinerlei politische Hintergründe, sondern stellt sich bei näherem Betrachten als die Ahndung krimineller Handlungen heraus ... Erleichtert wird Zigeunern ihr kriminelles Handwerk dadurch, daß in vielen Zeitungen nicht klipp und klar vor ihnen gewarnt wird und sie nicht als das bezeichnet werden, was sie nun einmal sind: Zigeuner! ..."

- *das vom Kreisverband Herford verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:*

*"Wollt Ihr daß Eure Kinder rauschgiftsüchtig werden?
Wollt Ihr daß Eure Frauen vergewaltigt werden?
Wollt Ihr daß Ihr abends nicht mehr über die Straße gegen könnt?
Wollt Ihr zusammengeschlagen und Opfer eines brutalen Überfalls werden?
Ist das die Wohnqualität für die Ihr Eure Mieten zahlt? ...
Keine Scheinasylanten in unseren Wohngebieten ...";*

- *das vom Kreisverband Oberberg verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:*

"Kindergartenplätze

Das Thema ist so alt, wie unsere Großeltern. Die Kindergarten-Laus (Mehmet-Anoplura) hält die Plätze besetzt. Woher diese Laus kommt? Dumme Frage. Sie sucht Asyl! Woran erkennt man Kindergarten-Läuse?! Sie haben

eine Vorliebe für Knoblauch."

- *der vom Kreisverband Mark - nach Darstellung des Antragstellers nicht als Flugblatt veröffentlichte, sondern von dem Kreisvorsitzenden, der nach Presseberichten mittlerweile in den Landesvorstand des Antragstellers gewählt worden ist - als Leserbrief verfaßte Text mit dem Titel "Asylyrik":*

*"Herr Asylbetrüger, nach wie geht's?
Oh, ganz gut: Bring' Deutschen Aids.
Komm' direkt aus Übersee
hab Rauschgift mit, so weiß wie Schnee; ..."*

Ob darüber hinaus tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß aus Kreisen des Antragstellers Bestrebungen gegen weitere Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet sind, etwa das Mehrparteiensystem durch die - in ähnlicher Form wiederholte - Aussage diffamiert und bekämpft wird:

*"Die 'polit-kriminellen Machenschaften' der Altparteien:
Sie lügen, betrügen und sahen ab.
Sie sind korrupt und betreiben Vetternwirtschaft.
Sie machen Politik für Ausländer, das Großkapital
und die Verbände"*

*(aus Flugblatt des Kreisverbandes Rhein-Sieg),
oder die auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhende Volkssouveränität nach der Äußerung des Landesgeschäftsführers ... : "Der Gedanke, das ganze Volk über das allgemeine Wahlrecht am politischen System zu beteiligen, wird wahrscheinlich nicht aufrechterhalten", beseitigt werden soll, bedarf im vorliegenden Verfahren keiner weiteren Vertiefung. Für die gezielte Observation des Antragstellers durch die Verfassungsschutzbehörde des Antragsgegners gemäß §§ 4 Abs. 1, 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NW*

reichen die sich aus dem vorgelegten Material ergebenden und bereits dargestellten tatsächlichen Anhaltspunkte aus, die den Verdacht begründen und belegen, daß von dem Antragsteller möglicherweise Bestrebungen ausgehen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind.

...

Dieser Beschluß ist unanfechtbar."

DIE REPUBLIKANER

- Landesverband Nordrhein Westfalen -
- Der Landesvorsitzende -



Herrn

[REDACTED]

[REDACTED]

Geschäftsstelle
Folbergweg 51 - 63
40619 Düsseldorf
Tel. 0211/28 10 57
Fax 0211/28 10 57
Postleamt Dortmund
Konto-Nr. 3804 28-468
BLZ 440 100 46

16. Aug. 1993

Lieber [REDACTED]

Du erinnerst Dich sicher, daß wir einmal über eine aktive Gruppe sprachen, die an Aktionen unseres Verbandes teilnimmt. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, diese Gruppe jetzt aufzubauen. Die Gruppe sollte etwa 100 Personen umfassen, die bereit sind, innerhalb einer Woche bereitzustehen, um unsere Positionen ins Volk zu tragen. Es sollten mutige und anständige Kerle sein, die eine Auseinandersetzung nötigenfalls nicht scheuen. Sie sollten aber auch gehorsam sein und unsere Vorgaben einhalten.

Wir werden ein Lager mit Fahnen, Plakaten und Transparenten einrichten, welches gegebenenfalls zum Einsatz kommt. Ich beauftrage Dich hiermit offiziell, diese Gruppe auf Landesebene bis Oktober aufzubauen und statistisch in einer Kartei zu erfassen. Du solltest mit jedem einzelnen über diese Aufgabe sprechen und Dir die persönliche Bereitschaft der Aktivisten bestätigen lassen. Diese Gruppe soll Mitte Oktober an den Externsteinen erstmals zusammenkommen und sich erklären. Es steht Dir frei, jedes aktive Parteilglied anzusprechen und einzublenden. KVV wie Stagnus oder OVV wie Willekens haben sicher Leute parat und unterstützen Dich. Dir allein traue ich zu, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Mit freundschaftlichem Gruß

Dein

UWE

2.1.9 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V. (FWG)

Sitz: Düsseldorf
Mitglieder: 1993 1992
ca. 100 ca. 100
Publikation: Düsseldorf
erscheint monatlich

Die aus der Abspaltung von Mitgliedern der Düsseldorfer Ratsfraktion der REP zum Jahreswechsel 1989/90 hervorgegangene FWG ist erst 1991 gegründet worden. Die politischen Ziele werden im Mitteilungsblatt "Düsseldraht" und in Flugblättern formuliert und verbreitet. Der Verein lehnt die "Bonner Parteiendiktatur" ab und agitiert schwerpunktmäßig in Flugblatt- und Klebeaktionen gegen Asylbewerber.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende infolge des öffentlichen Drucks auf die FWG Ende März 1993 als Fraktionsgeschäftsführer entlassen worden ist, sind keine wesentlichen öffentlichen Aktivitäten der FWG bekannt geworden.

2.1.10 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Sitz

NRW: Bonn
Bund: Halstenbek

Vorsitzende

NRW: Siegfried BORCHARDT
Bund: Friedhelm BUSSE

Mitglieder 1993 1992
NRW: ca. 160 ca. 160
Bund: ca. 430 ca. 220

Publikation: Standarte
erscheint zweimonatlich
Auflage 1.000

Mailbox: Wolf-Box; wird von einem Krefelder FAP-Mitglied betrieben

Organisation

Die aktivsten Landesverbände sind die von Hamburg und NRW. Der Landesverband NRW hat folgende Kreisverbände: Bonn, Essen, Duisburg, Köln, Rhein-Sieg. Darüber hinaus unterhält die FAP in NRW noch Stützpunkte in Düsseldorf, Siegen, Wuppertal und Recklinghausen.

Auf dem ordentlichen Landesparteitag am 6. November 1993 in Königswinter-Heisterbacherrott wurde Siegfried BORCHARDT in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Norbert WEIDNER und Ralph TEGETHOFF wurden zu seinen Stellvertretern gewählt, WEIDNER außerdem in seinem Amt als Landesgeschäftsführer bestätigt.

Auf dem außerordentlichen FAP-Bundesparteitag in Reifenstein/Thüringen am 10. Juli 1993 wurde die Publikation "Standarte" zum offiziellen Parteiorgan erhoben. Sie löste die bisherige FAP-Schrift "Neue Nation" in dieser Funktion ab.

Personal

Die FAP verfügt bundesweit nur über sehr wenige Funktionäre, die intellektuell in der Lage sind, zielgerichtet und programmatisch zu denken und zu führen. Die Mehrzahl der Mitglieder sucht in ihren jeweiligen "Kameradschaften" Geborgenheit und Geselligkeit für den Freizeitbereich. Politische Inhalte bei den Treffen spielen für sie eine eher untergeordnete Rolle. Diese Mitgliederstruktur stellt die FAP bei möglichen Wahlbeteiligungen jeweils vor das Problem, genügend geeignete Kandidaten aufstellen zu können.

Finanzen

Die Partei finanziert sich überwiegend aus Mitgliederbeiträgen. Ihre Finanzdecke ist seit jeher mehr als dünn.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Verbotsantrag nach dem Aufmarsch von Fulda

Nach dem symbolträchtigen Aufmarsch in Fulda, an dem die FAP neben anderen Organisationen als einzige Partei teilgenommen hatte, beschloß die Bundesregie-

Am 15. September 1993, das Verbot der FAP beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen.



Ihren Beschluß begründete die Bundesregierung unter anderem damit, daß die FAP in ihrer Zielsetzung, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der NSDAP aufweise, die sich besonders in ausländerfeindlicher und antisemitischer Hetze zeige. Vor dem Hintergrund der großen Zahl fremdenfeindlicher Ausschreitungen und Parolen müsse durch einen Verbotsantrag erneut ein Zeichen gesetzt werden.

Mit Beschluß vom 24. September 1993 hat auch der Bundesrat einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP gestellt. Bereits im Juni 1986 hatte das Innenministerium Nordrhein-Westfalen das Bundesministerium des Innern aufgefordert, die erforderlichen Schritte zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP mit einem Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu unternehmen.

In der innerparteilichen Diskussion über die Art und Weise der politischen Arbeit nach einem möglichen Verbot der FAP zeichnet sich eine Tendenz hin zum Aufbau autonomer Strukturen ab. Unter Loslösung von organisatorischen Strukturen wird eine Vernetzung mit anderen Gesinnungsgenossen angestrebt. Als Alternative wird der Übertritt in eine bestehende Partei - wie zum Beispiel die NPD - diskutiert.

Internationale Kontakte

Zu den wesentlichen Aktivitäten des Landesverbandes NRW gehört seit Jahren die Kontaktpflege zu ausländischen Gesinnungsgenossen. Auch 1993 nahm eine Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden BORCHARDT an dem Treffen europäischer Rechtsextremisten am 28./29. August 1993 in Diksmuide/Belgien - der 66. Ijzerbede-Vaart - und vom 19. bis 21. November 1993 an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Todestages FRANCOs († 20. November 1975) in der Nähe von Madrid teil. Darüber hinaus hielten sich 10 Mitglieder des Landesverbandes auf Einladung der "Danmarks National-Sozialistiske Bevaegelse" (DNS) vom 18. bis 19. Dezember 1993 in Blistrup/Dänemark zur Teilnahme an der Wintersonnwendfeier der DNS auf.



Im Rahmen einer von Neonazis veranstalteten "Internationalen Solidaritätswoche" aus Anlaß des Jahrestages des Verbots der "Deutschen Alternative", "Nationalen Offensive" und "Nationalistischen Front" beteiligten sich Mitglieder des FAP-Landesverbandes NRW an einer Spontandemonstration am 11. Dezember 1993 mit holländischen Gesinnungsgenossen in Kerkrade/Niederlande. Die Veranstaltung, auf der Flugblätter in deutscher und holländischer Sprache verteilt wurden, verlief ohne das erhoffte Medienecho.

Scheinanmeldungen von Versammlungen in NRW seit September 1993

Besondere Aktivitäten entfaltete der Landesverband in der Zeit vom September bis Dezember 1993, als führende Funktionäre landesweit öffentliche Kundgebungen mit dem Ziel anmeldeten, die Behörden und den politischen Gegner irrezuführen. Allerdings wurden alle Kundgebungen von den zuständigen Behörden untersagt. Zu Beginn der Kampagne wurden Veranstaltungen nur zum Schein angemeldet. Spätere ernsthafte Anmeldungen wurden ebenfalls verboten. Die von der FAP vereinzelt daraufhin angerufenen Verwaltungsgerichte bestätigten ausnahms-

los die Verbotsverfügungen, an die sich die FAP mit einer Ausnahme auch hielt. Nur bei der Kundgebung am 16. Dezember 1993 in Netphen (bei Siegen) versammelten sich ca. 15 Rechtsextremisten trotz eines Verbots. Sie sangen das "Horst-Wessel-Lied" und riefen "Sieg-Heil" sowie "Ausländer raus - Deutschland den Deutschen". 13 Teilnehmer wurden vorläufig festgenommen.

Prognosen 1994

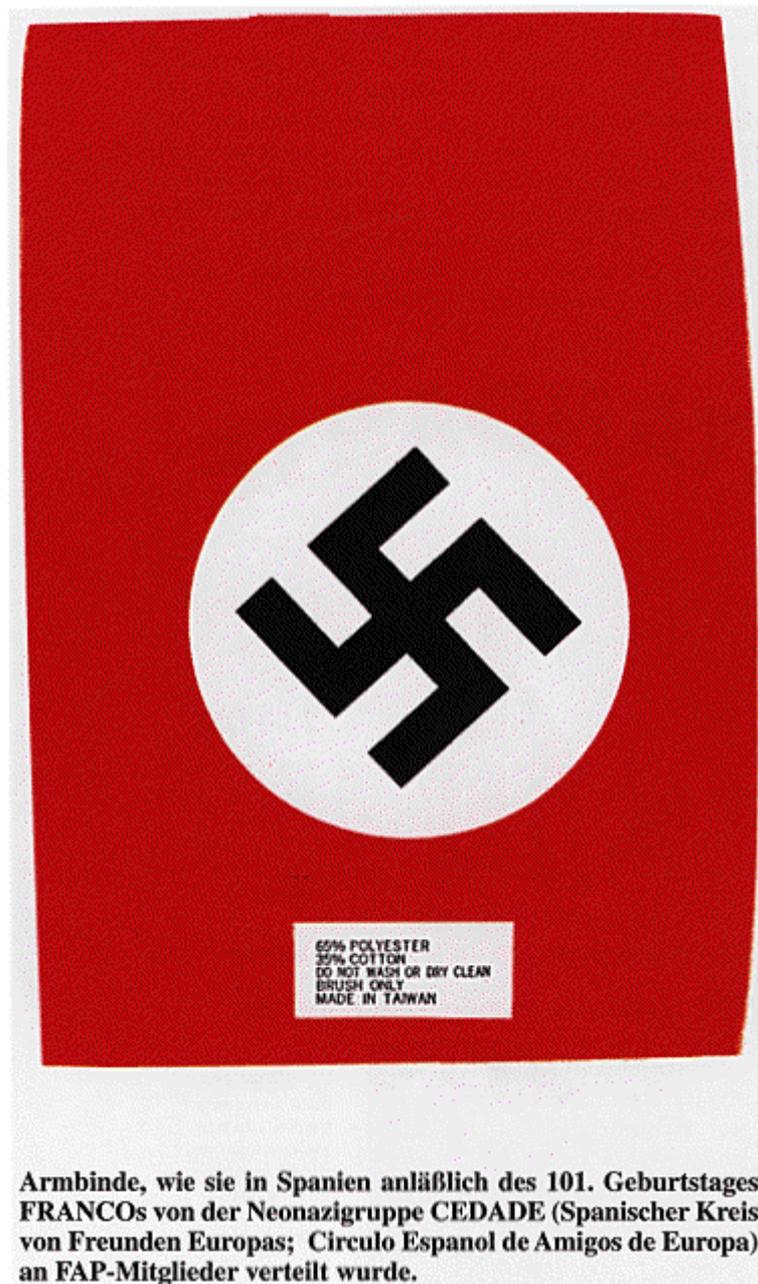
Die FAP beabsichtigt die Beteiligung an der Wahl zum Europa-Parlament. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß die für die Zulassung zur Wahl erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht werden wird.

Die FAP dürfte zur Zeit nicht in der Lage sein, bei welcher Wahl auch immer, flächendeckend zu kandidieren. Sie hat als Partei seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 1990 an keiner Wahl mehr teilgenommen. Damals kandidierte sie mit einem Direktkandidaten, der heute in der Partei keine Rolle mehr spielt, im Rhein-Sieg-Kreis und erreichte dort 56 Stimmen (= 0,0 %).

Politische Ziele

Die FAP proklamiert die Ideologie des Nationalsozialismus. Das auf dem Parteitag vom 14. März 1992 verabschiedete Programm hat Ähnlichkeiten mit dem der NSDAP. Die FAP behauptet in der Präambel: "Auf der Straße regieren die Chaoten und der marxistische Mob". Die FAP will ihnen das "Recht streitig machen", ihre Meinung "auf der Straße" durchzusetzen. Verwendet werden historisch geprägte Begriffe wie "völkischer Sozialismus", "Gemeinschaftssinn statt Klassenkampf", "Freiheit des Volkstums", "Volksgemeinschaft" und "klassenloser Volksstaat". Das "Wohl des Volkes" geht der freien Entfaltung eigener Ziele und Interessen vor. Ebenso sei "die Förderung von Gesundheit und Kraft durch körperliche Ertüchtigung ... dabei besonders zu beachten".

FAP-Publikation "Standarte"



Armbinde, wie sie in Spanien anlässlich des 101. Geburtstages FRANCOs von der Neonazigruppe CEDEDE (Spanischer Kreis von Freunden Europas; Circulo Espanol de Amigos de Europa) an FAP-Mitglieder verteilt wurde.

2.1.11 Freundeskreis Deutscher Sozialisten (FDS)

Der FDS hat sich im Februar 1993 aufgelöst. Bis zur Auflösung konnten 1993 keine wesentlichen Aktivitäten festgestellt werden.

2.1.12 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)

Sitz: Bochum
Vorsitzender: Wilfried BLUSCHKE
Funktionärskreis

Publikationen: Flugblätter zu verschiedenen rechtsextremistischen Agitationsfeldern; Verbreitung durch verschiedene Organisationen und Einzelpersonen

Organisation

Der FFD ist seit dem 25. August 1993 durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen nach § 3 Vereinsgesetz verboten (Verfügung s.u.). Nachfolgeaktivitäten sind nicht bekannt geworden. Der FFD war ein auf Nordrhein-Westfalen beschränkter Funktionärszirkel.

Politische Ziele

Der FFD verbreitete regelmäßig Flugblätter, die unter anderem die Kriegsschuld Deutschlands leugnende Thesen und rassistisches Gedankengut enthielten sowie Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie verunglimpften. Außerdem propagierte der FFD ausländerfeindliche Parolen mit zum Teil volksverhetzendem und antisemitischen Inhalten. Pauschal wurden Asylbewerber als "Schmarotzer, Lügner, Kriminelle, Abenteurer, Rauschgift Händler und Tagediebe" bezeichnet (Flugblatt Nr. 93 und 96). Damit wurde insbesondere das Grundrecht der Menschenwürde und der Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Diese Flugblätter verteilten Rechtsextremisten aus unterschiedlichen Gruppierungen bundesweit.

Dokumente

FFD-Flugblatt Nr. 53

"Der Widerstand im deutschen Volk regt sich! Ausländische Bordellbesitzer werden vertrieben. Ausländische Glücksspieler werden von deutschen Straßen gejagt. Von Mitte September bis Mitte Oktober 1991 wurden 532 Anschläge auf ausländische Rauschgift- und Diebszentralen - Asylantenwohnheime genannt - ausgeführt. In einer Woche im Oktober allein 72 Brandanschläge. Das deutsche Volk tritt zum Widerstand gegen seine Auslöschung an und beginnt sich zu wehren - wie es das Grundgesetz befiehlt! Deutsches Volk, wehr' dich gegen Deine Feinde!"

Verbotsverfügung des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25. August 1993

"Verfügung:

1. Die Tätigkeit des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) läuft den Strafgesetzen zuwider und richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.
2. Der "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) ist verboten. Er wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für den "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.
4. Das Vermögen des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD) wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

2.1.13 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)

Sitz: Bochum

Vorsitzender: Martin VOIGT
Publikation: Unabhängige Nachrichten (UN)
erscheint monatlich
Auflage ca. 10.000

Der UFK ist eine im Jahre 1969 gegründete Funktionärsgruppe ohne erkennbare Organisationsstruktur. Er tritt auch als "Unabhängige Freundeskreise" auf. Mit dem UFK personell verzahnt und in den Agitationsthemen übereinstimmend war der am 25. August 1993 verbotene FFD. Ein Verbot der UFK kam nicht in Betracht, weil die ein Verbot voraussetzende Organisationsstruktur hier nicht erkennbar wurde.

Die Aktivitäten des UFK beschränken sich auf die Herausgabe der Monatsschrift "Unabhängige Nachrichten" (UN) und von Flugblattsonderdrucken. Der UFK verbreitet seine Druckschriften bundesweit, wobei das Druckmaterial nicht nur Interessenten, sondern auch unaufgefordert Bürgern zugesandt wird.

Waren die Hauptthemen der rechtsextremistischen Agitation in den Vorjahren die Leugnung des Holocaust und der deutschen Kriegsschuld, so steht in letzter Zeit eine aggressive und rassistisch motivierte Propaganda gegen Asylbewerber und Ausländer im Vordergrund.

Dokumente

Auszug aus: UN, Nr. 5/93, Seite 6:

"Die Narrenfreiheit der Schuldigen muß ein Ende haben!"

"Die eigentlichen Schuldigen an dieser Entwicklung in unserem Land und den hieraus resultierenden Spannungen sind diejenigen Politiker, die Scheinasylanten aus allen Ländern nach Deutschland zu kommen ermuntern und bei uns eine 'multikulturelle' Gesellschaft - richtiger gesagt eine multikriminelle Gesellschaft - einführen wollen."

Auszug aus: UN Nr. 7/93, Seite 7:

"Um das naturschädliche, ökologisch zerstörerische und die Müllberge erhöhende sogenannte Wirtschaftswachstum weiter anzuzehnen, holten aus Gründen mieser Geschäftemacherei verantwortungslose Kapitalisten später Millionen Gastarbeiter in das bereits überfüllte Land der Deutschen." ... "Welch ein raffinierter Betrug! Damals wagte man dem Deutschen Volk noch nicht zu sagen, daß hinter all dem ein hinterlistiger Plan verborgen war, nämlich am Ende das Deutsche Volk durch Multikultur, also Kultur- und Volkszerstörung endgültig zu vernichten!"

2.1.14 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

Die GdNF war keine eigenständige Organisation, sondern vielmehr eine zusammenfassende Bezeichnung der Anhängerschaft des im April 1991 verstorbenen Michael KÜHNEN. Sie war, streng am Vorbild der NSDAP orientiert, auf die alleinige, uneingeschränkte Führerschaft KÜHNENs ausgerichtet. In diesem Sinne existiert die GdNF seit dem Tod KÜHNENs nicht mehr.

Heute handelt es sich bei der GdNF um ein anonymes Redaktionskollektiv um die Schrift "Die Neue Front". Diese wird über eine Postfachadresse in den Niederlanden vertrieben. Sie erscheint unregelmäßig.

Der heute herausragende Neonazi und bundesweite Koordinator und Organisator für neonazistische Aktivitäten, der Funktionär der Hamburger "Nationale Liste" (NL), Christian WORCH, war ein Anhänger KÜHNENs. Er wird in der Szene als

der eigentliche Nachfolger KÜHNENs betrachtet, obwohl er in organisatorischen und taktischen Fragen völlig andere Wege beschreitet. WORCH sieht die Zukunft der Neonazis in der Gründung einer Vielzahl von regionalen Gruppierungen ohne feste Organisationsstrukturen, bis hin zu kleinen autonomen Kameradschaften, die kommunikativ vernetzt sind.

2.1.15 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt am Main	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 30	ca. 30
Bund:	ca. 220	ca. 220
Publikation:	Nachrichten der HNG erscheint monatlich	

Die HNG betreut seit ca. 1979 "nationale politische Gefangene" und ihre Familienangehörigen im In- und Ausland. Darüber hinaus will sie "über die politische Verfolgung volksbewußter Deutscher und über die Haftbedingungen von nationalen politischen Gefangenen" informieren und "diese juristischen Ungerechtigkeiten" veröffentlichen. In den "Nachrichten der HNG" wird monatlich eine Gefangenenliste abgedruckt. Sie informieren bundesweit über rechtsextremistische Organisationen und Aktivitäten. Aufgrund guter Kontakte der HNG zu zahlreichen Neonazis im In- und Ausland kann sie als wichtiges Bindeglied innerhalb der neonazistischen Szene bezeichnet werden.

Deckblatt HNG-Nachrichten

NACHRICHTEN DER



September 1993
15. Jahrgang – Nr. 154

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG). – Schriftleiter und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Christian Scholz, ... – Vorsitzende der HNG: Ursel Müller

Exekutivmaßnahmen wenige Tage vor der Jahreshauptversammlung am 20. März 1993 in Ulrichstein / Hessen führten zur kurzfristigen Absetzung der vorgesehenen Vorstandsneuwahlen von der Tagesordnung. Auf einer weiteren Jahreshauptversammlung am 4. September 1993 in Schotten / Hessen wurde Ursula MÜLLER aus Mainz als Vorsitzende der HNG in ihrem Amt bestätigt. An beiden Jahreshauptversammlungen nahmen ca. 100 Personen teil.

2.1.16 Initiative Gesamtdeutschland (IG)

Sitz: Bonn
Mitglieder: 1993 ca. 60 1992 ca. 60
Publikation: Deutschlandbote
erscheint monatlich (laut Impressum)
Mailbox: Germania-Mailbox, Bonn; im Thule-Netz
Organisation

Die IG ist ein Zusammenschluß von Rechtsextremisten aus unterschiedlichen Parteien von REP bis zur FAP und insofern ein Forum der rechtsextremistischen Szene im Raum Bonn/Siegburg.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Die Aktivitäten der IG beruhten auch 1993 im wesentlichen auf der Durchführung von Vortragsveranstaltungen im Raum Bonn in der Form von geschlossenen Veranstaltungen. Bei den jeweiligen Rednern handelte es sich um bekannte Persönlichkeiten unterschiedlicher rechtsextremistischer Parteien/Gruppierungen. Die IG wendet sich mit Ihren Veranstaltungen an alle "national Gesinnten" und sieht sich selbst als ein Element der "Vernetzung". Sie betreibt seit dem 1. Juli 1993 eine eigene nationale Mailbox, die "GERMANIA-Mailbox", die mit dem "THULE-Netz", einem Verbund rechtsextremer Mailboxen, vernetzt ist.

Politische Ziele

Die IG setzt sich unter anderem ein für

- eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Deutschen,
- die Schaffung eines ausgeprägten gesamtdeutschen Nationalgefühls,
- das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen im geschlossenen deutschen Sprach- und Siedlungsgebiet Mitteleuropas,
- die Aufrechterhaltung bzw. Erneuerung des völkerrechtskonformen Anspruchs auf die deutschen Ostgebiete,
- den Schutz des deutschen Volkes vor kultureller und ethnischer Überfremdung,
- Errichtung eines gesamtdeutschen Staates, wie er am 12.11.1918 durch den Zusammenschluß der Republik Deutsch-Österreich mit dem Deutschen Reich beabsichtigt war.

2.1.17 Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz

NRW: Wuppertal

Bund: Wuppertal

Vorsitzende

NRW: Michael PRÜMMER

Bund: Andreas STORR

Mitglieder 1993 1992

NRW: ca. 30 ca. 50

Bund: ca. 190 ca. 200

Publikation: Einheit und Kampf
erscheint unregelmäßig
Auflage ca. 1.500

Organisation

Die 1969 als Jugendorganisation der NPD gegründeten JN haben 1993 organisatorisch stark an Boden verloren. Verfügten sie im Jahre 1991 bundesweit noch über 500 Mitglieder, liegt ihre Mitgliederzahl jetzt bei ca. 190. Ursächlich dafür sind desolaten innerorganisatorische Verhältnisse sowie andauernde Querelen mit der Mutterpartei NPD.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Am "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" (14. August) in Fulda und an der "Heldengedenkfeier" (14. November) in Halbe/Brandenburg nahmen JN-Angehörige teil.

Am 20. Mai 1993 fand der nordrhein-westfälische JN-Landeskongreß in Bochum statt. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Michael PRÜMMER gewählt.

Prognosen 1994

Die JN sind zum Teil ein wichtiges Bindeglied zwischen neonazistischen Organisationen und anderen Rechtsextremisten. Es ist nicht auszuschließen, daß in Zukunft von Organisationsverboten betroffene Neonazis in den JN eine neue Organisation suchen.

Politische Ziele

Die JN verfolgen die politische Linie der NPD. Sie artikulieren sich aber zum Teil wesentlich aggressiver.

"Wir Jungen Nationaldemokraten und unsere Mutterpartei, die NPD, sind eine nationalistische Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft, die nicht Bestandteil des Systems sein will, sondern gegen dieses System kämpft, weil keine der Zukunftsfragen unseres Volkes, Europas, ja der ganzen Welt durch dieses gelöst werden können. Die hervorstechendste Eigenschaft des bestehenden Systems ist die Unwissenheit gegenüber den Bedrohungen der Zukunft, der Lüge über die Vergangenheit unseres Volkes und der Überheblichkeit und Überhöhung der Gegenwart".
(*"Deutsche Stimme"*, Nr. 6/93, Seite 7)

2.1.18 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz

NRW: Bochum-Wattenscheid

Bund: Stuttgart

Vorsitzende

NRW: Udo HOLTSMANN

Bund: Günter DECKERT

Mitglieder 1993 1992

NRW: ca. 700 ca. 700

Bund: ca. 5.000 ca. 5.000

Publikation: "Deutsche Stimme"
erscheint monatlich
Auflage 48.000
"NPD Deutsche Zukunft Landesspiegel NRW"
erscheint monatlich,
Auflage 5.000

Organisation

Die NPD gliedert sich bundesweit in 15 Landesverbände; Berlin und Brandenburg bilden einen gemeinsamen Landesverband. Der nordrhein-westfälische Landesverband verfügt über 54 Kreisverbände, die unterschiedlich aktiv sind.

Die NPD wurde 1964 gegründet. Sie ist aus der rechtsextremistischen "Deutschen Reichspartei" (DRP) hervorgegangen.

Personal

Am 23. Mai 1993 fand in Essen der 29. ordentliche Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD statt. An der Veranstaltung, die ohne Störungen verlief, nahmen ca. 100 Personen teil. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Landesvorstandes. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Udo HOLTSMANN gewählt.

Der bisherige Parteivorsitzende Günter DECKERT wurde auf dem Bundesparteitag am 18. September 1993 in seinem Amt bestätigt, der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Udo HOLTSMANN zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Aus Nordrhein-Westfalen gehören insgesamt vier Funktionäre dem neugewählten Parteivorstand an.

Finanzen

Die angespannte Finanzsituation der Bundespartei besteht unverändert fort. Aufgrund des schlechten Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 1990 muß die NPD noch rund 750.000 DM Wahlkampfkostenvorauszahlungen an die Verwaltung des Deutschen Bundestages zurückzahlen.

Dagegen kann die Finanzlage des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen als ausgeglichen angesehen werden. Die bei der Landtagsverwaltung bestehenden Schulden in Höhe von ca. 33.000 DM (Wahlkampfkostenvorauszahlungen) konnten durch hohe Spenden im Jahr 1993 zurückgezahlt werden.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

NPD-Landesparteitag NRW

Die NPD hat auf dem Landesparteitag im Mai 1993 die im April 1991 initiierte "Aktion Volksbegehren" offiziell eingestellt. Ziel der Aktion war der Erlass eines "Gesetzes zur Rückführung von asylmißbrauchenden Ausländern". Von Beginn an kam die Aktion nur schleppend voran. Der NPD gelang es nicht, die erforderlichen 3.000 Unterschriften für den Antrag auf Zulassung der Listenauslegung beizubringen.

NPD-Arbeitsrichter Peter MARKERT endgültig amtsenthoben

Der frühere nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Peter MARKERT muß seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Bochum aufgeben. Nach der vorläufigen Amtsenthebung im Januar 1993 ist MARKERT wegen grober Pflichtverletzung durch Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 25. August 1993 (Az.: 8 AR 44/92) endgültig von seinem Amt suspendiert worden.

25. ordentlicher Bundesparteitag der NPD

Die NPD veranstaltete nach konspirativ geführten Vorbereitungen am 18. September 1993 ihren Bundesparteitag im niedersächsischen Coppenbrügge. Der Parteitag wurde nach heftigen Protesten der Bevölkerung und auf Druck von Gegendemonstranten und Kommunalpolitikern vorzeitig beendet.



Ziele im Wahljahr 1994

Schwerpunktthema der NPD sind die Wahlen 1994. In der Wahlkampfplanung 1994 zur Europa- und Bundestagswahl heißt es: "... stehen uns die schwersten Wahlkämpfe aller Zeiten bevor, dessen vorrangigstes Ziel jedoch die finanzielle Sanierung der NPD durch Erreichen der 0,5 %-Schmerzgrenze bei der Europawahl sein muß." (Wahlkampfkostenerstattung wird nur den Parteien gewährt, die wenigstens 0,5 % der Zweitstimmen erreichen).

Mit einer Kandidatur bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen ist nur punktuell und ausnahmsweise zu rechnen.

Prognosen 1994

Trotz fehlender Wahlerfolge und schwieriger Finanzlage ist die NPD politisch nicht am Ende, da sie nach wie vor eine feste Bezugsgröße für andere neonazistische und nationalistische Parteien und Organisationen darstellt. Etliche Funktionäre von

REP, DVU, DLVH bis hin zur FAP haben in der NPD ihren Werdegang begonnen und könnten unter geänderten Umständen wieder bei der NPD Unterschlupf suchen.

Politische Ziele

Die NPD dokumentiert ihre rechtsextremistische Einstellung unter anderem durch ihr Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus und durch die aggressive Diffamierung demokratischer Institutionen und Personen.

Nach Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts darf die NPD als "eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung" bezeichnet werden.

Die NPD agitiert in ihren Propagandaschriften gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber. Für sie sind Ausländer lediglich "Partner auf Zeit", daher lehnt sie jede "Eingliederung (Integration) politisch-rechtlicher Art" ab.

Ihre antisemitische Agitation verbindet die NPD mit einer Relativierung der NS-Verbrechen.

In der Publikation "Deutsche Zukunft Landesspiegel NRW", Ausgabe April/Mai 1993, polemisiert sie unter der Überschrift "Auschwitz abreißen" gegen die Absicht der Bundesregierung, das verfallende Konzentrationslager Auschwitz mit deutscher Finanzhilfe zu erhalten. Ihre verfassungsfeindliche Hetze zeigt die NPD in "Deutsche Zukunft-Landesspiegel NRW", Ausgabe Nr. 6/7-1993, unter dem Titel "Die Infamie der Verleumdung": "Das Faß der deutschfeindlichen siegermächtsdemokratischen Politik ist übergelaufen. Durch infame Verleumdung, nach Muster der 'Reeducation' (Umerziehung) der 45er Siegermächte, ist die Denkweise im Volk nicht mehr zu ändern. Die Volkswut bleibt, das beweist die Fortsetzung der Brandanschläge." NATO und EG lehnt die NPD "als Instrumente der internationalen Disziplinierung und Fremdbestimmung der Deutschen" ab. ("Deutsche Zukunft-Landesspiegel NRW", Ausgabe Nr. 8/1993, Seite 3).

2.1.19 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Sitz:	Wuppertal	
Vorsitzender:	Martin LAUS	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 10	ca. 15
Bund:	ca. 50	ca. 50
Publikation:	Vorderste Front erscheint halbjährlich Auflage 500	

Die Herausgabe der NHB-Publikation "Vorderste Front" ist die einzige Aktivität des ansonsten bedeutungslosen Studentenverbandes der NPD. In der Publikation werden Staat und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland verunglimpft. *"Niemand in der deutschen Geschichte gab es einen Staat, der kleinkariert, häßlicher, verschrumpelter und weniger deutsch war als die Bananenrepublik". An anderer Stelle heißt es: "Aber es ist nicht nur die immer mehr entartende Form des bundesrepublikanischen Parteiensystems, sondern es ist die Erscheinung 'Partei' als solche, die unsere Kritik und Ablehnung herausfordert Parteienherrschaft bedeutet, daß man Teilinteressen höher ansetzt als das Ganze. ... die Parteienherrschaft führt über die Volksspaltung letztlich zur völligen Auflösung der Volks-*

gemeinschaft und zum erbarmungslosen Kampf gegen alle, zur sprichwörtlichen Hölle auf Erden."

2.1.20 Nationaler Studentenbund Deutschland (NSBD)

Seit einiger Zeit tauchen an der Universität - Gesamthochschule Duisburg - üble, strafrechtlich relevante Flugblätter mit besonders ausländer- und frauenfeindlichem sowie neonazistischem Inhalt auf. Einschlägige Pamphlete wurden auch Fachzeitschriften und Angehörigen der Universität unter ihren Privatanschriften zugesandt. Als Verfasser oder Herausgeber ist ein "Nationaler Studentenbund Deutschland - NSBD" angegeben bzw. identifizierbar. Vieles spricht dafür, daß sich hinter der Bezeichnung "NSBD" ein Einzeltäter versteckt, der durch dieses Pseudonym lediglich die Existenz einer im Hochschulbereich tätigen Gruppe von Rechtsextremisten vortäuschen will. Die Staatsanwaltschaft Duisburg führt ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung und anderer Straftaten.

2.1.21 Nationalistische Front (NF)

Entwicklung nach dem Verbot der NF

Das Verbot der NF im November 1992 führte unter den Mitgliedern zu Verunsicherungen und Austritten. Die NF-Mitglieder wurden u.a. dazu aufgerufen, keine Aktivitäten im Namen der NF zu entfalten, auf die Gründung einer Ersatz"partei" zu verzichten, da diese als Nachfolgeorganisation bewertet werden könnte, den Kampf jedoch fortzuführen und die ehemalige NF als "Gesinnungsgemeinschaft um Meinolf SCHÖNBORN" durch aktive Mitarbeit oder Spenden zu unterstützen. Das von der NF genutzte Objekt in Detmold-Pivitsheide gehörte zum Zeitpunkt des Verbots anteilig vier NF-Mitgliedern. Es konnte nicht eindeutig dem NF-Vermögen zugeordnet werden. Das Objekt befindet sich nunmehr im Besitz des letzten Vorsitzenden SCHÖNBORN. Es wird nach wie vor von Neonazis angelaufen. Die Polizei hat daraufhin das Objekt mehrfach durchsucht, da der Verdacht bestand, daß die Zusammenreffen von Neonazis als Verstoß gegen § 20 Vereinsgesetz zu werten sind.

Entwicklung des Verbotsverfahrens

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Beschluß vom 25. März 1993 den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage der NF gegen die Verbotsverfügung vom 26. November 1992 und Aufhebung der Vollziehung abgelehnt und dabei ausführlich begründet, daß die NF keine Partei im Sinne von Art. 21 Grundgesetz sei:

"Der Wille zur parlamentarischen Mitarbeit auf Bundes- oder Landesebene ist ... ein unverzichtbarer Bestandteil des Parteienbegriffs. Ferner genügt zur Begründung der Parteieigenschaft nicht die verbale Erklärung einer Vereinigung, Partei sein und an Wahlen teilnehmen zu wollen. Vielmehr muß sich die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung durch Tatsachen, insbesondere die in § 2 Absatz 1 Satz 1 ParteiG genannten Kriterien belegen lassen." Ein solcher ernsthafter Wille sei bei der NF "bis zum Zeitpunkt der Verbotsverfügung nicht erkennbar. Anlässlich der Europawahlen am 18. Juni 1989 erschien in der Publikation 'Umsturz' ein Artikel, der die generelle Einstellung der Antragstellerin zu Wahlen darlegt. ... Dort heißt es, daß mit den Wahlen in diesem System nichts geändert werden könne und die Machtfrage auf anderer Ebene ent-

schieden werde. Zwar mag dies die Bereitschaft zur Mitwirkung in Volksvertretungen des Bundes oder der Länder nicht von vornherein ausschließen. Der weitere Hinweis, die Teilnahme an der Wahl sei 'aus rechtlichen Gründen' anzustreben, 'außerdem würde der Bekanntheitsgrad der NF enorm vergrößert, was der Verbreitung unserer revolutionären Ideen dienlich' sei, rechtfertigt aber die Annahme, daß die Antragstellerin sich nur zum Schein um eine parlamentarische Vertretung bemüht, in Wahrheit darauf jedoch keinen Wert legt, sondern sich nur das Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 2 GG sowie die mit der Wahlteilnahme verbundenen Wirkungsmöglichkeiten in öffentlichen Medien sichern will."

Darüber hinaus "bestätigt nach summarischer Prüfung die Würdigung des ausgewerteten Beweismaterials in seiner Gesamtheit die Annahme des Verbotstatbestandes durch den Bundesminister des Innern. ... Nach allem spricht der gegenwärtige Sachstand gegen die Erfolgsaussicht der von der Antragstellerin erhobenen Klage auf Aufhebung der Verbotsverfügung." (Siehe auch 2.2.2.4 Verlag und Versandhandel Meinolf Schönborn).

2.1.22 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz: Postfach in Nebraska/USA

Leitung: Gary Rex LAUCK

Publikation: "NS-Kampfruf" erscheint sechsmal jährlich

Unter der Bezeichnung "NSDAP/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO) produziert der US-amerikanische Staatsbürger Garry Rex LAUCK neonationalsozialistisches Propagandamaterial.

Bei dem Propagandamaterial handelt es sich um die sechsmal jährlich erscheinende Zeitschrift "NS-Kampfruf", um Flugblätter, Plakate und Aufkleber, die auch unaufgefordert an Bewohner der Bundesrepublik Deutschland versandt werden, sowie um Hakenkreuzfahnen und Armbinden mit Hakenkreuz.

Die NSDAP-AO ist keine Organisation, sondern sie besteht aus einer Anzahl von Einzelpersonen und kleinen Neonazigruppen, die als freiwillige Helfer das von LAUCK produzierte Agitationsmaterial beziehen und in Deutschland verbreiten. Da in den USA im Gegensatz zur Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland die Herstellung und Verbreitung neonationalsozialistischen Propagandamaterials nicht verboten sind, können dort keine Maßnahmen gegen LAUCK ergriffen werden.

Die deutschen Sicherheitsbehörden bemühen sich, in enger Zusammenarbeit mit den Zollbehörden, das Propagandamaterial im Rahmen von Durchsuchungen sicherzustellen bzw. nach dem Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote von 1961 zu beschlagnahmen. Da die NSDAP/AO jedoch konspirativ arbeitet, gelang es bisher nur gelegentlich, Sendungen zu beschlagnahmen oder Verbreiter strafrechtlich zu verfolgen.



2.1.23 Rechtsextremistische Skinheads

Anhänger	1993	1992
NRW:	ca. 400	ca. 400
Publikationen:	Moderne Zeiten (seit April 1993) erscheint monatlich Auflage angeblich 10.000	

Skinheads bilden durch ihr äußeres Erscheinungsbild, mehr aber durch ihre Musik und ihre Schriften eine Subkultur, die allerdings nur teilweise als rechtsextremistisch einzuordnen ist. In vielen Fällen beschränken sich die Verbindungen zu rechtsextremistischen Parteien und Organisationen auf sporadische Teilnahme an Veranstaltungen oder das Empfangen sowie Verteilen von Propagandamaterial durch Gelegenheitsaktivisten. Sofern sich Skinheads dem organisierten Rechtsextremismus anschließen, ist ihre Entscheidung, mit welcher Gruppierung sie Kontakt aufnehmen, von Zufälligkeiten und Beliebigkeit geprägt.

Der gemeinsame ideologische Nenner vieler Skinheads ist ein diffuser, aus Rassismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Haß auf die "linken Zecken" gespeister Rechtsextremismus.

Skinhead-Musik

Ein bedeutsames Medium der subkulturellen Skinheadszenen, die überwiegend aus Jugendlichen und Heranwachsenden besteht, ist ihre Musik, deren aggressive und vielfach parolenhafte Texte die diffusen politischen Vorstellungen der Skinheads widerspiegeln.

Skinhead-Fanzines

Bei den sogenannten "Fanzines" (Fan-Magazin) handelt es sich um Druckwerke, die für Anhänger der Szene und deren Zusammenhalt bestimmt sind. Sie enthalten insbesondere Informationen über Konzerte von Skinhead-Bands sowie Neuerscheinungen und Bezugsadressen der entsprechenden Tonträger. Darüber hinaus informieren sie über szenetypische Aktivitäten wie Skinhead-Treffen und Feten. Ein Teil der Fanzines enthält rechtsextremistisches Gedankengut. In ihnen wird zusätzlich über politische Demonstrationen von Rechtsextremisten berichtet. Weiterhin wird unter Angabe von Personennamen und Anschriften der Strafvollzugsanstalten dazu aufgefordert, die Publikationen an inhaftierte "Kameraden" zu versenden und sich um sie zu kümmern. Auf diese Weise soll die Lösung inhaftierter rechtsextremistischer Straftäter von der Szene verhindert werden.

Maßnahmen gegen Hersteller und Verbreiter rechtsextremistischer Skin-Musik

Aufgrund der bundesweit gesammelten Verfassungsschutzkenntnisse wurden am 3. Februar 1993 in sieben Ländern abgestimmte Exekutivmaßnahmen gegen die Hersteller und Verbreiter rechtsextremistischer Skin-Musik durchgeführt. Die Polizei durchsuchte unter anderem wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Gewaltdarstellung Wohnungen, Übungs- und Geschäftsräume von zehn Bands sowie zwei Musikverlagen, die Tonträger mit Skinheadmusik vertreiben. Dabei wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt. Waffen und Munition stellte die Polizei bei Mitgliedern von Bands in Bottrop (Skinband "Stuka") und Gütersloh (Skinband "Werwolf") sicher.

CD der Gruppe Kettenhund: "Ein ganz besonderer Dank geht an die Medien und den Verfassungsschutz ... "

CD der Gruppe Kettenhund: „Ein ganz besonderer Dank geht an die Medien und den Verfassungsschutz ...“



KETTENHUND

Intro	Todesmarsch
Kettenhund	Land in Not
Politiker	Ora et deflora
Es war einmal	Sie leben
Alltag	Inquisition
Pipi	Konserventanz

Die Gruppe KETTENHUND distanziert sich von Brandanschlägen und Gewalttaten jeglicher Art !
Stoppt die sinnlose Gewalt und gebt endlich dem Verstand eine Chance !

Ein ganz besonderer Dank geht an die Medien und den Verfassungsschutz, ohne deren zahlreiche Überstunden wir nie so bekannt geworden wären.

Produziert von
KETTENHUND
für
SCHÄDEL RECORDS

aufgenommen und abgemischt
im SALA - Tonstudio
Feb.-Mrz. 1993

T - Shirts, Sweat - Shirts
Aufkleber, Infos, etc.
bei
KETTENHUND
PLK 01 17 48 D
71634 Ludwigsburg

S R 0 0 1

ALLTAG

KETTENHUND

KETTENHUND

ALLTAG

Einer der Schwerpunkte war die Durchsuchung von drei Objekten des Plattenvertriebs "Rock-o-Rama" in Köln und Brühl, der Tonträger von zahlreichen Skinhead-Bands im In- und Ausland vertreibt.

Am 15. Juli 1993 wurden in 6 Ländern Exekutivmaßnahmen (Durchsuchungen von Wohnungen, Autos und Postschließfächern) gegen 12 Hersteller von Skinhead-Fanzines und 2 Geschäftsführer eines Versandhandels wegen des Verdachts eines Verstoßes nach §§ 86 a (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisation), 130 StGB (Volksverhetzung) und nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) durchgeführt, aus deren Anlaß umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt werden konnte.

In Nordrhein-Westfalen waren der "Donner Versand" in Lüdenscheid sowie der Herausgeber des Skinhead-Fanzines "Phönix" aus Issum, Kreis Kleve, betroffen. In beiden Fällen waren die eingeleiteten Ermittlungsverfahren Anfang 1994 noch nicht abgeschlossen.

Urteile gegen Angehörige der Skinhead-Szene

1993 kam es bundesweit zu etlichen Strafurteilen gegen Angehörige von Skin-Bands und gegen Herausgeber von Skinhead-Fanzines. In NRW wurden Mitglieder der folgenden Skin-Bands wegen Volksverhetzung und anderen Delikten zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt:

- Stuka aus Bottrop,
- Störkraft aus Düsseldorf/Andernach,
- Entwarnung, vormals Ultra Doitsch, aus Wuppertal.

Gegen die Musikkassette "Stolzdoitsch" der Skin-Band Legion Condor aus Radevormwald wurde Ende Oktober 1993 ein Indizierungsantrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) gestellt.

Der Herausgeber des Skinhead-Fanzines "Der Aktivist" aus Oer-Erkenschwick wurde wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Weitere Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Britisches Skin-Idol verunglückt

Der britische Staatsbürger Ian Stuart DONALDSON (36) - genannt Ian STUART -, Bandleader der englischen Skinhead-Musikgruppe "Skrewdriver", ist am 24. September 1993 nach einem Autounfall in Großbritannien verstorben. Er gilt seit Mitte der 80er Jahre als die Kultfigur der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene. Er hat mit seinen Texten und seiner Musik die Entwicklung der rechtsextremistischen Skinheadszenen entscheidend mitgeprägt. Mit seinen englischen Skinbands "Skrewdriver", "Klansmen", "White Diamond" und "Strikeforce" sowie im Rahmen diverser Soloprojekte brachte er zahlreiche Schallplatten heraus. Seine Auftritte in der Bundesrepublik wurden von seinen Anhängern stets als herausragende Ereignisse gefeiert. Zeit seines Lebens propagierte er den Kampf gegen "Rassenvermischung", "Kommunisten", "Kapitalisten" und "Zionisten".

Neues Skin-Fanzine "Moderne Zeiten"

Seit April 1993 erscheint in Düsseldorf die Publikation "Moderne Zeiten", eine professionell produzierte Folgepublikation des ehemaligen Fanzines "Frontal" aus Essen. Daß auch in "Moderne Zeiten" rechtsextremistisches Gedankengut vertreten wird, ergibt sich u. a. aus folgenden Aussagen in der Erstausgabe: "Ihr werdet Euch fragen: Was soll das? Warum 'Moderne Zeiten'? Wir sagen, es ist an der Zeit, eine breitgestreute, monatlich erscheinende, bundesweite Szene-Zeitung über bzw. mit nationaler Gegenkultur von R E C H T S zu etablieren. Wir wollen für Euch der Puls des Geschehens sein."

Auswirkungen auf die Szene und Entwicklungstendenz

Die Vielzahl von Verurteilungen und Indizierungen hat nachhaltige Auswirkungen auf die Szene. Teilweise distanzieren sich Skin-Bands von ausländerfeindlichen Gewalttaten, teilweise werden die Texte entschärft. Kommerzielle Interessen dürften hierbei eine große Rolle spielen. So hat die Band "Störkraft" in ihrer neuesten CD mit dem Titel "Mordbrenner - Ihr gehört nicht zu uns" zwar der Gewalt gegen Ausländer abgeschworen, sich aber nicht von ihren früheren rassistischen und nationalistischen Produktionen distanziert.

Derzeit ist zu beobachten, daß sich die Skinheadszenen insofern wandelt, als in Teilbereichen neue "Strömungen" erkennbar werden. Viele Skinheads, die jahrelang der Szene angehörten, wenden sich von ihr ab. Häufig ist damit auch eine Änderung des persönlichen Outfits verbunden, um nicht mehr als Skinhead erkannt zu werden. Sie sind der Meinung, daß es sich nicht mehr lohne, für etwas

einzustehen, das vom "Nachwuchs" zerstört werde. Dies wird z. B. in Äußerungen von Skinheads deutlich: "Man kann gern gegen Ausländer etwas haben, aber man darf nie einen Mord für irgendeine Ideologie in Kauf nehmen." Häufig ist auch eine Hinwendung zur gewalttätigen, unpolitischen Hooliganszene oder zu anderen Subkulturgruppen festzustellen. Auch schließen sich Skinheads sogenannten "Psychos" oder "Psychobilly's" an. Ansatzweise liegen Verflechtungen mit "Scooters" bzw. "Scooterboy's" vor.

"Psychos"

Die seit Beginn der 80iger Jahre in Erscheinung getretene Subkulturgruppe der "Psychos" (auch: Psychobilly's) war über lange Zeit unpolitisch. Deren Motto lautete ausschließlich "Fun, Suff, Sex und Rock'n Roll". Die in der Altersstruktur mit der Skinheadszene vergleichbaren "Psychos" sind erkennbar am "flat", d. h. in die Stirn gestylte Haare mit an den Seiten kurzem Haarwuchs und zur Kopfmittle hin länger werdendem Stoppelhaarschnitt. Sie tragen in der Regel Springerstiefel und Bomber/Lederjacke. "Psychos" nehmen häufig an Skinhead-Konzerten teil, und umgekehrt nehmen Skinheads an Konzerten von "Psychos" teil. Beide Gruppierungen verbindet die besondere Tanzform "Pogo" und die Vorliebe zur "Ska-Musik". Zwischen Skins und Psychos besteht im allgemeinen - von Ausnahmen abgesehen - keine Feindschaft.

"Scooters/Scooterboys"

Anfang der 60iger Jahre entstand in England die Subkulturgruppierung der "Mods", die sich durch ihre Lebenseinstellung von den "Spießern" absetzen wollten. In aller Regel stammten die "Mods" aus begüterten Familien und kleideten sich mit in der Szene bekannten Markenartikeln. Heute bezeichnen sich die früheren "Mods" als "Scooters/Scooterboys" und tragen die gleiche Kleidung wie Skinheads. Sie bevorzugen "Oi, Punk, Soul und Ska-Musik". Bei Zusammenkünften von Scooters, sogen. "Scooter-runs" oder "Soul-nighter/ bzw. All-nighter", sind auch viele "Sharp-Skins" vertreten. Beide Gruppierungen sind äußerlich oft nur durch entsprechende Aufnäher zu unterscheiden. Seit kurzer Zeit sind bei Treffen der rechtsextremistisch bestimmten Skinheadszene vereinzelt auch "Scooters" anzutreffen.

"Psychos" und "Scooters/Scooterboys" werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.

Frauenbild der Skinheads

Das Frauenbild der Skinheads orientiert sich nicht an völkisch geprägten Frauenbildern, wie sie insbesondere vom historischen Nationalsozialismus propagiert und heute unter anderem von der Wiking Jugend aufgegriffen werden (siehe auch 2.1.26 Wiking Jugend). Weibliche Skinheads, Renees genannt, gehören mit zur Szene, treten jedoch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen nur selten in Erscheinung. Ihr Selbstverständnis, aber auch die Rolle, die sie für ihre männlichen Partner spielen, wird am Beispiel des Renee-Foto-Kalenders deutlich.

Liedtext von "Störkraft" (1993): "Mörder ohne Reue"

*"Der Mond zieht auf, Nebel zieht durch die Nacht
Der Mob versammelt sich am Rande der Stadt.
Nun zieh'n sie los, den rechten Arm zum Gruß.
Sie bringen dir den Tod.
Ob Frau'n, ob Kinder, vor nichts schreckst du zurück.
Ohne Reue, du bist das Gericht.
Ein Mörder ohne Reue, ein Mörder ohne Gesicht.*

*Wer gibt dir das Recht, wer gibt dir das Recht?
Die Bombe ist gefallen, Häuser wurden abgebrannt.
Menschen mußten sterben, die dich besuchten in unserem Land.
Verbrannte Kinder, vom Feuer entstellte Glieder.
Mit Stolz sangst du die deutschen Lieder.
Du nennst dich Skinhead, siehst genau so aus wie ich.
Du kotzt mich an, ich spuck dir ins Gesicht.
Weißt nichts von "Way of Life", von Kult, vom Stil, vom Leben.
Kennst nur den Haß, doch nicht die Bewegung.
Du trägst ... (nicht verständlich)
Durch diese Tat einen Kult zerstören.
Nun ziehst du los, den rechten Arm zum Gruß.
Die Bombe ist gefallen, Häuser wurden angebrannt.
Ein Land mußte bluten in unserem Land,
durch Idioten aus diesem Land."*

Liedtext der Skinheadmusikgruppe: 08/15; Demo Tape "Es geht los" (1993) vertrieben bei "Moderne Zeiten"

*"Wir sind jetzt da
Schaut jetzt her und seht uns an,
und traut Euern Augen gar nicht,
was Ihr seht, die 15er-Elite (?), die ist jetzt dran,
und damit wird's jetzt ... (?),
noch nie gesehen, doch immer gekannt,
das alles, was Ihr auf einmal braucht,
mit neuen Liedern im deutschen Land,
wird nun der Rest von Euch zusammen Staub (?)"*

Refrain:

*Wir sind die Kraft, die in jedem von Euch steckt.
Wir sind die Macht, die Euch aus Eurem Schläfe weckt.*

*Leere Versprechungen und dumme Lügen
habt Ihr uns und anderen erzählt,
doch wir werden Euch nicht mehr glauben,
es gibt nur eins, das für uns zählt,
unser eigenes Wort, das ist reell,
da könnt Ihr schreiben, das was Ihr wollt,
Wir geben keine Ruhe, wir kommen zu Euch,
Ihr werdet von uns noch ... (?)"*

Refrain:

*Wir sind die Kraft, die in jedem von Euch steckt,
wir sind die Macht, die Euch aus Eurem Schläfe weckt.
Wir sind jetzt da. 3 x*

Wiederholung 1. Strophe"

Liedtext von "Legion Condor" (1993)"

*Unsere Ehre die heißt Treue wir bauen das neue Deutschland auf,
das Deutsche Reich muß wieder leben in ihm darf es keine Kanaken mehr
geben.*

*Man hat uns betrogen da Deutschland geklaut
aber werden es schon wiederbekommen.
Wir werden kämpfen und werden siegen
bis alle? auf dem Boden liegen.*

Refrain:

*Wir haben uns Deutschland verschrieben,
weil wir unser Vaterland lieben,
wir haben gekämpft für unser Land,
und heben stolz die rechte Hand,
- die rechte Hand -*

.... ? ... ?

*aber schließlich steht Deutschlands Zukunft auf dem Spiel also laßt uns endlich was dagegen tun
unsere Waffen dürfen nicht mehr länger ruhen.
Durch die Kanaken ist Deutschland in großer Not
aber sie kriegen uns niemals tot
denn wir nehmen die Waffen in unsere Hand
und kämpfen für unser Vaterland.*

Refrain"

2.1.24 Revisionisten

Der rechtsextremistische Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des Hitlerreiches ändern will und damit eine Aufwertung des NS-Regimes bezweckt, ist nicht nur ein deutsches, sondern ein internationales Phänomen.

In den letzten Jahren hat das ursprünglich weit gefaßte Thema eine deutliche Eingengung erfahren. Anstelle der Leugnung historischer Tatsachen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg ist mittlerweile die verzerrende Darstellung eines Teilaspekts der Judenverfolgung im Dritten Reich, nämlich die von den Rechtsextremisten vehement bestrittene massenhafte Ermordung von europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager getreten. Diese Argumentationslinie wurde durch das derzeit wohl bekannteste revisionistische Machwerk, den "LEUCHTER-Report", auf die Frage reduziert, ob es technisch möglich war, in den als Gaskammern benutzten Räumen Häftlinge mittels Giftgas zu töten.

Der Verfasser dieses "Gutachtens", der amerikanische Revisionist Fred LEUCHTER wurde am 28. Oktober 1993 im Studio des Fernsehsenders SAT 1 in Köln auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Mannheim festgenommen. Er sollte kurz darauf in der Sendung "Schreinemakers live" auftreten und zum Thema "Professionelles Killen" in seiner Eigenschaft als Ingenieur und Gaskammerspezialist in den USA befragt werden.

LEUCHTER wurde nach Mannheim gebracht und kam in U-Haft. Grund des Haftbefehls war seine Teilnahme an einer vom NPD-Bundesvorsitzenden Günter DECKERT im November 1991 initiierten Veranstaltung in Weinheim/Rhein-Neckar-Kreis, auf der LEUCHTER behauptete, nach seinen eigenen Recherchen, die er in seinem "LEUCHTER Report" zusammenfaßte, habe der Massenmord an Juden im KZ Auschwitz niemals stattfinden können. Die technischen Einrichtungen dort seien für einen Mord an Millionen von Menschen überhaupt nicht geeignet gewesen.

Der "LEUCHTER Report" dient der internationalen rechtsextremistischen Revisionismusbewegung als "wissenschaftlicher Beweis", der den "Holocaust-Schwindel" angeblich aufklärt.

Der Haftbefehl gegen LEUCHTER wurde am 30. November 1993 gegen eine Kaution von 20.000 DM außer Vollzug gesetzt. Er kehrte daraufhin sofort in die USA zurück. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde der Haftbefehl wieder in Kraft gesetzt.

Führende deutschsprachige Publikation zur Verbreitung revisionistischen Gedankengutes ist die seit Mitte 1991 von dem ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht, Otto Ernst REMER herausgegebene "REMER-DEPESCHE". Laut Impressum erscheint sie monatlich in einer Auflage von 150.000 Stück. Seit der Ausgabe 2/1993 (März 1993) gibt REMER die Publikation nicht mehr allein heraus. Ein namentlich benannter Personenkreis tritt seitdem als Herausgeber auf. Sie wird über eine Anschrift in Brighton/Großbritannien vertrieben.

REMER, der wegen seiner neonazistischen Agitation wiederholt vorbestraft ist, wurde mit Urteil des Landgerichts Schweinfurt vom 22. Oktober 1992 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer 22monatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat mit Beschluß vom 16. November 1993 REMERs Revision gegen das Urteil verworfen. Er stützte sich auf Veröffentlichungen REMERs in mehreren Ausgaben der seinerzeit von ihm alleinverantwortlich herausgegebenen "REMER-DEPESCHE". In der Ausgabe 4/93 wird darauf hingewiesen, daß sich die Publikation zukünftig "auf die wichtigen Fragen des historischen Revisionismus konzentrieren" wird. Das bedeute, "... wir gehen jetzt bezüglich der Geschichtslüge aufs Ganze".

Eine der schillerndsten Figuren der deutschen Neonaziszene, der in München ansässige Bela Ewald ALTHANS, geriet im November 1993 bundesweit in die Schlagzeilen, als der von den Ländern Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hamburg mit öffentlichen Mitteln geförderte Dokumentarfilm "Beruf Neonazi" in die Kinos gelangte. Der Regisseur Wilfried Bonengel porträtiert in dem Film ALTHANS und stellt dessen internationale Kontakte dar. Er läßt ihn zu Wort kommen, gibt ihm die Möglichkeit, sich zu präsentieren, seine Aktionen zu erläutern, und beobachtet ihn bei den vielfältigen Aktivitäten zur Gewinnung von Anhängern und beim Ausbau seiner Organisation.

Besonderen Anstoß erregten dessen Äußerungen zur "Lüge von der Judenvernichtung in den Konzentrationslagern". Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt hat am 9. Dezember 1993 gegen ALTHANS wegen seiner Äußerungen in dem Film ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht eines Vergehens nach §§ 185 (Beleidigung), 189 (Verunglimpfung Verstorbenen), 130 (Volksverhetzung) und 86a (Verwenden von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation) Strafgesetzbuch (StGB) eingeleitet.

ALTHANS, der u.a. das "Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ) gründete, das er Anfang 1991 in "ALTHANS Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit" (ebenfalls AVÖ) umbenannte, versteht es, sich medienwirksam zu präsentieren und genießt deswegen eine hohe Präsenz in den Medien. Seine Hauptaktivitäten bestehen in der Organisation von revisionistischen Veranstaltungen mit Rednern, wie dem englischen Revisionisten David IRVING und dem in Kanada lebenden Ernst ZÜNDEL, Herausgeber der unregelmäßigen erscheinenden "GERMANIA-Rundbriefe", die inhaltlich von neonazistischen und antijüdischen Thesen bestimmt sind.

Oldendorf ein PC und Disketten sichergestellt, die anscheinend zur Herstellung der Schrift benutzt worden waren.

2.1.25 Sauerländer Aktionsfront (SAF)

Insgesamt gehören zu den in der SAF vereinten Stammtischen etwa 60 Personen. Zur Anhängerschaft zählen Neonazis und Skinheads. Die SAF unterhält enge Kontakte zur FAP und zum ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen NF, SCHÖNBORN.

Die "Stammtische" befassen sich in letzter Zeit auf ihren Veranstaltungen mit den sich häufenden Auseinandersetzungen mit Personen der linksextremistischen bzw. autonomen Szene. Darüber hinaus wird versucht, die Angehörigen der Stammtische in ihrer politischen Einstellung zur Asyl- und Ausländerproblematik zu radikalisieren. Außerdem sind seit Anfang 1993 im Hochsauerland mehrfach Aufkleber ("Spuckis") mit volksverhetzendem und ausländerfeindlichem Inhalt aufgetaucht. Als Impressum ist jeweils "Nationale Jugend Hallenberg" (NJH) angegeben. Gegen 10 Mitglieder der SAF ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB. Am 4. November 1993 wurden mehrere Objekte in Nordrhein-Westfalen und Hessen durchsucht. Dabei wurden umfangreiches Propagandamaterial, Munitionsteile und Gasrevolver beschlagnahmt. Darüber hinaus wurde bei der Durchsuchung auch das bis dahin von der SAF betriebene "Nationale Info-Telefon, Sauerland" mit seinen technischen Einrichtungen sichergestellt. Anhänger der SAF planten Ende 1993 die Installierung eines neuen Info-Telefons.

2.1.26 Wiking-Jugend (WJ)

Sitz:	Berlin (Bundesgeschäftsstelle)	
Bundesführer:	Wolfram NAHRATH	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 80	ca. 70
Bund:	ca. 400	ca. 400
Publikation:	Wikinger erscheint vierteljährlich	

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Schwerpunkte der knapp 20 angebotenen Veranstaltungen 1993 der WJ waren das Winterlager vom 27.12.1992 bis 2.1.1993 in Thüringen und das Pfingstlager vom 28.5.1993 - 1.6.1993 in Hetendorf/Niedersachsen. Weiterhin war die WJ aktiv an der Mobilisierung für die Veranstaltung am 14. November 1993 in Halbe beteiligt. Die WJ unterhielt und unterhält Kontakte zur FAP und zur NPD.



Politische Ziele

Die WJ ist eine nach dem Führerprinzip geleitete, einer germanisierenden Nordlandideologie nacheifernde Jugendorganisation. Sie empfindet sich in der Tradition der ehemaligen "Hitlerjugend".

Frauenbild in der WJ

Das Frauenbild der WJ orientiert sich am Nationalsozialismus im Sinne "Germanischer Rassenpflege". Entsprechend ist der Platz, der Mädchen und Frauen in diesem Weltbild zugewiesen wird: "Frauen und Mütter sind und bleiben Lebensträger unseres gesamten Volkes." Die Frau ist zugelassen als Mutter, Krankenschwester, Gefährtin und Gehilfin des Mannes. "Weibliche Anmutigkeit, Lebensfreude, Sittlichkeit, Mütterlichkeit und Sportlichkeit", "straffe Ordnung und Sauberkeit, intensive Volkstumarbeit, Erhaltung und Ausbau deutscher Werte" - das sind die Erziehungsstile des Mädelsbundes der WJ.

Frauen haben der Sittlichkeit, "Gesittung", und der Erhaltung der nordischen Art, "Artung", zu dienen; der "ehrvergessenen Frau", die ihren eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen folgt und gegen die "Rassenreinheit" verstößt, seien Strafen - wie angeblich früher bei den Germanen, z. B. Ertränken im Sumpf - angemessen.

ODAL-Kalender - November 1993

Im "Fahrtenplan 1993" der WJ schreibt der "Führer der Wiking-Jugend", Wolfram NAHRAHT, u.a.:

"Liebe Mädels und Jungen, liebe Eltern,

das vergangene Jahr war geprägt von seiner zweiten Jahreshälfte, in der die Tore zum Chaos in Deutschland endgültig aufgestoßen wurden.

Unfähige und auch willkürliche Machthaber in Deutschland und der Welt, Fanatiker der selbstzerstörerischen Wahnidee einer völkervernichtenden Bastardo-Multi-Kultur bemerken entweder, daß sie die gerufenen Geister nicht mehr loswerden oder geraten in Ekstase über fortschreitende Auflösung und Zerstörung eigenständigen Wesens in den europäischen Völkern.

Gleichwie, zur eigenen Machtentfaltung läßt die Siegermachtsdemokratie ihre dürftige Maske fallen und zeigt das häßliche Gesicht der Diktatur von Parteien und wenigen auserwählten Zirkeln, die längst - von Anfang an - nichts anderes vorschoben, als Deutschland und anderen europäischen Kulturvölkern ihr Antlitz zu reißen, welches diese in Jahrhunderten erlangt haben.

Sie haben es geschafft, mit Hilfe der vierten Macht im Staate - den Medien - dem volkstreu und heimatliebenden Menschen die Brandmarkung 'Mörder' aufzudrücken.

Welche Niedrigkeit! ..."

ODAL-Kalender - November 1993



Rebellion

November





Mittelklasse unter sich

*Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht
sein Geschöpf. Leiste deinen Zeitgenossen, aber
was sie bedürfen, nicht was sie loben.* Friedrich Schiller

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17

Wiking-Jugend

2.2 Rechtsextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien

2.2.1 Publikationen

2.2.1.1 Deutschland - Schrift für neue Ordnung

Herausgeber: "Vereinigung Gesamtdeutsche Politik - VGP - e.V."
erscheint zweimonatlich
Auflage: ca. 500

Verantwortlich: Ernst Günter KÖGEL, Remscheid

Die im Jahre 1984 gegründete "Vereinigung Gesamtdeutsche Politik" (VGP) tritt hauptsächlich durch ihr Publikationsorgan "Deutschland - Schrift für neue Ordnung" in Erscheinung. Die Organisation wird seit jeher von Ernst Günter KÖGEL geleitet.

In der rechtsextremistischen Schrift werden die demokratischen Verhältnisse nach 1945 abgelehnt, die Gemeinschaftsinteressen gegenüber den Individualrechten überbetont, die Kriegsschuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkrieges ge-

leugnet und das NS-Regime verherrlicht. "Eine Verfassung, die nur das Individuum schützt, die tragende Gemeinschaft aber mißachtet, ist eine Verfassung zum Tode. Es gibt in diesem Bonner System keine lebendige Gemeinschaft ... An die Stelle der allein lebenserhaltenden Gemeinschaft des Volkes trat das Individuum und die "Gesellschaft", ein ... sinnloser Pluralismus." ("Deutschland-Schrift für neue Ordnung", Nr. 7/8-1991, Seite 12)

"Zum Ausgleich und zur Abrundung der multikriminellen Gesellschaft, genannt westliche Wertegemeinschaft, holen sie Sozialschmarotzer und Kriminelle ins Land. Nur Volksfeinde sind zu solcher Handlungsweise fähig. ... Ansonsten ist man damit beschäftigt, das eigene Volk in den Untergang zu führen und sich ein neues, ein multikulturelles zu schaffen." ("Deutschland-Schrift für neue Ordnung", Nr. 1/2-1992, Seite 2)

"Gezielt wird die Geschichte verfälscht, ... indem man nicht nur geschichtliche Vorgänge bewußt falsch darstellt und suggeriert, daß der Nationalstaat Ursache der beiden Weltkriege gewesen sei, nein, auch die Begriffe werden durch gezielte Reihung verfälscht und ... unterschoben, daß nationales Denken zu Intoleranz, zu Chauvinismus führt." ("Deutschland-Schrift für neue Ordnung", Nr. 1/2-1993, Seite 3)

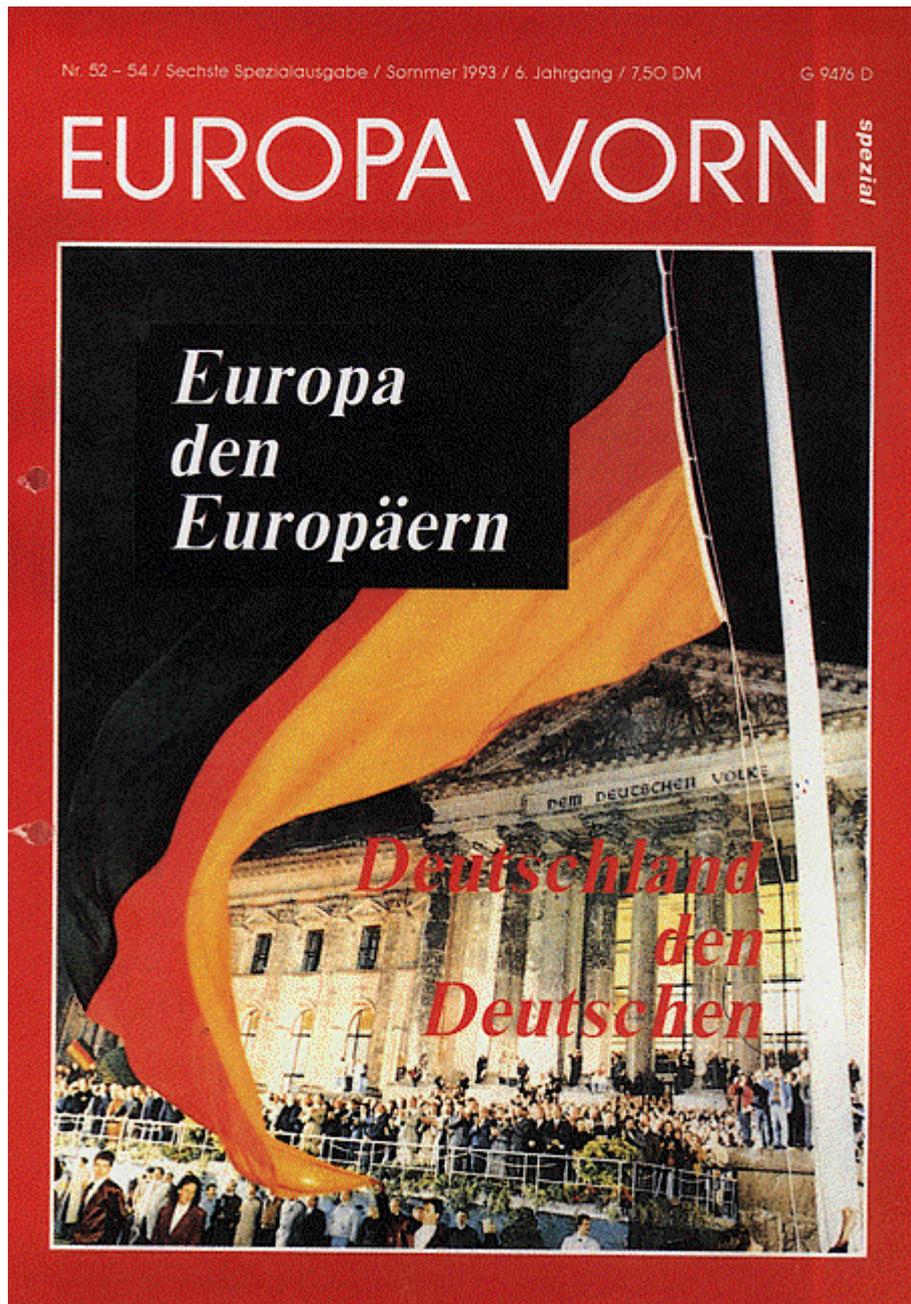
"Es waren nur 6 Jahre, in denen die deutsche Jugend zu Disziplin, Kameradschaft, Leistung und Anstand erzogen wurde, als der Krieg das deutsche Volk völlig unvorbereitet traf. Doch diese Zeit hatte genügt, um aus der Jugend abermals die diszipliniertesten, tapfersten und anständigsten Soldaten dieses mörderischen Weltkrieges zu machen." ("Deutschland-Schrift für neue Ordnung", Nr. 1/2-1993, Seite 30)

2.2.1.2 Europa Vorn aktuell, Europa Vorn Spezial

Herausgeber: Manfred ROUHS, Köln (Mitglied der Kölner DLVH-Ratsfraktion)
Europa Vorn aktuell
erscheint vierzehntägig

Europa Vorn Spezial
erscheint vierteljährlich

Schwerpunkte der Publikation sind Berichte über parteipolitische Entwicklungen im nationalen und konservativen Lager. Europa Vorn orientiert sich an den Ideen der französischen Neuen Rechten und deren Vordenkern wie Alain de BENOIST. Rechtsstaat und Demokratie werden in Frage gestellt, und in vielen Artikeln wird Fremdenfeindlichkeit beschworen. In Europa Vorn aktuell werden von dem angeschlossenen Vertriebsdienst jeweils Bücher und CD's mit Skinhead-Musik angeboten.



2.2.1.3 Freiheit Wattenscheid

Herausgeber und
verantwortlich: Michael FRANK, Bochum-Wattenscheid
erscheint vierteljährlich
Auflage ca. 10.000

Erstmals anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1990 in Bochum verteilte rechtsextremistische Publikation, die sich bis heute die Rückgewinnung des zu Bochum gehörenden Ortsteils Wattenscheid zum Ziel gesetzt hat. Der Herausgeber Michael FRANK ist als aktives NPD/JN-Mitglied und Mitglied der DVU bekannt geworden. FRANK, der aus beruflichen Gründen zwischenzeitlich aus der NPD/JN und der DVU ausgetreten sein soll, kann in der Schrift "Freiheit Wattenscheid" seine politische Herkunft nicht verleugnen.

Die Publikation hat seit ihrem erstmaligen Erscheinen im Jahre 1990 kontinuierlich Beiträge mit Redewendungen rechtsextremistischer Organisationen veröffentlicht. Ferner bietet sie rechtsextremistischen Verlagen die Möglichkeit, für ihre verfassungsfeindlichen Schriften zu werben. Außerdem räumt sie rechtsextremistischen Parteien und Organisationen (z. B. der DLVH) die Möglichkeit ein, ihre rechtsextremistische Propaganda zu veröffentlichen.

2.2.1.4 Leitheft

Herausgeber: Wolfram BURG im Eigenverlag, Marl
erscheint unregelmäßig

Der Eigenverlag Burg, Marl, dient als Vertriebsorganisation für die zuvor vom Eigenverlag Brandt herausgegebene Publikation "Leitheft". Bei der neonazistisch ausgerichteten Broschüre "Leitheft" handelt es sich um den Versuch des Herausgebers, publizistisch im NS-Bereich Fuß zu fassen. Nach dem Impressum handelt es sich bei der Schrift um einen "Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation".

Als Vorbild für den Druck und die Aufmachung der Druckschrift "Leitheft" dienen die während der Zeit des Zweiten Weltkrieges herausgegebenen Druckschriften mit dem Titel "SS-Leitheft".

2.2.1.5 "Wehr' Dich!"

Herausgeber: Berthold DINTER, im Eigenverlag, Rheda-Wiedenbrück
erscheint monatlich, Auflage ca. 4.000

Die Publikation "Wehr' Dich!" bildet wie die "Nachrichten der HNG" ein bundesweites Informationsmittel für Neonazis und andere rechtsextremistische Organisationen. Ihre eigentliche Bedeutung liegt jedoch in der Berichterstattung über die Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Demonstrationen von Rechtsextremisten zum Gedenken an den Tod von Rudolf Heß.

2.2.2 Verlage und Vertriebe

2.2.2.1 Creative Zeiten Verlag und Vertriebs GmbH

Seit der Ausgabe Nr. 2/1993 wird als Herausgeber des Fanzines "Moderne Zeiten" die Creative Zeiten Verlag und Vertriebs GmbH genannt, die als Kontaktanschrift ein Postfach in Düsseldorf angibt. In den letzten Ausgaben dieser Publikation werden unter anderem Tonträger rechtsextremistischer Bands angeboten (siehe auch: 2.1.23 Rechtsextremistische Skinheads).

2.2.2.2 Donner Versand

Sitz: Lüdenscheid
Inhaber: Zwei ehemalige Funktionäre der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)
Rechtsform: Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Der Donner Versand verbreitet Kataloge, in denen rechtsextremistische Bücher, Zeitschriften, Aufkleber, T-Shirts, Tonträger pp. angeboten werden.

2.2.2.3 Landwehr-Verlag

Sitz: Schalksmühle
Inhaber: Ein ehemaliges Mitglied der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)

Der Landwehr-Verlag gibt monatlich einen Pressedienst heraus und bietet in Katalogen rechtsextremistisches Propagandamaterial an.

2.2.2.4 Verlag und Versandhandel Meinolf Schönborn

Sitz: Detmold-Pivitsheide
Inhaber: Meinolf SCHÖNBORN, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)

Meinolf SCHÖNBORN betreibt nach dem Verbot der NF einen Versand von Waren und Propagandamaterial innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Im Herbst 1993 konnten vier versteckte Lager des Neonazis festgestellt werden. Aufgrund der durch die Staatsanwaltschaft Dortmund beantragten und vom Amtsgerichts Dortmund erlassenen Beschlüsse haben Polizeikräfte am 11. November 1993 die Lager, das Wohnobjekt SCHÖNBORNs, das zugleich Verlagsadresse von "Klartext" ist, sowie mehrere PKW und Postfächer durchsucht und umfangreiches Beweismaterial sichergestellt.

Dieses Material deutet auf eine Fortsetzung von NF-Aktivitäten hin.

Seit November 1993 verbreitet Meinolf SCHÖNBORN außerdem Kataloge eines "Deutschen Spielwarenversandes" (DSV) unter Postfachanschrift in Bad Salzuflen. Es werden Modellbausätze und Modelle deutscher Waffen des II. Weltkriegs angeboten.

Die Kataloge wurden größtenteils im Ausland gedruckt und aus Polen versendet (siehe auch 2.1.21 Nationalistische Front (NF)).

Meinolf Schönborn * [REDACTED] Detmold

Tel.: ([REDACTED]) FAX:([REDACTED])

Betrifft: Propagandaverteilerkreis (PVK)

Datum: 30.06.1993

Kameradinnen und Kameraden,

Es war schon immer eine besondere Sache für Deutschland zu kämpfen, - jetzt ist es einfach nur noch härter geworden!

Ich gebe nicht auf!

Hunderttausende laufen wie die Lämmer hinter Kerzen her. Die allgemeine Vedummung, bzw Verblödung großer Teile unseres Volkes nimmt ungeheuer zu. Dagegen müssen wir NATIONALISTEN alle gemeinsam mehr tun als bisher!

•••

Organisatorische Ziele:

- * Aufbau von vielen kleinen unabhängigen nationalistischen Zellen.
- * Durch juristische Überprüfung der Texte werden die Kameraden vor Ort vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt.
- * Der regionale "Parteien - bzw. Gruppenstreit" entfällt, denn jeder kann mitmachen. Es wird also zusätzlich ein Beitrag zur Einigung des nationalistischen Lagers geleistet.
- * Je nach Lage und Stärke des PVK können dann zentrale und dezentrale Aufklärungskampagnen kurzfristig durchgeführt werden.

Politische Ziele:

- * Möglichst breite und flächendeckende Verbreitung unserer Ideale.
- * Durch Aufklärung im Volk zum Nationalismus "Stimmung schaffen" im Sinne einer positiven Einstellung.
- * Einflußnahme auf möglichst große Teile der Bevölkerung.
- * Schaffung einer breiten außerparlamentarischen nationalistischen Opposition!
- * Durch beispielhafte Propagandaaktionen anderen Deutschen Vorbild sein, und ihnen durch unser aller Beispiel Mut zum mitmachen geben.

Dieser bloße Propagandaverteilerkreis (PVK) kann den unseligen Streit innerhalb und außerhalb von nationalen Organisationen, Vereinen und Parteien beenden.

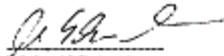
Ob Jung oder Alt, jeder kann, sollte - muß mitmachen!

Wir müssen es einfach nur tun!

Zum Schluß noch ein Zitat des Ulrich von Hutten:

"Eine gute Sache wird nicht gefördert durch stille Verehrer, sondern durch laute Bekenner. Drum heraus, wer etwas zu bekennen hat! Die Gasse ist gemacht, aber die Masse muß folgen!"

Mit kameradschaftlichem Gruß!


Meinolf Schönborn

2.2.3 Mailboxen

Seit 1992 - mit zunehmender Tendenz in 1993 - nutzen nun auch Rechtsextremisten "Mailboxen" (elektronische Briefkästen).

Technische Voraussetzungen für den Betrieb einer "Mailbox" sind das Vorhandensein eines Personal-Computers, eines Modems oder Akustikkopplers, einer auf Datenfernübertragung ausgerichteten Software sowie ein Anschluß an das öffentliche Fernsprechnet. Sowohl Nutzer als auch Betreiber einer "Mailbox" müssen über entsprechende technische Voraussetzungen verfügen.

Alle bisher bekannten "Mailboxen" sind prinzipiell gleich organisiert und aufgebaut. Dem noch nicht eingetragenen Nutzer wird nach Anmeldung eine Übersicht angeboten, die ihm einen Einblick in die Möglichkeiten und die Themen der "Mailbox" gewährt. Bei weitergehendem Informationsinteresse muß er beim "Mailbox"-Betreiber (System-Operator) die Aufnahme als eingetragener "Mailbox"-Nutzer beantragen. Der Nutzer muß diverse Angaben zu seiner Person und zu der von ihm genutzten Hard- und Software machen. Danach wird ihm vom Betreiber ein

Zugang ermöglicht, der ihm einen weitergehenden Einblick gestattet. Solche Zugangskriterien können vom "Mailbox"-Betreiber individuell, je nach Vertrauensbasis, vergeben werden.

Neu eingetragene Nutzer erhalten üblicherweise nur ein sehr niedriges "User-Level", d.h. ihnen stehen nicht alle Bereiche der "Mailbox" offen. Dieses "Level" wird jedoch meist schon nach kurzer Zeit, offensichtlich nach eingehender Überprüfung der vom Nutzer gemachten Angaben, erhöht.

Die in Nordrhein-Westfalen festgestellten Mailboxen

- Deutscher Mailbox Service DMS, Essen
- Wolf-Box, Krefeld
- Germania, Bonn

sind im sogenannten "Thule-Netz" länderübergreifend verknüpft. Das Netz erlaubt es, die zahllosen "nationalen" Gruppen und Grüppchen zu vernetzen, Namen und Anschriften von "Aktivisten" vorzuhalten und schafft damit die Basis für gruppen- und ortsübergreifende Kommunikation. Es bietet eine neuartige Möglichkeit, "nationalgesinnte politische Bildung" zu betreiben: REP, DVU, NPD, DLVH und FAP verbreiten über eigene "Bretter" Propagandatekte.

2.2.4 Nationale Infotelefone

Als "Nationale Infotelefone" werden Anrufbeantworter verwendet.

Die Inhalte der Ansagetexte umfassen:

- Hinweise auf Treffpunkte (Lokale),
- Termine von Veranstaltungen/Demonstrationen,
- Spendenaufrufe,
- Warnungen vor "Überfällen durch Linke".

In der Regel versuchen die Betreiber die Texte so zu formulieren, daß sie keine strafrechtliche Relevanz beinhalten. Das Infotelefon stellt die einfachste und billigste Art dar, aktuelle Informationen für Interessierte bundesweit vorzuhalten. Bedeutend sind derzeit die "Nationalen-Infotelefone" Hamburg, Frankfurt, Mainz und München. Das bis vor kurzem im Sauerland betriebene nordrhein-westfälische Infotelefon ist im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen am 4. November 1993 bei Mitgliedern der "Sauerländer Aktionsfront" beschlagnahmt worden. Die Zahl von Infotelefonen läßt sich bei Bedarf schnell vervielfachen, ein Anrufbeantworter der Mittelklasse genügt, eine neue Rufnummer ist schnell verbreitet. Das Infotelefon hat für den Betreiber den Nachteil, daß jedermann die Informationen abschöpfen kann, auch Linksextremisten und Sicherheitsbehörden.

2.2.5 Mobiltelefone, Sprechfunk

Mobiltelefone werden inzwischen von der "Szene" in vielfältiger Weise eingesetzt. Ihre herausragende Bedeutung liegt in ihrer relativen Abhörsicherheit, die gewährleistet, daß übermittelte Informationen tatsächlich nur den hierzu bestimmten, ausgewählten Personenkreis erreicht, also eine rein szeneninterne Kommunikation garantiert. Die Nutzung dieser Geräte ermöglicht bei der Planung und Durchführung eigener Veranstaltungen ein flexibles und kurzfristiges Reagieren auf polizeiliche Maßnahmen oder Gegenaktionen von "Linken". Herausragendes Beispiel für den erfolgreichen Einsatz von Mobiltelefonen ist der diesjährige Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Fulda.

Eine "Wunderwaffe" steht damit allerdings auch nicht zur Verfügung. Ein Aufmarsch in Halbe am 14. November 1993 ließ sich verhindern, obwohl auch hier Handies als Steuerungsmedium eingesetzt wurden.

Im gleichen Sinne wird auch Sprechfunk verstärkt eingesetzt zur Verständigung und zum Dirigieren von Teilnehmern bei gemeinsamen Aktionen. Er dient außerdem der Kommunikation unter den Mitgliedern selbstorganisierter sog. Schutztruppen oder Wachdienste, die Veranstaltungen gegenüber befürchteten Übergriffen des politischen Gegners absichern sollen.

3 Linksextremismus und -terrorismus

3.1 Linksextremistische/-terroristische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen

3.1.1 Antimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah

Der "Bruch" im RAF-Gefüge hat die Gefahr verdeutlicht, daß sich neben der RAF-Kommandoebene neue linksextremistische terroristische Gruppen bilden könnten, die an das ursprüngliche Konzept der RAF vom bewaffneten Kampf anknüpfen. In diese Richtung zielt ein Schußwaffenanschlag bisher unbekannter Täter auf das Gebäude des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln, die sich als "militante aus dem antimperialistischen widerstand in der brd" bezeichneten. Personen wurden nicht verletzt.



Schußwaffenanschlag auf die Zentrale des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln am 17. November 1993

In der Nähe des Gebäudes legten die Täter eine als echt zu bewertende Taterklärung ab, die sie mit einem Zitat aus der Erklärung der Brigitte MOHNHAUPT vom Oktober 1993 einleiteten: *"sinn und inhalt unserer politik sind teil unseres lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existenzielle einheit, und genauso kämpfen wir darum."* Weiter führten sie aus, die *"sozialen entwicklungen"* seien der *"natürliche anknüpfungspunkt"* für die Beantwortung der Frage, *"wie hier in der brd eine gegenmacht von unten aufgebaut werden kann"*. *"die erobderung revolutionärer gegenmacht von unten" laufe "hier, wie international, unter anderem über die direkte konfrontation mit den herren des kapitals"*. Ein Bezugspunkt dieser Politik sei auch *"das, was die guerilla vom 14. 5. 1970 (Befreiung des Andreas BAADER; Amn. d. Hrsg.) bis zum 1.4.1991 (Ermordung des Detlev Karsten ROHWEDDER; Amn. d. Hrsg.) verwirklicht hat"*. Die Täter drohen: *"das konfrontationsniveau von damals muß jetzt wieder erkämpft werden. dafür brauchen wir die militante / bewaffnete aktion als teil einer politischen gesamtstrategie, die die realität der 90er trifft."*

Die Täter gehören augenscheinlich einer überregionalen linksterroristischen Widerstandsgruppe an.

Am 14. Dezember 1993 ging verschiedenen Nachrichtenagenturen eine fünfseitige, ebenfalls als echt zu bewertende Erklärung einer "antiimperialistischen widerstandszelle nadia shehadah" vom 13. Dezember 1993 ein, in der die unbekanntenen Verfasser nunmehr auch die Verantwortung für die "beschießung von gesamtmetall jetzt in köln am 17.11.93" übernehmen.

Die Gruppe hatte bereits 1992 - ohne Gruppenbezeichnung - in zwei anonymen Schreiben vom 22. April und vom 22. Mai die Deeskalationserklärung der RAF vom 20. April 1992 kritisiert und die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gefordert, sich für weitere militante Aktionen ausgesprochen und in einer Erklärung vom 5. September 1993 auf die "erklärungen vom 22.4./ 22.5.92" hingewiesen und die Verantwortung für einen Brandanschlag gegen das Rechtshaus der Universität in Hamburg am 21. November 1992 sowie für eine demonstrative Aktion in Solingen übernommen (Verbrennen mehrerer Säcke Sägespäne auf einer Straße in Solingen am 18. August 1993 in der Nähe der ehemaligen Wohnung eines früheren GSG 9 Beamten als Protestaktion im Zusammenhang mit der Polizeiaktion in Bad Kleinen).

Die "politik" der Widerstandsgruppe zielt nach ihrer Erklärung vom 13. Dezember 1993 "auf einen entwicklungsprozeß antiimperialistischer praxis, die getragen wird von unterschiedlichsten militanten/bewaffneten zusammenhängen", ab. In diesem Zusammenhang propagiert sie die Notwendigkeit der Durchführung gezielter Angriffe "mit symbolischer bis tödlicher wirkung" auf "einzelne funktionsträger aus politik und wirtschaft". Abschließend erklären die Verfasser, sie hätten eine Phase des Übergangs abgeschlossen und kündigen an: "wir werden in zukunfft militante/bewaffnete aktionen durchführen (bzw. zu deren durchführung beitragen), aber nicht unter dem bisherigen namen".

Dokument

Taterklärung vom 13. Dezember 1993, in der die "Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah" die Verantwortung für den Schußwaffenanschlag auf die Zentrale des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln übernimmt.

"der "rote faden", der unsere aktionen in den letzten 12 monaten verbindet (vom angriff auf das rechtshaus in hamburg am 21.11.92 über die aktion in solingen am 18.8.93 dort, wo einer gewohnt hat, der zur gsg9 gehört, bis zur beschießung von gesamtmetall jetzt in köln am 17.11.93), ist hoffentlich deutlich geworden.

wir wollen jetzt zu unseren erklärungen vom 22.4./22.5.92 und vom 5.9.93 eine weitere hinzufügen, als beitrage für die aktuelle diskussion.

wir halten es für wichtig, daß vom konzept stadtguerilla (1971) und vom frontpapier (1982) der roten armee fraktion das, und nur das, übernommen wird, was jetzt in den 90ern gebrauchswert hat. das festhalten dagegen an überholten vorstellungen und konzepten ist nicht unsere sache.

unsere politik zielt ab auf einen entwicklungsprozeß antiimperialistischer praxis, die getragen wird von unterschiedlichsten militanten/bewaffneten zusammenhängen. dabei ist die autonomie der einzelnen zusammenhänge, was die unmittelbare durchführung von aktionen betrifft, zwingend notwendig. das politisch verbindende derer, die hier wirklich was wollen, sollte eine strategie antiimperialistischer politik sein, die sich im kampfprozeß schritt für schritt herauskristallisiert und die in ausführlicher öffentlicher diskussion formuliert wird. kein einziger zusammenhang kann im gleichzeitigen prozeß von diskussion/aktionen im mittelpunkt stehen. im gegenteil: wenn eine relevante kraft entstehen soll, wird es darauf ankommen, daß

die eigenverantwortlichkeit und selbstbestimmung der einzelnen zusammenhänge gegenseitig ernstgenommen wird.

die mittel im antiimperialistischen kampf sind vielgestaltig; schußwaffen gehören natürlich dazu. sie dürfen nicht zum fetisch werden, sind aber ein ausgezeichnetes mittel für gezielte aktionen, mit symbolischer bis tödlicher wirkung.

wenn der antiimperialistische kampf in der brd ein relevanter werden soll, werden die kämpfenden zusammenhänge nicht darauf verzichten können, gezielte angriffe auf einzelne funktionsträger aus politik und wirtschaft durchzuführen.

am 1.4.1991 hat die guerilla rohwedder erschossen. die bemerkung, daß dieser angriff aktionistisch war, ist ebenso richtig wie überflüssig: keine militante/bewaffnete gruppe hatte damals konzeptionell-strategische vorstellungen, wie alles weitergehen soll. trotzdem: das kommando ulrich wessel hat gesagt "wer nicht kämpft, stirbt auf raten" und hat damit das lebensgefühl vieler menschen hier, auch unseres, getroffen.

das, was die guerilla vom 14.5.1970 bis zum 1.4.1991 an offensiver politik verwirklicht hat, wird natürlich bezugspunkt für alle bleiben, die sich in den 90ern für den antiimperialistischen kampf entschieden haben/entscheiden werden.

die erklärungen vom 10.4.92 bis zum 6.7.93 sind dadurch gekennzeichnet, daß sie zwei adressaten haben: die linke in der brd und den brd-staatsapparat. für die interne diskussion in der linken reflektiert die gruppe ihre eigene geschichte aus heutiger sicht und entwickelt den begriff der "gegenmacht von unten"; der zerstörung des sozialen in der brd-gesellschaft müsse durch "soziale aneignungsprozesse" entgegengewirkt werden. wir haben in den letzten 12 monaten diese beiden begriffe wiederholt aufgegriffen. weil sie gebrauchswert für die Neubestimmung antiimperialistischer politik von militanten bewaffneten zusammenhängen in der brd haben können. diejenigen, die für die erklärungen vom 10.4.92 bis zum 6.7.93 verantwortlich sind, haben die von ihnen selbst in die diskussion eingebrachten begriffe bisher nicht konkretisiert und keine strategischen ansätze für den jetzt notwendigen offensiven kampfprozeß entwickelt.

die kommunikation mit dem zweiten adressaten der erklärungen vom 10.4.92 bis zum 6.7.93, nämlich dem brd-staatsapparat, läuft in den texten indirekt: verbunden mit der "rücknahme der eskalation" wird die frage gestellt, ob die vermeintliche kinkel-fraktion sich durchsetzen wird (die fraktionentheorie wird später als fehler erkannt und fallengelassen); und immer wieder die frage, ob der staat sein "ausmerzverhältnis" gegenüber fundamentalopposition aufgeben wird. dahinter steht das, was die gruppe am 2.11. erstmals öffentlich als "gesamtlösungsgedanken" bezeichnet. dieser "gedanke" taucht in den texten vom 10.4.92 bis zum 6.7.93 nirgendwo explizit auf, war aber wohl für die textdeuter in den staatsschutzbehörden schnell herauszulesen. um "druck" zu machen, wurde am 10.4.92 damit gedroht, die angriffe auf funktionsträger aus politik und wirtschaft wiederaufzunehmen, wenn sich nichts bewegt. weil der kgt natürlich klar war, daß die gruppe (die, zur zeit, den begriff vom strategischen sinn solcher angriffe verloren hat) nicht ernsthaft einen "rachefeldzug" gegen die eliten beabsichtigen kann, brauchte diese "drohung" erst gar nicht ernstgenommen zu werden. daran hat auch die sprengung des knasts von weiterstadt nichts geändert, mit der das kommando katharina hammerschmidt vielen menschen, auch uns, "aus dem herzen gesprochen" hat, wie es die gruppe am 2.11. formuliert.

zu welchem realitätsverlust die Hoffnungen auf die verwirklichung des "gesamtlösungsgedankens" geführt hatten, zeigte sich, als in der erklärungen vom 6.7.93 (also wenige tage nach bad kleinen) vom "scheinbaren (!) ausmerzverhältnis" des staates gegenüber fundamentalopposition gesprochen wurde. bemerkenswert ist auch

der versuch eines gewissen stroebele, der von celle aus loszog, um in politik und wirtschaft die größtmögliche koalition für die verwirklichung des "gesamtlösungs-gedankens" auf die beine zu stellen. daß die übrigen gefangenen aus der raf davon zunächst nichts wissen sollten, wollen wir nicht kommentieren. diese tatsache spricht für sich selbst.

daß diejenigen, die für die 2.11.-erklärung verantwortlich sind, insbesondere auf brigitte (die im oktober die ihr gerade bekannt gewordenen fakten öffentlich gemacht hat) verbal eindreschen, ist auch ein angriff auf alle, die sich seit jahren, zum teil seit jahrzehnten, dem kampf der revolutionären gefangenen verbunden fühlen. wir gehen davon aus, daß künftig öffentliche gefangenenbeschimpfungen, wie die vom 2.11. auf 7 langen seiten, unterlassen werden.

das entrückt-distanzierte verhalten vieler "linker" in der brd, die politik mit der betrachtung eines films oder eines theaterstücks zu verwechseln scheinen, sei an 3 beispielen erläutert: 1.) es ist ja bekannt, daß es unter denen, die in der brd für militante bewaffnete politik verantwortlich sind, ganz unterschiedliche vorstellungen darüber gibt, wie alles weitergehen soll. die meisten in den scenes betrachten diese unterschiede "von außen" und scheinen gar nicht auf die idee zu kommen, von einem unabhängigen standpunkt aus mit eigenen formen militanter praxis initiativ zu werden.

2.) an den scene-stammtischen wird sich die frage gestellt, ob die aktionen der militanten kurdinnen am 24.6./4.11. als "gut" zu beurteilen sind. die frage nach der eigenen rolle im von der brd unterstützten krieg gegen die kurdinnen wird dagegen nicht gestellt. 3.) die auseinandersetzungen innerhalb von devrimci sol werden schiedsrichterlich begutachtet und zum boykott des von beiden fraktionen veröffentlichten materials aufgerufen. daß der konflikt in wirklichkeit ein hochpolitischer ist und diejenigen, die für eine "innere revolution" der organisation kämpfen, möglicherweise die unterstützung von uns allen gebrauchen könnten, wird erst gar nicht in betracht gezogen. so wenig ausgeprägt bei vielen das bedürfnis nach selbstbestimmter intervention ist, so stark entwickelt ist das bedürfnis nach projektionsflächen. die frage, "ob die raf bald wieder was macht", war bei vielen sehr beliebt, sehr unbeliebt dagegen war/ist diese frage die eigene praxis betreffend. bei der derzeitigen entpolitisierung vieler scenes dürfen militante/bewaffnete gruppen nicht den fehler machen, das bedürfnis nach projektionsflächen zu bedienen.

antiimperialistische politik in der brd sollte aufs engste verbunden sein mit der internationalen konfrontation zwischen den unterdrückern und den unterdrückten massen. diese konfrontation hat weltweit eine dimension angenommen, die nur als krieg der imperialistischen herrschaftseliten gegen die weltmassen bezeichnet werden kann. wenn die mittel für die revolutionäre intervention nicht aus den knallharten trikontinentalen fakten (mehr als 36000 kinder verhungern täglich; mehr als 200 millionen kinder, jünger als 15 jahre, müssen ihren lebensunterhalt selbst verdienen; mehr als 1 milliarde menschen lebt in armut usw.) bestimmt werden, wird antiimperialistische politik in der metropole von vornherein zur farce. militante/bewaffnete aktionen müssen darauf abzielen, das metropolenbewußtsein zu sprengen. aus ihrer internationalistischen bestimmung heraus ist antiimperialistische politik eine bewußte provokation für die mehrheit der brd-gesellschaft. die unmittelbaren anknüpfungspunkte für antiimperialistische politik in der brd liegen in den brüchen der zunehmend polarisierten gesellschaft: den sich immer aggressiver bereichernden kapital-eliten und denen, die sich noch was von der kapitalistischen leistungsgesellschaft versprechen dürfen, steht die wachsende zahl der marginalisierten gegenüber; und nur hier wird antiimperialistische politik in der brd-metropole fuß fassen können.

es ist davon auszugehen, daß in der brd am ende dieses jahrzehnts 14 millionen menschen in armut leben werden; zur zeit lebt 1 million kinder von sozialhilfe: schätzungen sprechen von mehr als 1 million obdachlosen, von denen ca. 25000 ständig auf der straße leben. die offiziell registrierte arbeitslosigkeit hat den höchsten stand seit 1949 erreicht; der anteil der arbeitslosen einschließlich der in abm, umschulung "geparkten" ist auf mehr als 20 % des gesamten arbeitskräftepotentials gestiegen. ursache ist das, was die herren des kapitals als "entschlackung" der deutschen industrie bezeichnen: allein in der metall-u. elektroindustrie sind in den letzten 12 monaten 370000 arbeitsplätze gestrichen worden. ein besonderes wunderwerk hat der kapitalismus in der ehemaligen ddr vollbracht: von den früheren 3,5 millionen industriellen arbeitsplätzen sind 800000 übrig geblieben, wovon mehrheitlich frauen betroffen sind.

im zeitalter des postfordismus zielt das kapital bei der reduzierten stammebelegschaft (stichwort: lean production) auf die maximale abschöpfung aller körperlichen, geistigen und sozialen fähigkeiten. wer das nicht mitmachen kann/will, muß gehen. unter dem stichwort "flexibilisierung" wollen die kapitaleliten jetzt einen großen schritt, was die verfügbarkeit der arbeiter(innen) fürs kapital betrifft, durchsetzen; wie sich edmund hug (vorsitzender der ibm-deutschland) die änderung des tarifsystems vorstellt, hat er in einem vortrag auf dem gesamtmetall-forum am 7.10. in köln erläutert: betriebliche öffnungsklauseln; lange laufzeiten, keine festschreibung der wochenarbeitszeit, sondern festlegung einer jahresarbeitszeit; verbilligung der sonntagsarbeit; bezahlung, die an den "unternehmenserfolg" geknüpft wird, usw.

weil die massenarbeitslosigkeit auch in zukunft ein markenzeichen des besten systems aller zeiten bleiben wird, schlagen eine reihe von "experten" die etablierung eines zweiten arbeitsmarkts vor: eine industrielle reservearmee von millionen menschen soll dort untertariflich beschäftigt werden, damit sie sich das arbeiten nicht "abgewöhnen". ausdruck der zunehmenden polarisierung ist auch die tatsache, daß die lohnquote (anteil der löhne an der summe aller einkommen) wieder auf den stand von 1970 gefallen ist. während die reichsten 25 % der westdeutschen haushalte über 70 % des gesamten geldvermögens verfügen, besitzen die ärmeren 50 % der haushalte nur 5 %.

eine zunehmende zahl von menschen ist dazu gezwungen, fortwährend "rechts"brüche zu begehen, um über die runden zu kommen. die cdu nennt diese menschen ein "risiko für die innere sicherheit", die spd spricht von "wachsender alltagskriminalität". die knäste sind mehr als überbelegt, die privaten sicherheitsdienste boomen, die üblichen disziplinierungsmaßnahmen greifen nicht mehr. diejenigen, die in die arbeitslosigkeit entlassen werden, wissen, daß die gewerkschaft ihre interessen nicht vertreten wird; die ig metall verliert jeden monat 20000 mitglieder(innen). die gewerkschaften sind mit ihrer politik der "sozialpartnerschaft" für den staat und seine kapitaleliten unentbehrliche erfüllungs- u. disziplinierungshelfen. aber nicht immer klappt das so, wie gewünscht: als die kohlekumpel an ruhr und saar im september autobahnen sperrten und rathäuser besetzten, konnte der chef der ig bergbau und energie, berger, vor journalisten nur noch feststellen: "es gibt keine absolute kontrolle über diese aktionen."

nicht zuletzt der kampf von bischofferode zeigt, welche ausstrahlungskraft regionaler widerstand entwickeln kann. und dies gegen die große koalition aus bundesregierung, treuhand, basf, ig bergbau und energie, ig chemie und spd.

wir leugnen nicht die unterschiede zwischen sozialem und antiimperialistischen kampf: es kann z.b. nicht das ziel militanter/bewaffneter gruppen sein, ökonomistische forderungen aufzustellen, die marginalisierten werden in ihren kämpfen eige-

ne formen des sozialen aneignungsprozesses entwickeln und benötigen dabei keine ungebetene unterstützung".

aufgrund der zunehmenden polarisierung der brd-gesellschaft besteht aber die möglichkeit einer parallelen ausrichtung des sozialen kampfes der marginalisierten und des antiimperialistischen kampfes. das ist 1.) deshalb möglich, weil diejenigen, die hier wirklich was fundamental verändern wollen, ein interesse daran haben, daß den eliten die bestimmung über das, was in diesem land abläuft, entrisen wird. und das ist 2.) um so notwendiger, weil die faschisten bereits deutlichen einfluß auf die ränder dieser gesellschaft haben und zunehmend versuchen, soziale kämpfe zu instrumentalisieren. militante/bewaffnete kollektive, die ein beispiel des sich-findens von einzelpersonen darstellen und die in konsequenten antikapitalistischen/antipatriarchalen/ antirassistischen aktionen zum angriff kommen, können mit ihrer subjektiven radikalität wirkungsvolle zeichen gegen die überall spürbare vereinzlung und ohnmacht setzen.

die verantwortung der militanten/bewaffneten gruppen in der brd für die weitere entwicklung, hier wie international, ist größer, als diese im allgemeinen selbst wahrhaben wollen. das gilt insbesondere auch für diejenigen, die sich als raf bezeichnen.

unseren kampf in den letzten 12 monaten als "antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah" haben wir für uns als phase des übergangs bestimmt, wir werden in zukunft militante/ bewaffnete aktionen durchführen (bzw. zu deren durchführung beitragen), aber nicht unter dem bisherigen namen.

solitarität mit den gefangenen aus der roten armee fraktion, die vom brd-staat in lübeck, köln, frankfurt, schwalmstadt, frankenthal, bruchsal und aichach als geiseln festgehalten werden!

schluß mit den verschärften einzelhaftbedingungen, mit denen birgit hogefeld in bielefeld erpreßt werden soll!

solidarität mit den genossinnen aus der antifaschistischen widerstandsbewegung, die der faschisierung der brd-gesellschaft mit organisierter gegengewalt entgegen-treten!

der antiimperialistische kampf findet statt in militanten/bewaffneten aktionen. er entwickelt sich im dialektischen verhältnis von theorie und praxis. er wird getragen von menschen, die einen begriff von konsequenz haben. so ist es überall auf der welt, und so ist es auch hier in der brd. zusammen kämpfen!

13.12.93, antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah".

3.1.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz

Bezirk Rheinland-Westfalen: Leverkusen

Sprecher: Eckhard LOMMERTIN

Bezirk Ruhr-Westfalen: Essen

Sprecher: Patrick KÖBELE

Bund: Essen

Sprecher des
Parteivorstandes: Rolf PRIEMER,
Heinz STEHR

Mitglieder 1993 1992

NRW: ca. 2.050 ca. 2. 100

Bund: ca. 6.000 ca. 7.000

Publikation: "Unsere Zeit' (UZ)

erscheint vierzehntägig
Auflage ca. 14.000

Organisation

Die DKP ist in NRW in die Bezirksverbände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen gegliedert. Die Bezirke setzen sich aus ca. 40 Kreisorganisationen zusammen.

Die Effektivität der Parteiarbeit war insbesondere in den Tarifkonflikten des Jahres 1993 im Ruhrgebiet äußerst gering. Der DKP ist es nicht gelungen, in nennenswertem Umfang politische Präsenz zu zeigen. Gleichwohl versucht sie, insbesondere ihre Betriebsarbeit neu zu organisieren und im betrieblichen Bereich wieder Fuß zu fassen. Insgesamt hat sich die DKP auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.

Personal

Die DKP hat erhebliche Probleme, Parteifunktionen mit qualifizierten Funktionären zu besetzen. Gleiches gilt für die Aufstellung von Kandidaten zu den Wahlen des Jahres 1994.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Am 16./17. Januar 1993 führte die DKP in Mannheim ihren 12. Parteitag durch. Als Gäste nahmen die Repräsentanten von 16 kommunistischen/sozialistischen Parteien und Organisationen aus dem In- und Ausland teil. Zu ihnen gehörten u. a. Vertreter der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD-Neugründung aus den neuen Ländern).

Neben der Verabschiedung der "Thesen zur programmatischen Orientierung" wurde als wesentliches Ergebnis des Parteitages durch die Neuwahlen eine Oppositionsgruppe innerhalb der Partei aus den Leitungsgremien herausgedrängt. Die Auseinandersetzungen mit den Anhängern dieser Gruppe setzten sich bis weit in das Jahr 1993 hinein fort. Eine Ursache für die Spannungen waren die Vorwürfe, der Parteivorstand wolle mit den vom Parteitag verabschiedeten Thesen und seiner damaligen Politik die DKP als eigenständige Partei aufgeben und "PDS-kompatibel" machen. Für die DKP in Nordrhein-Westfalen zeigt der Streit trotz seiner grundsätzlichen Bedeutung geringe Auswirkungen. Nach der Selbsteinschätzung der DKP hat der Parteitag zur Konsolidierung beigetragen.

Mit Anklageschrift vom 17. Januar 1993 hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt a. M. Anklage gegen 14 Personen erhoben, denen vorgeworfen wird, Mitglieder der sog. "Militärorganisation" der DKP gewesen zu sein. Unter ihnen befinden sich 2 Personen mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen. Das Ermittlungsverfahren gegen 18 weitere Personen, darunter wiederum Personen mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, wurde eingestellt. Die Ermittlungen in dieser Sache begannen im Januar 1990. Den Angeschuldigten wird ein Vergehen nach 87 StGB (Agententätigkeit zu Sabotagezwecken) zur Last gelegt.

Als Erfolg für die DKP muß das UZ-Pressefest mit 20.000 Teilnehmern angesehen werden, das am 25. und 26. September 1993 in Bottrop stattfand. 23 befreundete kommunistische/sozialistische Parteien aus verschiedenen Ländern beteiligten sich an der Veranstaltung.

Für das Wahljahr 1994 hofft die DKP auf eine Verbesserung ihrer Chancen nicht zuletzt durch ihre Kontakte zur PDS. In Vorbereitung der Wahlen fand am 6. Juni 1993 in der Karl-Liebnecht-Schule der DKP in Leverkusen ein "zentraler roter Tisch" statt, an dem Vertreter der DKP, der KPD (neue Länder), des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), der "Kommunistischen Plattform in der

PDS", der MLPD und der "Linken Liste Niedersachsen" teilgenommen haben. Gegenstand der Beratungen war die Erörterung der Aufstellung der Kandidatenlisten. Anlässlich der Fortsetzung des 12. Parteitages am 13. November 1993 in Gladbeck beschloß die DKP Kandidatenlisten zur Bundestags- und zur Europawahl, die zurückgezogen werden sollen, - wenn - wie von der PDS als möglich bezeichnet - auf den offenen Kandidatenlisten der PDS DKP-Mitglieder angemessen berücksichtigt werden. Eine eigenständige DKP-Kandidatur käme demnach nur in Frage, wenn eine Einigung mit der PDS nicht zustande kommen sollte.

Internationalismusarbeit der DKP

Die DKP setzte 1993 ihre Bemühungen fort, ihre Kontakte zu ausländischen sozialistischen/ kommunistischen Parteien auszubauen. Gespräche wurden u. a. geführt mit Vertretern

- der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation",
- der Fraktion "Kommunisten Rußlands",
- des "Verbandes der Kommunistischen Parteien - KPdSU",
- der KP Kubas
- der KP Chinas,
- der KP Vietnams.

Wir sind auf dem Weg zum

Pressefest der **UZ**

Volksfest der DKP

Tanz Folklore
DKP live
Essen & Trinken
aus deutschen Landen
Westeuropäische Kommunisten
antworten
Diskussion
Große Verlosung
Frauen-Cafe
Tombola
Linke in der BRD
Riesen-Kinderfest
Schnäppchen Markt
Internationale Gäste
Chanson & Kabarett



Straße der
Internationalen Solidarität ...und alles zu *vollständlichen Preisen*

25. und 26. September 1993

im Volkspark Batenbrock

Bottrop

Politische Ziele

Nach den Thesen der DKP hält sie an "orthodox-kommunistischen" Positionen fest und will insbesondere:

- "an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Macht der Arbeiterklasse" setzen,
- als Ziel den Sozialismus/Kommunismus errichten,
- sich als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus orientieren und dessen Weiterentwicklung fördern,
- eine Gesellschaft schaffen, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt wird und in der die gesellschaftliche Produktion nach gesellschaftlicher Planung erfolgt.

3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Sitz
NRW: Essen
Bund: Essen
Vorsitzende
NRW: Klaus WALLENSTEIN
Bund: Stefan ENGEL
Mitglieder 1993 1992
NRW: ca. 600 ca. 600
Bund: ca. 2.000 ca. 1.700
Publikation: "Rote Fahne"
erscheint wöchentlich
Auflage ca. 7.500
Auf örtlicher Ebene existieren weitere Publikationen
Verlag: "Neuer Weg Verlag und Druck GmbH", Essen

Organisation

Die MLPD-Bezirksverbände Rheinland und Ruhr-Westfalen haben sich am 1. November 1993 in Witten zum Landesverband Nordrhein-Westfalen der MLPD zusammengeschlossen. Die MLPD will mit dieser Maßnahme eine größere Effizienz der Parteiarbeit erreichen. Zentralorgan der Partei und wichtigstes Propagandainstrument ist die wöchentlich erscheinende "Rote Fahne" in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren. Die Zeitung und Flugblätter werden im parteieigenen Verlag "Neuer Weg Verlag und Druck GmbH" hergestellt. Zwei Parteimitglieder sind alleinige Gesellschafter des Unternehmens mit einem Stammkapital von insgesamt 120.000 DM. Der Verlag ist ein Wirtschaftsunternehmen der MLPD. Der MLPD-Jugendverband "Rebell" mit Sitz in Essen unterstützt die Parteiarbeit.

Personal

In sich ideologisch gefestigt ist die MLPD von dem Zusammenbruch orthodox-kommunistischer Parteien nicht nur nahezu unberührt geblieben, sondern hat darüber hinaus bundesweit einen Mitgliedererfolg zu verzeichnen.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Die MLPD hat 1993 rege Aktivitäten entwickelt. Sie konnte jedoch in Nordrhein-Westfalen weder neue Mitglieder noch nennenswerte Öffentlichkeitswirksamkeit gewinnen. An Aktivitäten der MLPD sind für das Jahr 1993 folgende beispielhaft zu erwähnen:

Die MLPD nutzte im Frühjahr die Auseinandersetzungen um den Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie und im Bergbau. Sie forderte ein Sofortprogramm unter dem Motto "Arbeitsplätze für Millionen". Gleichzeitig lehnte sie einen "Solidarpakt" zum Aufbau der neuen Länder ab. Mit ihrem Sofortprogramm verband sie die Forderung nach einer von "echtem Sozialismus" geprägten Gesellschaftsordnung unter der Führung der Arbeiterschaft.

1. Mai-Feiern

Die MLPD beging den 1. Mai in einigen Großstädten des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Motto "Internationale Arbeitereinheit, für Arbeit, Frieden - echten Sozialismus". An den Veranstaltungen nahmen bis zu 200 Personen, darunter zahlreiche Anhänger türkischer kommunistischer Organisationen, teil.

6. Pfingstjugendtreffen am 29./30. Mai 1993 in Essen

Am 29./30. Mai 1993 fand im "Emscherpark" in Essen ein Pfingstjugendtreffen der MLPD und ihres Jugendverbandes "Rebell" statt. Hieran nahmen Repräsentanten kommunistischer Organisationen von den Philippinen, aus Südamerika, Südafrika, Westeuropa und der Türkei teil. Die Veranstaltung wurde darüber hinaus von

linksextremistischen türkischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Das Pfingstjugendtreffen vermochte mit einem abwechslungsreichen Kulturprogramm einige tausend Besucher anzulocken.

Versuch der Einflußnahme auf den Arbeitskampf in Bischofferode

Führende Funktionäre der Partei aus Nordrhein-Westfalen begaben sich nach Bischofferode, um die Bergarbeiter des dortigen Kali-Werks in ihrem Arbeitskampf im Rahmen sogenannter "Internationaler Solidaritätstage" im August zu unterstützen.

Veranstaltungen zum Gedenken an Mao Tse-tung

Die MLPD würdigte in Veranstaltungen am 6. und 7. November 1993 in Bottrop und Gelsenkirchen das Leben und politische Wirken Mao Tse-tungs zu seinem 100. Geburtstag. Daran nahmen bis zu 1.200 Personen teil.

Prognosen 1994

Die MLPD beabsichtigt, sich bundesweit mit offenen Listen an der Bundestagswahl und in einigen Städten an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zu beteiligen. Auf der Landesliste NRW "MLPD/Offene Liste" zur Bundestagswahl sollen 15 Personen kandidieren.

Bild: Rote Fahne 14. 8.1993

Politische Ziele

Die MLPD bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Sie wandte sich schon früh gegen den aus ihrer Sicht "bürokratischen Kapitalismus" der Länder des ehemaligen Ostblocks und warb lange vor dessen Zerfall für "echten Sozialismus". Die MLPD sieht es als ihre Aufgabe an, "die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihre Kämpfe zu einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höher zu entwickeln" (Grundsatzprogramm). "Das Ziel der MLPD ist der Sturz der Monopolherrschaft und der Aufbau des echten Sozialismus" ("Rote Fahne", z.B. 24. Dezember 1993).



3.1.4 Marxistische Gruppe (MG)

Im Mai 1991 erklärte die in den 70er Jahren aus den ehemaligen "Roten Zellen" hervorgegangene revolutionär-marxistische MG ihre Auflösung.

Wie schon 1992 gab es auch 1993 Hinweise darauf, daß die "Auflösung" nicht mit dem Ende der Existenz gleichgesetzt werden kann, sondern nur eine Umstrukturierung bedeutet. Ausgaben der seit 1992 erscheinenden Schrift "GegenStandpunkt" wurden auch 1993 vom gleichnamigen Verlag mit Sitz in München herausgegeben. Die Verantwortlichen für die Schrift sind als langjährige MG-Funktionäre bekannt. Auch eine Computer-Mailbox, deren Systembetreiber ein MG-Funktionär ist, existiert weiter. Die Aktivitäten der MG werden streng abgeschirmt, so daß sie auch 1993 in NRW für die Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar waren.

3.1.5 Militante Autonome

NRW: Militante autonome Gruppen existieren in fast allen größeren Städten des Landes

Mil. Autonome	1993	1992
NRW:	ca. 450	ca. 400
Bund:	mehr als 5.000	ca. 5.000
Publikationen:	"Agitare Bene" (Köln), erscheint monatlich "CLASH-Zeitung für den Widerstand in Europa", erscheint vier- teljährlich in Deutsch und Englisch Interim (Berlin), erscheint wöchentlich "radikal", erscheint unregelmäßig "Ruhrgebietsinfo", erscheint unregelmäßig Auf örtlicher Ebene existieren weitere Publikationen.	

Anfang der 80iger Jahre kamen als "autonom" bezeichnete Gruppen durch ihre offenen propagierte militante Ablehnung des Staates in das Blickfeld der Sicherheitsbehörden. Mit "militanten Autonomen" sind nicht solche nonkonformistischen "autonomen" Gruppen gemeint, die im Rahmen des Grundgesetzes zwar radikale, nicht jedoch extremistische Positionen beziehen.

Organisation

Eine für alle Autonomen verbindlich anerkannte Organisation oder organisatorische Ordnung in festen Strukturen gab es 1993 nicht. Bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen spielten jedoch "Autonome Zentren", "Infoläden" und Publikationen sowie moderne Kommunikationsmittel eine wichtige Rolle. Dabei waren die "Infoläden" häufig Schaltzentralen für die Mobilisierung und für die Weitergabe von Informationen.

Die erstmals im Juni 1992 bei einem Treffen von "autonomen Antifa-Gruppen" in Wuppertal bekannt gewordene "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) führte seitdem mehrere bundesweite Treffen mit folgender Zielsetzung durch: Ausgehend von einer Initiative der Göttinger Gruppe "Autonome Antifa (M)" wurde beabsichtigt, über die Thematik "Antifaschismus" verbindliche Strukturen zu schaffen. Dabei wollten die Verantwortlichen einen organisatorischen Rahmen bilden, der "Autonomen" den Weg aus der "Isolation" ebnen soll. Angestrebt wurde eine kontinuierliche verbindliche Diskussion und Praxis gegen die Fluktuation von Einzelpersonen. Es gehe um eine Neubestimmung revolutionärer Politik, dabei bedeute Antifaschismus im Kern Antiimperialismus. In einer Veröffentlichung im "Antifa-Info" Nr. 21, März/April 1993 wurde die "AA/BO" folgendermaßen dargestellt:

"Seit fast zwei Jahren gab es regelmäßige bundesweite Delegiertentreffen verschiedener Antifa-Gruppen zunächst zur informationellen Verknüpfung. Es zeigte sich, daß verschiedene Gruppen eine verbindliche, überregionale Organisation mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis als notwendige Voraussetzung erkannten, um möglichst vielen Menschen politische und kulturelle Orientierung bieten zu können. Erstes konkretes Ergebnis war ein Grundlagenpapier für eine bundesweite antifaschistische Organisation".

Im Verlauf der Diskussion auf weiteren Treffen verließen einige Gruppen des autonomen Spektrums die "AA/BO", weil sie eine solche Organisation als verfrüht ansahen, bzw. eine grundsätzliche Abneigung aufgrund ihres "autonomen Selbstverständnisses" deutlich wurde. Diese "unabhängigen Antifa-Gruppen" versuchen ihre Vorstellung einer offenen Struktur mit dem Ziel einer Organisation, aber nicht einer Organisation zu verwirklichen. Dazu fanden bereits mehrere Treffen statt, sie sollen jedoch keine Konkurrenz zur "AA/BO" darstellen. Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen gelang es der "AA/BO", mit "befreundeten Gruppen" am 4./5. September 1993 in Köln ein bundesweites Treffen, an dem ca. 150 Personen teil-

nahmen, zu veranstalten.

Zur "AA/BO" gehören neben der als Kopf angesehenen Antifa(M) Göttingen u. a. auch autonome Gruppen aus den nordrhein-westfälischen Städten Bonn, Bielefeld, Bünde und Köln.

Als Projekt der Autonomen Wuppertal für das Wahljahr 1994 wurde Ende August 1993 in Wuppertal eine "Partei" mit dem Namen "Die Unregierbaren / Autonome Liste" gegründet. Kontaktanschrift für die "Partei" ist der - autonome - Infoladen Wuppertal. Ziel der neuen Partei ist es, "die autonomen und antifaschistischen Basisprojekte zu stärken. Der Kampf gegen Faschisten, gegen die staatliche Asylpolitik, gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau erfordern ungewöhnliche Maßnahmen, so oder so ... ". Zu Themen wie "politische Gefangene", "Asyl" und "Neofaschismus" wolle man mit Wahlspots, Plakaten und Lautsprecherwagen in den Wahlkampf eingreifen. Auch auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme öffentlicher Gelder, wie z.B. die Wahlkampfkostenerstattung, wird besonders hingewiesen. Diese "Partei Gründung" ist in der autonomen Szene auf bundesweites Interesse gestoßen; entsprechende Anfragen wurden aus mehreren Städten des Bundesgebietes an die "Partei gründer" in Wuppertal gestellt. Diese werben bundesweit (u.a. durch Informationsveranstaltungen) für die Unterstützung ihrer "Liste".

Anhänger

Es ist davon auszugehen, daß in fast allen größeren Städten Nordrhein-Westfalens zumindest eine - sich in ihrem harten Kern aus 10-20 Personen zusammensetzende - Gruppe besteht (Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Wuppertal, Oberhausen, Bielefeld und andere). Zur Zeit werden dem gewaltbereiten harten Kern ca. 450 Personen zugerechnet. Das mobilisierungsfähige Potential (z. B. anlässlich von Demonstrationen) ist jedoch um ein vielfaches höher einzuschätzen.

Auszug aus: Antifa-Info Nr. 21, März/April 1993, S. 54

Anzeige des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V., Göttingen

ANKÜNDIGUNG

Aufruf zur Teilnahme an der Tagung mit der "Antifaschistischen Aktion" vom 7. bis 9. Mai 1993 in Göttingen!

Vom 7. bis 9. Mai 1993 wird in Göttingen eine erste Tagung mit der neugegründeten "Antifaschistischen Aktion" stattfinden. Dieser bundesweite Zusammenschluß verschiedener antifaschistischer Gruppen zur "Antifaschistischen Aktion" ist das vorläufige Ergebnis einer fast zweijährigen Diskussion um die Neubestimmung und Organisation antifaschistischer Politik. Der Diskussionsprozeß um die Notwendigkeit einer Organisation als entscheidendes "Handwerkzeug" für verbindliche, kontinuierliche Diskussion und Praxis sowie als Rahmen zur Entwicklung einer Politik, die gesellschaftlichen Einfluß nimmt, ist mit der Gründung der "Antifaschistischen Aktion" sicher längst nicht abgeschlossen. Vielmehr ist es wichtig, die Auseinandersetzung um links und antifaschistische Politik und damit zusammenhängend um "Organisierungstragen" zu vertiefen und ihr neue Impulse zu geben. Das ist auch ein Ziel der Tagung.

Zum Auftakt wird der Diskussionsprozeß bis zur Entwicklung des Organisierungskonzeptes der "Antifaschistischen Aktion" dargestellt und ausgewertet. Daneben werden Standpunkte und Überlegungen zu verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Bereichen in Vorträgen dargelegt und zur öffentlichen Diskussion gestellt, um dazu aufzufordern, sich zu organisieren. Um dahin zu kommen, werden konkrete und aktuelle Handlungsmöglichkeiten vorgestellt.

Zur ersten Orientierung folgen in Umrissen die Themenbereiche der antifaschistischen Tagung.

Themen - Schwerpunkte - Diskussionsgrundlagen

- Vortrag 1: Antifaschistischer Selbstschutz & Militanz als Mittel in der politischen Auseinandersetzung
- Vortrag 2: Historische Betrachtung der "Antifaschistischen Aktion" (in der Zeit von 1918 - 1933)
- Vortrag 3: Ideologie der Neuen Rechten und antifaschistische Aktionen
- Vortrag 4: Antifaschismus und Organisation in der Provinz
- Vortrag 5: Zusammenarbeit mit ausländischen und Immigrantengruppen in der BRD
- Vortrag 6: Einloges zu Kapitalismus & Imperialismus
- Vortrag 7: Die Entwicklung vom deutschen Imperialismus zum deutschen Faschismus
- Vortrag 8: Gesellschaftliche Situation in der BRD und antifaschistische Perspektiven

Neben den mündlichen Vorträgen werden die Standpunkte der Gruppen der "Antifaschistischen Aktion" in ausführlicher Form auch als Broschüre herausgebracht. Diese wird schon vor der Tagung in linken Buchhandlungen und Infoblenden erhältlich sein, damit eine inhaltliche Vorbereitung und eine rege Teilnahme gewährleistet werden kann.

Außer Gruppen der "Antifaschistischen Aktion" werden Genossinnen von ausländischen antifaschistischen und antifaschistischen Organisationen ihre Arbeit darstellen und von der Situation in ihren Ländern berichten, um organisierte antifaschistische Arbeit informell verknüpfen und praktisch annähern zu können.

Antifaschistische Gruppen aus den fünf neuen Bundesländern sind auf der Tagung ebenfalls vertreten.

Weiterhin gibt es eine gemeinsame Pressekonferenz, um der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, weitere Fragen zu stellen.

Programm zur Tagung ist eine kulturelles Rahmenprogramm geplant:

So wird eine historische Ausstellung zu sehen sein, Filme zum Thema werden angeboten, politische Theater- und Kabarettgruppen werden ihr Programm darbieten. Am Samstag soll ein Konzert mit drei Gruppen stattfinden.

"Antifaschistische Aktion" - Karziformalion

Seit fast zwei Jahren gab es regelmäßige bundesweite Delegiertentreffen verschiedener Antifagruppen zunächst zur informellen Verknüpfung. Es zeigte sich, daß verschiedene Gruppen eine verbindliche, überregionale Organisation mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis als notwendige Voraussetzung erkannten, um möglichst vielen Menschen politische und kulturelle Orientierung bieten zu können.

Erstes konkretes Ergebnis war ein Grundlagendokument für eine bundesweite antifaschistische Organisation.

- Die "Antifaschistische Aktion" will als bundesweiter Zusammenschluß von organisierten Gruppen ihre Standpunkte und ihre Aktionen in die öffentliche Diskussion bringen. Die Rolle der Medien wird dabei eine besondere Beachtung finden.
- Die "Antifaschistische Aktion" ist kein starres Modell, sondern eine Organisation, die sich als Teil eines stetigen Entwicklungsprozesses begreift. Das Ziel dieses Organisierungsprozesses ist die Entstehung einer breiten, durchsetzungsfähigen und radikalen antifaschistischen Bewegung.
- Der politische Schwerpunkt und der praktische Ansatz der "Antifaschistischen Aktion" ist der Antifaschismus. Der Kampf gegen Faschismus ist auch ein Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft von Menschen resultiert, faschistische und herrschaftsstabilisierende Verhaltensmuster anzunehmen. Antifaschistische Politik heißt zum einen, dem faschistischen Terror in all seinen Erscheinungsformen gezielt und wirkungsvoll zu begegnen, heißt zum anderen, genauso seine strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen zu erkennen, in internationale Zusammenhänge zu stellen und mit in die Realität des Kampfes hier einzubeziehen. Der politische Kampf zielt auf die Entwicklung einer Perspektive, die sich gegen das kapitalistische Verwertungs-system richtet und über nationale Grenzen hinausgeht.
- Die "Antifaschistische Aktion" stellt einen Schritt zu einer außerparlamentarischen Bewegung dar und wird sich nicht im bürgerlichen Parlamentarismus verschließen.
- Einer der praktischen Schwerpunkte von Gruppen in der "Antifaschistischen Aktion" ist die Arbeit in ihren Regionen, die Unterstützung regionaler und lokaler Antifagruppen. Die Arbeitsschwerpunkte werden nach regionalen Bedingungen und Möglichkeiten von den Gruppen bestimmt.

Zur Finanzierung der Antifaschistischen Tagung

Wie jede antifaschistische Arbeit wird auch diese Tagung Geld kosten. Spenden zur Unterstützung können auf das folgende Konto unter dem Kennwort "8. Mai" überwiesen werden.

Kto.Nr.: 0000000000
BLZ: 90000000

Februar 1993

Achtet auf weitere Ankündigungen!

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Im Rahmen des "Antifaschismuskampfes" der Autonomen sind beispielhaft folgende militanten Aktionen zu nennen, die der "antifaschistischen Selbsthilfe" zuzurechnen sind:

- Unter Beteiligung von Autonomen wurden am 27. Januar 1993 in Köln Wohnungssitze von bekannten und vermeintlichen Rechtsextremisten aufgesucht. Dort wurden die Hauswände mit Parolen wie "Nazis raus" besprüht und Flugblätter mit dem Tenor: "Achtung Nazis" in Hausbriefkästen geworfen bzw. an Passanten verteilt, in denen es unter anderem heißt: "Auch in Ihrer Nachbarschaft wohnt einer dieser alten bzw. neuen Nazis! ... Laßt uns den Brandstiftern und ihren Hintermännern zeigen, was wir von ihnen halten!"
- Am 6. Februar 1993 konnten in Troisdorf nur durch Polizeieinsatz Auseinandersetzungen zwischen etwa 100 Angehörigen der rechtsextremistischen

Szene und ca. 80 bis 100 zum Teil verummten und mit Baseballschlägern sowie Gaswaffen ausgerüsteten Personen verhindert werden. Zielrichtung der Aktion war die Störung einer Geburtstagsfeier, zu der sich Angehörige der rechtsextremistischen Szene in einer Gaststätte zusammengefunden hatten. Auf die eingesetzten Polizeibeamten wurden Leuchtspermunition abgeschossen und Steine geworfen;

- In Bonn wurde am 8. März 1993 der Vorsitzende des "FAP"-Kreisverbandes Bonn von 4 verummten Personen überfallen. Unter Einsatz von CS-Gas und Schüssen aus Gaspistolen entwendeten sie ihm einen Rucksack;
- Am 8. Mai 1993 wurden in Wuppertal zwei Angehörige der REP beim Verteilen von Flugblättern von Personen des örtlichen autonomen Spektrums angegriffen und verletzt. Im Anschluß daran stürmten weitere 20 Personen den Infostand der REP und stürzten ihn um. Auch einschreitende Polizeibeamte wurden angegriffen;
- Zu einer Kundgebung gegen die Wahlkreisveranstaltung der DLVH am 22. September 1993 in einer Gaststätte in Köln-Mülheim mobilisierten u. a. Personen/Gruppen des "autonomen antifaschistischen Spektrums". Etwa 100 Personen versammelten sich vor dem Veranstaltungsort und hielten eine Kundgebung ab, die störungsfrei verlief. Durch polizeiliche Maßnahmen konnte ein Aufeinandertreffen der beiden Gruppierungen verhindert werden;
- Am 1. Oktober 1993 wurden drei Rechtsextremisten vor einer Kölner Gaststätte von ca. 30 Personen angegriffen und erheblich verletzt. Einem der Geschädigten wurde eine Tasche entrissen, in der sich Wahlunterlagen seiner Partei befanden. Hintergrund dieses Vorfalles war eine in der Gaststätte geplante Versammlung;
- Am 6. November 1993 überfielen 6 oder 7 zum Teil verummte Gewalttäter in der Innenstadt von Bonn mit Schlagringen und Knüppeln den Bundesvorsitzenden der FAP und dessen Begleiter. Der Bundesvorsitzende erlitt erhebliche Kopfverletzungen und einen Fußbruch, sein Begleiter wurde weniger schwer verletzt.

Flugblatt: „Achtung Nazi“

ACHTUNG NAZI! DIKKAT NAZI!

Liebe Nachbarinnen und liebe Nachbarn,

In den letzten Monaten haben die Anschläge von rechten Gewalttätigen immer mehr zugenommen. Allein im letzten Jahr hat es dabei 17 Tote gegeben. Ihr Terror, der sich hauptsächlich gegen Flüchtlinge, Menschen anderer Kultur oder Hautfarbe, gegen Antifaschistinnen und gesellschaftliche Minderheiten richtet, hat auch in diesem Jahr schon mehrere Opfer gefordert.

So sind allein am Wochenende vom 22./23.1.93 in Thüringen zwei Obdachlose bei einem Brandanschlag auf ihre Unterkunft umgekommen. In Freiburg ist bei einem gezielten Anschlag mit einer Paketbombe eine 24-jährige Frau, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus eingesetzt hat und politisch in der autonomen Szene engagiert war, am Abend des 22.1. umgebracht worden.

Oft werden die Täter nicht ermittelt, aber die verantwortlichen Hintermänner sind bekannt: Auch in Ihrer Nachbarschaft wohnt einer dieser alten bzw. neuen Nazis!

Er ist seit Jahrzehnten Funktionär in der Naziszene. Erst war er NPD Kreisvorsitzender, dann Geschäftsführer bei den REPUBLIKANERN und ist jetzt aktiv in der rechtsextremen DEUTSCHEN LIGA. Zudem betätigt er sich als Redakteur in mehreren Heftblättern der Nazis.

Laßt uns den Brandstiftern und ihren Hintermännern zeigen, was wir von ihnen halten!

Sevgili Komsular,

Son aylarda sağci siddet yanlıların saldırıları giderek arttı. Sadece geçen yıl 17 kişi öldürüldü. Onların terörü daha çok göçmenlere, diğer kültürlerden ya da renkten insanlara, Anti - fasistlere ve toplumsal azinliklere yöneliyor. Ve bu yıl da bir çok kurban aldı.

Sadece hafta sonu 22./23.1.1993 tarihinde Thüringen'de iki evsiz insanın barındıkları yer kundaklanarak öldürüldü. Freiburg'da asiri sağcı aktif mücadele eden ve otanem bir çevrede politik çalışma yapan birisiydi 24 yaşındaki bir bayan evine gönderilen pakete koyulan bombanın patlaması sonucu 22.1.1993 günü aksami öldürüldü.

Falları çoğu zaman bulunmuyor, ama perde arkasındaki sorumlular biliniyor: Sizin komsularınızdan birisi de bu eski ve yeni Naziler den dir.

Yıllardır Nazi çevrelerinde kadro ve aktif biri. Önce NPD bölge başkanıydı. Cumhuriyetçilerin ticari işlerini yürüttü ve şimdi aktif sağcı Alman Ligi'nde aktif olarak çalışmaktadır. Nazilerin yazdığı düşmanca yazıların redaktörünü yapıyor.

Bu kundakçıların ve onların arkasındakilerin ne olduklarını göstereyim.



Von den Aktivitäten im Rahmen der "Anti-Lager-Kampagne" sind beispielhaft folgende "Aktionen" zu nennen, für die militante Autonome verantwortlich sein dürfen:

- Plakataktion am 3./4. Februar 1993 gegen den Leiter der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in der Kölner Innenstadt;
- Farbsprühaktionen im März 1993 in verschiedenen Städten mit Parolen wie "Stoppt die rassistische Gutscheinpraxis";
- am 6. August 1993 Beschädigung des Wohnhauses einer leitenden Funktionsträgerin des DRK in Wuppertal mit Bezug zur Errichtung einer Asylbewerberunterkunft in der Wuppertaler Sagan-Kaserne;
- im Rahmen der "Aktionswoche gegen Abschiebeknäste und -lager" fanden Demonstrationen am 3. Oktober 1993 in Herne, am 7. Oktober 1993 in Bonn und am 9. Oktober 1993 in Aachen und Herne mit bis zu 70 Teilnehmern in unmittelbarer Nähe der "Abschiebehafenanstalten" statt. Die Aktionen wurden bis Ende 1993 fortgesetzt und dürften auch im Jahre 1994 für die "Szene" große Bedeutung haben.

Im Rahmen der "Anti-Lager-Kampagne" beteiligten sich Autonome seit Ende 1992 an einem breiten Bündnis, das bundesweit gegen die inzwischen verabschiedete Änderung des Artikels 16 Grundgesetz mobilisierte. Höhepunkt war eine Großdemonstration in Bonn am 26. Mai 1993 aus Anlaß der Beratungen und Abstimmung über die Änderungen des Asylgrundrechts, an der - neben friedlichen Demonstranten - etwa 3.500 Personen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums teilnahmen.

Politische Ziele

Die Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft, des Staates und seiner Machtstrukturen ist das politische Ziel der militanten Autonomen. Eigene Vorstellungen über eine dann folgende Gesellschaftsform haben sie allerdings nicht entwickelt. Aktionismus prägt ihr Politikverständnis, das auf einem diffusen, tendenziell anarchistisch ausgerichteten Weltbild beruht. Autonome Aktivitäten entwickeln sich in der Regel spontan unter dem Eindruck besonderer politischer Ereignisse und Gegebenheiten. Im Kampf für ihre Ziele wird von militanten Autonomen Gewalt - auch gegen Personen - grundsätzlich nicht ausgeschlossen und in unterschiedlichen Formen eingesetzt. Hierbei spielt die "Vermittelbarkeit" der Anwendung von Gewalt eine wichtige Rolle.

3.1.6 Revolutionäre Zellen (RZ)/ Rote Zora

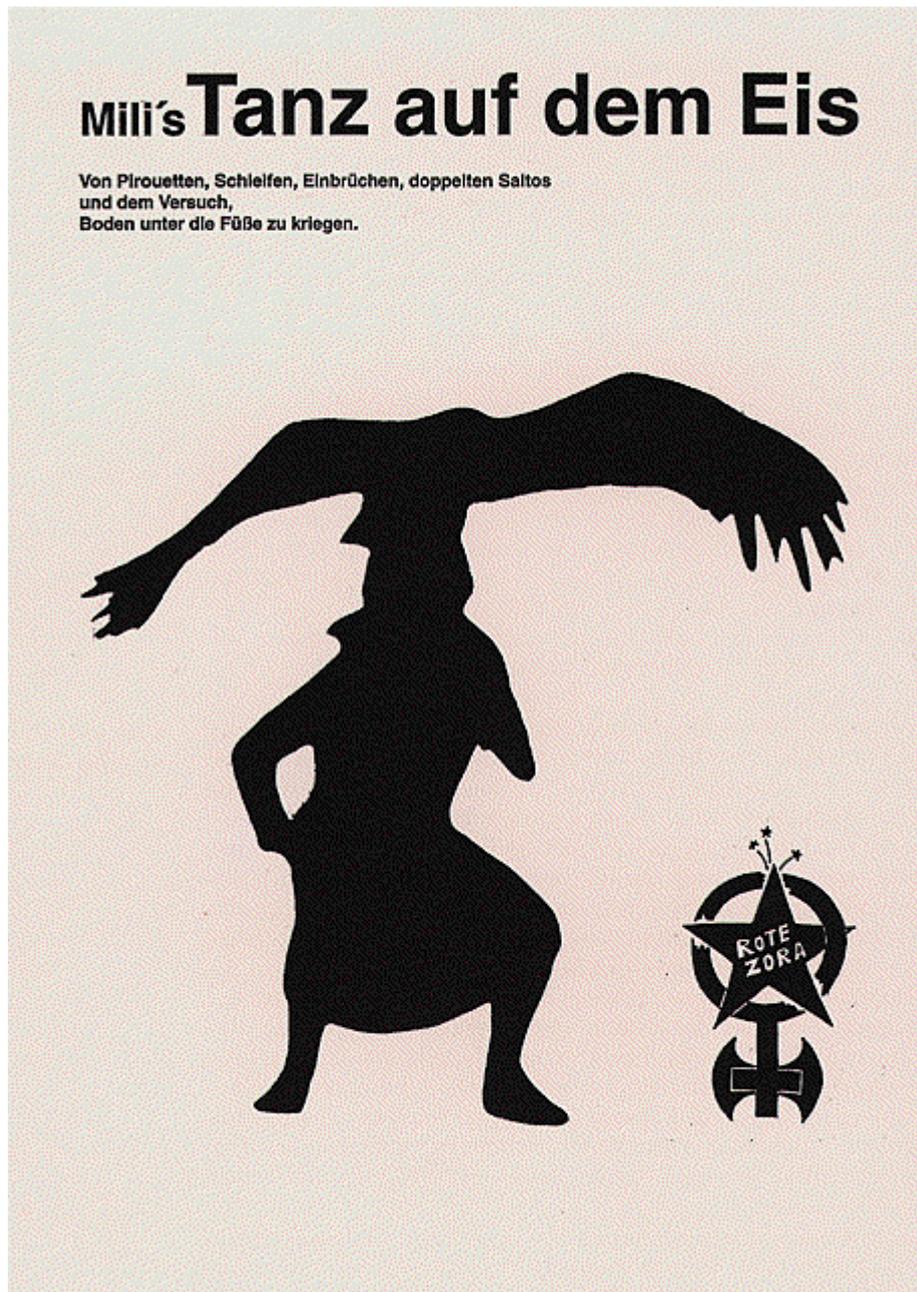
Nach Diskussionen innerhalb der Revolutionären Zellen (RZ) über die Fortführung des bewaffneten Kampfs und der erklärten "Selbstaflösung" einer RZ-Gruppe im Januar 1992 sind auch 1993 Anschläge der RZ in Nordrhein-Westfalen ausgeblieben.

Dennoch ist zu erkennen, daß die Bereitschaft zur Fortsetzung terroristischer Aktionen weiterbesteht oder sich neu belebt.

So verübten unbekannte Täter in der Nacht zum 3. Oktober 1993 einen Sprengstoffanschlag auf eine Stromversorgungsstation des Grenzschutzamtes Frankfurt/Oder und einen Brandanschlag auf Dienstfahrzeuge des Bundesgrenzschutzes am Flughafen Rothenburg bei Görlitz.

In der verschiedenen Zeitungsredaktionen zugesandten Taterklärung - die auch in der vom militanten linksextremistischen Spektrum und terroristischen Umfeld in Köln verbreiteten Schrift "Agitare Bene" (Nr. 67 Dezember 1993) abgedruckt ist - übernehmen "Revolutionären Zellen" unter der Parole "Für freies Fluten" die Verantwortung für die genannten Anschläge und begründen sie mit den Einschränkungen des Asylgrundrechts 1993.

Mit der Parole "Für freies Fluten" knüpfen die unbekanntes Verfasser an frühere Taterklärungen und Schriften der RZ an.



Im Januar 1993 erschienen zwei Bände "Früchte des Zorns, Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora", die vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG)/Amsterdam als Dokumentation herausgegeben und in der Edition ID-Archiv in Berlin verlegt worden sind. Der Zweck der "Dokumentation" besteht, so das Vorwort, auch darin, "einen Beitrag zur Auseinandersetzung und Diskussion um die Geschichte der militanten Linken im allgemeinen und der RZ/Rote Zora - Politik im besonderen zu liefern".

In diesem Zusammenhang gewinnt eine von der linksterroristischen Frauengruppe "Rote Zora" herausgegebene und im Dezember 1993 erschienene Schrift unter dem Titel "Mili's Tanz auf dem Eis" Bedeutung. Die Verfasserinnen wünschen, "daß die Politik der Roten Zora weitergeht". In den letzten fünf Jahren seien sie "mit inhaltlichen und organisatorischen Verunsicherungen, Aufgaben und Fragen beschäftigt" gewesen. Aus der Reflexion ihrer Geschichte wollten sie jetzt Schlüsse für eine zukünftige Politik ziehen. Für sie gebe es "allen Grund, Hoffnungen und Chancen, an der bisher entwickelten Frauenstärke anzuknüpfen und der Erneue-

rung und Verfestigung patriarchaler Machtverhältnisse entgegenzutreten." Illegale militante Politik müsse sich in der Praxis ausdrücken: "Der Angriff auf und die Zerstörung von Institutionen, die die Gewaltverhältnisse organisieren und reproduzieren, und die Bestrafung von Tätern" sei "unabdingbar Auf diesem Weg gibt es sowohl bewaffnete Angriffe zur Blockierung des Machtapparats als auch die Notwendigkeit, erkämpfte Strukturen militant bewaffnet zu verteidigen". Die "illegale militante" Politik der Roten Zora hat in der Vergangenheit darin bestanden, Anschläge zu verüben. Zu nennen sind beispielweise:

- der Sprengstoffanschlag auf das Bürohaus der Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung im Köln am 28. April 1977,
- Brandanschläge bzw. versuchte Brandanschläge auf 9 Filialen der Firma "Adler" am 15. August 1987,
- sowie der versuchte Sprengstoffanschlag auf das Biotechnologische Zentrum der TU Braunschweig am 27. Februar 1988.

Vor diesem Hintergrund muß die Ankündigung so verstanden werden, daß die Rote Zora in Zukunft wieder Anschläge verüben will.

3.1.7 Rote Armee Fraktion (RAF)

Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt

Am 27. März 1993 verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf den noch nicht bezogenen Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Darmstadt-Weiterstadt. Durch die Explosion wurden das Verwaltungsgebäude und vier Zellengebäude zerstört.

Es entstand Sachschaden von über 100 Mio DM. Personen wurden nicht verletzt. In der im Fluchtfahrzeug abgelegten kurzen Taterklärung übernahm ein "Kommando Katharina HAMMERSCHMIDT Rote Armee Fraktion" die Verantwortung für die Tat. Die unbekanntes Verfasser der Erklärung heben hervor, "es habe sich nichts daran geändert, daß wir den einschnitt in unsere geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen". Sie seien darauf aus, "eine neue vorstellung für den revolutionären umwälzungsprozeß" zu entwickeln. Begründet wird der Anschlag damit, daß der "weiterstädter knast als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik" stehe. Die Erklärung schließt mit den Parolen "Freiheit für alle politischen Gefangenen", "für eine Gesellschaft ohne Knäste", "Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen" sowie der Aufforderung zur "Solidarität mit den internationalen Gefangenenkämpfen".

Neubau der JVA Weiterscheidt nach dem Sprengstoffanschlag vom 27. März 1993



In einer zweiten siebenseitigen Erklärung der RAF-Kommandoebene vom 30. März 1993, die am 1. April 1993 bei der Frankfurter Rundschau und bei der in Berlin erscheinenden "tageszeitung" einging, wird ergänzend ausgeführt, "es gehe um den Aufbau einer sozialen Gegenmacht, die sich als relevante Kraft in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen Verhältnisse einbringen kann." Der Staat habe "die Verfolgung fortschrittlicher Menschen, die politische GegnerInnen dieses System sind" seit der Rücknahme der Eskalation, "teilweise noch verschärft". Deshalb habe man sich bereits in den Erklärungen aus dem Jahr 1992 "mit der Drohung die Möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichen Ausmerzverhältnis Grenzen zu setzen". Insbesondere "in bezug auf die Gefangenen" habe sich der Staat durch die "neue Prozeßwelle" ein weiteres Mal "für die Eskalation entschieden". Im letzten Jahr habe die RAF versucht, "trotz der Zäsur politischen Druck" in der Gefangenenfrage über diese Drohung zu halten. Mit der jetzigen Aktion habe die Kommandoebene "diesen Druck neu gesetzt und die Drohung aktualisiert".

Festnahmeaktion in Bad Kleinen

Am 27. Juni 1993 wurden die seit langem mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen RAF-Terroristen Birgit HOGFELD und Wolfgang GRAMS auf dem Bahnhofsgelände in Bad Kleinen (Mecklenburg-Vorpommern) festgenommen. Beide waren seit 1984 in den illegalen Untergrund abgetaucht. Sie trugen Waffen und gefälschte Personalpapiere bei sich. Die Waffen waren bei einem Raubüberfall am 25. November 1984 auf ein Waffengeschäft in Maxdorf erbeutet worden. Bei der Festnahme von Wolfgang GRAMS kam es zu einem heftigen Schußwechsel, in dessen Verlauf ein Polizeibeamter getötet wurde und Wolfgang GRAMS unter anderem einen Kopfschuß erhielt, an dessen Folgen er wenig später verstarb. Ein weiterer Beamter und eine Bahnbeamtin erlitten leichtere Verletzungen.

In einer am 9. Juli 1993 bei den Bonner Büros der Nachrichtenagenturen AFP und Reuter eingegangenen zweiseitigen Erklärung der RAF-Kommandoebene vom 6. Juli 1993 drückt diese ihre tiefe Betroffenheit über die "kaltblütige Ermordung von Wolfgang GRAMS" aus.

Nach der Rücknahme der Eskalation hätte es "einer politischen Entscheidung des Staates" in der Gefangenenfrage bedurft, zu der "die Elite von Staat und Wirt-

schaft weder Willens noch in der Lage" sei. "Die Rücknahme der Eskalation" sowie die "veröffentlichte Selbstkritik" habe der Staat "als Zeichen von Schwäche genommen".

Vor diesem Hintergrund stellt die RAF fest, die "Ausgangsbedingung" für den seit der Deeskalationserklärung vom April 1992 vorgezeichneten Weg sei eine neue: "Wolfgang" sei "hingerichtet" worden; sie knüpft daran den Appell an "alle Menschen, die dieser Terror betroffen gemacht hat" ... "geht nicht zur Tagesordnung über, nehmt das nicht hin."

Die Erklärung zielt offensichtlich auf Solidarisierung und Protest unter Einschluß von Gewalt. Zugleich wirbt sie, auf den Tod des "hingerichteten" Wolfgang GRAMS als "neue Ausgangsbedingung" hinweisend, zumindest um Verständnis für Vergeltungstaten.

Dokument

Taterklärung des "Kommando Katharina HAMMERSCHMIDT - Rote Armee Fraktion" vom 30.3.1993 zum Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt am 27.3.1993

"es hat sich nichts daran geändert, daß wir den einschnitt in unsere geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. denn wir sind auf einen prozeß aus, in dem soziale gegenmacht von unten und daraus eine neue vorstellung für den revolutionären umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. das erfordert eine diskussion, in der sich die unterschiedlichsten menschen finden und neue grundlagen und gemeinsame kriterien für diesen prozeß schaffen. es geht um den aufbau einer sozialen gegenmacht, die sich als relevante kraft in einem neuen internationalen kampf für die umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse einbringen kann.

es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem prozeß auch "den ganzen alten begriffsschrott (der linken) abzuklopfen ...", denn nur in einer tiefgreifenden auseinandersetzung wird es möglich werden, eine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. und nur aus diesem prozeß können die fragen nach den mitteln des kampfes und den konkreten formen der organisierung neu beantwortet werden.

dieser prozeß hat für uns nach wie vor die größte priorität. die notwendigkeit dazu ist jeden moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive entwicklung des kapitalistischen systems vor augen halten. dieses system hat schon lange die ausgrenzung, das materielle und soziale elend und den tod von millionen menschen im trikont hervorgebracht. heute ist die entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen krise dieses systems an einem punkt angelangt, an dem die zerstörung der lebensgrundlagen selbst in den metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles elend auch hier zur realität von immer mehr menschen geworden ist und viele spüren, daß die perspektive in diesem system für sie selbst nur hoffnungslosigkeit bedeutet. in dieser situation hat das fehlen einer sozial sinnvollen alternative als gesellschaftliche kraft katastrophale auswirkungen. während der staat die ausbreitung und eskalation faschistischer und rassistischer mobilisierung in der gesellschaft schürt und fördert und es z.b. mit seiner gezielten hetze gegen flüchtlinge geschafft hat, einen großteil der aufbrechenden widersprüche in eine reaktionäre richtung zu kanalisieren, ist die situation auf unserer seite nach wie vor von vereinzlung und desorganisation geprägt.

im august letzten jahres haben wir einen text geschrieben, in dem es uns um die reflexion unserer geschichte geht und wir gleichzeitig kriterien und überlegungen

für die zukunfft angerissen haben; gedanken, die sich aus unserer auseinandersetzung in den letzten jahren entwickelt haben. diese gedanken sind für uns ausgangspunkt in der diskussion, die wir führen wollen. natürlich sind neue fragen und überlegungen dazugekommen. auch wenn wir nicht viel resonanz auf unser papier bekommen haben, ist es unser bedürfnis, die diskussion weiter und genauer zu entwickeln.

aus teilen der frauenbewegung gab es die kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre diskussionen eingegangen sind, die für teile von ihnen in den letzten jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die diskussion um rassismus. und auch durch die sich überschlagenden ereignisse wie z.b. in rostock ist es für uns dringend geworden, diese auseinandersetzung genauer zu führen. wenn wir auch nach wie vor die verschärfung der lebensbedingungen hier und die um sich greifende perspektivlosigkeit vieler menschen sowie das fehlen der linken als kraft als einen grund für den zulauf bei den faschisten sehen, ist es auf der anderen seite aber auch klar, daß die wurzeln dafür, warum sich hier in der metropole, im neuen großdeutschland, die unzufriedenheit in einem solchen ausmaß gegen fremde entläßt, tiefer liegen. damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. wie ein mosambikaner sinngemäß gesagt hat: bei uns sind die menschen auch arm und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.

die auseinandersetzung über rassismus wird also sicher ein wichtiger teil beim aufbau einer gegenmacht von unten sein - die nicht im ghetto bleiben oder als abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als frage ans eigene bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche entwicklung man/frau will. daß da in der vergangenheit fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-gruppe in ihrem buch "geschichte rassismus und das boot" so: "so selbstverständlich und geübt es scheint, heute über rassismen, über das 'spezifisch deutsche' oder über deutsche einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre linke in letzten 20 jahren darüber hinweg. ... was in der linken auseinandersetzung um patriarchales verhalten unmöglich geworden ist, schien in der frage des deutsch-seins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun." die chancen heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden sind groß: die frage nach dem aufbau einer gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine frage an weiße, deutsche linke, sondern eine frage danach, wie menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. und die bevölkerung setzt sich hier aus menschen der unterschiedlichsten nationalitäten und hautfarben zusammen.

"... der dialog mit schwarzen frauen muß nicht in fernen ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den frauen möglich, die in der brd leben. die geschichte von migrantinnen und ihr wissen aus den herkunftsländern ist dabei für das begreifen internationaler zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen meinungen und erfahrungen mit rassismus und dem anderen sexismus, der sie hier trifft, für das verständnis der brd-gesellschaft ..." (aus: "basta"-frauen gegen kolonialismus)

"... es war die 68-er bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuierität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west. und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuüm, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat." (lutz taufer, gefangener aus der raf).

es ist eine aufgabe der linken in ihrer praxis neue werte zu setzen und zu leben,

ansonsten wird in der gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische ideologie. das weiße herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 jahren voraussetzung für kolonialistische und imperialistische ausbeutung der völker im trikont. es ist im bewußtsein der weißen metropolenbevölkerungen aus dieser geschichte vorhanden und wird in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert. rassismus heißt, menschen in "andersartige" und "mehr-" und "minderwertige" zu kategorisieren. so werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.

die zerstörung des sozialen unter den menschen ist die voraussetzung für rassistismus. diese zerstörung bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale werte ersetzt wurden - am effektivsten in den metropolen. das zeigt sich z.b. am verhältnis zu arbeit und leistung als wertedefinition des menschen: ohne arbeit bist du nichts ... es ist das verhältnis zur zeit, wo es für die meisten menschen zur normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten rythmus und stress das ganze leben zu verbringen, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt.

es zeigt sich daran, daß in diesem system alles zur ware wird, auch das verhältnis zur körperlichkeit, wobei natürlich die frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren körper als ware zur schau zu tragen, die von männern konsumiert oder eben abgelehnt wird. ...

es war und ist immer die voraussetzung für die herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen gewesen, mit solchen kriterien auch tausend trennungen zwischen sie zu setzen: die trennungen in mehr- und minderwertige; in leistungsfähige und "arbeitsscheue"; in schwarze und weiße; in männer und frauen; alte und jung; kranke, schwache, behinderte und starke, gesunde; in gescheite und "dumme".

dieser prozeß der zerstörung hat heute eine dimension erreicht, in der die gesellschaft in ein inneres um-sich-schlagen übergeht.

rassistisches bewußtsein wie überhaupt der destruktive prozeß in der gesellschaft kann nur in kämpfen, in denen soziale beziehungen und werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. eine perspektive revolutionärer entwicklungen wird nur in solchen prozessen wieder vorstellbar werden. entweder schafft die linke - und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen aufbruch, der seine wirkung in die gesellschaft hat, oder der "aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen seite.

entweder wird von unserer seite aus eine basisbewegung von unten entwickelt, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist, oder die explodierenden widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.

es gibt linke, die sich mit diesen fragen nach der gesellschaftlichen entwicklung, wie wir und auch andere sie gestellt haben, nicht auseinandersetzen wollen, weil dies reformistisch sei. solche scheidiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos alten klarheiten wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden. die gegenseitigen bestätigungen, daß die revolution international sein muß, sind banal - sie nutzen niemandem, auch nicht den völkern im süden oder osten.

die wirklichen fragen fangen danach erst an, nämlich wie hier eine soziale gegenmacht aufgebaut werden kann, die aus den gemachten erfahrungen und eigenen fortschritten sich tatsächlich als relevante kraft in die internationalen diskussionen und kämpfe einbringen kann. in diesem sinne ist der vorwurf an uns, wir würden eine Neubestimmung nicht mehr im internationalen zusammenhang suchen, inhaltlich genauso oberflächlich wie er absurd ist.

das draufstürzen auf das bemühen anderer, um zu sehen, wie man es zerreißen kann, (oder ob es besser ist, sich dranzuhängen) ist eine alte rangehensweise der deutschen linken. das positive daran, daß in den diskussionen seit dem 10.4. letzten jahres innerhalb der radikalen linken zentnerweise alter mist - wie konkurrenz und abgrenzungsdenken oder verkramptes festhalten an alten rangehensweisen - hochkonjunktur erlebt hat, ist, daß er, so offen wie er nun dasteht, auch endlich überwunden werden kann.

die voraussetzung für die Neubestimmung revolutionärer politik ist, daß jetzt die leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue gedanken zulassen und entwickeln wollen.

seitdem wir vor einem jahr die eskalation von unserer seite aus zurückgenommen haben, hat der staat die verfolgung fortschrittlicher menschen, die politische gegenInnen dieses systems sind, teilweise noch verschärft: versuche, aus der vereinzelung heraus räume für eine andere entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. herausragendes beispiel war der versuch, den gegenkongress gegen den weltwirtschaftsgipfel in münchen von vorneherein zu verhindern, eine internationale diskussion unmöglich zu machen sowie die einkesselung der demonstration.

die antifaschistische organisation wird kriminalisiert und antifaschistische demonstrationen wie in mannheim im sommer letztes jahr niedergeprügelt.

natürlich besteht ein zusammenhang zwischen dem niedermachen von selbstbestimmten ansätzen, der verfolgung und einknastung von antifas und der stärker werdenden faschistischen mobilisierung.

die herrschenden wissen, daß alle maßnahmen, zu denen sie aus der krise gezwungen sind, die widersprüche im inneren verschärfen werden - sozialabbau, steigende wohnungsnot, steigende arbeitslosigkeit, stahlkrise, krise in der autointdustrie ... - reuter, chef von daimler benz, geht laut spiegel von 30 bis 50 jahren krise aus - das alles soll auf die bevölkerung abgewälzt werden. gleichzeitig muß der staat eine irgendwie geartete mobilisierung für großdeutschland hinkriegen. wenn z.b. militärische einsätze der bundeswehr zwar unter der hand immer wieder gelaufen sind - wie im krieg gegen den irak und gegen das kurdische volk - so geht es dem großdeutschen staat perspektivisch doch um eine andere dimension und um eine größere akzeptanz auch hier im innern für deutschland als militärmacht - da bleibt nicht viel anderes, als eine rassistische, weiße mobilisierung der "deutschen staatsbürger" in dem einen boot, was diese gesellschaft im herrschenden kapitalistischen interesse noch zusammenhalten könnte.

während sie auf der einen seite also rassistische ausländer- und asylgesetze verabschieden und flüchtlinge hier zu "dem problem der deutschen" ganz gezielt in die köpfe der leute gepuscht haben, und damit die faschistische mobilisierung überhaupt in diesem ausmaß auf den plan gerufen haben, übernehmen sie auf der anderen seite gleichzeitig die schirmherrschaft von demonstrationen gegen fremdenhaß wie in berlin ende letzten jahres. so soll auch noch die empörung vieler menschen gegen die faschistischen schläger und mörder für diesen staat kanalisiert und funktionalisiert werden. um zu verhindern, daß sich aus dieser empörung eine bewegung von internationaler solidarität der unterdrückten gegen die herr-

schenden und ihre faschistischen schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die medien gepeitscht: es ginge um gewalt, gewalt von links wie gewalt von rechts. während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose menschen angegriffen werden und es allein '92 dabei 17 tote gegeben hat, stellte kohl sich hin und redete von extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß.

der jubel der herrschenden über den zusammenbruch des sozialistischen staaten-systems und über den "großen sieg" des kapitalistischen systems ist schon seit einiger zeit verstummt - diese entwicklung hat das kapitalistische system in seine größte krise gestürzt. die herrschenden haben keine antworten auf diese krise - was nicht heißt, daß sie nicht trotzdem mit menschenverachtenden planungen und maßnahmen versuchen, die situation da, wo sie noch können, zu regulieren. es scheint, daß die einzige linie, die sie klarhaben, die bekämpfung der linken ist. da sollen alle niedergemacht werden, die auf eine antifaschistische und antirassistische mobilisierung von unten und gegen die herrschenden interessen aus sind. verhindern wollen sie ansätze, wo menschen sich für ein von unten bestimmtes solidarisches lösen der probleme organisieren.

darüberhinaus führt der staat einen rachefeldzug gegen die alten kommunisten und antifaschisten, was sich exemplarsich an dem prozeß und der einknastung von gerhard bögelein gezeigt hat, bis sie ihn kurz vor seinem tod rauslassen mußten.

alles, was an widerstandserfahrungen in diesem jahrhundert entwickelt worden ist, soll ausgemerzt werden. und genau diese haltung zeigt sich auch in dem umgehen des staates mit unseren gefangenen genossInnen.

wir sind oft kritisiert worden, daß wir in der erklärung vom april letzten jahres unsere entscheidung zur zäsur mit der situation der gefangenen bzw. überhaupt mit dem staatlichen vernichtungswillen verknüpft hätten.

wir haben jedoch den einschnitt in unsere geschichte immer mit der notwendigkeit begründet, neue grundlagen zu entwickeln, und gesagt, daß diese notwendigkeit unabhängig vom staatlichen handeln existiert. aber uns war auch von anfang an dabei bewußt, daß unklar ist, wie der staat reagiert, wenn wir den druck von unserer seite aus wegnehmen, und deshalb haben wir uns mit der drohung die möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichenn ausmerzverhältnis grenzen zu setzen. im august '92 haben wir geschrieben:

"wir werden die bewaffnete intervention dann als ein moment des zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere strategie. wir werden also nicht einfach zum alten zurückkehren. diese eskalation ist nicht unser interesse. aber der staat muß wissen, wenn er keine andere möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer seite die mittel, die erfahrung und die entschlossenheit gibt, sie dafür zur verantwortung zu ziehen."

es ist quatsch zu sagen, wir hätten damit uns bzw. die frage der weiterentwicklung revolutionärer politik von der situation der gefangenen abhängig gemacht. aber tatsache ist auch, daß unser schritt z.b. auswirkung darauf hat, wie der staat mit der frage nach der freiheit der politischen gefangenen umgeht. das ganze ist eine widersprüchliche situation; damit müssen wir umgehen und uns darin bewegen können. wir leben schließlich nicht im luftleeren raum.

nachdem wir den druck von unserer seite aus weggenommen hatten, hat sich der staat in bezug auf die gefangenen ein weiteres mal für die eskalation entschieden - das urteil gegen christian klar und die neue prozeßwelle überhaupt sollen bei vielen das lebenslänglich zementieren; die entscheidung, bernd rössner nicht endgültig freizulassen; mit den letzten ablehnungsbegründungen auf die anträge von ge-

fangenen auf freilassung ist die staatsschutzjustiz da angekommen, sie zur psychiatrischen untersuchung zwingen zu wollen, womit sie eingestehen sollen, ihr kampf, ihr aufbruch sowie ihre gegnerschaft zum system sei irrsinn.

die gefangenen sollen nicht zusammengelegt werden, denn sonst könnten sie in diskussionsprozesse und gesellschaftliche prozesse eingreifen - und noch viel weniger sollen sie draußen sein. sie sollen nach wie vor vernichtet werden und ihre erfahrungen aus kämpfen von anderen ferngehalten werden.

es ist vollkommen klar, daß es eine politische entscheidung des staates erfordert, um vom ausmerzverhältnis gegen die gefangenen zu einem politischen umgang mit der gefangenenfrage zu kommen - die politische ebene hat diese frage aber an die staatsschutzjustiz abgegeben, die natürlich erst recht nicht die entscheidung trifft, zu der die politik nicht willens ist.

sicher liegen nach wie vor tausend fragen auf dem tisch und eine solidarische diskussion, in der aus den gemachten erfahrungen der kämpfe in den letzten 25 jahren gemeinsam gelernt, schlüsse für die zukunft und gemeinsame kriterien für eine neue vorstellung für den umwälzungsprozeß entwickelt werden können, hat noch kaum angefangen. aber es gibt grundsätze und selbstverständlichkeiten, die nicht in frage gestellt werden müssen, von denen wir einfach ausgehen: z.b. das verhältnis zu unseren gefangenen genossInnen und der tatsache, daß der staat seit 22 jahren politische gefangene in isolationshaft foltert - wir kämpfen für die freiheit dieser gefangenen.

wir werden nicht sagen: wir sind jetzt auf der suche nach einer neuen strategie und was mit ihnen derweil passiert, passt jetzt nicht in unser konzept. wir können einen neuen anfang, die entwicklung neuer vorstellungen gar nicht losgelöst von der frage sehen, wie die freiheit unserer genossInnen, die aus diesen 22 jahren kampf gefangengenommen wurden, erkämpft werden kann. sie sind seit 22, 18 ... jahren in isolation/kleingruppenisolation, es ist keine frage: ALLE MÜSSEN JETZT RAUS

die frage, ob die freiheit aller politischen gefangenen in einer gemeinsamen anstrengung aller linken und fortschrittlichen menschen durchgekämpft werden kann, hat aus unserer sicht auch bedeutung dafür, ob wir es schaffen, in dieser phase der Neubestimmung tatsächlich eine starke und selbstbewußte kraft, die gegenmacht gegen die herrschenden verhältnisse ist, aufzubauen. wer heute schulterzuckend oder ohnmächtig akzeptiert, daß die gefangenen weiter dieser tortur unterworfen werden, weil er/sie denkt, daß unsere seite dagegen zu schwach ist, wie soll er/sie darauf hoffen können, daß wir in der lage sind, eine kraft aufzubauen, die die gesamten verhältnisse umwälzen kann?

wir haben mit dem kommando katharina hammerschmidt den knast in weiterstadt gesprengt und damit auf jahre verhindert, daß dort menschen eingesperrt werden. wir wollen mit dieser aktion zu dem politischen druck beitragen, der die harte haltung gegen unsere gefangenen genossInnen aufbrechen und den staat an dieser frage zurückdrängen kann. doch dafür, daß ihre freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten initiativen von vielen. im letzten jahr hatten wir versucht, trotz der zäsur politischen druck von unserer seite aus an dieser frage über die drohung zu halten. das, was es dafür an wirkung und grenze hätte sein können, ist leider gerade von genossInnen aus dem linksradikalen spektrum systematisch demontiert worden.

mit unserer aktion haben wir diesen druck jetzt neu gesetzt und die drohung aktualisiert. wir denken, daß das genutzt werden kann.

"wir fordern die schließung des knastes weiterstadt! weiterstadt ist als abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem gelände gebaut ..." (aus einem diskussions-

*papier von gefangenen aus stuttgart-stammheim, sept. '91).
der weiterstädter knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast - und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik.*

in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa.

weiterstadt war neben berlin-plötzensee der zweite völlig neu konzipierte hochsicherheitsknast in der brd. mit begriffen wie "wohngruppenvollzug" wird er, mit seinem hochsicherheitstrakt für frauen, als das "humanste gefängnis" in der brd dargestellt. hinter diesem begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes konzept zur isolierung, differenzierung und totaler kontrolle der gefangenen. es ist das prinzip von belohnung und bestrafung in high-tech-form, das die gefangenen zur disziplinierung und unterwerfung zwingen und letztlich ihre "mitarbeit", sich selber zu brechen, erreichen soll.

das elektronische überwachungssystem war wohl das teuerste und perfektteste in ganz europa, mit dem jede äußerung und bewegung der gefangenen kontrolliert werden und zur auswertung für die psychologischen programme benutzt werden sollte, um jede regung von solidarität, freundschaft und selbstbestimmte organisation zerstören zu können.

"bevor die gefangenen auf die einzelnen wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die einweisungsabteilung. dort wird ein psychiaterstab die einzelnen gefangenen auf anpassungsbereitschaft bzw. widerstandswillen durchleuchten. anhand der ergebnisse wird die aufteilung der gefangenen auf die einzelnen wohngruppen bestimmt. die wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bishin zu anpassungswilligen. das ziel: eine "karriere" des gefangenen durch aufsteigen von der untersten(= unangepassten) in die höchste (= konformste) wohngruppe." (aus: infoblatt der 'bunten hilfe' darmstadt)

dazu schrieb eine der frauen aus der plötze, die mit einem hungerstreik für die abschaffung des wohngruppenvollzugs gekämpft haben: "die situation ist gekennzeichnet durch ein ausmaß an kontrolle und repression, wie es in seiner totalität kaum vorstellbar ist. die plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein kontakt zwischen den frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte detail registriert wird. die frauen werden in voneinander abgeschirmte zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen, und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. die schallisolierten zellen haben eine gegensprechanlage, durch die die frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. die stationsgänge sind mit kameras bestückt und der gruppenraum, wo sich die gefangenen in der freizeit treffen, ist verglast - kurz, die perfekte überwachung jeder lebensäußerung..."

mit der lüge vom "humansten knast" wollte die justiz gefangene in anderen knästen auf deren verlegung nach weiterstadt einstimmen. jahrelang sind sie auf viele forderungen der gefangenen in frankfurt-preungesheim nicht eingegangen, mit dem verweis, es gäbe '93 den weiterstädter knast. was aber hat beispielsweise die forderung nach abbau der brutalen betonsichtblenden in preungesheim mit weiterstadt zu tun? nichts. nicht mal die behauptung, durch weiterstadt (wo die überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die situation der überbelegung für die gefangenen in preungesheim verändern, entspricht der realität. sie hat den propagandistischen zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr knäste bauen (preungesheim soll nicht etwa geschlossen sondern neu aufgebaut werden), mehr

haftplätze schaffen und immer mehr menschen einsperren, was ihre antwort auf die gesellschaftliche entwicklung ist.

der bau von knästen ist keine lösung für die (preungesheimer) gefangenen. ihre forderungen müssen erfüllt werden - knäste müssen abgerissen werden.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

FREILASSUNG ALLER HIV-INFIZIERTEN !

FREILASSUNG ALLER FLÜCHTLINGE, DIE IN ABSCHIEBEHAFT SIND !

SCHLIESSUNG ALLER ISOLATIONSTRAKTE !

WIR GRÜSSEN ALLE, DIE IN DEN KNÄSTEN FÜR IHRE MENSCHENWÜRDE KÄMPFEN -

IN PREUNGESHEIM, SANTA FU, PLÖTZENSEE, RHEINBACH, STAMMHEIM, STRAUBING.....

SOLIDARITÄT MIT DEN INTERNATIONALEN GEFANGENENKÄMPFEN !

DER WEG ZUR BEFREIUNG FÜHRT ÜBER DEN SOZIALEN ANEIGNUNGSPROZESS, DER TEIL WIRD IN EINEM NEUEN INTERNATIONALEN KAMPF FÜR DIE UMWÄLZUNG !

RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN !

RASSISTISCHES BEWUßTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ARMUT BESTIMMT IST !

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

KOMMANDO KATHARINE HAMMERSCHMIDT

ROTE ARMEE FRAKTION

30.3.1993



ps.:

die behauptung, wir hätten das leben der wachleute und untersten justiztypen allein aus "derzeitigen taktischen" gründen geschützt oder sie hätten ihr leben ausgerechnet kinkel zu verdanken, ist natürlich eine lüge.

die raf hat kein interesse daran, solche leute zu verletzen oder zu töten. diese lüge liegt auf der gleichen linie wie die tatsache, daß die baw die warnplakate, mit denen wir das gelände um den knast weiträumig abgesperrt hatten, unter den tisch fallen läßt - wo sie doch sonst am liebsten jede haarnadel zur fahndung ausstellen."

3.1.8 Rote-Armee-Fraktion - Inhaftierte

Der "Bruch" im RAF-Gefüge

Am 28. Oktober 1993 veröffentlichte die Frankfurter Rundschau einen Brief des inhaftierten RAF-Mitgliedes Brigitte MOHNHAUPT, in dem diese für sich und zehn weitere RAF-Häftlinge (sogenannte Hardliner) den "Bruch" mit dem Kommandobereich der RAF, der in Bad Kleinen festgenommenen Birgit HOGEFELD sowie den in der JVA Celle einsitzenden RAF-Mitgliedern DELLWO, FOLKERTS und TAUFER erklärt.

Angedeutet hatte diese Entwicklung sich unter anderem bereits in der am 27. August 1993 in der "tageszeitung" veröffentlichten Erklärung des RAF-Häftlings Helmut POHL. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen lehnt er ein "kurzzeitiges Zusammenkommen" der Gefangenen zur Diskussion einer Absage des bewaffneten Kampfes ab und wiederholt stattdessen die Forderung: "Freiheit jetzt und Zusammenlegung bis dahin". Er erinnert daran, daß es die sogenannten Hardliner gewesen seien, "die seit langen Jahren eine Zäsur wollten". Auch der Schritt zur Einstellung von "gezielt tödlichen Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft" sei von ihnen initiiert worden, "allerdings ein gutes Jahr früher, als er kam". Sie hätten dies als "spezifischen Gefangenenbeitrag zu einem Klärungsprozeß für eine Neuzusammensetzung einer Umwälzungspolitik gewollt". Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt habe, dürfte seiner Meinung nach vorbei sein. "Die bewaffnete Aktion und die Militanz" werde "einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen und in allen möglichen Formen stattfinden. Deshalb werde ich einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf abzusagen". Brigitte MOHNHAUPT wirft in ihrem Brief den Celler Gefangenen vor, sie hätten hinter dem Rücken der übrigen RAF-Häftlinge und mit Einverständnis der Mitglieder der Kommandoebene im Mai 1993 über Vermittler geheime Verhandlungen mit der Bundesregierung in Gang setzen wollen. Dabei habe signalisiert werden sollen, daß seitens der RAF und der Gefangenen die Bereitschaft vorliege, die Konfrontation mit dem Staat zu beenden; als Gegenleistung hätten sie sich die Freilassung einiger der Langzeithaftierten, die Zusammenlegung der übrigen Gefangenen sowie eine wie auch immer geartete "Gesamtlösung" für "die Illegalen" erhofft. Damit seien - so Brigitte MOHNHAUPT - "die Grundlagen unserer Politik weggekippt" worden. Die anderen und alle, "die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden" seien und Solidarität übten, seien "auf die ein oder andere Weise ... alle Einsatzmaterial im Deal" mit dem Staat gewesen. Ihr Leben und ihr Kampf habe hinter ihrem Rücken zu möglichst guten Bedingungen "abgewickelt" werden sollen. "Revolutionäre Politik" könne aber nur "im bewußten Bruch mit dieser Hinterlassenschaft" wieder Fuß fassen.

Die RAF-Inhaftierten Eva HAULE und Christian KLAR äußerten sich in Erklärungen vom 16. bzw. 23. Oktober 1993 in gleichem Sinne wie MOHNHAUPT. KLAR wirft den Gefangenen in Celle, Birgit HOGEFELD und der "RAF" einen "geplanten Deal" mit dem Staat vor; jetzt könne es nur noch die "die Trennung geben - offen". Der "bewaffnete Kampf" sei - so die RAF-Inhaftierte HAULE - "auch in der jetzigen historischen Situation eine Option für die revolutionären Kräfte".

Der Celler RAF-Häftling Karl-Heinz DELLWO wies mit einem auch im Namen von Lutz TAUFER und Knut FOLKERTS und in Verbundenheit mit Birgit HOGEFELD geschriebenen Brief vom 29. Oktober 1993, der am 1. November 1993 in der "tageszeitung" veröffentlicht wurde, die Kritik MOHNHAUPTs zurück. Zwar seien die Celler RAF-Gefangenen initiativ geworden, mit dem Ziel, politischen Druck in den Reihen der Gegenseite zu machen, aber einen "Deal" habe man niemandem angetragen und auch keine "Abwicklung" betrieben. Als die RAF am 10. April 1992

erklärt habe, sie nehme für den jetzt notwendigen Prozeß die Eskalation zurück, seien keine Einwände bekannt geworden. "Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, wußten und wissen alle".

Auf die Erklärung von MOHNHAUPT über den "Bruch" ging bereits am 5. November 1993 unter anderem bei der Bonner Nachrichtenagentur AFP eine siebenseitige, als authentisch anzusehende Antwort der RAF vom 2. November 1993 ein. Die RAF-Kommandoebene weist darin die von MOHNHAUPT erhobenen Vorwürfe, es hätte Geheimverhandlungen oder Bemühungen um einen "Deal" mit dem Staat: Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen Freilassung der politischen Gefangenen gegeben, nachdrücklich zurück. Die "Empörung" in der Erklärung vom 28. Oktober 1993 sei "heuchlerisch". Sie sei "Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes" und "ein Festhalten" an überholten Strukturen. Ausdrücklich hält die RAF-Kommandoebene weiter an der 1992 eingeleiteten politischen Neuorientierung fest. Angesichts des Zusammenbruchs der "Zentralperspektive der revolutionären Linken" sei eine kritische Reflexion des Kampfes der RAF notwendig. Es gehe "vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß". Sie werde die Verantwortung als RAF tragen "bis das Neue herausgefunden" sei. "Ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken ist ... heute völlig egal". Es sei nicht Vorstellung der RAF, "die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten".

Das habe "nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun". Die Kommandoebene ist nach wie vor bereit, bewaffnet zu "intervenieren", auch wenn die neu zu entwickelnde strategische Vorstellung im Rahmen einer politischen Neuorientierung noch nicht erarbeitet sei, wenn es die Entwicklung verlange. Das Vertrauen zu einigen RAF-Gefangenen sei "schon lange zerstört". Die "Hardliner" werden aufgefordert, zur Besinnung zu kommen und ihren Schritt zur Spaltung noch einmal zu überdenken, die sie - die RAF - nicht wolle, mit der sie aber umgehen könne.

HOGEFELD fordert in einem Brief vom 16. November 1993 MOHNHAUPT auf, die "Schlammschlacht" zu beenden. Sie appelliert an die RAF-Mitglieder, "dieses grenzenlose Mißtrauen zu überwinden und neu eine Basis dafür herzustellen, von der aus wir alle Teil in dem notwendigen Diskussions- und Findungsprozeß sein können".

Dokumente

Erklärung von Brigitte MOHNHAUPT; veröffentlicht in: Angehörigen Info 131 vom 4. November 1993

Wir machen jetzt eine sache offen, die für uns der bruch ist im zusammenhang der gefangenen und in der politischen beziehung zur raf. der inhalt der beziehung ist zerstört, eine andere entscheidung als die trennung nicht mehr möglich. wir haben den endpunkt der entwicklung in die politische agonie erreicht, die 1992 damit anfang, daß die grundlagen unserer politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser leben und unser kampf hinter unserem rücken abgewickelt werden sollen.

seit mai haben die gefangenen in celle die abwicklung von raf und gefangenen in gang gesetzt, mit einverständnis der illegalen.

wir wissen das alles selbst erst seit kurzem, und auch nur durch einen zufall. es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die celler wie für die raf klar war, daß niemand von uns anderen gefangenen diesen weg mitgehen wird. wir sollten vor vollendeten tatsachen stehen, friß oder stirb.

genau in dieser bedeutung: wer dann nicht „mitmacht“, bleibt für immer im knast.

die täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem kampf der raf und der gefangenen verbunden sind, solidarisch sind, mit uns die freiheit der gefangenen erkämpfen wollen. auf die eine oder andere weise waren wir alle einsatzmaterial im deal.

diesen fahrplan schneiden wir jetzt ab. die situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will, und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser leben und alle erfahrungen in unserem kampf gleich selbst zertreten. ich sage jetzt zuerst das zugrunde liegende konzept für die abwicklung und dann die fakten, soweit wir sie kennen.

ausgangspunkt ist die überlegung, kohl könne ein interesse daran haben, sich vor den wahlen als derjenige darzustellen, der die „politische lösung“ gebracht und 23 jahre konfrontation beendet hat. deswegen wird rechtzeitig, bevor die wahlstrategien festgelegt sind, am kohl die bereitschaft von seiten der raf und der gefangenen signalisiert und ein konkretes angebot gemacht.

außerdem sollen personen in wichtigen gesellschaftlichen funktionen über diese bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei kohl für eine solche lösung einzutreten. das langfristige kalkül dabei ist, daß — falls kohl auf nichts eingeht — diese personen wissen, daß die raf sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur konfrontation zurückkehrt. ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der staat für eine fortsetzung von aktionen verantwortlich ist. die raf wollte ja, aber kohl nicht.

eine eigene politische bestimmung und konzeption der raf gibt es damit nicht mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, „druck“ zu machen, um die abwicklung zu besseren bedingungen zu kriegen. wie es schon mit weiterstadt war.

so oder so ist das das ende der politik, für die die raf über 20 jahre gestanden hat, revolutionäre intervention in der metropole. und das war noch nie eine frage der mittel allein, sondern eine des inhalts. wo der inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete aktion heute als ware definiert wird.

soweit das konzept. es gibt einen vermittler bei der ganzen sache, einen früheren anwalt von uns. er ist der meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte chance, jemals aus dem knast zu kommen. irrgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren ablauf.

als erster soll edzard reuter als führender vertreter der wirtschaft angesprochen werden. das ist im mai. aber reuter läßt sich nicht sprechen, der vermittler kommt nur bis zum sicherheitschef durch. erst nachdem er zu „benz“ vom verfassungsschutz geht und dessen behörde über den zweck informiert ist und grünes licht gibt, bekommt er reuter ans telefon.

die von karl-heinz dellwo fixierte linie für das gespräch ist, reuter anzudienen, daß eine beendigung des konflikts raf — staat auch im interesse der wirtschaft sei, deren zentrale leute mit zu den hauptbetroffenen der auseinandersetzung gehören. ein schlußstrich sei möglich, der staat wolle jedoch weiter die militärische lösung, was nur die verlängerung des konflikts bedeutet. deswegen, sei es notwendig, daß wirtschaftsführer wie reuter den eigenen einfluß einsetzen, um eine lösung zu forcieren.

reuter ist abweisend, redet schließlich mit schnarrenberger, später mit kohl. kohls antwort ist negativ.

das ist kurz vor bad kleinen.

wolfgang wird erschossen, brigitt verhaftet, steinmetz, der dem staat die ganze raf ausliefern sollte, fliegt auf.

der vermittler geht zu brigitt, um sich zu vergewissern, ob ihre und die zustimmung der illegalen auch jetzt noch besteht. brigitt ist einverstanden, daß er weitermacht.

reuter wird erneut angerufen, das ganze sei durch bad kleinen nicht überholt, nur noch dringlicher; aber reuter will nicht mehr und lehnt ab.

als nächster versucht der vermittler, die unterstützung von ignatz bubis zu gewinnen, und damit eine weitere person, deren einfluß und gewicht dem celler konzept entspricht.

bei einem weiteren treffen sagt bubis zu, gespräche in bonn in dieser richtung zu führen. beweggrund ist für ihn seine einschätzung der politischen entwicklung in deutschland, daß die gefahr von rechts so gravierend ist, daß der staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

zeichen, daß der staat auf das angebot eingeht, soll er die gefangenen, die am längsten in haft sind, freilassen, brigitt nach frankfurt verlegen, die übrigen gefangenen zusammenlegen, danach käme die „gesamtlösung“, die die illegalen einschließt. wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich legalisierung nach begrenztem exil oder kurzem knast oder was für die übrig gebliebenen gefangenen geplant ist.

egal auch, sollen sie ihren weg gehen, aber offen, nicht indem versucht wird, andere für eine sache zu benutzen, die sie weder überblicken können noch sollen.

es ist jetzt keine zeit mehr, viel zu schreiben. aber kurz will ich noch etwas sagen.

wir versinken nicht in bitterkeit. die bitterkeit war im letzten jahr, als sichtbar wurde, daß die „zäsur“ für die raf nicht die öffnung zur Neubestimmung radikaler und revolutionärer politik war, suche und kampf um die eigenen vorstellungen, sonder spricht mit schnarrenberger, kinkel, kohl. sein vorschlag, einen besuch in celle zu machen, um das ganze von den gefangenen selbst zu hören, wird von kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den ermittlungen nach bad kleinen ergibt, wie weit sie mit der steinmetz-ernte kommen. kohls interesse heißt fahndungserfolg, nicht abwicklung. und damit sähe auch die wirtschaft ihrem interesse genüge getan.

ein für ende september angesetztes gespräch von bubis mit kohl und kanther findet ebenfalls nicht statt.

das ist der uns bekannte stand.

wie die abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise. als dorn der schritt in die anpassung und blanke entpolitisierung. das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen.

sicher ist, daß revolutionäre politik hier nur wieder fuß fassen können wird in einer ganz neuen entscheidung und im bewußten bruch mit dieser hinterlassenschaft.

wir haben alle jetzt jede menge zu sagen. das kommt als nächstes. sinn und inhalt unserer politik sind teil unseres lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle einheit, und genauso kämpfen wir darum.

brigitte mohnhaupt

für die gefangenen aus der raf in lübeck, köln, frankfurt, schwalmstadt, frankenthal, bruchsal, aichach

Erklärung der RAF vom 2. November 1993

"antwort auf die spaltungserklärung vom 28.10.93

an die gefangenen aus der raf, die sich dahinter gestellt haben

für die auseinandersetzung aller, die mit dem kampf der raf und der gefangenen verbunden sind

es hat nie irgendwelche geheimverhandlungen zwischen uns und dem staat gegeben. es ging in unseren überlegungen nie darum, den bewaffneten kampf für die freiheit der politischen gefangenen zu "verdealen". alle behauptungen, die das gegenteil suggerieren, sind dreck, unwahr.

richtig ist, daß wir am 10.4.92 die eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen veränderungen ende der 80iger jahre die zentralperspektive der revolutionären linken zusammengebrochen war und damit auch die funktion des bewaffneten kampfes in der brd in der strategischen vorstellung der vergangenen epoche. ausdruck dieser entwicklung waren auch die grenzen, auf die wir gestoßen sind. die gesamte entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische reflektion der kämpfe der vorangegangenen epoche, d.h. auch des kampfes der raf, dringend notwendig ist. eigentlich banalste revolutionäre selbstverständlichkeit.

in dieser phase, in der es vordringlich um das herausfinden neuer wege und gedanken für den umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft wird. dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

es entspricht nicht unserer verantwortung aus 23 jahren kampf der raf, die raf unter allen umständen ins nächste jahrtausend zu retten. wir waren offen für alle möglichen formen und transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer politik beteiligen, als das beste für den zukünftigen prozeß für die umwälzung herausgefunden hätten. und diese bestimmung der mittel und organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen vorstellung. das hat nichts mit der aufgabe der option auf bewaffneten kampf zu tun.

die freude von staat und kapital über den politischen todesstoß, der eure erklärung gegen die raf sein sollte, kommt zu früh: wir werden solange die verantwortung, die wir als raf haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. und ob das dann weiter raf heisst oder die transformation der raf innerhalb einer neubestimmung der revolutionären linken, ist uns heute völlig egal. hauptsache, es entspricht den notwendigkeiten und vorstellungen für den umwälzungsprozeß.

entsprechend war auch das, was wir in der weiterstadt-erklärung gesagt haben ernst, so wie alles, was die raf sagt, dem entspricht, was wir denken:

"es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte wirklichkeit umfassend zu begreifen ..., denn nur in einer tiefgreifenden auseinandersetzung wird es möglich werden, eine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. und nur aus diesem prozeß können die fragen nach den mitteln des kampfes und den konkreten formen der organisierung neu beantwortet werden."

wir sagen ausdrücklich: die gespräche, die die celler gefangenen mit ströbele hatten bzw. mit i. bubis führen wollten - in dem inhalt, wie karl-heinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt - standen in der tat nicht im widerspruch zu unseren vorstellungen.

mit eurer erklärung vom 28.10. ist ein punkt erreicht, an dem ihr uns zwingt, zu der geschichte zwischen der raf und einigen gefangenen, zu den fortlaufenden verdrehungen und versuchen, eine entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich stellung zu beziehen.

wir hätten nach dem schlag vom 27.6.93 gegen uns mehr zeit gewollt, um wieder

in der öffentlichkeit zu reden.

wir mußten uns mit dem schweren fehler, dem kontakt mit dem vs-spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren zeitpunkt noch was sagen werden. in erster linie hat uns die verhaftung von birgit und die ermordung von wolfgang getroffen. darüberhinaus die tatsache, daß durch den spitzel der staat die möglichkeit eines militärischen schlages gegen uns in der hand hatte, sodaß wir die reale entwicklung in der konfrontation mit dem staat an einem existenziellen punkt nicht richtig überblickt haben. wir sind mit einer situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den prozeß für Neubestimmung revolutionärer politik einbringen können. der 27.6. hatte für uns eine völlig neue situation geschaffen. dabei haben wir darauf gehofft, trotz der widersprüche im zusammenhang gefangene/raf, trotz des von einigen von euch bereits vollzogenen bruchs, nochmal zu einer vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. das wollten wir in einem neuen abschnitt, der so oder so vor uns liegt. dieser versuch wäre unsere sache gewesen.

eine trennung von euch wollten wir nicht, obwohl einige von euch nach dem schlag gegen uns das, was vom staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die hand genommen haben: den bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. das gerade von der "steinmetzchen einheit", "dem ideologischen fuß des vs bei den illegalen" bishin zu der unterstellung, die celler gefangenen, birgit, wolfgang und wir hätten "einen platz im reich" gesucht.

seit langem sind die äußerungen einiger von euch wie bewegungen im reagenzglas des staatsschutzes. für einige von euch scheint es schon länger selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen widersprüchen genossInnen der kollaboration mit dem staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische integrität abzuspochen. genau auf so eine haltung hat schon der ehemalige hamburger vs-chef lochte gesetzt. als er nach '89 für eure zusammenlegung eintrat. er war davon überzeugt, daß ihr nicht mehr in der lage wärt, mit widersprüchen und unterschieden umzugehen, sondern euch gegenseitig zerfleischen würdet.

die jahrelangen und immer wiederkehrenden anschuldigungen und gerüchte von einigen von euch gegen unsere gefangenen genossen in celle haben schon mal dazu geführt, daß international gerüchte rumgingen, die gefangenen in celle würden mit dem vs zusammenarbeiten. das setzt sich bis heute fort mit der lüge in brigittes erklärung, die schon am 30.10. im interview mit stroebele offensichtlich wird: stroebele hätte mit vs-benz gesprochen.

bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den sprung aus ihrer kleinbürgerlichen konkurrenz schaffen - dem deutschesten alltag bei genossInnen, die sich mit ihrem ganzen leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die raf und gefangene aus der raf ein weiteres zerstrittenes grüppchen wird, wie viele in der brd, die nur noch gegenseitig gift verspritzen und sich so ins politische aus manövrieren.

wir schreiben diesen brief in dem bewußtsein, daß es wichtigere fragen aus der situation in der brd und international gibt, zu deren antworten wir damit nichts beitragen können. aber nun ist auch unsere schmerzgrenze überschritten.

hinter eurer erklärung steckt miese taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ihr heute eine solche initiative von gefangenen als deal mit dem staat denunziert, obwohl doch einige von euch eine ganz ähnliche initiative überlegt hatten, in der zeit um '90 rum, als in texten von euch von "freunden der vernunft" die rede war, was sich ja auch auf typen aus der wirtschaft bezog. das erfuhren wir damals viel

später, sozusagen "durch zufall".

ihr wolltet damals nichts anderes als bewegung in den prozeß bringen, in dem es euch auch um eure freiheit ging und darum, neue ausgangsbedingungen für euch, für uns, wie für alle, die neue bestimmungen suchten, durchzusetzen. auch dafür sollten wir den bewaffneten kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem zusammenhang steht.

wir unterstellen auch nicht, daß es euch bei dem deal mit dem staat und den "platz im reich" ging. ihr solltet das gegenüber birgit, wolfgang, den celler gefangenen und uns auch lassen.

wie wir heute wissen habt ihr das damals unterlassen wegen mangelnder aussicht auf erfolg, und weil es damals mit unseren politischen vorstellung zusammen nicht möglich gewesen wäre. eure empörung ist heuchlerisch. was ihr heute auf dem markt als deal feilbietet, den gesamtlösungsgedanken - die illegalen eingeschlossen - kam auch von euch, von einigen von euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht "rechtzeitig" einsehen wollten. selbstverständlich hattet ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal exil.

zur vorstellung einiger von euch gehörte auch, daß wir eine erklärung abgeben: daß die raf den bewaffneten kampf einstellt. damals hieß es: ansonsten ist jeder gedanke an die freiheit der gefangenen illusion. wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der staat "danke" sagen und sonst nichts - was dann komme, wisse niemand. das war allerdings nie unsere vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir nur in einem kampfprozeß neue ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die entwicklung von uns verlangt.

ihr werft uns vor, mit unserer drohung und der sprengung des weiterstädter knastes hätten wir "die bewaffnete aktion zur ware gemacht". sind eurer meinung nach aktionen nur zur begriffsbildung zulässig? nur abstrakte politik? ohne jeden gebrauchswert? seit wann ist es eurer meinung nach verwerflich, mit aktionen druck gegen den staat auszuüben? ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete aktion in ihrem politischen inhalt stimmen muß, um druck auf den saat für eine entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

das verhältnis, das ihr zu revolutionärer politik und zur bewaffneten intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot, wie es uns vollkommen fremd ist, und wie wir es von kämpfenden auf der ganzen welt nicht kennen.

auch wenn ihr die lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. wer die aktion gegen den weiterstädter knast unpolitisch nennt muß einen knall haben. ihr solltet mal INHALTLICH begründen, wieso ihr mit einer intervention nichts anfangen könnt, die einen knast zerstört, der ein in beton gegossenes spiegelbild der entwicklung ist, wie sie die herrschenden anpeilen, und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein projekt, das für den militärischen umgang des staates mit den sich forcierenden widersprüchen in dieser metropolengesellschaft steht; gegen ein projekt, das für den staatlichen rassismus und die wissenschaftliche zerstörung menschlicher identität steht. das wesen dieses projektes und die beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer absicht verbunden, druck gegen den staat für eure freiheit zu entwickeln. wir wissen allerdings, daß es welche unter euch gibt, die schon damals diese aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der tatsache, daß viele menschen - auch hier - damit etwas verbinden können.

denn das ist für euch ausdruck von "entpolitisierung und anpassung" wenn wir vielen aus dem herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

euer aufschrei gegen diesen druck auf staat und kapital, der ein aspekt aus 23 jahren bewaffneten kampfes, aus der entwicklung der konfrontation befreiung/kapital ist, ist nur noch flache polemik. mit inhaltlicher, also auch politischer auseinandersetzung und kritik hat das nichts zu tun. schon '77 ging es auch darum, einen druck gegen staat und kapital zu schaffen, wobei ein aspekt nur gewesen sein kann, daß die wirtschaft ihren einfluß zugunsten schleyers zur geltung bringt. schon damals alles zur ware verkommen? natürlich nicht. kommt jetzt nicht damit, daß der versuch damals seine berechtigung ausschließlich aus der zentralen perspektive der internationalen revolutionären bewegung hatte.

im fernseh-interview hast du, irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen stellen angeboten habt, nicht in die brd zurückzukehren, sondern im exil weiter politisch zu kämpfen. von anderen aus eurem kreis wissen wir, daß es für die gesamte gruppe, dh. auch für die illegalen, darum gegangen wäre, nach der befreiung der gefangenen, überhaupt neu herauszufinden, wie der kampf weiter zu entwickeln ist. alles sei offen gewesen, auch wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. das wäre auch in der jüngeren vergangenheit für den gesamten politischen zusammenhang raf/gefangene am besten gewesen. wir wissen, daß die meisten von euch das nicht anders gedacht haben. umso schlimmer, daß ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht, und von deal quatscht.

"wenn gleichzeitig angriffe der guerilla laufen, wird hier keine mobilisierung für die freiheit der gefangenen fuß fassen können ..." (aus einem brief von brigitte, frühjahr '93) wenn ihr denkt, daß die existenz der raf eurer freiheit entgegensteht, und ihr mit der erklärung vom 28.10. das ziel habt, die raf entgültig vom hals zu haben - dann solltet ihr das auch so offen sagen. anstatt so zu tun, als wäret ihr die gralshüter der option des bewaffneten kampfes oder der revolutionären intervention in der metropole; und könntet den trennungsstrich zur raf ziehen, moralisch unbefleckt und als opfer der angeblich verräterischen machenschaften von uns, birgit und den celler gefangenen.

wenn ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet ihr solche schweinereien nicht nötig. und ihr könnt es euch auch sparen, ein verhältnis zu bewaffneten aktionen auf uns zu projizieren, das aus der gruselkammer kapitalistischer warenwelt kommt und von dem IHR euch mal in eurer gesamten politik befreien solltet: "wenn sie (raf) jetzt ankündigen, den schritt vom april '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer gefangenensituation - dann tragen wird das nicht mit." (eva) als wäre es unser problem gewesen, daß wir was HABEN/BESITZEN wollten für uns. in dem stil, die raf - mordlüstern wie sie ist - braucht die gefangenen, weil - unpolitisch wie sie ist - ihr sonst zur entwicklung nichts einfällt.

zur geschichte der beziehungen, deren inhalt für euch zerstört ist: eure kämpfe, die ihr in der raf oder später als gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. für alle hier hatten sie eine bedeutung in der eigenen geschichte. daraus ist ein vertrauen in euch, die genossInnen im knast, lebendig gewesen. eine verbundenheit auch daraus, die gleiche existenzielle lebensentscheidung für den kampf um befreiung getroffen zu haben, und die vorstellung, dies sei eine basis dafür, auch an unterschiedlichen orten und in der sich immer verändernden äußeren situation zu politischem einverständnis über den weg kommen zu können. doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher prozeß möglich, der offenheit und respekt zueinander voraussetzt.

das vertrauen dazu ist zu einigen von euch schon lange zerstört. wir denken heute, daß es eine illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen zusammenhang, indem die grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen

machtapparat wie den brd-staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen aufbruch schaffen. unsere entscheidung zu allem, womit einige von euch gegen uns! - wo sie nur konnten - gearbeitet haben, nicht öffentlich stellung zu beziehen, war falsch. wir haben auf die falsche hoffnung gesetzt, die widersprüche könnten sich im kampfprozess auflösen. sie basierte auf einer falschen rücksichtnahme auf euch als gefangene in der isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose schlammschlacht zu geraten.

brigitte, deine unterstellung in dieser erklärung, unser verhältnis zu euch sei gewesen "friß oder stirb ..." sagt viel über dich/euch, nicht über uns. da, wo die anschuldigung die beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche nähe du oder ihr zu solchen verhältnissen hast/habt. das ist uns schon im vergangenen jahr schmerzlich deutlich geworden. wir kennen diese ganzen sprüche zur genüge: wenn wir an kritik und selbstkritik - was ihr opportunismus und entpolitisierung nennt - festhalten würden, dann werdet ihr uns "als typen vom tisch fegen", uns und andere "links überholen". alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der raf in die auseinandersetzung gebracht wurde "interessieren dann nicht mehr". das seid ihr.

das war der schwerpunkt eurer anstrengung im letzten jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. und die methoden, die ihr dabei benutzt, solltet ihr dem gegner überlassen. ihr habt darauf gebaut, daß es in der linken schon seine wirkung hat, wenn die denunziation nur oft genug wiederholt wird.

ihr seid im gesamten vergangenen jahr auf inhaltliche ansätze von uns nicht INHALTLICH eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen diskussionen geführt hätte. stattdessen habt ihr unsere gesamte anstrengung mit eurer kleinbürgerlichen konkurrenzscheiße und eurem besitzverhältnis zur raf und revolutionärer politik in der brd überzogen.

für manche von euch war es ausreichend, ewig alte klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur beantwortung der fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden situation hier wie international stellen.

auch ihr hattet von einer zäsur gesprochen, was das allerdings für euch bedeuten sollte, dazu gibt es von euch bis heute nichts substantielles. für uns war es aus unserem prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven verhältnis von kritik und selbstkritik zu kommen.

für die kämpfenden auf der ganzen welt ist das eine lebensader - für einige von euch ist das wie das wasser für das feuer. euer bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen genossen in cello, in den auseinandersetzungen der letzten jahre einen eigenen kopf behalten haben. mit schlagwörtern wie "entpolitisiert" und "anpassung" schützt ihr euch schon seit 1 1/2 jahren vor einer inhaltlichen auseinandersetzung. und genau das ist entpolitisiert.

ihr tragt mit der auf uns fixierten arbeit der letzten 1 1/2 jahre mit verantwortung daran, daß sich einige teile der radikalen linken mit einer "rafdebatte" selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie ihr sie ins leben gerufen habt. die rücknahme des bewaffneten kampfes der raf (! die ihr auch wolltet), sei verrät. viele von ihnen beziehen sich dabei auf briefe von euch, da können sie euch wohl kaum verstanden haben. das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die raf sei mit der zurückstellung des bewaffneten kampfes verantwortlich für die steigende zahl von vergewaltigungen. (auch welche, die sich auf euch beziehen) sie begreifen die alte konzeption der raf als zeitlose antwort, wobei das aussetzen des bewaffneten kampfes (der raf) bereits verräterisch sei.

viele dieser papiere sind eine demonstration der begriffslosigkeit sowohl des 23-jährigen kampfes der raf und ihrer früheren konzeption, als auch der gesamten entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele schwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die notwendigkeit zum bewaffneten kampf der raf entdeckten. schwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven phasen nichts mitbekommen haben. niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete organisationen, die weniger "reformistisch" sind. das wundert uns nicht. denn schwätzertum führt nicht mal zu wiederholungen des alten, es führt zu nichts. diese scheindiskussion, in der es nie um die leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt ihr entfacht und mit einer flut von diffamierungen begleitet: "entpolitisiert", "den internationalismus fallengelassen," "wir würden die geschichte abwickeln", und mit dem vs - wahlweise entweder die politik bestimmen oder verhandlungen führen, und würden für unser wohl und den "platz im reich" opportunistisch inhalte aufgeben und und.

wir haben die methode schon lange satt, daß der inhalt unserer texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem brief kurz vor weiterstadt. mit geschickter wortspielerei kommt unterm strich raus: alle sollen "nun schauen, welche fraktion sich "durchsetzt" wie die raf sagt". natürlich hatten wir ganz im gegenteil in der dort zitierten erklärung gesagt:" von alleine werden sie (der staat) an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe notwendig sein".

euer blöder machtkampf zeigt sich auch am verkrampften festhalten an der diskussion um die "zwei fraktionen im apparat", obwohl die gefangenen in celle unseren fehler in der april-erklärung im konkret-interview korrigiert hatten und wir die kritik im august text bekräftigten. (ein allerdings imaginärer machtkampf gegen die genossen in celle, uns und zeitweise gegen die genossInnen in lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der feind wie auch die fragen groß sind). ihr müßt mal realisieren, daß ihr diesen fehler von uns über ein jahr lang zu einem eurer schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

während ihr immer wieder die "situationsdebatte" statt "raf-debatte" gefordert habt und das gegenteil davon gemacht habt, ist euch der blick selbst auf die eigene situation durch eure orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

bis zuletzt haltet ihr euch an eurem irrglauben fest, in der kgt-initiative sei von anfang an nur für einige gefangene die freiheit vorgesehen gewesen. ihr realisiert nicht, daß für niemanden die freiheit vorgesehen war. alles war abhängig von einer politischen mobilisierung, davon, ob die gefangenengruppe darin

SOLIDARISCHER KERN ist und in der lage, gemeinsam in die diskussion einzugreifen und auch vom kräfteverhältnis raf/staat. das konntet ihr weder daran realisieren, daß nach günter kein gefangener aus der raf mehr freikam, und noch nichtmal hat euch der schlag gegen uns in bad kleinen erhellt. bei euch schiebt sich vor jede erkenntnisfähigkeit das gift, das ihr in euren herzen mobilisiert habt. deshalb muß nun auch die story vom versuchten deal herhalten, damit euer irr glaube weiter bestand haben kann.

daß ihr es fertigbringt, mit euren denunziationen auch wolfgang mit dreck zu überziehen - ihn, der neun jahre lang die politik der raf mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für eure freiheit gekämpft hat und bei dem versuch, gerade nicht in den knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde - ist nur ausdruck davon, auf welchen niederun-

gen ihr gelangt seid. wolfgang war ein mensch, der für genossInnen durchs feuer gegangen wäre.

es gab in der letzten zeit einen neuen anlauf zur mobilisierung für eure freiheit. von genossInnen mit einer neuen haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten geschichte von fraktionierungen, der unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen widersprüchen umzugehen. das hat die aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen auseinandersetzung kommen kann. wir fanden die entscheidung der genossInnen richtig, sich nicht auf die spaltereien einzulassen. sie gehen stattdessen von den tatsächlichen widersprüchen in den politischen vorstellungen auf unserer seite aus. wir denken, daß das ein selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer politik geht. eure erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese haltung gerichtet. sie ist ausdruck eines dumpfen machtkampfes. sie drückt ein festhalten an überholten strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen widersprüchen genossInnen der kollaboration mit dem system zu beschuldigen und ihre moralische integrität in den dreck zu ziehen. letztlich seid ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

WIR HALTEN ES FÜR NOTWENDIG, MIT D I E S E R HINTERLASSENSCHAFT EINEN BEWUßTEN BRUCH ZU MACHEN!

wir sagen euch, daß diese "ganz neue entscheidung", von der ihr sprecht, die auf lügen, dreck und unehrlichkeit euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit sicherheit nicht dazu führen wird, "daß revolutionäre politik hier ... wieder fuß fassen können wird".

wir fordern euch auf - und das ist uns sehr ernst - jetzt einen moment innezuhalten. kommt zur besinnung! auch wenn ihr dabei über euren schatten springen müßt. wir wissen, daß euch das unser brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

es gibt vertrauen, das keine mauern brechen können. karl-heinz, lutz, knut, birgit und wir werden mit dieser spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht! vielleicht ist dies - wenn überhaupt - die letzte möglichkeit für was anderes.

es liegt nun an euch.

rote armee fraktion

2.11.1993 (RAF-Stern; Anm. d. Verf.) "

3.1.9 Rote-Armee-Fraktion - Umfeld

Im Umfeld der RAF in Nordrhein-Westfalen führte der "Bruch" zu Polarisierungen, wobei allerdings das Bemühen, eine Spaltung zu vermeiden, überwog.

Es setzte auch 1993 seine Agitation für die "Freilassung der politischen Gefangenen" in Veranstaltungen, auf Demonstrationen, mit Schriften und Flugblättern sowie durch Plakat- und Schmieraktionen fort. In diesem Zusammenhang seien beispielhaft folgende Veranstaltungen genannt:

- Am 14. April initiierten u.a. Angehörige inhaftierter Mitglieder der RAF eine Pressekonferenz in Bonn, auf der die bedingungslose Freilassung der inhaftierten RAF-Mitglieder RÖSSNER und JANSEN, die Zusammenlegung bestimmter RAF-Häftlinge in Kleingruppen sowie die Einstellung der von der Bundesanwaltschaft eingeleiteten neuen Verfahren gegen bereits rechtskräftig verurteilte inhaftierte RAF-Mitglieder gefordert wurden.
- Am 25. September nahmen auch Personen des RAF-Umfeldes in Nordrhein-Westfalen an einer Demonstration in Stuttgart zum Thema "Schluß mit den

Kronzeugenprozessen und allen neuen Verfahren gegen Gefangene aus der RAF - Freiheit für alle politischen Gefangenen" sowie am 9. Oktober an einer vom RAF-Umfeld initiierten Demonstration in Lübeck teil, auf welcher die sofortige und bedingungslose Freilassung des inhaftierten RAF-Mitglieds Irmgard MÖLLER gefordert wurde.

- Im November fanden drei kleinere regionale Demonstrationen in Bielefeld, in Köln vor der dortigen Justizvollzugsanstalt und vor dem Justizministerium in Düsseldorf statt. Die Demonstranten forderten u.a. die "Zusammenlegung der Gefangenen" und "Freiheit für alle politischen Gefangenen", "Schluß mit der Isolationsfolter".
- In der Silvesternacht des 31. Dezember 1993 fand eine offensichtlich auch vom örtlichen RAF-Umfeld vorbereitete Demonstration vor der Justizvollzugsanstalt in Köln statt, an der sich etwa 100 Personen beteiligten. Die Demonstration diente der Bekundung von Solidarität mit den dort einsitzenden RAF-Mitgliedern.

Auch die Ereignisse in Bad Kleinen, insbesondere der Tod des Wolfgang GRAMS, führten im RAF-Umfeld sowie im sonstigen linksextremistischen Spektrum zu Protestaktionen, Sachbeschädigungen, Farbsprühaktionen und Demonstrationen:

- am 29. Juni 1993 fand auf der "Domplatte" in Köln eine Standkundgebung statt, bei der ein Transparent mit der Aufschrift "Wir trauern um Wolfgang GRAMS, Genosse aus der RAF, wandelt Wut und Trauer in Widerstand" gezeigt wurde;
- am 24. Juli 1993 bekundeten etwa 100 Personen bei einer Demonstration in Bielefeld Solidarität mit der dort inhaftierten Birgit HOGEFELD. Im Stadtgebiet wurden Fassaden mit den Worten "Solidarität mit der RAF" besprüht;
- am 10. Juli 1993 fand in Wiesbaden eine Großdemonstration statt, die von einem "Komitee zur Aufklärung des Todes von Wolfgang GRAMS" organisiert worden war; daran beteiligten sich etwa 2.400 Personen;
- am 13. August 1993 besetzten u.a. Personen des RAF-Umfeldes das alte Rathaus in Bonn und forderten, Räumlichkeiten für eine eigene Pressekonferenz. Auf mitgeführten Transparenten waren u.a. folgende Texte angebracht: "Unser Freund Wolfgang GRAMS ist erschossen worden" und "besetzt von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD".

Darüber hinaus beteiligte sich das RAF-Umfeld an Aktivitäten des linksextremistischen Spektrums, insbesondere der Autonomen, im Zusammenhang mit der Asyl-/Flüchtlingsthematik und besonders an Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit. So waren Personen des RAF-Umfeldes auch an Planungen, Vorbereitungstreffen und Absprachen beteiligt, die sich gegen die geplante Änderung des Artikels 16 Grundgesetz richteten. Die Agitation konzentrierte sich insbesondere auf den sogenannten Tag "X" (Tag der 2. und 3. Beratung sowie Abstimmung über die Änderung des Asylgrundrechts im Deutschen Bundestag), am 26. Mai 1993.

3.1.10 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Sitz

NRW:	Essen	
Bund:	Essen	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 150	ca. 100
Bund:	ca. 400	ca. 300
Publikation:	"Position - Magazin der SDAJ"	

erscheint zweimonatlich
Auflage 600

Nachdem die SDAJ durch den Zerfall des "Realen Sozialismus" und den damit verbundenen Niedergang der DKP in zeitweilige politischer Agonie gestürzt wurde, konnte 1993 eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau beobachtet werden. Zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Wiederaufbaus steht die SDAJ seit dem letzten Jahr unter direkter Anleitung des Parteivorstands der DKP. Die DKP bezeichnet in ihren Thesen die SDAJ "aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung" als den engsten Partner. Die SDAJ bleibe die "Jugendorganisation der DKP" mit revolutionär sozialistischer Programmatik.

Es gelang der SDAJ, 1993 die Mitgliederzahl zu erhöhen. Im Mai 1993 konnte eine Beteiligung von SDAJ-Mitgliedern an Aktionen und Kampagnen von Autonomen, insbesondere im Rahmen der Antifa-Arbeit, festgestellt werden. Wie auch im Vorjahr führte die SDAJ ein sogenanntes Pfingstcamp durch.

3.1.11 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Sitz

NRW:	Köln	
Bund:	Köln	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 100	ca. 120
Bund:	unter 300	ca. 300
Publikation:	Sozialistische Zeitschrift - SOZ - erscheint vierzehntägig Auflage 2.500	

Die Anhänger der VSP kommen aus unterschiedlichen politischen Strömungen des Linksextremismus. Ein Teil ist trotzkistisch geprägt. Allen VSP-Mitgliedern gemeinsam sind sozialrevolutionäre Vorstellungen.

3.2 Linksextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien

3.2.1 Publikationen

3.2.1.1 Agitare Bene

Die Herausgeber der monatlich erscheinenden Schrift Agitare bene, die dem autonomen Spektrum zugerechnet werden, bezeichnen ihr "Projekt" als Versuch, "die Auseinandersetzungen in der radikalen/revolutionären Linken über Ziele und Strategien lebendiger und konstruktiver zu führen". Sie dient der Verbreitung eigenen Schriftguts mit teilweise terroristischem Inhalt.

3.2.1.2 Antifaschistische Publikationen von Linksextremisten

Antifaschistische Gruppierungen und Publikationen werden nur beobachtet, wenn sie von Linksextremisten getragen oder maßgeblich beeinflusst werden.

In den Publikationen der Antifa-Gruppen werden u.a. "Tips und Trix" für "Antifas" veröffentlicht. Dazu zählen beispielsweise:

- Hinweise zur Organisation antifaschistischer Gruppen,
- Veröffentlichungen von Veranstaltungen rechtsextremistischer Personen und Gruppierungen,

- Veröffentlichung von Namen, Bildern und Adressen von Rechtsextremisten und deren Wohnanschriften und Treffpunkten.

Beispiele für Antifa-Publikationen sind:

- "Antifa-Jugendinfo" - Ausgabe Bielefeld; Herausgeber ist die autonome "Antifa-Jugendfront" c/o Infoladen Anschlag in Bielefeld;
- "Antifa-Jugendinfo" - Ausgabe Bonn/Rhein-Sieg; Herausgeber ist die autonome "Antifa-Jugendfront" Bonn/Rhein-Sieg mit Kontaktadresse "Büro für politische Kulturarbeit" in Bonn. Auflage: 3500;
- "Krass" - Kölner Antifa-Info; Herausgeber ist die autonome Antifa-Szene in Köln. Auflage: 2000;
- "Antifaschistische Nachrichten"; Herausgeber sind im wesentlichen verschiedene Personen und Gruppen des linksextremistischen Spektrums. Die Schrift erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK);
- "Antifa-Nachrichten NRW", Kontaktanschrift: c/o Infoladen in Wuppertal.

3.2.1.3 Arranca

Die Berliner Gruppe "Für eine linke Strömung" (F.e.I.S.) gab erstmals 1993 ihre neue Publikation "Arranca! - Zeitung für eine radikale Linke" heraus. Die Schrift beschäftigt sich mit der auch in NRW geführten Szenediskussion über eine "Sammlungsbewegung" verschiedener linksextremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen. Sie dient der Gruppe als Medium, das den "Organisationsprozeß" begleiten und weitertreiben soll. Aktivitäten der Gruppe F.e.I.S. in NRW wurden bislang nicht bekannt.

"Arranca" (spanisch: Losmachen, Starten, Anfangen) verstehen die Initiatoren als Imperativ: "leg endlich los!": "Wir legen los, weil wir es notwendig finden, für die Organisationsdiskussion jenseits der Vorschläge zum 'Aufbau einer kommunistischen Partei' eine eigene Zeitung zu schaffen."

3.2.1.4 CLASH

Herausgeber von "Clash - Zeitung für Widerstand in Europa" sind nach eigenen Angaben "Betreiber und Anhänger autonomer Infoläden aus dem In- und Ausland". Das Szeneblatt will die "europäische Dimension des Kampfes deutlich machen" und die Kommunikation der "Genossen" in den einzelnen Ländern verbessern. Es erscheint vierteljährlich in Deutsch und Englisch - mit Kontaktadresse in den Niederlanden.

3.2.1.5 Interim

Die wöchentlich in Berlin erscheinende autonome Schrift Interim hat als eine der wenigen örtlichen autonomen Schriften bundesweite Bedeutung. Sie dient als "Infolblatt" und "Diskussionsplattform" für das gewaltbereite linksextremistische Spektrum. Interim wurde 1993 regelmäßig in NRW festgestellt.

3.2.1.6 radikal

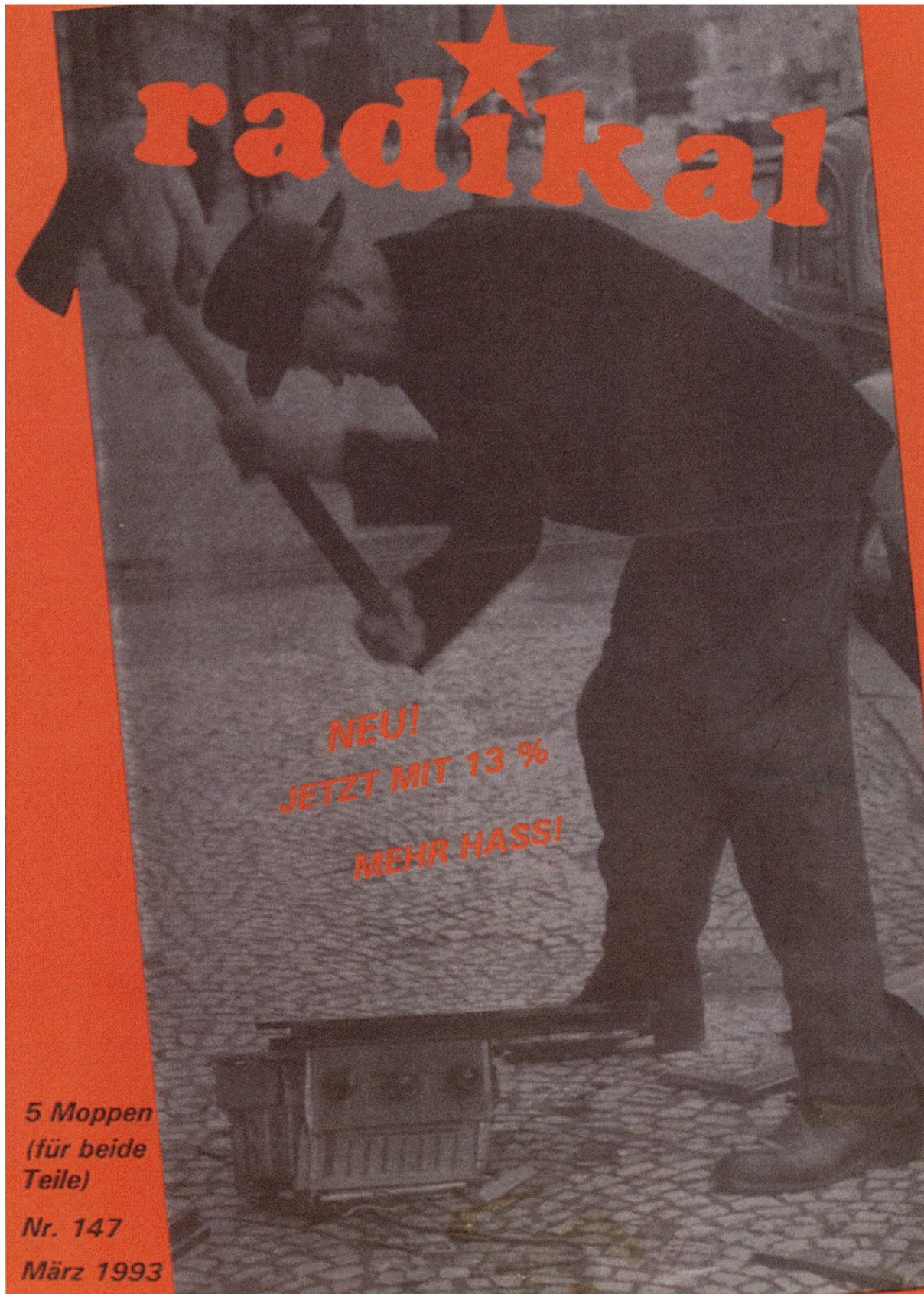
Die überörtlich erscheinende "Untergrundschrift" radikal wird von Unbekannten mit einer Kontaktanschrift in den Niederlanden herausgegeben. Sie erscheint unregelmäßig. Es werden Positionen autonomer und antiimperialistischer Gruppen einschließlich des terroristischen Umfeldes vertreten und unterstützt. Aufgrund eines "Streites" innerhalb des Redaktionskollektivs wurde die Herausgabe 1993 für

den Zeitraum von 8 Monaten ausgesetzt. Erstmals erschien radikal wieder im November 1993 mit der Ausgabe-Nr. 148.

3.2.2 Mailboxen

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums Nordrhein-Westfalens gewinnt der Einsatz moderner Kommunikationssysteme zunehmend an Bedeutung. So wird u.a. in Szeneschriften der Aufbau eines computergesteuerten Informationssystems propagiert. Unter dem Titel "Das etwas andere Netzwerk" wurde schon 1992 über ein computergestütztes europäisches Informationssystem berichtet. Hauptschaltstellen seien das "European Counter Network" (ECN) und das bundesdeutsche "Spinnennetz". Ziel ist es, ein Info-Netzwerk politischer Gruppen aufzubauen, das einen kontinuierlichen Nachrichtenaustausch auf europäischer Ebene gewährleistet. Solche Systeme sind zwischenzeitlich unter anderem in Infoläden des autonomen Spektrums mehrerer nordrhein-westfälischer Städte installiert. In einer Selbstdarstellung der Betreiber von Spinnennetz werden unter der Überschrift "Warum Datenvernetzung" folgende Aussagen getroffen:

"Wir gehen davon aus, daß wir zur Zeit als revolutionäre linke Bewegung in der BRD sehr schwach sind und gleichzeitig unser Organisationsgrad extrem niedrig ist. Organisationsgrad meint z. B. den Stand einer bundesweiten bzw. europaweiten Diskussion ueber gemeinsame politische Schwerpunkte und Ziele.



Tatsache ist, dass die meisten politischen Gruppen unabhängig voneinander in der eigenen Stadt und erst recht unabhängig von Gruppen anderer Städte oder Länder arbeiten. Wir finden diesen Zustand unbefriedigend und wollen auf verschiedenen Ebenen den Austausch zwischen Gruppen mit gleichen oder auch un-

terschiedlichen politischen Schwerpunkten staerken. ... Deshalb haben wir im Januar 1991 Spinnennetz gegruendet, um auch kleineren Infoladen, regionalen Zeitungen und Medieninitiativen den Zugang zu unzensurierten Nachrichten und Diskussionspapieren kontinuierlich und schnell zu ermoglichen."

3.2.3 Infotelefone

Als ein Kommunikationsmittel bedient sich das linksextremistische Spektrum in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens sogenannter Info-Telefone. Sie dienen der Szene vornehmlich zur schnellen Übermittlung aktueller Informationen und als Mittel zur schnellen Mobilisierung zu spontanen Aktionen und Demonstrationen.

3.2.4 Autonome Infoläden und autonome Zentren

"Autonome Zentren"

Unter "Autonomen Zentren" versteht die Szene die - notfalls gewaltsame - Schaffung sogenannter "rechtsfreier Räume", um ein von bürgerlichen Zwängen freies selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ausgangspunkt hierfür waren die als "Häuserkampf" bezeichneten Hausbesetzungen. Nach Abklingen der Hochphase des Häuserkampfes wurden 1993 nur noch vereinzelt derartige Hausbesetzungen registriert.

"Autonome Infoläden"

Im Kommunikationssystem der Szene erfüllen die Infoläden als "Netzknoten" vielfältige Funktionen. Unter anderem verkaufen sie linksextremistische Schriften und verteilen Flugblätter. Durch Plakataushänge wird auf die in der Szene aktuellen Aktivitäten und Aktionen aufmerksam gemacht. Darüber hinaus sind die Infoläden Anlauf- und Kontaktstellen für Personen des autonomen Spektrums, aber auch für Personen des terroristischen Umfeldes. Bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen spielen die Infoläden eine wichtige Rolle. Häufig sind sie die Schaltzentralen für eine Mobilisierung und für die Weitergabe von Informationen. Dabei bedient man sich der verschiedensten Kommunikationsmittel und löst von dort sogenannte "Telefonketten" zur schnellen Mobilisierung der Szene aus. Verstärkt bedient man sich inzwischen moderner Kommunikationsmittel (z.B. Faxgeräte, Mailboxen).

Autonome Infoläden/Zentren sind 1993 in NRW in folgenden Städten bekannt geworden: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bünde, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Gütersloh, Köln, Münster, Oberhausen, Paderborn, Solingen und Wuppertal. Darüber hinaus existieren in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens Szenetreffs des vorgenannten linksextremistischen Spektrums.

Autonome Infoläden werden bevorzugt in Räumlichkeiten eingerichtet, die neben einem Verkaufslokal auch Raum für Treffen und Versammlungen der Szene und für sonstige Gruppen bieten. Die Läden werden in der Regel von einer "Ladengruppe" geführt, die sich aus Personen der Szene zusammensetzt. Eine nicht selten ungenehmigte Nutzung von Räumlichkeiten, aber auch Streitigkeiten über die Art der Nutzung, führen dazu, daß einzelne Infoläden vorübergehend geschlossen oder aufgelöst und an anderer Stelle neu eingerichtet werden.

4 Ausländerextremismus und -terrorismus

4.1 Türken

4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V (KAPLAN-Verband)

Sitz:	Köln	
Vorsitzender:	Cemaleddin KAPLAN	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 1.450	ca. 1.500
Bund:	ca. 4.000	ca. 4.150
Publikation:	"ÜMMET-I MUHAMMED" erscheint vierzehntägig	

Organisation

Die Mitgliedsvereine (NRW rd. 20, Bund 74) werden zentral gesteuert. Der Schwerpunkt des Verbandes liegt im Raum Köln.

Politische Ziele

Der KAPLAN-Verband strebt den revolutionären Sturz der türkischen Regierung und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei an. Er tritt für die weltweite Verbreitung des Islam ein. Außerdem bekräftigte der Verbandsvorsitzende das religiöse Todesurteil (KHOMEINIs, Fetwa) gegen Salman Rushdie und bezog den türkischen Schriftsteller Aziz Nesin wegen dessen Übersetzung der "Satanischen Verse" ein.

Ein wichtiges Agitationsfeld ist der Kampf gegen den von Kemal Atatürk geschaffenen laizistischen türkischen Staat.

Ereignisse und Entwicklungen 1993

Nach Ausrufung des "Föderalistischen Islamischen Staates Anatolien" (A.F.I.D.) durch den fundamentalistischen Verbandsführer KAPLAN in Deutschland hat - nach Meldung der türkischen Tageszeitung "Milliyet" Ende 1992 - der Iran als erstes Land dem "neuen Staat" gratuliert und seine Unterstützung signalisiert. KAPLAN forderte beim Freitagsgebet am 12. März 1993 in Würselen zum Kampf gegen die türkische Regierung auf, die Volk und Islam verrate. Er lachte über den gegen ihn ergangenen Haftbefehl. Der Richter ("der räudige Hund") müsse getötet und vor Allah gebracht werden. KAPLANs Ausführungen begleiteten die rd. 100 anwesenden Anhänger mit begeisterten "Jihad"-Rufen (= "Heiliger Krieg"). Am 18. April 1993 beging KAPLAN, der sich in der Öffentlichkeit HOCAOGLU nennt, mit rd. 2.000 Angehörigen seines Verbandes den 1. Jahrestag seines Islamstaates. Darüber berichtete die türkische Tageszeitung "Hürriyet" am 20. April (auszugsweise Übersetzung):

"Schariagipfel in Deutschland

Der 1. Jahrestag des am 18. April 1992 von Cemalettin HOCAOGLU (KAPLAN) und seinen Anhängern, Feinde der laizistischen Türkei und Atatürks, gegründeten 'Anatolischen Föderativen Islamischen Staates' wurde in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz gefeiert. In der Versammlung mit über 7.000 Personen ... wurden Atatürk, die Nationale Versammlung und alle laizistischen Parteivorsitzenden scharf angegriffen und Sprüche wie 'Nieder mit dem kemalistischen System', 'Wir sind gekommen zum Sterben, das kemalistische System zu stürzen', laut. HOCAOGLU

übte bei seiner Rede an dem verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal vorläufige Kritik. Die Spruchbänder wie 'Muslime! Die Fronten sind klarer geworden. Entschiede, entweder die Kemalismuskrankheit oder islamischer Staat', 'Die Mauer von Berlin wurde abgerissen, das kemalistische System wird auch früher oder später abgerissen' erweckten Aufmerksamkeit."

In einer Flugschrift "Islam und Demokratie" wiederholte KAPLAN seine antidemokratischen Positionen und behauptete, die Demokratie sei mit dem Islam unvereinbar. Die Demokratie als Volksherrschaft beruhe auf dem Menschengestalt, sei veränderlich und unbeständig. Islam hingegen bedeute die Herrschaft des Gerechten, d.h. Allahs. Der Islam stütze sich auf die Offenbarung, sei unvergänglich und bis zum jüngsten Tag gültig. Ferner polemisierte KAPLAN gegen die Mitglieder der türkischen Regierung und forderte deren Bestrafung. Unterzeichnet ist die Schrift mit "Cemaleddin HOCAOGLU, Staatsoberhaupt und Kalif des Islam" gab KAPLAN auf einer Pressekonferenz am 6. Juli 1993 in Bonn auf die Frage, ob Ungläubige zu töten seien, folgende Antwort: "Christen, Juden und dergleichen, die noch nicht zum Glauben gefunden haben, werden nicht getötet, obwohl sie Nicht-Muslime sind. Aber wer umkehrt, nachdem er zum Islam gekommen war, wird gemäß dem Islam und dem Koran getötet." Zum Judentum äußerte KAPLAN, daß der Jude der große Satan und nicht nur der Feind des Islam, sondern der ganzen Menschheit sei.

Am 24. Oktober 1993 trat KAPLAN in Köln als Hauptredner auf dem islamischen Neujahrsfest seines Verbandes auf (rd. 6.500 Teilnehmer). Zwar äußerte er sich nicht gewalttätig, doch war die Veranstaltung eindeutig politisch im Sinne der Zielsetzungen KAPLANs ausgerichtet. Sie stand unter dem Motto "Entscheidet euch jetzt, entweder für den Kemalismus oder für den Islam" und war geprägt durch ausgesprochen militante Verhaltensweisen:

- einen simulierten Luftangriff,
- den Auftritt von "Guerillakämpfern" mit Waffenattrappen und
- Kampflieder wie "Allah, hilf uns, die Kemalisten zu vertreiben".

Ein Vertreter der ebenfalls fundamentalistisch ausgerichteten, militanten palästinensischen HAMAS-Bewegung beschimpfte ARAFAT als "Verräter an der islamischen Bewegung".

4.1.2 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) - Türk-Föderation (Graue Wölfe)

Sitz:	Frankfurt am Main	
Vorsitzender:	Türkmen ONUR	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 2.800	ca. 2.800
Bund:	ca. 7.300	ca. 7.300

Organisation

Die Anhänger der Türk-Föderation werden allgemein als "Graue Wölfe" bezeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 273 Ortsvereine (sogenannte Kultur- und Idealistenvereine), davon 60 in Nordrhein-Westfalen mit Schwerpunkten in den Regionen Köln, Remscheid, Dortmund und Duisburg.

Ereignisse und Entwicklungen

Schon in der Vergangenheit kam es zwischen "Grauen Wölfen" und linksextremistischen Türken/Kurden immer wieder zu gewaltsamen Konfrontationen. Ihre Bereitschaft, gegen gewalttätige Gegner des Heimatstaates, insbesondere gegen

Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), aggressiv vorzugehen, ist im Laufe des Jahres 1993 gewachsen. So griffen sie in Brüssel Kurden an, die vom 23. Dezember 1993 bis 4. Januar 1994 aus Protest u.a. gegen das PKK-Verbot einen Sternmarsch von Bonn zum Europa-Parlament unternahmen. Die "Grauen Wölfe" nutzten auch den Mordanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 als Anlaß zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit linksextremistischen Türken/Kurden.

Politische Ziele

Die "Grauen Wölfe" streben eine extrem nationale Ausrichtung des türkischen Staates an. Sie setzen sich für ein großtürkisches Reich ein und verfolgen die Interessen der mit 13 Abgeordneten im türkischen Parlament vertretenen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Außerdem sind sie strikt antikommunistisch ausgerichtet.

4.1.3 DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)

Sitz

Europazentrale: Köln

Zentralkomitee: Istanbul

Vorsitzender: Dursun KARATAS (in Deutschland untergetaucht, mit Haftbefehl gesucht)

Mitglieder 1993 1992

NRW: ca. 170 ca. 150

Bund: ca. 490 ca. 490

Publikationen: "Devrimci Sol - Haber Buelteni"
erscheint unregelmäßig
"Mücadele"
erscheint monatlich
"Der Kampf in der Türkei"
erscheint monatlich

Bei der DEVRIMCI SOL handelt es sich um eine in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 verbotene Kadergruppe, die mit ständig wechselnden Funktionären in konspirativen Zellen arbeitet. Schwerpunkte ihrer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen sind in Köln, Duisburg und Dortmund.

Entwicklungen und Ereignisse 1993

In der Januar-Ausgabe 1993 von "Der Kampf in der Türkei" äußerte sich das hier verbotene DEVRIMCI SOL-Zentralkomitee erstmals öffentlich zur Lage und Strategie. Als Ziele werden u.a. genannt:

- Verstärkung der bewaffneten Aktionen und der politischen Arbeit,
- quantitative Verbesserung des Organisationsstandes,
- Organisierung einer Miliz.

Die DEVRIMCI SOL hat sich Ende 1992 in zwei Lager gespalten. Der Oppositionsflügel benennt sich nach dem 2. Vorsitzenden Bedri YAGAN (im März 1993 in der Türkei erschossen). Er wirft dem verbliebenen Leiter KARATAS Fehlverhalten vor, durch das zahlreiche Gesinnungsgenossen in der Türkei verhaftet oder getötet worden seien. Belege für die Stärke der verfeindeten Flügel bilden die Zusammenkünfte von rund 3.000 KARATAS-Sympathisanten am 3. April 1993 in Wuppertal (als Kulturveranstaltung getarnt) und rund 300 YAGAN-Anhängern am 17. April 1993 in Berlin.

YAGAN-Anhänger entwendeten Anfang März 1993 aus der DEVRIMCI SOL-Zentrale in Köln die "Kriegskasse" (angeblich mehrere Mio DM) und Unterlagen über Waffenverstecke in der Türkei. Dabei lieferten sie sich eine massive Schlägerei mit KARATAS-Leuten; 11 Türken wurden mit z.T. schweren Schädelverletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Die Polizei nahm 22 Personen fest. Seither haben sich die gewaltsamen Zusammenstöße innerhalb der Organisation fortgesetzt:

- im April kam es in Berlin, Hamburg und Köln insgesamt siebenmal zu Schußwechseln zwischen beiden Gruppen,
- Erschießung eines YAGAN-Anhängers am 1. Mai in Berlin,
- Schlägerei mit mehreren Verletzten am 10. Juli anlässlich einer türkisch-kurdischen Großkundgebung in Köln,
- Schußwechsel am 13. August in Sarstedt (2 Schwerverletzte, 2 Tatverdächtige aus NRW),
- Erschießung eines YAGAN-Anhängers Ende Oktober in St. Gallen,
- Schußwechsel am 27. November auf dem Weihnachtsmarkt in Bergisch Gladbach (2 Verletzte).

Die KARATAS-Gruppe hat laut "Mücadele" vom 16. Oktober dem YAGAN-Flügel ein "allerletztes Ultimatum" zur Rückgabe der (aus der Kölner Zentrale entwendeten) Gelder, Waffen und Karteien gestellt; bei Nichtbefolgen droht sie ihm einen "mit aller Härte geführten Krieg" an.

Im Rahmen von Ermittlungen gegen Mitglieder der DEVRIMCI SOL wegen räuberischer Erpressung von Landsleuten durchsuchte die Polizei am 24. Mai 1993 gleichzeitig Objekte in Duisburg, Gladbeck und Oberhausen. Sie nahm 12 Personen vorläufig fest und stellte umfangreiches Beweismaterial sicher. Gegen KARATAS hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zum Mord und Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet. Am 7. Oktober 1993 wurden in Köln und Bochum 5 Objekte der DEVRIMCI SOL und ihrer Funktionäre durchsucht und dabei Unterlagen sowie eine Pistole nebst Munition sichergestellt.

Politische Ziele

Die DEVRIMCI SOL will durch eine bewaffnete Revolution in der Türkei ein kommunistisches System errichten. Sie führt dazu einen Guerillakampf gegen die Türkei und unterstützt den kurdischen Freiheitskampf.

4.1.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Sitz:	Zentralkomitee in der Türkei Deutschland-Zentrale in Duisburg	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	600	600
Bund:	1.550	1.550
	(jeweils einschließlich Basisgruppen)	
Publikationen:	"Devrimci Partizan" "Isci-Koeylue-Kurtulusu" "Komuenist" "Mücadele"	

Organisation

Die TKP/ML ist eine konspirative Kaderpartei. In Deutschland ist sie vertreten durch

- ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland), Sitz Duisburg, mit Mitgliedsvereinen bundesweit, und deren Dachorganisation
- ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa), Sitz Stockholm/Schweden.

Die TKP/ML strebt eine bewaffnete Revolution mit dem Ziel eines kommunistischen Systems in der Türkei an, gegen die sie mit einer eigenen "Armee" (TIKKO) kämpft. Sie unterstützt den kurdischen Freiheitskampf.

Auf Weisung der Parteiführung soll die Organisation im Ausland noch konspirativer als bisher arbeiten, um sich gegen Ausspähung durch europäische und türkische Sicherheitsbehörden zu schützen. Funktionäre mit besonderen Aufgaben dürfen künftig keine parteiöffentlichen Seminare leiten. Sie sollen geheim bleiben. Nachfragen von Mitgliedern zu diesen Funktionären sind umgehend dem Vorstand zu melden, der wiederholt Kampagnen gegen Verräter in den eigenen Reihen inszeniert und empfindliche Strafen der Partei angedroht hat.

Finanzen

Zur Finanzierung ihres Guerillakampfes plant die TKP/ML, Landsleute, die mit ihrer Hilfe nach Deutschland gelangt sind und Asyl beantragt haben, zu Spenden zu veranlassen. Bei Nichtzahlung will sie drohen, deutschen Behörden mitzuteilen, daß der jeweils angegebene Asylgrund "Aktivist der TKP/ML" wahrheitswidrig sei. Bild: Plakat der TKP/ML

Entwicklungen und Ereignisse 1993

Rund 6.000 Anhänger feierten am 8. Mai 1993 in der Sporthalle Köln den 21. Jahrestag der TKP/ML. Einer Ehrung ihrer gefallenen "Kämpfer" folgte ein "Folkloreprogramm", in dem bewaffnete Guerilleros auftraten und den Kampf der Partei gegen die türkische Regierung darstellten.

Mitte Juni 1993 fand in den anatolischen Bergen die erste außerordentliche Konferenz der TKP/ML statt. Sie beschloß, die Einsatzfähigkeit ihrer bewaffneten Gruppen in der Türkei zu erhöhen.



Am 14. Dezember wurde in Merfeld/Kreis Coesfeld der Türke Nadir OEZ, der dem Verfassungsschutz als TKP/ML-Angehöriger bekannt war, durch drei Kopfschüsse getötet. Zu der Tat hat sich die TKP/ML bekannt. Sie nennt OEZ einen Verräter und Volksfeind, den "die herrschenden Klassen in unsere(r) Partei eingeschleust haben, um ... (sie) von innen zu zerstören". Das gegen ihn von der Partei verhäng-

te Todesurteil habe man nunmehr vollstreckt. Wenige Wochen zuvor schon hat die TKP/ML (Hareketi) in der Schweiz einen angeblichen Verräter liquidiert.

4.2 Kurden: Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistane - PKK)

Sitz:	Damaskus/Syrien	
Europavertretung:	Köln	
Generalsekretär:	Abdullah ÖCALAN (genannt APO)	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 1.000	ca. 800
Bund:	4.000 - 5.000	ca. 3.800
Publikationen:	Berxwedan (Widerstand) erscheint monatlich Auflage 30.000	
	Serxwebun (Unabhängigkeit) erscheint monatlich Auflage 30.000	
	Kurdistan-Rundbrief erscheint vierzehntägig	
	Kurdistan Report erscheint monatlich Auflage bis 15.000	
Verlage:	Berxwedan-Verlags-GmbH, Düsseldorf Kurdistan-Haber Ajansi (Kurd-Ha), Düsseldorf DUKA Druck und Graphik GmbH, Düsseldorf Ari-Verlag, Köln	

Organisation

Die PKK ist eine Organisation von fast ausschließlich türkischen Kurden. Die kurdischen Parteien im Iran und Irak betreiben ihr gegenüber eine eigenständige Politik. In Deutschland ist die PKK eine konspirativ tätige marxistisch-leninistische Kaderorganisation mit zahlreichen - überwiegend verbotenen - Nebenorganisationen. Organisationsschwerpunkte sind in Bielefeld, Bonn, Köln, Dortmund und Düsseldorf. Im Nahen Osten führt die PKK einen Guerilla-Krieg mit einer eigenen Armee (ARGK) von ca. 6.000 bis 10.000 Kämpfern gegen die Türkei. Sie hat Basen in Syrien, im Libanon, in Armenien und im Irak. Ihr politisches Ziel ist es, einen eigenständigen Kurdenstaat auf der Basis des Marxismus/Leninismus zu errichten.

Spendenerpressungen

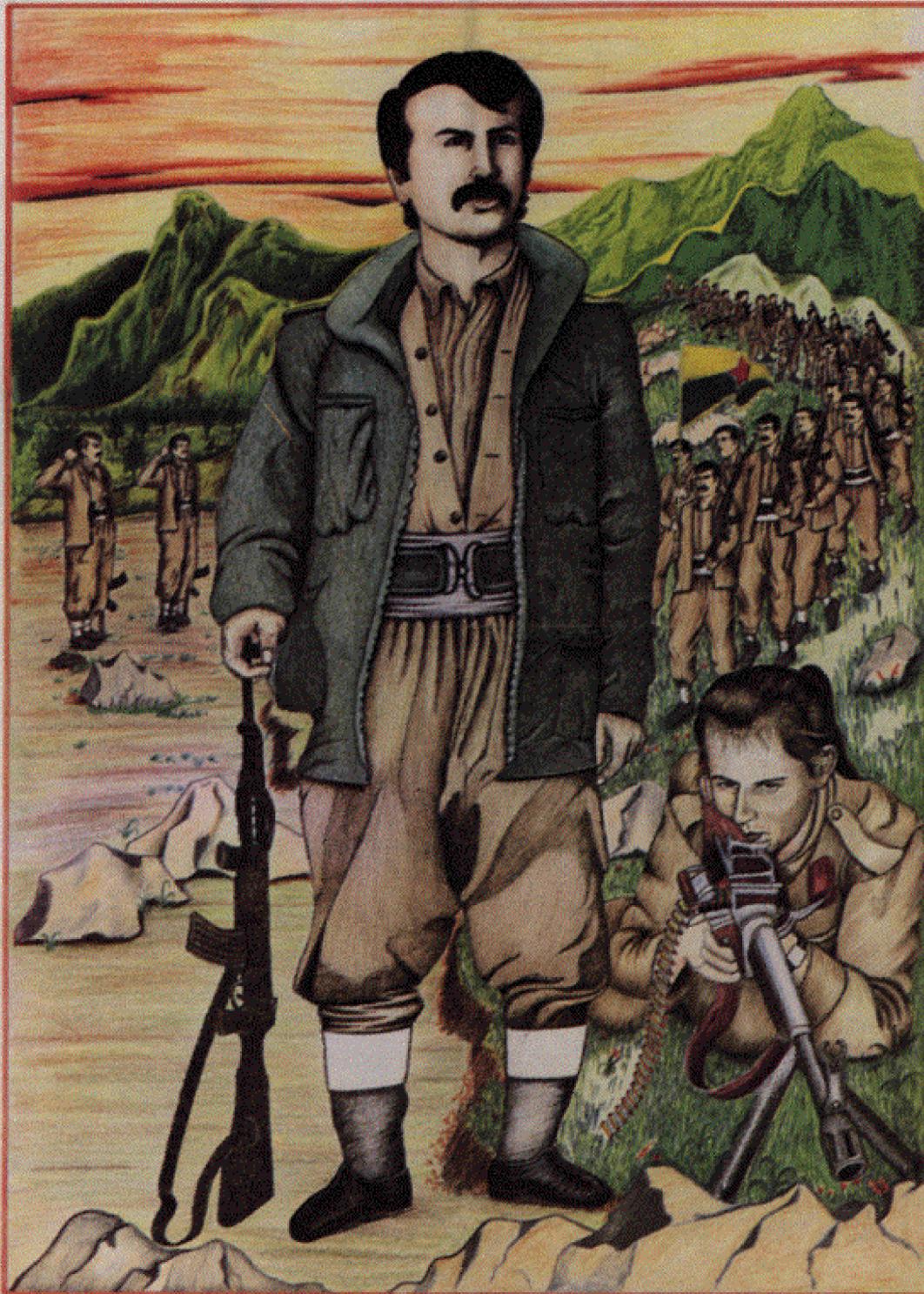
Der steigende Finanzbedarf der PKK konnte und kann nicht nur aus freiwilligen Spenden gedeckt werden, so daß die Spendeneintreiber zu immer schärferen Mitteln der Erpressung (Androhung körperlicher Gewalt bis hin zu Mordandrohungen gegen die Familienmitglieder) greifen. Bekannt wurden Forderungen von 500 DM bis zu 50.000 DM. Bei der Erpressung von Spendengeldern gibt es wahrscheinlich eine hohe Dunkelziffer, weil die Betroffenen nicht wagen, die Polizeibehörden einzuschalten. Außerdem gibt es "Trittbrettfahrer", die sich als PKK-Spendeneintreiber ausgeben.

In Bonn nahm die Polizei im Dezember 1993 sieben Tatverdächtige fest.

Kurdisches Nationalparlament

Die 15 kurdischen "Parlamentsabgeordneten", die trotz ausländerrechtlicher Maßnahmen Ende 1992 in Westeuropa gewählt worden sind, stellten sich am 7. Januar 1993 auf einer Pressekonferenz in Bonn vor. Sie betonten die historische Bedeutung des "Parlaments", das künftig aus 450 Abgeordneten bestehen und weltweit 30 Millionen Kurden vertreten soll. Das kurdische Nationalparlament ist ohne jede Bedeutung geblieben und hat seit der Pressekonferenz keine bekanntgewordenen Aktivitäten entwickelt. Letztlich handelte es sich um eine Propagandainitiative der PKK.

9. YILDÖNÜMÜNDE 15 AĞUSTOS'UN BÜYÜK ATILIMCI RUHUyla



KÜRDİSTAN'DA ZAFER UMUDU DAHA BÜYÜK VE DAHA YAKIN!

„9. Jahrestag.

PKK (Partiya Karkerên Kurdistan)
Kürdistan İşçi Partisi)

Mit der größten Begeisterung des 15. August
Die Hoffnung auf Sieg für Kurdistan ist noch näher und noch größer!“

Anschläge gegen den Türkei-Tourismus

Die Düsseldorfer Nachrichtenagentur der PKK meldete im Februar 1993, die "Partei" habe bewaffnete Aktionen gegen touristische Einrichtungen in der Türkei beschlossen, um die türkische Wirtschaft empfindlich zu treffen. Vor Reisen in die Türkei werde gewarnt. Diesen Meldungen folgte Anfang März eine großangelegte Plakataktion, mit der die PKK zum Boykott des Türkei-Tourismus aufrief. Auch auf der Großdemonstration "gegen das Massaker in Kurdistan" Mitte März 1993 in Bonn, veranstaltet von der FEYKA-Kurdistan, wurde der "Boykott des Tourismus in der Türkei" gefordert.

Am 27. Juni 1993 wurden bei drei Bombenanschlägen in Antalya 23 Menschen verletzt, darunter 9 deutsche Urlauber. Weitere Anschläge folgten am 18. Juli in Antalya (1 Toter), am 24. Juli in Istanbul (3 verletzte Touristen) und am 30. Juli in Kusadasi (17 Verletzte).

PKK-Prozesse

Der 7. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf hat im seit Oktober 1992 anhängigen Verfahren gegen zwei ehemalige PKK-Funktionäre wegen Mordes, Freiheitsberaubung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung die Urteile gesprochen. Einer der Angeklagten wurde am 29. April 1993 wegen Freiheitsberaubung eines Landsmannes zu drei Jahren Haft verurteilt. Am 12. Januar 1994 wurde der zweite Angeklagte wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Der sogenannte Kurden-Prozeß vor dem 5. Strafsenat des Gerichts (gegen ursprünglich 19 PKK-Führungsfunktionäre wegen Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Mordes und gefährlicher Körperverletzung), jährte sich am 24. Oktober 1993 zum vierten Mal. Aus diesem Anlaß demonstrierten am folgenden Tag etwa 300 Kurden. Mit Beifall und Sprechchören begrüßten sie im Gerichtssaal die verbliebenen vier Angeklagten. Die Verteidigung erklärte: "Der Versuch der Bundesanwaltschaft ist gescheitert, den legitimen nationalen Befreiungskampf der PKK als terroristisch zu kriminalisieren."

Am 7. März 1994 verkündete der Strafsenat die Urteile gegen die 4 Angeklagten. Zwei Angeklagte wurden unter anderem wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe, die beiden anderen unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 6 bzw. 7 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Von den insgesamt 21 vor dem OLG angeklagten PKK-Angehörigen wurden 3 zu lebenslangen Freiheitsstrafen und 5 zu Freiheitsstrafen von 1 Jahr und 6 Monaten bis zu 7 Jahren verurteilt. In 8 Fällen wurde das Verfahren gemäß 153 Abs. 2 Strafprozeßordnung (StPO) (wegen Geringfügigkeit) eingestellt, in 3 weiteren Fällen wegen Abwesenheit der Beschuldigten (205 StPO) vorläufig eingestellt. Gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren vor dem Amtsgericht Köln eröffnet; einer wurde freigesprochen.

Kurdische Massendemonstration in Bonn

Die PKK und sieben weitere kurdische Organisationen riefen ihre Landsleute aus Europa zu einer Kundgebung "Für ein freies Kurdistan" am 29. Mai 1993 nach Bonn. Rund 70.000 Kurden folgten dem Aufruf. Auf der Abschlußkundgebung wurde eine Botschaft ÖCALANs verlesen. Darin rechtfertigte er den Überfall seiner Guerilla-Einheiten auf einen Bus, bei dem wenige Tage zuvor 35 Menschen in der Türkei getötet worden waren.

PKK-Frauen attackieren Bonner UN-Vertretung

Über 50 Angehörige des Verbandes der patriotischen Frauen aus Kurdistan (YJWK) - eine Nebenorganisation der PKK - protestierten am 8. Juli 1993 in Bonn vor der UN-Vertretung gegen das militärische Vorgehen der Türkei gegen Kurden. Einige Demonstranten drangen gewaltsam in das Gebäude ein und beschädigten die Einrichtung. Im Verlauf dieser Aktion wurden ein Polizist und eine Kurdin verletzt.

Kurdenprotest gegen Medienberichterstattung

Von der PKK gesteuert demonstrierten am 16. September 1993 Kurden bundesweit vor und in Rundfunk- und Fernsehstationen sowie Zeitungsverlagen für eine "faire" Berichterstattung über das Kurdenproblem und gegen die "systematische Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik" der türkischen Regierung. Ziele der konzertierten Aktion in NRW waren der "Generalanzeiger" in Bonn und der WDR in Düsseldorf und Köln. Rechtzeitige Polizeipräsenz verhinderte eine Eskalation.

Protest gegen den Besuch der türkischen Ministerpräsidentin

Während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Ciller (20. bis 22. September 1993) demonstrierten kurdische Gruppen gegen die Türkei. In einem Flugblatt der "Einheit der revolutionären demokratischen Kräfte" (gebildet von der PKK und linksextremistischen türkischen Gruppen) hieß es:

"Blutbefleckte Ciller, verschwinde aus Deutschland! Nieder mit der faschistischen Diktatur! Es lebe das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes! Nieder mit dem Imperialismus! Es lebe die Revolution, es lebe der Sozialismus!"

Gewaltsame Auseinandersetzung mit Türken in Marl

Aus Anlaß von Plakatierungen der PKK entwickelte sich am 23. Oktober 1993 in Marl eine schwere Auseinandersetzung zwischen PKK-Anhängern und rivalisierenden Türken. Die Kurden setzten Messer, Baseballschläger und eine Gaspistole ein. Drei Kontrahenten wurden erheblich verletzt.

PKK-Verbot nach Anschlagserien

Nachdem die PKK den Mitte März 1993 einseitig erklärten Waffenstillstand in der Türkei am 27. Mai 1993 gebrochen und am 8. Juni aufgekündigt hatte, verübten Parteianhänger am 24. Juni 1993 europaweit in einer bis dahin beispiellosen Gewaltwelle Anschläge gegen türkische Einrichtungen. Sie stürmten zeitgleich Botschaften, Konsulate, Banken und Reisebüros und verwüsteten die Einrichtungen. Allein in Deutschland waren rund 600 Kurden an 80 militanten Aktionen in 24 Städten beteiligt, aus denen die Geiselnahme im Generalkonsulat München als gezielte Gewalttat gegen Personen herausragt. In Nordrhein-Westfalen waren die türkische Botschaft in Bonn sowie türkische Einrichtungen (Generalkonsulate, eine Handelsvertretung, Banken und Reisebüros) in 11 Städten betroffen. Der Gesamtschaden betrug hier annähernd 1 Million DM (bundesweit 2 Mio. DM). Die Polizei nahm in Nordrhein-Westfalen 54 Kurden (bundesweit 279) fest. Nach den Gewaltaktionen fanden polizeiliche Durchsuchungen von PKK-Objekten statt, u.a. beim Kurdistan-Komitee in Köln.

Nach dem Angriff türkischer Sicherheitskräfte auf die kurdische Stadt Lice (22. Oktober, mehrere hundert Tote) reagierten PKK-Anhänger in Deutschland mit massiven Protesten, deren Gewalttätigkeit die Anschlagsserie vom 24. Juni noch übertraf. In einer wiederum bundesweit konzertierten Aktion griffen sie am 4. November 1993 zeitgleich türkische Einrichtungen an und begingen zahlreiche Sachbeschädigungen, insbesondere durch Brandanschläge, wobei in Wiesbaden eine

Person getötet wurde. Allein in Nordrhein-Westfalen waren 22 Objekte in 14 Städten betroffen (Bund: 59 Objekte in 31 Städten).



1993 KAMPANYASINA KATIL!

ERNK (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan)

Für die Frühjahrsoffensive 1994
30.000 Guerillakämpfer mit Ausrüstung
Beteilige Dich an der Spendenkampagne 1993

Das Bundesministerium des Inneren hat daraufhin am 26. November 1993 der PKK und der ERNK die Betätigung im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes untersagt und 33 Nebenorganisationen verboten, darunter folgende in Nordrhein-Westfalen:

- Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan), Bonn
- Kurdische Gemeinde in Aachen e.V.
- Kurdistan Zentrum e.V., Bonn
- Arbeiter- und Kulturzentrum der Kurden e.V., Bielefeld
- Kultur- und Solidaritätszentrum Kurdistans e.V., Dortmund

- Kurdistan-Zentrum e.V., Duisburg
- Kurdischer Arbeiter- und Kulturbund e.V., Düren
- Medisches Kultur Zentrum e.V., Hagen
- Kurdistan-Komitee e.V., Köln
- Kurdischer Arbeiterbund e.V., Köln
- Kurdisches Frauenzentrum e.V., Leverkusen
- Berxwedan-Verlags-GmbH, Düsseldorf
- Kurdistan-Haber Ajansi (Kurd-Ha), Düsseldorf.

Das von der PKK erwartete Verbot löste bei den Anhängern zahlreiche Protestaktionen aus. Im Vordergrund standen Besetzungen versiegelter Räume der verbotenen Vereine, vereinzelt verbunden mit der Drohung von Inbrandsetzungen und Selbstverbrennungen. Daneben fanden vielerorts Demonstrationen und Hungerstreiks statt. Das Verbot führte zur Solidarisierung bei kurdischen/türkischen - und auch deutschen - Linksextremisten.





Trotz Verbots setzt die PKK ihre Aktivitäten fort:

- Der Kölner Agri-Verlag lieferte per Lkw einschlägige Publikationen aus. Bei der polizeilichen Durchsuchung seiner Räumlichkeiten am 21. Dezember 1993 wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt, das eine Schlüsselrolle des Verlags für die PKK belegt.
- Vom "KURDISTAN-RUNDBRIEF" sind Ausgaben vom 1. und 15. Dezember 1993 erschienen und vertrieben worden.
- Ein Pressesprecher der PKK hat in Athen Berichte dementiert, wonach viele Führungsfunktionäre Deutschland verlassen hätten. Er erklärte: "Wir können in Deutschland weitgehend ungestört arbeiten."
- In großer Aufmachung hat die die PKK unterstützende - nicht verbotene - "Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans" (YRWK) in der PKK-nahen Tageszeitung "Özgür Gündem" zu einem Protestmarsch von Bonn nach Brüssel aufgerufen, der vom 23. Dezember 1993 bis 4. Januar 1994

durchgeführt wurde. In Brüssel kam es zu massiven Auseinandersetzungen mit türkisch-nationalistischen "Grauen Wölfen".

Prognose 1994

Die PKK wird 1994 ihre politische Agitation in Deutschland fortsetzen. Von erheblicher Bedeutung für die PKK ist die Beschaffung von Geld zur Finanzierung des Guerillakrieges gegen die Türkei. Eine neue Anschlagswelle gegen türkische Einrichtungen in Deutschland ist nicht auszuschließen und hängt vornehmlich von der Entwicklung im Südosten der Türkei ab. Eine weitere Eskalation wird die PKK nutzen, um ihren Einfluß auf die Kurden in Deutschland auszubauen und ihr Spendenaufkommen zu steigern. Die polizeilichen Maßnahmen im November 1993 haben der PKK fühlbare finanzielle Einbußen verursacht, die sie in Zukunft vermeiden und ausgleichen will. Mit Anschlägen gegen Touristenzentren in der Türkei ist zu rechnen. Der Konflikt mit den gemäßigten Kurden im Norden des Iraks unter Barzani und Talabani wird fortbestehen.

4.3 Palästinenser: Reaktionen auf das Gaza-Jericho-Abkommen

Bei den hier ansässigen ARAFAT-Anhängern finden die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO erwartungsgemäß breite Zustimmung. Kritik verlautet aus den PLO-Mitgliedsorganisationen:

- AL FATAH,
- Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und
- Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP),
- wobei FATAH sich bemüht, ihre Anhänger auf den ARAFAT-Kurs einzuschwören.

Entschieden abgelehnt wird das Abkommen von den (nicht der PLO zugehörigen) Vereinigungen

- HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung),
- Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando (PFLP-GC) und
- Abu Nidal-Organisation (ANO),

die sich gemeinsam mit der libanesischen schiitischen HIZB ALLAH (Partei Gottes) unter Führung des Iran zu einer Ablehnungsfront zusammengeschlossen haben.

Die genannten extremistischen Palästinensergruppen verfügen in Nordrhein-Westfalen insgesamt über schätzungsweise 400 Anhänger (Bund: 1.300). Alle streben einen eigenständigen Staat Palästina an. Sie geben eine beträchtliche Anzahl von Publikationen heraus:

- AL FATAH: "AL-FALESTINI" (Der Palästinenser), "AL-SAKRAH" (Der Fels),
- DFLP: "AL HOURRIAH" (Die Freiheit), "RAIAT AL-ESTIQLAL" (Die Fahne der Unabhängigkeit),
- PFLP: "AL HADAF" (Das Ziel), "AL KARAMAH", "DEMOCRATIC PALESTINE",
- HAMAS: "NIDA AL AQSA" (Ruf der AL AQSA),
- HIZB ALLAH: "AL-AHD" (Die Verpflichtung),
- PFLP-GC: "ILA-AL-AMAM"/"FORWARD" (Vorwärts),
- ANO: "FALESTINE AL-THAWRA" (Palästina - Die Revolution).

4.4 Iraner: Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland (IMSV)

Sitz:	Köln	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 300	ca. 300
Bund:	ca. 800	ca. 800
Publikationen:	"Freiheit für Iran"	
	erscheint wöchentlich	
	"Nachrichten-Bulletin"	
	erscheint wöchentlich	

Die IMSV hat Stützpunkte im Bundesgebiet, die sie zentral steuert. Ein Schwerpunkt der Organisation liegt in Köln. Politisches Ziel der IMSV ist der Sturz des Mullah-Regimes im Heimatland. Sie unterstützt die Volksmodjahedin im Iran und deren Nationale Befreiungsarmee (NLA) im Kampf gegen den Iran.

Am 18. Juni 1993 demonstrierten in Bonn etwa 1.900 iranische Volksmodjahedin zum "Jahrestag des 20.6.1981" (Demonstration von 500.000 Oppositionellen in Teheran, die von KHOMEINIs "Revolutionswächtern" niedergeschlagen wurde und die Verfolgung der Volksmodjahedin auslöste) und "gegen den Terrorismus des Mullah-Regimes im Ausland". Sie zeigten folgende Transparente:

- "Nieder mit dem Mullah-Regime. Es lebe Radjavi"
- "Rafsanschani: Massaker und Unterdrückung im Iran, Terrorismus und Geiselnahme im Ausland"
- "Frauen unter der Mullah-Herrschaft: Unterdrückung, Demütigung, Hinrichtung",
- "Es lebe die nationale Befreiungsarmee".

Ein Konzert im Kölner "Gürzenich", das ein iranischer Musikverein am 29. November 1993 gab, wurde von IMSV-Anhängern durch Rufe und Rangeleien massiv gestört.

4.5 Srilanker (Tamilen): Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz		
Deutsche Sektion:	Gummersbach	
Mitglieder	1993	1992
NRW:	ca. 100	ca. 100
Bund:	ca. 250	ca. 250
Publikationen:	"Tamil Eelam Saithikal" (Tamil Eelam Nachrichten)	
	erscheint unregelmäßig	

Organisation

Die LTTE besteht aus konspirativen Zellen im Bundesgebiet. Ein Schwerpunkt liegt im Raum Gummersbach. Ihr Ziel ist die Errichtung eines eigenständigen Staates, "Tamil Eelam", auf Sri Lanka. In der Bundesrepublik versucht sie, durch Spendenerpressungen ihren Guerillakampf gegen den Heimatstaat zu unterstützen.

Drei LTTE-Mitglieder versuchten im Januar 1993, in einem Asylbewerberwohnheim in Marl Landsleute durch Schläge zu Spenden an die Organisation zu nötigen.

Erneut wandten LTTE-Aktivisten Ende Oktober 1993 Gewalt an, um von einem Landsmann in Hagen eine Sonderzahlung zu erzwingen. Aufgrund der Verletzungen mußte er stationär im Krankenhaus behandelt werden.

4.6 Algerier: Islamische Heilsfront (FIS)

1993 trat erstmalig die in Algerien verbotene FIS in Nordrhein-Westfalen in Erscheinung. Sie bekämpft gewaltsam das algerische Staatssystem. Nach Verhaftung des FIS-Führers MADANI in Algerien ist der hier ansässige Asylbewerber Rabah KEBIR faktisch Leiter der islamistischen Organisation; im FIS-"Communique Nr. 8" vom 14. September 1993 wird er als "Präsident" einer "Exekutivinstanz im Ausland" bezeichnet.

Im Sommer 1993 verteilte ein FIS-Aktivist in Aachen einen (deutschsprachigen) "Appell an die nationale Volksarmee" seines Heimatlandes. Darin wirft "Das provisorische nationale Exekutivbüro" den "ungerechten Machthabern" vor, den guten Ruf Algeriens zu zerstören und die Armee in Kämpfe gegen das Volk und gegen die Modjahedin (Anmerkung: die sich in der FIS sammeln) zu verwickeln. Die Soldaten werden aufgerufen, die Machthaber zugunsten Algeriens und des Volkes zu opfern und abzuschaffen. Nötigenfalls werde das Volk seinem Recht auch mit Waffengewalt Geltung verschaffen.

5 Spionageabwehr

Nachrichtendienste der ehemaligen DDR

Im Rahmen einer noch nicht abgeschlossenen Sonderaktion hat der Verfassungsschutz zahlreiche Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR enttarnt und durch Übermittlung an den Generalbundesanwalt die Einleitung der Strafverfolgung ermöglicht. Wegen seiner zentralen politischen und wirtschaftlichen Situation war Nordrhein-Westfalen eher überproportional betroffen.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen und stehen insbesondere die Agenten, die das MfS in den Bereichen Politik und Medien, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung - zum Teil in Schlüsselpositionen - plazierte hatte.

Das bisherige Ermittlungsergebnis macht einmal mehr deutlich, welchen hohen Stellenwert die ehemalige DDR der illegalen Beschaffung von westlichem Know-how und westlicher Technologie beigemessen hat und wie erschreckend vielfältig ihre illegalen Informationsquellen - die Basis für gezielte Beeinflussungs- und Diffamierungsmaßnahmen sowie aktive Desinformationskampagnen - waren.

Östliche Nachrichtendienste

Die nach der nominellen Auflösung des KGB in der Russischen Föderation gegründeten nachrichtendienstlichen Organisationen befassen sich zum Teil erklärtermaßen weiter hin vorrangig mit Wirtschaftsspionage. Hilfreich ist dabei die zunehmende Zahl von Joint Ventures in der Russischen Föderation und im westlichen Ausland. Diese Unternehmen stellen nach den Vorstellungen der Nachrichtendienste der Russischen Föderation eine elegante Tarnung und Arbeitsbasis dar. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung dürfte der auch von der Russischen Föderation betriebenen Funkaufklärung beizumessen sein.

Wegen des fortgefallenen Zwangs zur Hochrüstung, wie er sich aus dem kommunistischen Herrschaftsanspruch ergab, wird als Spionageziel heute eher die Entwicklung der Volkswirtschaft und - vieles deutet darauf hin - vordergründiges Profitstreben angesehen.

Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens

Es ergaben sich vielfach Hinweise auf Aktivitäten von Angehörigen islamischer Staaten, vorwiegend von Libyern, Irakern und Iranern sowie deutscher Kontaktpersonen mit Anhaltspunkten, die auf eine geheimdienstliche Steuerung schließen lassen. Als Ziel der Aktivitäten kommen in Betracht sowohl nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung, Beschaffung von Gütern, die Exportbeschränkungen unterliegen (Kriegsgerät und chemische Stoffe, Anlagen, Maschinen, Fertig- und Halbfertigprodukte des sogenannten Dual-use-Bereichs) wie auch Beobachtung und Kontrolle von Oppositionellen. Dieser Aufzählung ist die latente Gefahr staatsterroristischer Akte hinzuzufügen.

Libyen

Im Oktober 1982 ist in Tripolis/Libyen als Instrument der libyschen Regierung zur weltweiten finanziellen, materiellen und - moralischen - Unterstützung sogenannter Befreiungsorganisationen die "Al Mathaba Al Thawriya Al Alamiya" (MATHABA) (Zentrum des Kampfes gegen Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Faschismus und die Reaktion) gegründet worden. Sie wird von dem libyschen Nachrichtendienst "Büro für den Export der Revolution" gesteuert. Aktivitäten der MATHABA waren bisher vorwiegend im nord- und ostdeutschen Raum auszumachen, nicht

dagegen - von zwei Randereignissen 1992 abgesehen - in Nordrhein-Westfalen. Allerdings haben Funktionäre/Aktivisten der MATHABA und eines mit ihm in Verbindung stehenden Vereins ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen. Im übrigen gibt es verschiedene Hinweise auf Beschaffungsstrukturen, die auf sensitive Güter abzielen.

Iran

In der Bundesrepublik Deutschland lebende Iraner behaupten immer wieder, die Regierung in Teheran entsende Angehörige ihrer Nachrichtendienste ins Ausland, um dort lebende Oppositionelle auszuforschen und ggf. auszuschalten. Konkrete Hinweise auf derartige Aktivitäten, auch in Nordrhein-Westfalen, liegen vor. Angesichts ungebrochener Aufrüstungsbestrebungen in allen Waffenbereichen ist die Gefahr des illegalen Transfers rüstungsrelevanter Güter und sogenannter Dual-use- Güter im Falle des Iran besonders gegeben.

6 Wirtschafts- und Geheimschutz

Zahlreiche Wirtschaftsunternehmen in Nordrhein-Westfalen sind mit Angelegenheiten betraut, die im öffentlichen Interesse der Geheimhaltung unterliegen. Die Beratung dieser Unternehmen gehört zu den Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes nach § 3 Abs. 2 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NW). Ziel der Beratung, die in Verbindung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft erfolgt, ist es, die genannten Wirtschaftsunternehmen für die Belange des Geheimschutzes zu sensibilisieren und durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern, daß Unbefugte von geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheiten Kenntnis erlangen.

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes aus den Bereichen des Rechts- und Linksextremismus, des Terrorismus und der Spionageabwehr können auch für die Wirtschaft im Hinblick auf die von ihr zu treffenden Schutzmaßnahmen von Bedeutung sein.

Die nach §3 Abs. 1 VSG NW gesammelten Informationen werden auch unter Berücksichtigung der sicherheitsmäßigen Belange der Wirtschaft ausgewertet und - soweit rechtlich zulässig - an die Sicherheitsbevollmächtigten weitergegeben.

Eintägige Informationsveranstaltungen, die 1994 angeboten werden und bei deren inhaltlicher Gestaltung die im Rahmen einer Umfrage geäußerten Themenwünsche der Wirtschaft berücksichtigt werden, sind ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes. Die Schwerpunkte der für 1994 geplanten Veranstaltungen werden sein: Wirtschaftsspionage/Illegaler Technologietransfer/Sensitive Exporte, Informationsschutz, Sabotageschutz, Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, Terrorismus.

7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

7.1 Gesetzliche Grundlagen

Im demokratischen Rechtsstaat bedarf staatliches Handeln grundsätzlich einer gesetzlichen Legitimation. Auch der Verfassungsschutz arbeitet nicht im "rechtsfreien" Raum. Seine Aufgaben und Befugnisse sind gesetzlich genau festgelegt. Rechtsgrundlage in Nordrhein-Westfalen sind u.a. das

- Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NW) vom 21.7.1981, geändert durch Gesetze vom 17.12.1985, 4.11.1986 und 9.10.1990.
- Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz vom 20.12.1990.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (u.a. Personalausweisgesetz, Paßgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen für das operative Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde setzt z.B. das Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Die Behörden des Verfassungsschutzes sind als Teil der vollziehenden Gewalt auch im übrigen an Gesetz und Recht und insbesondere an die in Art. 1 bis 19 Grundgesetz verankerten Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden (Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 3 GG).

7.2 Aufbau und Organisation

Entsprechend dem förderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Verfassungsschutzbehörden, die dem gesetzlichen Auftrag entsprechend zusammenarbeiten. Neben den Landesbehörden für Verfassungsschutz fungiert das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln als Zentralstelle.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Innenministerium (§ 2 Abs. 1 VSG NW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung VI des Innenministeriums, die über 296 Stellen verfügt, zuständig. Sie gliedert sich in folgende Aufgabenbereiche:

- Nachrichtenbeschaffung und Auswertung von Informationen über
- politischen Extremismus (Rechts-, Links- und Ausländerextremismus)
- Terrorismus
- geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht (Spionage)
- Mitwirkung im Rahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes und des vorbeugenden Sabotageschutzes
- Verfassungsschutz durch Aufklärung.

7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient gemäß Art. 73 Nr. 10 Buchstabe b GG und § 1 VSG NW dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

Die wesentlichen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht als oberstes Organ der Rechtsprechung in mehreren Entscheidungen definiert:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten

- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit der politischen Parteien
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Der Erhalt dieser Prinzipien dient insbesondere dem Schutz des einzelnen Bürgers vor der Allmacht des Staates. Es handelt sich somit um eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, wie sie totalitäre Staaten nicht kennen.

Die Beeinträchtigung dieser demokratischen Grundordnung ist das eigentliche Ziel der Extremisten von rechts und links. Sie zu beobachten ist daher eine besonders wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes.

7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist im wesentlichen ein Nachrichtendienst. Er besitzt keine polizeilichen Befugnisse.

Verfassungsschutz und Polizei sind in der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch getrennt. Erscheint dem Verfassungsschutz aufgrund seiner Erkenntnislage ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so unterrichtet er die Polizeibehörden von seinen Beobachtungen. Diese entscheiden dann in eigener Verantwortung, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

Der Verfassungsschutz sammelt in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über die zu beobachtenden Bestrebungen und Tätigkeiten und wertet sie aus. Auch ein Nachrichtendienst nutzt dabei überwiegend die offenen Quellen, d.h. die allen zugänglichen Erkenntnismöglichkeiten. Dies sind insbesondere Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstiges Material extremistischer Organisationen, mit denen diese ihre Vorstellungen propagieren und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele werben.

Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse reichen jedoch allein nicht aus, um ein objektives und zuverlässiges Bild über die tatsächlichen - oft geheimgehaltenen - Planungen und Gefährdungen zu erhalten.

Um auf diesen Feldern zu fundierten Erkenntnissen zu gelangen, ist der Verfassungsschutz befugt, Methoden einzusetzen, die der geheimen, vom Betroffenen nicht wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen.

7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung

Die allen Verfassungsschutzbehörden eingeräumte Befugnis zum Einsatz von Mitteln zur heimlichen Informationsbeschaffung ist die Konsequenz ihres im Grundgesetz beschriebenen Auftrags, Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes abzuwehren. Der Verfassungsschutz hat - quasi zum Ausgleich - keine exekutiven Befugnisse wie die Polizei (z.B. Durchsuchungen, Beschlagnahme, Verhaftung usw.). Nachrichtendienstliche Mittel können beispielsweise sein:

- Einsatz von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informanten, zum Zwecke der Spionageabwehr überwordener Agenten, Gewährspersonen;
- Observation;

- Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Videografieren und Filmen);
- operative Ermittlungen und Befragungen;
- Verwendung fingierter biografischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden);
- Beschaffung, Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
- Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz.

Alle genannten Mittel stellen einen nicht unerheblichen Eingriff in grundrechtlich geschützte Positionen der Betroffenen dar und müssen stets unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis werden vom Grundgesetz in Artikel 10 für unverletzlich erklärt. Die Ausgestaltung als Grundrecht macht deutlich, welch hohes Gewicht die Verfassung der Vertraulichkeit dieser Kommunikationswege zuerkennt.

Allerdings läßt die Verfassung auch Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu, sofern ein Gesetz dies bestimmt. Ein solches Gesetz ist das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz), kurz: G 10. Es ermächtigt auch die Verfassungsschutzbehörden, dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernmeldeverkehr zu überwachen und aufzuzeichnen, wenn dies zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Eingriffe dürfen nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für den Verdacht erfolgen, daß jemand bestimmte schwere und staatsgefährdende Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Diese Einschränkung auf bestimmte, abschließend in § 2 G 10 aufgezählte Straftaten trägt der Schwere des Eingriffs des Staates in die Privatsphäre der Betroffenen Rechnung.

Neben den genannten inhaltlichen Anforderungen sieht das nordrhein-westfälische Ausführungsgesetz zum G 10 verfahrensmäßige Schutzvorkehrungen vor. Es bedarf eines Antrages durch den Leiter der Verfassungsschutzabteilung an den Innenminister, der die Maßnahme anordnet. Bevor die Maßnahme durchgeführt werden darf, ist die Zustimmung einer unabhängigen, vom Landtag gewählten Kommission erforderlich, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahme entscheidet. Grundsätzlich darf erst, wenn diese Kommission zugestimmt hat, mit der Ausführung der Maßnahme begonnen werden.

In besondern Eilfällen kann es erforderlich sein, die Maßnahme vor der Entscheidung durch die Kommission zu beginnen. In diesen Fällen ist die Kommission schnellst möglich zu informieren und entscheidet dann nachträglich. Sollte sie zu der Auffassung gelangen, die Beschränkungsmaßnahme sei nicht zulässig, hat der Innenminister diese unverzüglich aufzuheben. Die Anordnung ist immer auf drei Monate befristet. Sie kann im gleichen Verfahren verlängert werden.

7.7 Das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)

Zur Erfüllung der Unterrichtungspflichten nach § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz und zur eigenen Aufgabenerfüllung führen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder das "Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)". NADIS ist ein automatisiertes Datenverbundsystem, d.h., jede Verfas-

sungsschutzbehörde kann unmittelbar am eigenen Bildschirm Daten eingeben und abrufen. Es ist ein automatisiertes Hilfsmittel der Aktenregistratur (sog. Hinweisdatei). Es gibt die Aktenzeichen der vorhandenen Aktenbestände an und enthält zum Zweck der Zuordnung der Akten personenbezogene Grunddaten des Betroffenen, wie z.B. Namen, Vornamen, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift. Hat ein Teilnehmer des Verbundsystems weitere Informationen über eine Person zu beschaffen, deren Daten im NADIS gespeichert sind, so muß er auf konventionellem Weg, d.h. im Regelfall schriftlich, bei der aktenführenden Stelle nachfragen. Diese Stelle übermittelt aus den beigezogenen Akten Erkenntnisse, soweit dies rechtlich zulässig ist.

Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

Zeitpunkt	Personen
1.1.1985	165.461
1.1.1986	156.542
1.1.1987	149.831
1.1.1988	133.698
1.1.1989	112.477
1.1.1990	106.580
1.1.1991	85.320
1.1.1992	69.900
1.1.1993	57.408
1.1.1994	52.048

Die aus NADIS ersichtlichen Angaben besagen nicht, daß es sich bei den betroffenen Personen um Extremisten, Terroristen oder gegnerische Agenten handelt. Bei NADIS handelt es sich daher nicht um eine "Verdächtigendatei". Die Speicherung einer Person in diesem System hat für den Betroffenen keinerlei diskriminierende Wirkung. Auch ist NADIS aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den "gläsernen Menschen" zu schaffen.

Von Nordrhein-Westfalen waren am 1. Januar 1994 im NADIS 52.048 Personen gespeichert. Damit hat sich der NRW-Datenbestand vom 1. Januar 1985 (165.461 Personen) bis zum 1. Januar 1994 auf 31,5 % des Bestandes von 1985 verringert. Der Rückgang ist das Ergebnis regelmäßiger Bereinigungsaktionen (zeitliche Begrenzungen der Speicherungen anhand besonderer NADIS-Löschungsrichtlinien; Vorgriff auf die Novellierung des VSG NW).

7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen

Die Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungs- und sicherheitsgefährdende Bestrebungen und geheimdienstliche Tätigkeiten sind kein Selbstzweck. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet regelmäßig die politischen Verantwortlichen über ihre Erkenntnisse. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit dient der geistig-politischen Auseinandersetzung jedes einzelnen Bürgers mit den Verfassungsfeinden.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen arbeiten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zusammen. Der Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie der inneren und äußeren Sicherheit dient die Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörden, insbesondere der

Polizei und der Staatsanwaltschaft. Andererseits ist der Verfassungsschutz auf die Erkenntnisse anderer Behörden angewiesen. Der Informationsaustausch zwischen den Behörden unterliegt jedoch den strengen gesetzlichen Grenzen.

7.9 Verfassungsschutz durch Aufklärung

Zum Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes gehört auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit, insbesondere durch den jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht, aber auch durch Informationsbroschüren, Vorträge, und Ausstellungen. So wurde 1993 die Broschüre "Skinheads in Nordrhein-Westfalen" (Stand Juni 1993) fortgeschrieben. Sie ist, neben der Broschüre "Autonome in Nordrhein-Westfalen" und dem Faltblatt "Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen; Aufgaben - Befugnisse - Kontrolle", beim Innenministerium Nordrhein-Westfalen erhältlich. Zahlreiche Vorträge hielten Referenten des Verfassungsschutzes u.a. zu den Themen "Extremismus" und "Aufgaben des Verfassungsschutzes". Die Nachfrage von Schulen und Hochschulen, Parteien und Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden hat insoweit in den letzten Jahren stark zugenommen.

Unter dem Logo "Fairständnis - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß" starteten die Innenminister von Bund und Ländern im März 1993 eine gemeinsame Kampagne mit dem Ziel, über die Grundlagen der freiheitlichen Demokratie, den Rechtsstaat und das Prinzip der abwehrbereiten Demokratie sowie über Erscheinungsformen und Gefahren des Extremismus aufzuklären. Die Aufklärungskampagne hatte mit dem Einsatz von Plakaten, Anzeigen, Fernsehspots, Aufklebern und Buttons eher werbe mäßigen Charakter und soll 1994 mit einem auf mehr Informationen setzenden Konzept fortgesetzt werden.

Licht-Blicke!



Immer mehr Bürger demonstrieren gegen den Fremdenhaß, den Rechtsextremisten schüren. Das sind Licht-Blicke, die Täter und Hintermänner ins Abseits stellen.

Gewalt gegen Fremde ist mit Verboten und Strafen allein nicht zu überwinden. Ebenso

notwendig sind Verständnis für die Fremden, Toleranz gegenüber ihren Sitten und Lebensweisen und Fairneß im Umgang miteinander.

Jeder einzelne ist aufgerufen, Fairständnis zu zeigen und in seinem Lebensbereich zu praktizieren.

Die Innenminister von Bund und Ländern

In Nordrhein-Westfalen wurden die Werbemittel - entsprechend der Zielgruppenorientierung - insbesondere an die etwa 2.500 Schulen mit weit überwiegend positiver Resonanz versandt. So forderten über 500 Schulen Materialien nach, die sie u.a. für eigene Aktionstage, etwa zum Thema Gewalt, verwendeten. Weitere Materialien wurden über die Regierungspräsidenten an Städte, Gemeinden und Kreise sowie an die nachgeordneten Behörden verteilt. Auch die Polizei erhielt "Fairständnis"- Materialien, darunter Heckscheibenaufkleber für die Dienstkraftfahrzeuge. Den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe - Landesjugendämter - wurden Materialien zur Verteilung im Jugendbereich zur Verfügung gestellt.

7.10 Kontrolle des Verfassungsschutzes

Rechtsstaatliche Verwaltung ist ohne politische und rechtliche Kontrolle nicht denkbar. Auch der Verfassungsschutz ist davon nicht ausgenommen. Neben die allgemeine, außerordentlich wirksame Kontrolle durch die kritische Öffentlichkeit - vor allem verkörpert von den Medien - tritt die gesetzlich vorgesehene Kontrolle durch Parlament, Justiz, Landesrechnungshof und Datenschutzbeauftragten.

Besondere Bedeutung hat dabei das Parlamentarische Kontrollgremium des nordrhein-westfälischen Landtages, das die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde kontrolliert. Zu diesem Zweck besitzt es einen Unterrichtsanspruch über die Tätigkeit der Behörde für Verfassungsschutz. Im Rahmen seiner Kontrollfunktion kann das Gremium auch Bürger hören, die sich mit Eingaben an die Verfassungsschutzbehörde gewandt haben.

7.11 Neufassung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes

Ende 1992 hat die Landesregierung dem Landtag den Entwurf eines neu gefaßten Verfassungsschutzgesetzes für NRW (VSG NW) vorgelegt.

Nach der Konzeption des Gesetzesentwurfs bleibt es bei den bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes, nämlich der Beobachtung von Extremismus, Terrorismus und Spionage. Die Zulässigkeit der Beobachtung extremistischer Bestrebungen wird nicht davon abhängig gemacht, daß diese einen Gewaltbezug erkennen lassen. Gerade die derzeitige politische Situation in Deutschland sowie in vielen Teilen Europas macht deutlich, daß die wirklichen Gefahren für die Demokratie nicht nur von den gewalttätig operierenden, sondern auch von den sich gewaltfrei gerierenden Organisationen ausgehen.

Der Gesetzesentwurf läßt auch die Beobachtung solcher Bestrebungen zu, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker richten - beides sind Schutzgüter, die vom Grundgesetz mit Verfassungsrang ausgestattet sind (Art. 9 Abs. 2, Art. 26 GG). So gibt es rechtsextremistische Bestrebungen, deren Ziel die Schaffung eines Großdeutschland ist, das Teile der Nachbarstaaten einschließt.

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes werden nicht erweitert. Der Gesetzesentwurf regelt diese aber umfassender und detaillierter als bisher. Die Bürger sollen erkennen können, welche Mittel unter welchen Voraussetzungen zum Schutz der Verfassung eingesetzt werden dürfen.

Die Informationsbeziehungen zu anderen Behörden werden klar geregelt. Da der Verfassungsschutz eine personell kleine Behörde ist und nicht landesweit flächendeckend vertreten ist, ist er auf den Informationsaustausch mit anderen Behörden angewiesen. Aus Gründen des Datenschutzes sieht der Gesetzesentwurf jedoch eine Beschränkung auf das unbedingt erforderliche Maß vor.

Für die Bürger ist darüber hinaus wichtig, daß jedem ein Auskunftsanspruch hinsichtlich der zu seiner Person gespeicherten Daten zusteht. Jeder kann ohne besondere Begründung eine solche Auskunft begehren. Die Versagungsgründe, die aufgrund besonderer Geheimhaltungspflichten bestehen, sind abschließend aufgezählt. Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit enthält der Gesetzesentwurf entsprechende Regelungen.

Besondere Bedeutung kommt nach wie vor der Unterrichtung von Landtag und Landesregierung zu, damit diese die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ihren politischen Entscheidungen zugrunde legen können.

Die Rechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden durch den Gesetzesentwurf erweitert. Es soll ein Akteneinsichtsrecht erhalten, wenn seinen Mitgliedern die Information durch die Landesregierung nicht ausreicht. Eingaben von Bürgern über ein sie betreffendes Verhalten der Verfassungsschutzbehörde sind dem Parlamentarischen Kontrollgremium stets zur Kenntnis zu geben; auch in diesen Fällen sollen sich die Abgeordneten des Kontrollgremiums die Akten vorlegen lassen können.

Der Gesetzentwurf befindet sich zur Zeit (Stand: April 1994) in den parlamentarischen Beratungen.

8 Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/-Bundesweite Organisation
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. - Türk-Föderation (Graue Wölfe)
ATIK	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland
ATIF	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
DA	Deutsche Alternative
DAV	Deutscher Arbeitnehmer-Verband
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DMS	Deutscher Mailbox Service
DN	Deutsche Nationalisten
DSV	Deutscher Spielwarenversand
DVU	Deutsche Volksunion
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistan
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDS	Freundeskreis Deutscher Sozialisten
FFD	Freundeskreis Freiheit für Deutschland
FIS	Islamische Heilsfront
FWG	Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V.
GdNF	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IG	Initiative Gesamtdeutschland
IMSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland
JN	Junge Nationaldemokraten
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MG	Marxistische Gruppe
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem
NF	Nationalistische Front
NL	Nationale Liste
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NO	Nationale Offensive
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSBD	Nationaler Studentenbund Deutschland
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation
PKK	Partiya Karkeren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistan)
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RZ	Revolutionäre Zellen/Rote Zora
SAF	Sauerländer Aktionsfront
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
UFK	Freundeskreis Unabhängige Nachrichten
VSG	Verfassungsschutzgesetz

VSP Vereinigte Sozialistische Partei
WJ Wiking-Jugend